

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studie Nr. 2

Hans-Jürgen Bieling

**Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" -
Gewerkschaften vor der Zerreißprobe**

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe
(September 1993) UKB 25 DM

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,
(Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration,
(Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten,
(Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92,
(März 1991) UKB 10 DM

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik,
(August 1991) UKB 7 DM

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik,
(März 1992) UKB 12 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen,
(Januar 1993) UKB 15 DM

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI,
(Januar 1993) UKB 13 DM

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Studien
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)
Nr. 2

Hans-Jürgen Bieling

**Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" -
Gewerkschaften vor der Zerreißprobe**

Marburg 1993

ISBN 3-8185-0140-8

Redaktionelle Bearbeitung: Anja Bultemeier

FEG am Institut für Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der
Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	9
1.1. Begriffsverwendungen und -erklärungen.....	13
2. Internationale Migrationsprozesse im Fordismus.....	15
2.1. Strukturen der fordistischen Gesellschaftsformation.....	16
2.2. Weltmarktintegration, US-Hegemonie und Systemkonkurrenz.....	20
2.3. Die "alte" Migration in die Bundesrepublik - staatliche Kontrollmechanismen und das "Push-Pull-Modell"	23
2.3.1. Flucht und Vertreibung aus Osteuropa.....	24
2.3.2. "Wirtschaftswunder" und Arbeitsmigration.....	26
2.4. Die Regulation von Migrationsprozessen.....	30
2.4.1. Arbeitsmarkt, Migration und fordistische Vergesellschaftung.....	32
2.4.2. Formen staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung.....	34
2.4.3. Zur Funktionsweise des fordistischen Rassismus - die Einhegung, Unterdrückung und Stabilisierung einer Ideologie	36
3. Die neue Qualität internationaler Migrationsprozesse.....	39
3.1. Die Transformationskrise der fordistischen Gesellschaftsformation	41
3.2. Weltökonomie und Hegemonialordnung im Umbruch - Regionalisierung, Konfrontation und Kooperation	44
3.3. Durchkapitalisierungsschübe und das internationale Migrationssystem	49
3.3.1. Inwertsetzung und Unterentwicklung der "Dritten Welt"	54
3.3.2. Der Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die Ost-West- Migration	59
3.3.3. Migrationsprozesse innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.....	65
Exkurs: Internationalisierungsprozesse, Weltgesellschaft und Nationalstaat - staatliche Steuerungspotentiale und weltmarktorientierte Modernisierung	68
3.4. Nationalstaatliche Regulationsformen im internationalen Migrationssystem	74
3.4.1. Offene Grenzen und die "Festung Europa"	79

3.4.2. Einwanderungskonzepte - erweiterte Hilfeleistung für die Notleidenden oder Steuerungspotential für Arbeitskraftreserven?	83
4. Gesellschaftliche Integrationspotentiale - Arbeitsmarkt, Sozialstaat und der Neokonservatismus	88
4.1. Zur Lage der "Arbeitsmigranten" seit dem Anwerbestopp - "Ausländerpolitik" und gesellschaftliche Integrationsperspektiven.....	90
4.2. Die neokonservative Modernisierungs- und Deregulierungspolitik	95
4.3. Zum technologischen Umbruch in der Arbeitswelt - betriebliche Reorganisationsprozesse und Flexibilisierungsstrategien	99
4.4. Zur Differenzierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes.....	103
4.4.1. Verengung, Schließung und Öffnung von Arbeitsmärkten - Industriearbeit in der "Dienstleistungsgesellschaft".....	109
4.4.2. Differenzierungsprozesse innerhalb des Dienstleistungsbereichs - "top jobs" und "bad jobs"	113
4.4.3. Soziale Polarisierung in deutschen Großstädten - die Beispiele Berlin und Frankfurt.....	117
4.4.4. Integration und Konkurrenz - zu den Perspektiven der "alten" und "neuen" Migrationspopulation.....	122
4.5. Die "Neugründung" der Bundesrepublik und die "Überlastung" von Sozialstaat und Infrastruktur	128
4.6. Zur Resistenz und Renaissance ethnischer Vergemeinschaftungen.....	134
5. "Postfordistische" Regulation, Rassismus und Gewerkschaften	138
5.1. Umriss und Entwicklungslinien der postfordistischen Vergesellschaftung.....	140
5.2. Der Rassismus als gesellschaftliches Integrationshemmnis - zum sozialen Ausschluß von Migranten und ethnischen Minderheiten.....	144
5.2.1. Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis - Versuch einer ideologietheoretischen Bestimmung.....	146
5.2.2. Zum aktuellen rassistischen Diskurs - zwischen kultureller Dominanz und gesellschaftlicher Desintegration.....	150
5.2.3. Rassismus im Betrieb.....	155
5.3. Historische Entwicklungen: zum Wandel des integrationspolitischen Selbstverständnisses der Gewerkschaften.....	159
5.4. Aktuelle gewerkschaftliche Problemfelder: zwischen Antirassismus und ethnischem Korporatismus	162
5.4.1. Die Gewerkschaften im Umbruch: Zersetzung oder Reorganisation	163

5.4.2. Innere Widersprüche einer antirassistischen Gewerkschaftspolitik.....	167
5.4.3. Zum Abschluß: der gewerkschaftliche Beitrag zum "neuen Internationalismus".....	170
6. Literatur.....	175



1. Einleitung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist immer schon eine Geschichte der Einwanderung gewesen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen, "Gastarbeitern", Asylsuchenden sowie Aus- und Übersiedlern in der Bundesrepublik niedergelassen (Hoffmann, L. 1990; Tränhardt 1988). Sie sind damit zum festen Bestandteil der bundesdeutschen Realität geworden, haben aber keinen gleichberechtigten rechtlichen und sozialen Status. In Abwesenheit eines Einwanderungsrechts fällt es der Regierung leicht, fortlaufend zu verkünden, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei (Bade 1992, S.390). Sollten sich dennoch einige Regierungspolitiker dazu durchringen, die faktische Einwanderungssituation anzuerkennen, so bleibt ihr Handeln halbherzig: die "Einwanderungs"- und "Ausländergesetze" besitzen einen restriktiven Charakter; in vielerlei Hinsicht stehen die gesellschaftlichen Migrations- und Integrationsbedingungen einer Eingliederung von Einwanderern weiterhin entgegen.

Im "Reproduktionszirkel" von rechtlicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Benachteiligung und Ausgrenzung hat sich die schlechte Situation vieler Migranten verfestigt (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.72ff). Zwar haben sich ab Mitte der siebziger Jahre die innergesellschaftlichen Grenzziehungen zwischen Einwanderern und Deutschen partiell gelockert, zugleich weisen aber gesellschaftsstrukturelle Umbrüche und die Entwicklung der internationalen Migrationsprozesse auf neue Konflikte und Problemfelder hin.

Die nationalstaatlichen Steuerungsmöglichkeiten internationaler Migration werden in Westeuropa und besonders in Deutschland einem wachsenden Einwanderungsdruck unterworfen. Der Systemwechsel in Osteuropa vollzieht sich über eine anhaltende sozio-ökonomische Krise und den Zerfall der alten staatlichen Organisationen. In Folge dieser Verwerfungen brechen ethnische Konflikte und Kriege aus. Flucht und Ausreise scheinen für große Teile der Bevölkerung die einzige Möglichkeit zu sein, sich zukünftig vermutlich noch zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Notlagen zu entziehen. Den Einwanderungsländern bereitet die Ost-West-Migration eine Reihe großer Probleme und unwägbarer Risiken. Unter den westeuropäischen Staaten dürfte die Bundesrepublik aufgrund ihrer geographischen Lage, vor allem aber wegen ihrer wirtschaftlichen und soziokulturellen Anziehungskraft, von den Wanderungsbewegungen besonders betroffen sein. Für sie spielen speziell die "volksdeutschen" Aussiedler und deren Angehörige eine bedeutende Rolle. Die staatsrechtlichen Regularien garantieren ihnen den privilegierten Status einer ethnischen Gruppe mit faktischem Einwanderungsrecht (Statz 1991, S.1083).

Lange wurden die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der "Dritten Welt"¹ als ein Problem des afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Kontinents wahrgenommen. Hunger, Krieg und staatliche Repressionen lösten zwar schon früher riesige Fluchtbewegungen aus, aber erst in jüngerer Zeit macht sich ein Teil der Folgeprobleme in den europäischen Metropolen bemerkbar. Angesichts der wachsenden internationalen Vernetzung und personellen Mobilität hat auch die Süd-Nord-Migration in

1 Auch nach dem Wegfall des Realsozialismus (als der vormals "Zweiten Welt") werden die keineswegs gleichartigen, stark differierten Gesellschaften der kapitalistischen Peripherie unter die Kategorie der "Dritten Welt" subsumiert. Der Begriff wird vor allem deswegen beibehalten, weil er immer noch die strukturell gleichartige Position der ihr zugehörenden Gesellschaften auf dem Weltmarkt und in der Weltordnung ausdrückt (Boris 1992; Brock 1992).

Europa an Bedeutung gewonnen. Bislang kommt nur ein knappes Drittel aller sich in Westeuropa aufhaltenden Migranten aus der "Dritten Welt". Zukünftig wird jedoch eine wachsende Migration aus Nordafrika - diese drängt zumeist in die südeuropäischen Staaten - und Osteuropa nicht mehr ausgeschlossen (Nuscheler 1992, S.83). Der wachsende Umfang der Migranten, die nach Westeuropa drängen, bildet dabei nur eine Seite der neuen Migrationsqualität. Die andere ergibt sich aus der "zunehmenden Verknappung und Verengung der Fluchträume" (Nuscheler 1988, S.29). Um nicht mißverstanden zu werden: die Aufnahme Probleme fallen in den Bereich der politischen Organisation und dürfen nicht als Fragen des geographischen Raums interpretiert werden.

Nunmehr spitzt sich der säkulare "Verengungsprozeß" infolge der Umbrüche in den gesellschaftlichen und internationalen Verhältnissen in verschärfter Form zu. Anders als noch in den fünfziger und sechziger Jahren, damals wurden in den prosperierenden Zentren eine Vielzahl von Einwanderern nicht nur aufgenommen, sondern sogar staatlich angeworben, sind die politischen Steuerungs- und Kontrollmechanismen heute überfordert. Die herkömmlichen nationalstaatlichen Lösungsversuche, vermögen weder die Ursachen der internationalen Migration zu bekämpfen noch deren Auswirkungen zu regulieren: unübersehbar haben sich sowohl die Einwanderungs- als auch die Integrationsbedingungen gravierend verändert.

Weltmarktorientierte Modernisierungsanstrengungen und innergesellschaftliche Regulierungsschwierigkeiten binden einen Großteil des staatlichen Eingriffs- und Steuerungspotentials. Wachsende ökonomische, soziale, ökologische sowie sicherheits- und militärpolitische Aufgabenbereiche grenzen demzufolge die sozialadministrative Regulierbarkeit von Migrationsprozessen ein (Bommes/Scherr 1991): der forcierte gesellschaftliche Strukturwandel verlangt nach höheren Forschungs- und Entwicklungsausgaben; unter den Bedingungen verschärfter weltwirtschaftlicher Konkurrenzverhältnisse muß der nationale Standort mit hohen Infrastrukturausgaben gesichert werden; im Prozeß der deutschen Einigung und europäischen Integration müssen ökonomisch schwache Regionen durch staatliche Transferzahlungen unterstützt werden. Zugleich gewinnen aus Sicht der verantwortlichen Akteure in dem Maße, wie staatliche Institutionen überlastet werden, Politikstrategien mit problemverlagernder Wirkung an Attraktivität. Im Umfeld ungelöster sozialer Probleme entwickeln sich Rassismus und Rechtspopulismus zu einer spezifischen Artikulationsform des gesellschaftlichen Umbruchs (Bommes/Scherr 1991, S.299). Insbesondere die Arbeits- und Wohnungsmarktkonkurrenz wird immer mehr zum Dreh- und Angelpunkt ethnischer Konflikte.

Die zunehmenden Schwierigkeiten, die Migrationsprozesse politisch zu regulieren, haben sich auch auf den gesellschaftlichen Stellenwert einwanderungs- und integrationspolitischer Themen ausgewirkt. Trotz zum Teil kontroverser Positionen und einer wahren Flut hierzu erschienener Literatur, scheint die Diskussion jedoch auf der Stelle zu treten. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher, die häufig zu eng gefaßten Fragestellungen gesellschaftstheoretisch zu erweitern. Sie versucht dabei, die Felder der Migrationsentwicklung- und Integrationspolitik nicht nur isoliert zu behandeln. So soll insbesondere der Zusammenhang zwischen der Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik (Winkler 1992a) über die Ebene der "reinen" Politik hinausgeführt und in den Kontext gesellschaftsstruktureller Veränderungen gestellt werden.

Für die theoretische Erfassung der Umbrüche wird die Fordismusanalyse herangezogen, da mit ihr die gesellschaftlichen Entwicklungen mehrdimensional, nicht reduktionistisch, und doch in ihren kausalen Zusammenhängen bestimmt werden können. Ihre Leitgedanken sollen dazu herangezogen werden, die internationale Migration in bezug auf die gravierenden Veränderungen in den nationalen und internationalen Vergesellschaftungspro-

zessen - auf dem Weltmarkt und in der Weltordnung - zu untersuchen. Eine zentrale Feststellung liegt hierbei im Wechsel von einem relativ stabilen zu einem international und national eher desintegrativen Vergesellschaftungsmodus (Hirsch 1990, S.105ff). Die gesellschaftlichen Konflikte, die sich im Integrationsprozeß von ethnischen Minderheiten ergeben, bleiben davon nicht unberührt.

Nicht allein die gesellschaftliche Integration, auch die Entstehung und Entwicklung von internationalen Migrationsprozessen wird im Rahmen einer konfliktorientierten Gesellschaftsanalyse untersucht. Es soll demnach die These begründet werden, daß Migration im wesentlichen als eine Begleiterscheinung in der Funktionsweise der internationalen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu betrachten ist (Berger 1987 und 1990). Allerdings scheint mir der bloße Verweis auf die internationale Arbeitsteilung nicht ausreichend. Stets sind die konkreten sozialen, politischen und kulturellen Ausformungen und Vermittlungen von gesellschaftlichen und internationalen Abhängigkeiten mit einzu-beziehen. Entsprechend lautet denn auch die zentrale These der Arbeit: weltweite und nationale Umbrüche rufen in der politischen Regulation von Migrationsprozessen einen qualitativen Wandel hervor. Um diese Überlegungen darzulegen, scheint es mir weniger wichtig, die unterschiedlichen Akzentuierungen der rezipierten Literatur herauszuarbeiten. Vielmehr werden die Erkenntnisse verschiedener Positionen nach ihrem Nutzen für eine theoretische Erfassung der aktuellen Migrationsprozesse begutachtet und zusammengeführt.

Wie jedes Problem, müssen auch die Fragen der Migration und Integration "am Schnittpunkt dreier Realitäten angesiedelt werden, die sich auf's engste miteinander verbinden: der nationalen, der supranational-europäischen und der globalen" (Ziebur 1991, S.139). Selbst wenn der Schwerpunkt auf der Bundesrepublik liegt, bleiben die internationalen Entwicklungen also nicht außen vor. Zwangsläufig überschneiden sich hierbei die verschiedenen Ebenen, wodurch auch im Argumentationsgang Sprünge und Wiederholungen unvermeidlich bleiben.

Der erste Teil (2. Kapitel) versucht, die Triebkräfte und Verarbeitungsformen von Migrationsprozessen in der Nachkriegsära, d.h. bis Mitte der siebziger Jahre, zu umreißen. Durch diesen Rückblick soll der Wandel in den Verlaufsformen von internationalen Migrations- und gesellschaftlichen Integrationsprozessen deutlicher herausgestellt werden. Kennzeichnend für diese Phase, insbesondere für die Entwicklung der Bundesrepublik, sind dabei die Begriffe der "bipolaren Weltordnung" und der "fordistischen Gesellschaftsformation". Sie stehen gleichsam stellvertretend für einen nationalstaatlich regulierbaren Migrationsprozeß. Das Integrationspotential des Arbeitsmarktes und eine relativ überschaubare Entwicklung der internationalen Migration sorgten dafür, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen nicht über Gebühr belastet wurden. Im Gegenteil, die Einwanderung förderte in der Bundesrepublik die Herausbildung stabiler fordistischer Gesellschaftsstrukturen.

Im zweiten Teil (3. Kapitel) soll anhand der ökonomischen und weltpolitischen Restrukturierung die neue Qualität der internationalen Migration bestimmt werden. Nicht nur in den peripheren Gesellschaften des globalen Kapitalismus, sondern auch in den Zentren mehrten sich in den letzten Jahren instabile und krisenhafte Entwicklungen. Zudem brechen wegen des Zusammenbruchs des realsozialistischen Staatensystems nunmehr auch Konflikte auf, die bislang durch den Systemgegensatz eingebunden waren. Beide Momente führen zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der weltweiten ökonomischen (Weltmarkt) und politischen (Hegemonialsystem) Herrschaftsbeziehungen und Organisationsformen. Auf der Tagesordnung stehen ebenso wachsende internationale Interdependenzen wie neue Konfrontationstendenzen. Das hier untersuchte "Dilemma der Politik"

besteht nun darin, daß in Anbetracht der Umbruchprozesse bei gleichzeitiger Zunahme der internationalen Migration die nationalstaatlichen Steuerungspotentiale zunehmend zu kurz greifen.

Teil drei (4. Kapitel) widmet sich stärker der Integration² von Einwanderern. Im Zentrum steht der Wandel der gesellschaftlichen Aufnahmebedingungen in den Einwanderungsländern. Denn indem sich deren Gesellschafts- und Arbeitsmarktstrukturen tiefgreifend umwälzen, verändert sich auch das Muster der Integration. Begleitet werden diese Veränderungen durch einen heftigen Streit über die Bedeutung der Einwanderung. Einige begrüßen sie als volkswirtschaftlichen "Jungbrunnen", andere fürchten sie als einen sozial unkontrollierbaren Sprengstoff. Immer weniger ist zu leugnen, daß sich aufgrund der Verengung von Arbeitsmarktberreichen und der Beanspruchung sozialstaatlicher sowie infrastruktureller Einrichtungen die sozialen Verteilungskämpfe verschärfen.

Viele Einwanderer befinden angesichts ihrer "halbierten" Integration - die Integration vieler Migranten bezieht sich primär, aber in stark unzureichender Weise auf den Arbeitsmarkt -, in einer labilen und unsicheren Situation. Gegenüber der deutschen Bevölkerung sind sie in ihren politischen Rechten und ihrer Lebensgestaltung stark benachteiligt. Da sie weiterhin an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, droht sich ihre mißliche Lage noch weiter zu verfestigen. Häufig "wählen" sie den Rückzug in die ethnischen Gemeinschaften. Soziale Kontakte zur deutschen Bevölkerung entwickeln sich somit kaum.

Abschließend wird im letzten Teil (5. Kapitel) der Versuch unternommen, ideologische Vergesellschaftungsformen im Postfordismus zu bestimmen. Rassistische Ideologien und populistische Politikstrategien stehen hierbei im Mittelpunkt und scheinen unter den Bedingungen einer stärker desintegrierten und desorganisierten Gesellschaft, eine größere Bedeutung zu erhalten. Als kompensierende Vergemeinschaftungsformen werden sie unter anderem auch deswegen wichtiger, weil die "Überlastung" der nationalstaatlichen Organisationsformen und der Transformationsdruck auf das politische System ansteigt. Der Übergang zu einem "autoritären Populismus" (Hall 1986) schreitet voran und stellt auch das Politikverständnis nichtstaatlicher Akteure, z.B. der Gewerkschaften, in Frage. Exemplarisch kann dies durch die Migration verdeutlicht werden, denn sie verknüpft internationale und unterhalb des Nationalstaats angesiedelte Anforderungen in einer Form, die eine gewerkschaftliche Herangehensweise, die sich allein auf den Arbeitsmarkt bezieht und politische Fragen an die Parteien delegiert, als antiquiert und verfehlt demaskiert. Verengte politische Spielräume - die Verknappung staatlicher Steuerungsressourcen schreitet weiter voran - verschlechtern fortlaufend die Bedingungen für eine Politik der selbstbestimmten Integration von Migranten. Dringender denn je müssen neue politische Ansatzpunkte entwickelt werden.

2 Eine ausführliche Zusammenfassung der verschiedenen Integrationstheorien findet sich bei Auernheimer (1990), S.80ff, knapper ist Esser, H. (1984). Migrationssoziologisch können zwei grundlegende Dimensionen des Eingliederungsprozesses unterschieden werden: 1. Integration meint die Teilhabe der Zuwanderer an der gesellschaftlichen Statusstruktur, d.h. Beruf, Einkommen, Bildung, rechtliche Lage und Wohnen; 2. Assimilation betrifft hingegen die Angleichung an die Kultur der Aufnahmegesellschaft, vor allem hinsichtlich Sprache, Wertorientierungen und dem subjektiven Zugehörigkeitsgefühl (Treibel 1990, S.104; Hoffmann-Nowotny 1990, S.18). Mit H. Esser (nachzulesen bei Auernheimer 1990, S.87ff; Treibel 1990, S.105ff; Hoffmann-Nowotny 1990, S.18) können beide Bereiche noch weiter differenziert werden: die Integration in einen strukturellen (Berufsprestige, Positionsbesetzung etc.) und einen sozialen Aspekt (interethnische Kontakte, institutionelle Partizipation etc.); die Assimilation in einen kognitiven (Sprache, Normenkenntnis etc.) und identifikativen Aspekt (Zugehörigkeit, Kulturformen, politische Einstellungen etc.).

1.1. Begriffsverwendungen und -erklärungen

Die Kategorisierung von Personengruppen ist immer schwierig, da sie sich nur auf bestimmte Merkmale der betroffenen Menschen stützt. Eine nicht diskriminierende, nicht stigmatisierende Begriffsverwendung, die zudem möglichst präzise ist, ist nur durch den Einbezug des gesellschaftlichen Hintergrunds möglich. Ob von Migranten, Einwanderern, Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern oder Ausländern die Rede ist, ist demnach immer vom Kontext abhängig. Auch wenn dieser erst später in den Ausführungen der jeweiligen Kapitel vermittelt wird, sollen hier bereits einige begriffliche Definitionen ohne größere Erklärung vorangestellt werden. Die meisten Verwirrungen resultieren aus einer paradoxen Situation: in einem "Nicht-Einwanderungsland" sind Einwanderer nicht zugelassen (Bade 1992, S.398). Um die sich daraus ergebenden begrifflichen Schwierigkeiten etwas zu mildern, sollen die hier vorgenommenen Definitionen als Orientierungshilfe dienen.

Als übergeordnete und umfassende Kategorien werden *Migrant* oder *Einwanderer* verwendet. Sie gelten auch für die in der Bundesrepublik geborene zweite und dritte Generation, da sich deren gesellschaftliche Positionierung, d.h. vornehmlich ihre soziale und rechtliche Situation, noch häufig nach den Kriterien der ethnischen Abgrenzung vermittelt. Zwischen der Migration und Immigration wird in der Regel nicht unterschieden, da der zweite Aspekt der Migration, die Auswanderung aus der Bundesrepublik, für die hier behandelten Fragen von geringer Bedeutung ist.

Nur ausnahmsweise wird der Begriff *Zuwanderung* benutzt, da er den vorübergehenden Charakter des Aufenthalts hervorhebt. Diese Annahme ist zumindest problematisch, denn der Aufenthalt wird nicht nur von den subjektiven Planungen der Immigranten, sondern auch von gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Die ursprünglichen Absichten einer zeitlich befristeten Migration werden dadurch häufig revidiert (Schönwälder 1992, S.59). Um die dauerhafte Anwesenheit der Migranten nicht zu leugnen und im politischen Bewußtsein zu verdrängen, wird der Terminus *Zuwanderung* möglichst vermieden.

Eine besondere Gruppe Einwanderer bilden die *Arbeitsmigranten*. Im Gegensatz zu den anderen Migranten, die ebenfalls dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist die Arbeitsmigration dadurch gekennzeichnet, daß die Einreise wesentlich durch die im Aufnahmeland in Aussicht gestellte Beschäftigung definiert ist. Im Vergleich zur Flucht ist diese Migrationsform demnach stärker selbstgewählt, gleichfalls aber gesellschaftlichen Notlagen wie Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger geschuldet.

Als *Flüchtlinge* werden nach der Genfer Flüchtlingskonvention diejenigen bezeichnet, die sich "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung" (zitiert nach Opitz 1988, S.37) im Ausland befinden. Als Fluchtgründe werden von der Konvention die "Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ... die politische Überzeugung genannt" (ebd.). Der hier verwendete Terminus beschränkt sich nicht auf die politische und grenzüberschreitende Migration, sondern umschließt auch die "Binnen-" sowie die "Armut- und Umweltflüchtlinge" (Opitz 1988, S.9). Unter die Kategorie der "*De-facto-Flüchtlinge*" fallen die abgelehnten Asylsuchenden, die jedoch aus menschenrechtlichen Gründen nicht ausgewiesen werden können, weil sie im Herkunftsland kollektiver Verfolgung³ ausgesetzt sind oder in kriegerische Konflikte geraten.

3 Die Gruppe der De-facto-Flüchtlinge erhält ihre rechtliche Statuszuweisung durch die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie verbietet die Zurückweisung von Menschen, die im Heimatland von Verfolgung bedroht sind. Ihre diesbezüglichen Bestimmungen haben sich auch im deutschen Ausländergesetz niederschlagen (Münch 1992, S.46ff; Rein 1990, S.96f). Hierin kommt zum Ausdruck, daß der Kreis der Verfolg-

Immigranten aus Osteuropa, die sich auf ihre deutsche Abstammung berufen, werden der Rubrik "Aussiedler" zugeordnet. Demgegenüber besitzt der Begriff der "Übersiedler" - er bezeichnet Personen, die aus der ehemaligen DDR in die alte Bundesrepublik emigriert sind - nach der deutschen Vereinigung keinerlei praktische Relevanz mehr. Die Bezeichnung "Ausländer" wird nach Möglichkeit vermieden, da er Menschen, die in der Bundesrepublik ihren Lebensmittelpunkt haben, eine abgrenzende Identität zuschreibt. Allerdings ist sie immer dann unvermeidlich, wenn es um Fragen der Staatsangehörigkeit geht.

Anstelle des sozial "entleerten" Ausländerbegriffs wird in der Regel von *ethnischen Minderheiten* und der einheimischen Bevölkerung gesprochen. Die kulturelle Differenz, die in der Umschreibung der Einwanderer als "ethnische Minderheit" betont wird, ist dabei immer als ein Bestandteil der hierarchischen Gesellschaftsstruktur zu betrachten. Migranten, die abhängig beschäftigt sind, gehören nämlich genauso zur Arbeiterklasse wie die abhängig Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Einschränkend muß jedoch bemerkt werden, daß die Migranten wegen ihrer ökonomischen Funktionen und sozialen Stellung - harte Arbeit, wenig Geld, prekäre Beschäftigungssituation etc. - eher eine "zentrifugale Schicht innerhalb der Arbeiterklasse" bilden (Heckmann 1981, S.256). Ethnische Grenzziehungen werden damit immer auch als dynamische Bestandteile des sozialen und kulturellen Reproduktionsprozesses thematisiert (Heckmann 1992, S.21; ebenso Cohen, Ph. 1990, S.97ff). Darüber hinaus differenziert sich die eingewanderte Bevölkerung im Prozeß der Niederlassung sozialstrukturell aus. Ethnische und Klassengrenzen verlaufen zunehmend quer zueinander; eine wachsende Anzahl von Migranten macht sich selbständig (Goldberg, A. 1991).

ten, der durch die Genfer Flüchtlingskonvention erfaßt wird, größer ist als der Personenkreis, der durch das Grundgesetz geschützt wird. Während für das Grundgesetz der Nachweis der persönlichen Verfolgung durch staatliche Organisationen notwendig ist, umfaßt die Genfer Flüchtlingskonvention auch die Menschen, die einer verfolgten Gruppe zugehören und deren Leben "nur" im Rahmen der vorherrschenden Verhältnisse bedroht ist. Demgegenüber ist die Verbindlichkeit der Asylgewährung im Grundgesetz als ein individuelles Anspruchsrecht formuliert, reicht damit über die Gnade des völkerrechtlichen Schutzes hinaus (zu diesem Themengebiet mit jeweils unterschiedlichen Bewertungen des deutschen Asylrechts, der Asylpraxis und der Genfer Flüchtlingskonvention Hentges 1992, Langguth 1989 und Münch 1992, S.13ff). Die auffällig große Kluft zwischen der großzügigen asylrechtlichen Grundlage im Grundgesetz und ihrer praktischen Umsetzung durch das Asylverfahrensgesetz wird jedoch zukünftig mit der Grundgesetzänderung geschlossen. Faktisch kommt dies der Aufhebung des Grundrechts auf Asyl gleich (die Ergebnisse des Kompromisses von CDU/CSU, FDP und SPD finden sich in der FAZ vom 8.12.1992).

2. Internationale Migrationsprozesse im Fordismus

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit haben der Entstehung, Formierung und Regulierung von internationalen Migrationsprozessen ihren Stempel aufgedrückt. Hohe wirtschaftliche Wachstumsraten bildeten sowohl in den kapitalistischen Zentren als auch im "Realsozialismus" das Fundament für eine hohe innergesellschaftliche Stabilität. Optimistische Entwicklungsperspektiven sorgten für ein hohes Maß an gesellschaftlicher Kohäsion. Das Verhältnis beider Gesellschaftssysteme war nach außen zwar durch den Kampf um internationale Macht- und Einflußsphären geprägt, besaß zugleich aber auch Momente eines eher unbewußten und heimlichen Einverständnisses (Kaldor 1991, S.19). So konnten gesellschaftliche Probleme oftmals mit dem Hinweis auf die äußere Drohung integrativ gelöst werden.

Auf die Gesellschaften der "Dritten Welt" entfalteten sowohl die enorme ökonomische Entwicklungsdynamik der industrialisierten Gesellschaften als auch die Systemkonkurrenz eine überdeterminierende Wirkung. Je nachdem, welche politischen Kräfteverhältnisse und welche entwicklungstheoretischen Grundannahmen dominierten, griffen die "Dritte Welt"-Länder die politische, militärische und ökonomische Unterstützung der miteinander konkurrierenden Systeme bereitwillig auf. Indem die bipolare Weltordnung bis in die "Dritte Welt" hineinreichte, wurden die dort aufbrechenden Konflikte und Notlagen durch die Systemkonkurrenz in besonderer Weise forciert, gleichzeitig aber auch regional begrenzt (Opitz 1992a). Für beide "Supermächte" existierte eine unausgesprochene Übereinkunft, die internationale Stabilität nicht zu gefährden. Anders formuliert: dem Systemgegensatz als dem strukturformenden Konflikt der Nachkriegsära war neben seinen Konfliktpotentialen auch eine innere Eskalationsschranke eingeschrieben. Gemäß der bipolaren Integrationslogik blieben die unterentwickelten Gesellschaften und die kriegführenden Parteien stets von der Wirtschaftshilfe oder der militärischen Unterstützung abhängig, die ihnen die USA oder UdSSR zu geben bereit waren.

Viele Konflikte standen somit unter Kontrolle beider Führungsmächte, so daß die Kriegsfolgen und auch die Migrationsprozesse überwiegend regionalisiert und von den kapitalistischen Zentren ferngehalten wurden. Diese Begrenzung konnte auch deswegen aufrecht erhalten werden, weil im Vergleich zu heute die infrastrukturelle Vernetzung der Weltgesellschaft noch relativ gering war. Erst als ab Mitte der siebziger Jahre die weltgesellschaftliche Desintegration zunahm, schwollen auch die internationalen und interkontinentalen Flüchtlingsbewegungen an (Opitz 1988, S.12ff). Aber selbst, wenn die Zahlen der nach Europa gelangenden Flüchtlinge angestiegen sind, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr überwiegender Teil nach wie vor in den Ländern der "Dritten Welt" verbleibt (siehe hierzu die Weltflüchtlingsstatistik bei Opitz 1988, S.227ff). Da die Flucht aus Krisen- und Kriegsgebieten bis in die siebziger Jahre also vernachlässigt werden kann, sind für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft im wesentlichen zwei Migrationsprozesse von Bedeutung:

Einmal die osteuropäischen Migranten, die als "Vertriebene", "Republikflüchtlinge" und als Aus- und Übersiedler unter dem Vorrecht der deutschen Abstammung integriert wurden. Hinzu kam die wenig umfangreiche Gruppe der osteuropäischen Asylbewerber, die ebenfalls bereitwillig aufgenommen wurden, da sie im Zeichen des Systemgegensatzes als lebendiger Beweis für die moralische Überlegenheit der kapitalistischen Gesellschaften gehandelt werden konnten (Budzinski/Clemens 1991, S.19; Münch 1992, S.59ff): "Die Aufnahme von Menschen, die vor dem Leben in einem sozialistisch oder kommunistisch regierten Land - und nicht notwendigerweise auch vor politischer Verfolgung - flohen,

war für die Bundesrepublik seit ihrer Gründung eine Selbstverständlichkeit" (Wolken 1988, S.312f). Eine willentlich über das Asylrecht hinausgehende Praxis sicherte den "Ostblockflüchtlingen", hauptsächlich denen aus Osteuropa, einen privilegierten Status zu, der seinen "Ursprung eindeutig in der antikommunistischen Ausrichtung der Bundesrepublik fand" (ebd.).

Im Unterschied zur hauptsächlich durch politische Zusammenhänge (Systemgegensatz) und ethnische Mythen (Abstammungsidee) geförderten Migration, stand die zweite Migrantengruppe im Zeichen des ökonomischen Wachstums. Um die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt aufzuheben, entwickelte sich die staatlich koordinierte Anwerbung von Arbeitskräften aus zumeist südeuropäischen, aber z.T. auch südosteuropäischen und nordafrikanischen Gesellschaften. Auf diese Weise kamen bis zum Anwerbestopp 1973 rund 2,6 Mio. Arbeitskräfte in die Bundesrepublik (Castles 1987, S.99).

2.1. Strukturen der fordistischen Gesellschaftsformation

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verallgemeinerte sich im westlichen Kapitalismus ein Reproduktions- und Vergesellschaftungsmodus, dessen besondere Merkmale und Strukturelemente als *Fordismus* bezeichnet werden. Wird von den jeweiligen nationalen Unterschieden und Besonderheiten einmal abgesehen, so stützten sich die fordistischen Gesellschaften auf ein gemeinsames Grundgerüst. Generell waren es drei Pfeiler, die sich aufeinander bezogen und wechselseitig stabilisierten: Die Verwissenschaftlichung und Durchrationalisierung des Produktionsprozesses (Taylorismus), die fließbandgetriebene Produktion von dauerhaften Konsumgütern (Massenproduktion) mit niedrigem Stückpreis und eine mit der Produktion schritthaltende effektive Nachfrage auf der Grundlage steigender Löhne und staatsinterventionistischer Umverteilung (Massenkonsum) ermöglichten eine Periode langanhaltenden ökonomischen Wachstums (Altvater 1987, S.33f).

Den Ursprung der fordistischen Entwicklung bildeten die USA der zwanziger und dreißiger Jahre. Technologische und arbeitsorganisatorische Innovationen in den Ford'schen Fabrikhallen leiteten von dort ausgehend den Übergang in eine neue kapitalistische Entwicklungsperiode ein⁴. Aufbauend auf der tayloristischen Massenproduktion entwickelte sich ein produktivitätsorientiertes Akkumulationsmodell, das sich allen vorangegangenen Produktionsformen überlegen zeigte und sich zunächst in Nordamerika und nach dem zweiten Weltkrieg dann auch auf dem Weltmarkt durchsetzte. Die dort konkurrierenden Kapitale und Ökonomien wurden einem permanenten produktionstechnologischen und gesellschaftsstrukturellen Anpassungszwang unterworfen (Hirsch/Roth 1986, S.46). Mit der Internationalisierung von Handel, Produktion und monetären Beziehungen schufen die USA einen hegemonial strukturierten Weltmarkt, über dessen Konkurrenz- und Dominanzverhältnisse sich die subalternen Gesellschaften tiefgreifend transformierten (ebd., S.47). Unangefochten waren nur die USA, da sie als einziger kapitalistischer Staat über die produktiven, politischen, kulturellen und ideologischen Ressourcen für die Errichtung und Festigung eines international stabilen Systems verfügten⁵. Die fordistischen Gesellschaftsstrukturen müssen somit immer in der Verknüp-

4 Es geht bei dieser Feststellung nicht um die Verherrlichung des von Henry Ford selbst propagierten Managementkonzepts. Nicht die Legende um einen aufgeklärten Fabrikbesitzer, und auch nicht die Fetischisierung des fordistischen Zeitalters sind bedeutsam (so Foster 1989), sondern die von der "zweiten industriellen Revolution" ausgelösten gesellschaftlichen Transformationsprozesse.

5 Die Internationalisierung der fordistischen Gesellschaft im Rahmen der Pax Americana beschränkt sich auf den einen Teil des bipolaren Weltsystems. Zwar orientierten sich auch die realsozialistischen Gesellschaf-

fung mit dem Weltmarkt und dem "globalen Projekt" der US-Hegemonie betrachtet werden. Denn die Prinzipien der fordistischen Entwicklung wurden nur aufgrund der "doppelten Internationalisierung von Herrschaft" (Jacobitz 1991, S.20) - ökonomisch und ideologisch - zu international dominierenden Kräften. Auf die übrigen in den Weltmarkt integrierten Gesellschaften übten die USA folglich eine große Ausstrahlung, aber auch einen permanenten Modernisierungszwang aus.

Der Prozeß der fordistischen Internationalisierung darf allerdings nicht als eine gleichförmige Expansion gesehen werden, sondern als ein Vorgang, der an den nationalen Grenzen und gesellschaftlichen Besonderheiten gebrochen wurde. Im Unterschied zur fordistischen Gesellschaft der USA (nachzulesen bei Gramsci 1967) kennzeichneten den westeuropäischen Fordismus recht ausgeprägte Formen der ökonomischen Staatsintervention (Lipietz 1992, S.196ff). Hierfür war unter anderem die mit der fordistischen Transformation einhergehende Bearbeitung der Kriegsfolgen sowie die Umstellung von der Kriegs- zur zivilen Ökonomie verantwortlich. Beide Faktoren sorgten für einen hohen "Sockel staatlichen Interventionspotentials" (Lutz, B. 1984, S.192).

Bereits Gramscis Fordismusanalyse kehrte den Tatbestand heraus, daß die Übernahme von ökonomisch überlegenen Produktions- und Gesellschaftsstrukturen nicht fließend erfolgt, sondern sozial umkämpft ist und sich auf der Grundlage der vorgegebenen Verhältnisse entwickelt: "Die Amerikanisierung erfordert ein bestimmtes Milieu, eine bestimmte Gesellschaftsstruktur (oder den entschiedenen Willen, sie zu schaffen) und einen gewissen Staatstypus" (Gramsci 1967, S.386). Für die Gesellschaften, die den Fordismus zu kopieren versuchten, verlief denn auch die Einführung neuartiger Arbeits-, Produktions-, Distributions- und Zirkulationsverhältnisse keineswegs linear, sondern ungleichzeitig. Vorhandene gesellschaftliche Verhältnisse, d.h. Herrschaftsstrukturen, Institutionen, Klassenkämpfe, Ideologien und sonstige Kulturformen wirkten auf die Herausbildung des Fordismus aktiv ein, wurden aber auch selbst verändert. Die politisch-ideologische Hegemonialstruktur wurde also insgesamt grundlegend umgewälzt (Hirsch/Roth 1986, S.49ff). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere "ein veränderter Politiktyp, der zwar schon vorher projiziert worden ist, dem aber für seine voll ausgebildete Praktizierung die spezifische Strukturierung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Gesellschaft und Staat, von Produktion und Zirkulation fehlte: der Reformismus der Arbeiterbewegung" (Altvater 1987, S.35). Technologisch bedingte Produktivitätssteigerungen und Wachstumsschübe schufen also das ökonomische Fundament für die gesellschaftliche Integration der abhängig Beschäftigten. Die neuen Produktionsmethoden ermöglichten Reallohnsteigerungen, die ebenso wie die institutionellen und sozialen Absicherungs- und Partizipationsmöglichkeiten für die relative Befriedung des ökonomisch motivierten Widerstands sorgten. Die Einbindung in den "keynesianischen Wohlfahrtsstaat" (Hirsch/Roth 1986, S.74ff) bildete zusammen mit den "tripartistischen Übereinkünften" - Stichwort: "konzertierte Aktion", "politischer Tausch" - die augenscheinlichste Form des Klassenkompromisses, die sich in dieser Deutlichkeit allerdings erst in der fordistischen Endphase abzeichnete (Bonder u.a. 1992, S.147).

ten an bestimmten Zielen des Fordismus: z.B. lassen sich Analogien zwischen der sozialistischen "Tonnenideologie" und dem kapitalistischen "Wachstumsfetischismus" nicht leugnen (Murray 1990; Altvater 1991, S.42ff). Als entscheidende Differenz beider Gesellschaftssysteme bleiben aber die unterschiedlichen Prinzipien der inneren Organisationsstruktur bestehen. Ähnliches gilt auch für die Gesellschaften der "Dritten Welt". Diese vermochten nur selten, auch wenn sie sich an den Maßstäben der fordistischen Vergesellschaftung orientierten, aus ihrer weltmarktvermittelten Subalternität zu entkommen. Dadurch entstand in der Regel ein verkümmertes oder peripherer Fordismus, der häufig auch als "fordisme incomplet" analysiert wird (Altvater 1988 und Hirsch/Roth 1986, S.86f).

Der Gleichlauf von Produktivitätssteigerung, Arbeitsintensivierung, Reallohnsteigerungen und verinnerlichter Leistungsmotivation (Bischoff/Detje 1989, S.45) zeigt jedoch nur eine Seite der fordistischen Vergesellschaftung. Immer gingen mit den institutionalisierten Übereinkünften zwischen Kapital und Arbeit vorangegangene und weiterhin andauernde gesellschaftliche Auseinandersetzungen einher. Das heißt, das Handeln der Arbeiterklasse kann nicht einfach als passiver Reflex auf die fordistischen Angebote und Einbindungsversuche verstanden werden. Ein relativ hohes Maß an sozialer Kohäsion sowie sozialer und politischer Partizipation läßt sich demnach nur als das Ergebnis von Kampfhandlungen begreifen, die durch die institutionalisierten Kompromisse begrenzt und vorübergehend "stillgestellt" worden sind. In dieser Perspektive gerät sowohl der Einfluß klassenkämpferischer Positionen in der Arbeiterbewegung, als auch das sozialpolitische Druckpotential des "Realsozialismus" nicht aus dem Blickfeld (Hobsbawm 1990, S.21).

In der Vermittlung von ökonomischen Erfordernissen und sozialen Handlungsorientierungen spielte das gesellschaftliche Institutionensystem eine bedeutende Rolle. Das Wachstum der Produktivkräfte und die voranschreitende Durchkapitalisierung von bisher nichtkapitalistischen Sphären werteten infrastrukturelle Leistungen auf. Diese wurden - wie die staatlichen Unterstützungen insgesamt - zu einer grundlegenden Stütze der fordistischen Akkumulation. Durch den Ausbau des Transportsystems, der Energieversorgung, des Systems der sozialen Sicherheit, des Erziehungs- und Ausbildungssystems etc. konnte der Prozeß der innergesellschaftlich intensiven - "innere Landnahme" (Lutz, B. 1984) - und international vornehmlich extensiven Verallgemeinerung der warenförmigen Industrialisierung vorangetrieben werden. Selbst in die privatkapitalistische Organisation einzelner Infrastrukturbereiche (z.B. der Energieversorgung) ist der Staat integral eingeschaltet. Dies deutet darauf hin, daß sich bereits in der fordistischen Gesellschaft die Durchstaatlichung intensiviert hatte. Schon zu dieser Zeit mußte eine weltmarktorientierte Kapitalförderung (z.B. Forschungs- und Technologiepolitik) mit gesellschaftlichen Integrationsaufgaben in Einklang gebracht werden (Hirsch 1980, S.59ff).

Hierbei auftretende Legitimationsdefizite staatlichen Handelns blieben jedoch recht gering, da eine Reihe kultureller Normen und Lebensformen ("egalitärer Massenkonsum") relativ gut mit den sozioökonomischen (dynamisches Wachstum und Produktivkraftentwicklung) und politischen Erfordernissen (Volksparteien, Sozialstaat und Keynesianismus) in Übereinstimmung gebracht werden konnten (Hirsch 1990, S.76f). Auch wenn der fordistische Vergesellschaftungsmodus durch tiefgreifende sozialstrukturelle Umschichtungen und Individualisierungsprozesse begleitet war, konnten die desintegrativen Entwicklungen und Freisetzungen immer wieder eingeholt werden. Es entwickelte sich ein gesellschaftliches Kräftefeld, das Ansätze zu "emanzipativen Werteveränderungen" (Hirsch/Roth 1986, S.63) und zu individueller Befreiung immer wieder dem Kanon fordistischer Orientierungen unterordnete: "Leistungsverweigerung, Anpassungsdefizite, explodierende Ansprüche, nicht a priori kanalisierbare Selbstverwirklichungsvorstellungen sowie punktuelle und kaum kalkulierbare Rebellionen überlagern den ökonomischen Krisenprozeß, verstärken ihn, sind aber zugleich auch durchaus für kapitalistisches Krisenmanagement instrumentalisierbar" (ebd., S.93). Die Dominanz von gesellschaftlichen Identitäten, die sich auf das "Wirtschaftswunder" stützten und die die ökonomische Leistungsfähigkeit groß schrieben, stabilisierten das gesellschaftliche Legitimationsfundament. Der Glaube an Wissenschaft, Experten und diverse staatliche Institutionen bildete das Fundament für eine einträchtige Zustimmung zur umfassenden "etatistisch-bürokratischen Regulierung, Kontrolle und Normalisierung" (ebd., S.75). Im Zeichen der technokratischen Gestaltung der Moderne konnten Fortschritt, Sozialreform, Konsumismus, Angleichung und Verwaltung mit Emanzipation gleichgesetzt werden und zu universellen Werten avancieren.

Regulationstheoretisch⁶ gesprochen sind es vier Ebenen, die sich in der Fordismuskonzeption miteinander verzahnen: das Akkumulationsregime, die Regulationsweise, der hegemoniale Block und das soziale Paradigma. Das *Akkumulationsregime*⁷ bezieht sich auf den Bereich des ökonomischen Verwertungszusammenhangs und umfaßt sowohl die technologische Ausgestaltung, die Produktionsorganisation, die Kapitalzusammensetzung als auch Momente der Verteilungskämpfe und der Konsumformen (Hirsch 1990, S.34). Die beiden letztgenannten Elemente machen deutlich, daß die Realisierung des Mehrwerts als integraler, d.h. konstitutiver Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu begreifen ist (Hübner 1990, S.29). Zu dem Akkumulationsregime tritt die *Regulationsweise* als der politische Rahmen, der durch ein System von Institutionen und Regularien den instabilen Charakter der warenförmigen Vergesellschaftung abstützt. Die Regulationsweise gilt insofern auch als der politisch-institutionelle Ausdruck der gesellschaftlichen Klassen- und Kräfteverhältnisse. In ihr sind die Lohn-, Geld-, Kredit-, Arbeits-, Produktions-, Konkurrenz-, Rechts- und sonstigen Reproduktionsverhältnisse (Familie, Schule, Medien) einschließlich informeller Normen, Werte und Weltbilder relativ kohärent zusammengefügt (Hirsch 1990, S.36). Das Akkumulationsregime und die Regulationsweise sind aufeinander bezogen, werden aber insbesondere über die gesellschaftlichen Kampfhandlungen, Bündnisse und Herrschaftsverhältnisse miteinander vermittelt. Geraten beide in eine stabile Anordnung, so bilden sie einen *sozialen oder hegemonialen Block*. Auf der vierten Ebene, dem *sozialen Paradigma*, werden gesellschaftliche Identitäten und Interessen durch Diskurse, Ideologien, politische Repräsentationsformen etc. strukturiert. Dadurch reproduzieren soziale Formationen ihre innere Stabilität und Legitimation. Insgesamt bildet der konkrete Wirkungszusammenhang von Akkumulationsregime, Regulationsweise, hegemonialem Block und sozialem Paradigma somit das offene und nie abgeschlossene Resultat "einer konfliktförmigen historischen Entwicklung" (Lipietz 1991, S.678f).

Bezieht man die fordismustheoretischen Überlegungen auf die Realität des Nachkriegskapitalismus, so zeigen sich auch bei einer ausführlicheren Darstellung etliche Lücken. Dennoch sind die Ausführungen nicht wertlos. Die "heuristische Fruchtbarkeit" (Dörre 1989, S.25) der Fordismustheorie zeigt sich darin, daß markante Strukturlinien, aber auch Brüche von Vergesellschaftungsprozessen herausgearbeitet werden können, ohne

6 Die Regulationstheorie und das Fordismuskonzept zeigen sich keineswegs deckungsgleich. In Anbetracht der durch beide aufgeworfenen gesellschaftstheoretischen Fragestellung, können die Differenzen - ob die Regulationstheorie durch das Fordismuskonzept "verdünnt" (Hübner 1990, S.15; Mahnkopf 1988, S.7) oder staatsrechtlich erweitert und reformuliert wird (Hirsch 1990, S.22f; zu dieser Diskussion siehe auch Demirovic' u.a. (Hrsg.) 1992) - im Rahmen dieser Arbeit außer Acht gelassen werden. Das gleiche gilt für die Trennung von Regulierung und Regulation. Während sich die Regulierung primär auf staatlich zentralisierte Steuerungsformen bezieht, meint der Begriff der Regulation die Vermittlungs- und Artikulationsmechanismen von relativ autonomen Regel- und Steuerungssystemen (Staat und Ökonomie). (Zur Abgrenzung der verschiedenen Begrifflichkeiten in unterschiedlichen Theoriesträngen vgl. Hübner 1990, S.54ff). Die Unterscheidung verschwimmt an den Stellen, wo sich der Staat nicht auf seine explizit politischen Institutionen reduziert und der "integrale" oder "erweiterte" Staat (Gramsci) betrachtet wird. Dieser umfaßt auch zivilgesellschaftliche Institutionen und Akteure (Parteien, Verbände, Kirche, Familie, Medien etc.) (systematische Ausführungen hierzu finden sich bei Hirsch (1990), S.42ff und Hirsch (1992), S.222ff). Es wird deutlich, daß die Regulation nicht gleichsam subjektlos erfolgt und somit die regulativen (systemischen) und regulierenden (der Staat als zentral handelnder Akteur) Vergesellschaftungsformen allenfalls analytisch zu trennen sind. Je nach regulationstheoretischer Betrachtung zeigen sich also gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Argumentationssträngen. Hinzu kommen weitere Ansätze, die sich auf das Fordismuskonzept stützen - d.h. eine strukturalistisch akzentuierte Gramsci-Interpretation leisten - und dabei ohne regulationstheoretische Begrifflichkeiten und Formalisierungen argumentieren (Hall 1989).

7 Eine umfassendere Ausführung der regulationstheoretischen Terminologie findet sich bei Hirsch (1990) und Hübner (1990). Hirsch stellt das Akkumulationsregime als das Verhältnis dar, über das verschiedene Produktions- und Reproduktionssektoren (kapitalistische und nichtkapitalistische) miteinander verknüpft und in Einklang gebracht werden.

den theoretischen Begründungszusammenhang zu verkürzen. Von der Herangehensweise Gramscis inspiriert, präsentiert sich die Regulationstheorie folglich als ein Versuch, gesellschaftsanalytische Fragestellungen jenseits eines einfachen Determinationszusammenhangs zu beantworten (Hirsch 1990, S.20ff).

Umstritten ist jedoch die Fortschreibung der kapitalistischen Entwicklung in Form von historisch voneinander geschiedenen "sozialen Formationen", die sich durch ihre relative Stabilität und Bestandsfähigkeit auszeichnen. Wenn es prinzipiell auch richtig ist, die Entwicklung des globalen Kapitalismus als "eine 'säkulare' Abfolge von Phasen relativer Stabilität und krisenhaften Umbruchs" (Hirsch/Roth 1986, S.42) zu analysieren, so stößt die Neigung, diesen Rythmus auf die "postfordistische" Ära einfach fortzuschreiben auf berechnete Kritik: "Die Herausbildung einer neuen Entwicklungsphase beschleunigter Kapitalakkumulation wird schematisch nach einem verkürzten Modell des 'Fordismus' konstruiert: Das post-fordistische Zeitalter, von dem außer dem Hinweis auf die neuen Technologien keinerlei konkrete Bestimmung existiert, wird als Wiederholung der fordistischen Entwicklungsstufe gesehen; Mikroelektronik und Biotechnologie sollen ein neues Industriezeitalter und eine neue Phase beschleunigter Kapitalakkumulation hervorrufen" (Bischoff/Detje 1989, S.56). Entgegen dieser "Vision" spricht denn auch einiges dafür, daß sich die Instabilitätspotentiale vergrößern, die Chancen für eine neue Prosperitätskonstellation aber abnehmen. Sollte sie sich dennoch durchsetzen, so müßten umfassende gesellschaftliche und politische Neuorientierungen erfolgen. Nur, wenn das Verhältnis von Politik und Ökonomie in einen sozial kohäsiven Ordnungsrahmen (neue Betriebsweise, Demokratisierung der Wirtschaft, Reorganisation des Sozialstaats etc.) gebracht wird, ist die Etablierung eines neuen und langanhaltenden Wachstumsmodells denkbar (Krüger 1992, S. 85; Lutz, B. 1984, S.236ff). Bis dahin bleibt die Stabilität und der Charakter der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung aber ungewiß (Altvater 1991, S.51). Der sich neu herausbildende Vergesellschaftungsmodus kann sich auch auf Dauer als durchaus instabil erweisen.

2.2. Weltmarktintegration, US-Hegemonie und Systemkonkurrenz

Immer sind zwei Dimensionen für die Formierung und Regulation internationaler Migrationsprozesse verantwortlich: erstens die Verhältnisse in der Flucht- und in der Aufnahmegesellschaft; und zweitens die Struktur der internationalen Beziehungen. Durch die Internationalisierung des Fordismus wurde bereits gezeigt, daß beide Bereiche stark miteinander verwoben sind und ihre Trennung somit analytisch ist.

Nach 1945 bildete die Konkurrenz zweier Gesellschaftssysteme eine wesentliche Grundlage für die vergleichsweise bestandsfähige Weltordnung : "einerseits eine Pax Americana (die US-amerikanische Hegemonialordnung, H.-J.B.) im Westen und im größten Teil der Dritten Welt, andererseits das Entstehen einer zweiten Weltmacht, die sich als Alternative zur US-amerikanischen Dominanz verstand und zum Gegenpol der USA in der Dritten Welt und in Europa wurde" (Hippler 1991, S.9). Auf den ersten Blick gründete sich die Stabilität dieser Ordnung also auf die gegensätzliche politische Orientierung zweier Staatenbünde mit jeweils eindeutigen Führungsmächten. Genauer betrachtet, rückten für die stabile weltpolitische Ära nach 1945 aber andere Faktoren in den Mittelpunkt. Diese lagen wesentlich in der dynamischen ökonomischen Entwicklung und vor allem auch im hohen sozialen Integrationsniveau der weltpolitischen Zentren begründet. Beide Elemente lieferten für die politischen Organisationsformen auf der nationalstaatlichen und internationalen Ebene die grundlegenden Voraussetzungen.

Für die Struktur des kapitalistischen Hegemonialsystems und dessen Reproduktion bildet der *Weltmarkt* die zentrale Instanz. Nach 1945 kam die starke Weltmarktposition der US-Ökonomie voll zur Geltung, weil die hohe Produktivität, die technologische Innovationsfähigkeit und die institutionellen Anpassungsleistungen der US-amerikanischen Gesellschaft sich innerhalb der westlichen Hemisphäre als alternativlos präsentierten (Senghaas 1986, S.26). Aufgrund der Dominanz der US-amerikanischen Produktionsverhältnisse konnten sich die fordistisch geprägten sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen verallgemeinern und nicht zuletzt die internationale Organisationsform prägen. Die US-Hegemonie wurde durch die kulturelle Ausstrahlungskraft des "american way of life" noch gestützt und verkörperte somit eine gleichsam universelle Konzeption (Cox 1983, S.171f).

Mit der mehrdimensionalen Ausbreitung der amerikanischen Vorherrschaft - der Verschränkung von ökonomischer, politischer, ideologischer und kultureller Überlegenheit - wird deutlich, daß es sich bei der Entstehung der US-Hegemonie um keinen rein ökonomischen Vorgang handelte. Den Export von US-amerikanischen Waren und Kapital sowie die Verbreitung des Dollars als Weltgeld begleiteten immer schon politische Regularien. Deutlich wurde dies insbesondere durch die Etablierung eines allgemein akzeptierten internationalen Ordnungsrahmens, an den die kapitalistischen, in den Weltmarkt integrierten Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität abtraten. Die USA dominierten somit aufgrund ihrer höheren ökonomischen Produktivität, aber auch durch eine Reihe relativ unauffälliger, gleichwohl aber effektiver und funktionaler Institutionen die Entwicklung des internationalen kapitalistischen Systems. Sie gestalteten wesentlich die Formen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, des GATT, der Vereinten Nationen und von anderen, sich der weltpolitischen Ordnung angliedernden regionalen Institutionen, vor allem der militärischen und politischen Bündnisysteme. Über dieses System vermittelt "kontrollierten" sie also die Reproduktion der kapitalistischen Hegemonialordnung nach 1945 (Altvater 1987; Altvater 1991; Bonder u.a. 1992; Deppe 1991; Hirsch 1993).

Trotz aller Verschiebungen innerhalb dieses Systems - der europäische und südostasiatische Raum gewannen an ökonomischem Gewicht -, verlief die Entwicklung in den Zentren der Weltökonomie bis in die 70er Jahre hinein relativ gleichgewichtig. Die Grundlage hierfür schuf ein prinzipieller Konsens zwischen den Industriegesellschaften, die die ökonomische Prosperitätskonstellation und Wohlstandssteigerungen mit wachsender internationaler Interdependenz und gegenseitiger Vorteilsnahme kombinierten. Anders als es die These von den wechselseitigen Vorteilen und Abhängigkeiten der internationalen Interdependenz besagt (siehe hierzu Rosecrance 1987, S.43ff), blieben das wirtschaftliche Wachstum, der soziale Wohlstand und auch die politische Sicherheit anhaltend ungleich verteilt. Entsprechend verlief der Mechanismus der internationalen Kompromißbildung asymmetrisch. Gerade im Verhältnis von "Dritter Welt" und kapitalistischem Zentrum bildeten sich ökonomische - aber auch politische und z.T. sogar militärische - Abhängigkeitsverhältnisse heraus. Unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten, Lohndifferenzen und Kapitalintensitäten formierten einen hierarchisch strukturierten und vermachteten Weltmarkt, der für die unterentwickelten Gesellschaften nur wenig Chancen eröffnete, sich aus der subalternen Situation zu befreien (Altvater 1987, S.39).

Dennoch gab es unter den Bedingungen der fordistischen Weltordnung für die "Dritte Welt" nur wenige Alternativen zur Weltmarktintegration. Aus den Verbindungen zu den realsozialistischen Staaten ergaben sich kaum Entwicklungschancen, da durch primär politische und militärische Unterstützungen das Grundproblem, d.h. der Mangel an modernem Produktivkapital, nicht beseitigt werden konnte. Insbesondere in Lateinamerika gab

es zuvor bereits autozentrierte Entwicklungsversuche in den dreißiger und vierziger Jahren, die jedoch in den fünfziger Jahren einer erneuten Hinwendung zum Weltmarkt wichen. Das Wachstum von Welthandel und Weltmarkt schien den gering industrialisierten Gesellschaften einen erfolgreicherer Entwicklungspfad zu eröffnen (Altvater 1991, S.217f). Doch die Hoffnung war trügerisch. Bereits in den sechziger Jahren, in denen dann auch wieder verstärkt autozentrierte Entwicklungsversuche unternommen wurden, spätestens aber in den darauffolgenden Jahrzehnten zeigten sich mit der aufbrechenden "internationalen Schuldenkrise" die Grenzen der nachholenden industriellen Entwicklung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen - als spätere Beispiele werden zumeist die ostasiatischen Schwellenländer angeführt - befand sich der Großteil der "Dritte Welt"-Gesellschaften in einer Situation mit zwei nahezu ausweglosen Entwicklungsstrategien. Unabhängig davon, ob autozentrierte Entwicklungs- oder weltmarktorientierte Modernisierungsversuche angestrebt wurden, litten die meisten Gesellschaften unter anhaltendem Kapitalmangel und einer fortbestehenden ökonomischen Rückständigkeit. Die Strukturen und Zwänge des Weltmarkts, vor allem die unveränderte Position in der internationalen Arbeitsteilung blockierten für viele "Dritte Welt"-Länder das sozioökonomische Entwicklungspotential. Gleichzeitig verschärften sich dadurch eine Reihe von innergesellschaftlichen Konflikten und Organisationsproblemen, die sich auch in der Nachfolge der Entkolonialisierung und gesellschaftlichen Neuordnung zuspitzten (Hippler 1991, S.29f). Zumindest indirekt führte dies zum Anstieg der Migration.

Die Konflikte und Flüchtlingsbewegungen in der "Dritten Welt" ergaben sich fast allesamt aus dem Kampf um die Herausbildung neuer Staaten und die soziale Ordnung (Zolberg 1991, S.207). Ungeachtet aller Unterschiede artikulierten sich die Unterentwicklung, Hungersnöte, Entkolonialisierung, nationalistische Mythenbildung - Religion, Ideologie, Ethnizität - sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse⁸ stets im Rahmen zweier umfassender Fragestellungen: 1. welche Chancen besitzt die Nationalökonomie auf dem Weltmarkt?; und 2. wie verortet sich die Gesellschaft innerhalb der weltpolitischen Polarisierung? Aus Sicht der "Dritten Welt" waren beide Fragen unumgänglich, denn aufgrund der Konflikte um die Gestalt der Wirtschaftsordnung wurden selbst die Länder in den Ost-West-Konflikt hineingezogen, die sich der Bewegung der Blockfreien zurechneten (Bonder u.a. 1992, S.68). Viele Konflikte in der "Dritten Welt" wurden damit von der Systemkonkurrenz überlagert bzw. standen in ihrem Zeichen (Brock 1992, S.13). Historisch kam es zum einen zu Entwicklungsperioden, in denen nationale Befreiungsbewegungen der "Dritten Welt" weite Gebiete dem US-amerikanischen Einfluß entzogen. Zum anderen wurde die Expansion revolutionärer Veränderungen allerdings von Perioden unterbrochen, in denen der Vormarsch der revolutionären Kräfte stagnierte oder zurückgedrängt wurde. In den achtziger Jahren führte die Forcierung des "Kalten Krieges" zur starken Ausweitung des US-amerikanischen Einflusses, wodurch in vielen "Dritte-Welt"-Staaten das Scheitern von sozialistischen Entwicklungsstrategien beschleunigt wurde (Hippler 1991, S.27ff).

Es kann also festgehalten werden: die Ideologisierung und Militarisierung der "Dritte Welt"-Verhältnisse hatte destabilisierende und konfliktverschärfende Auswirkungen, so daß sich nach 1945 die Schwerpunkte der Flüchtlingsbewegungen von Europa in die "Dritte Welt" verlagerten (Opitz 1988, S.37; Auernheimer 1990, S.50). Sie internatio-

8 Zur ausführlichen Darstellung der Ursachenkomplexe vgl. Nuscheler (1988), S.221ff und Opitz (1988), S.37ff. Regionale und lokale Unterscheidungen sind wegen der Differenzierungsprozesse innerhalb der Gesellschaften der "Dritten Welt" gerade hinsichtlich der konkreten Formierung von Migrationsprozessen von Bedeutung. Diese Arbeit kann sich allerdings nur darum bemühen, einige allgemein geltende Zusammenhänge aufzuzeigen.

nalisierten sich nicht, weil die kapitalistischen und "realsozialistischen" Gesellschaften genügend Mittel besaßen, um den von ihnen verstärkten und zum Teil sogar ausgelösten Wanderungsdruck nicht real werden zu lassen. Der weitgehend regionale Charakter der Fluchtbewegungen blieb bis in die siebziger Jahre erhalten (Casella 1988, S.372f). Im Rückblick stellt sich daher die Periode der bipolaren Weltordnung auch hinsichtlich der internationalen Migrationsprozesse als ungeheuer stabil dar: zum einen konnten die kapitalistischen Zentren die Migration regional begrenzen; zum anderen benötigten sie, vor allem die Bundesrepublik, unter den Bedingungen anhaltender ökonomischer Prosperität die osteuropäischen Flüchtlinge und ab den sechziger Jahren dann die Arbeitsmigranten (Tichy 1990, S.87ff).

2.3. Die "alte" Migration in die Bundesrepublik - staatliche Kontrollmechanismen und das "Push-Pull-Modell"

In der Nachkriegszeit bediente sich die faktische "Einwanderungspolitik" der Bundesrepublik dreier Instrumentarien:

1. Flüchtlinge, die als politisch Verfolgte um Asyl nachsuchten, konnten durch das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl (Art. 16, Absatz 2, Satz 2) und die Verfahrensregelungen in der Genfer Flüchtlingskonvention ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik sichern.⁹

2. Eine Einwanderungsmöglichkeit, die in der Öffentlichkeit häufig gar nicht als Einwanderung wahrgenommen wurde, lieferte für die "Flüchtlinge" und "Vertriebenen" das Bundesvertriebenengesetz von 1953 (Tichy 1990, S.28f). Noch heute bildet es die rechtliche Grundlage für die Aufnahme der Aussiedler. Es greift auf den Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes zurück, der den Kreis derjenigen erweitert, die Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben (Hoffmann, L. 1990, S.21f). Die Grundlage hierfür finden sich nach wie vor im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913. Darüber hinaus bietet der Artikel 116 auch den Menschen, die sich aufgrund ihrer Abstammung *dem deutschen Volk zugehörig fühlen*, die Möglichkeit, in die Bundesrepublik einzuwandern (Franz 1992, S.243; Heinelt/Lohmann 1992, S.45ff).

3. Als ein nichtintendierter Einwanderungsprozeß vollzog sich der Niederlassung von Migranten, die in der Regel als Arbeitskräfte über die Bundesanstalt für Arbeit angeworben wurden. Von Seiten der Bundesregierung, der Bundesanstalt für Arbeit und den Wirtschaftsverbänden (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) wurde die Anwerbungspolitik einvernehmlich geregelt, d.h. der Umfang sowie die Art und Weise der Einreise festlegt. Für den aufenthaltsrechtlichen Status der Arbeitsmigranten zeigte sich ein ganzer Komplex von Bestimmungen des Ausländergesetzes von 1965 verantwortlich, dessen novellierte Form zum 1.1.1991 in Kraft trat (Bischoff/Teubner 1991, S.63ff). Vor 1965 griff die Anwerbungspolitik auf Bestimmungen zurück, die aus der nationalsozialistischen Zeit stammten, und den Migranten so gut wie keine Rechte einräumten (Bielefeld 1989, S.395; Castles 1987, S.74). So verweigerte die Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 den Migranten die Bürgerrechte, enthielt harte aufenthaltsrechtliche Modalitäten und regulierte die Arbeitsmarktzulassung äußerst restriktiv. Nur die Einreisesteuerung wurde per Bundesgesetz neu abgefaßt.

9 Zum Ergänzungsverhältnis beider Regelsysteme - Völkerrecht und innerstaatliches Recht sind nicht aufeinander reduzierbar - vgl. Bade (1992a), S.416ff sowie umfassender Kimminich (1988).

Die Migration, die aus dem osteuropäischen Raum in die Bundesrepublik drängte, wurde bis in die Gegenwart hinein durch die beiden ersten Regulierungsbereiche ermöglicht. Aussiedlung, Vertreibung und Flucht standen dabei stark im Kraftfeld der Kriegsfolgen und der sich herausbildenden Systemkonkurrenz. Die Ost-West-Migration erfolgte somit als personelle Mobilität zwischen zwei politischen Welten. Weil die Resultate des zweiten Weltkriegs, die Systemkonkurrenz und die deutsche Abstammung die entscheidenden Kriterien des Grenzübertritts definierten, war diese Einwanderung vorwiegend ideologisch geprägt. Entsprechend war auch "die Flüchtlingskonvention in den ersten 16 Jahren ihrer Geltungsdauer fast ausschließlich auf Ostblockflüchtlinge ausgerichtet" (Münch 1992, S.16). Als sich ab Anfang der siebziger Jahre die Herkunftsstruktur der Asylsuchenden veränderte - ein größerer Teil der Flüchtlinge kam aus der "Dritten Welt" -, verschärfen sich die Kriterien für die Asylgewährung. Vorher war der asylrechtliche Instanzenweg relativ leicht zu durchlaufen (ebd., S.56ff).

Im Vergleich zu den ersten beiden Immigrationswegen war die dritte Einwanderungsmöglichkeit unverhüllt wirtschaftlich motiviert. Von der Regulierung der Arbeitsmigration waren vornehmlich Bevölkerungsgruppen betroffen, die aus geringer entwickelten südeuropäischen Gebieten stammten. Zunächst wurden Arbeitskräfte aus Italien (1950), Spanien (1960) und Griechenland (1960) angeworben; später verlagerte sich das Herkunftsgebiet der Arbeitsmigranten dann stärker in den südosteuropäischen und kleinasiatischen Raum, d.h. die Türkei (1961) und Jugoslawien (1968); die mit verschiedenen nordafrikanischen Staaten abgeschlossenen Anwerbeverträge - Marokko (1963), Tunesien (1965) - konnten quantitativ vernachlässigt werden (Treibel 1990, S.46; Winkler 1992b, S.34). Bis in die siebziger Jahre blieb die für die Bundesrepublik relevante Migration damit hauptsächlich ein innereuropäisches Phänomen.

Ein weiteres Merkmal dieses Zeitabschnitts besteht darin, daß das staatliche Regulierungssystem die Migration selbst förderte und beschleunigte (Treibel 1990, S.42). Die Gründe hierfür sind vor allem in der sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik zu finden: "Einwanderung war für die BRD von ihrem Beginn an kein problem erzeugender, sondern der maßgeblich problemlösende Faktor" (Hoffmann, L. 1991, S.1474). Im Rahmen des *Push-Pull-Modells* - dieses versucht die den Migrationsprozeß konstituierende Vermittlung von Vertreibungs- und Anziehungsgründen zu erfassen - zeigte sich also eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem externen Migrationsdruck und dem Aufnahmewunsch seitens der Bundesrepublik. Mit dem Anwerbestopp trat deutlich hervor, daß bis in die siebziger Jahre hinein die Entscheidungsgewalt über die Migrationsentwicklung im Zweifelsfall in Deutschland lag.

2.3.1. Flucht und Vertreibung aus Osteuropa

Die *erste Einwanderungsphase* in die Bundesrepublik vollzog sich infolge des Zweiten Weltkriegs. "Am Anfang von Flucht und Vertreibung der 6,8 Millionen 'Reichsdeutschen' aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und der 4,8 Millionen 'Volksdeutschen' aus deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa stehen die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands an den slawischen Völkern" (Nuscheler 1988, S.62)¹⁰. Die Gewalt der nationalsozialistischen Massenvernichtung, Zwangsumsiedlung und Zwangsarbeit schlug gegen die deutsche Bevölkerung zurück. Flüchtlinge,

10 Über die genauen Zahlen der nach Deutschland emigrierenden Flüchtlinge und Vertriebenen ist sich die Literatur nicht ganz einig. Je nach Bemessensgrundlage variieren die Angaben leicht. In dem dargestellten Zusammenhang kommt es aber weniger auf die präzisen Daten, als vielmehr auf die mit der Migration einhergehende Dynamik der Gesellschaftsentwicklung an.

"Reparationsverschleppte", die von der Sowjetregierung als Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt wurden, und die Vertriebenen entflohen dem sowjetischen Einflußbereich und emigrierten in das besetzte Deutschland; zu meist waren es die drei westlichen Besatzungszonen. Wegen des fehlenden Wohnraums und der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage nahm die einheimische Bevölkerung gegenüber den Migranten zunächst eine abwehrende Haltung ein: "Die Palette einheimischer Befürchtungen reichte von Arbeitsmarktkonkurrenz, Infrastrukturbelastung, Auflösung deutscher Lebenszusammenhänge durch fremde kulturelle und religiöse Praktiken bis hin zur Angst vor (rechtsradikaler) Politisierung durch Eigenorganisationen, etwa in Form von Heimatvertriebenenverbänden" (Angenendt 1992, S.152; ähnlich Mooser 1984, S.111f). Die häufig behauptete schnelle Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen bildete somit eher einen bundesdeutschen Mythos (Schwarz 1992, S.23).

Nur langsam entschärften sich die sozialen Spannungen. Erst mit der Währungsreform, dem Lastenausgleichsgesetz und dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung konnten die Einwanderer über den Arbeitsmarkt integriert werden (Nuscheler 1988, S.72). Von da an schritt die gesellschaftliche Eingliederung aber rasch voran. Fast alle Einwanderer waren mit der einheimischen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt und blieben vor institutionellen Diskriminierungen verschont. Zudem bemühten sie sich aktiv um ihre gesellschaftliche Integration: "Die schnelle und erfolgreiche Integration war in erster Linie eine eigene Leistung der Vertriebenen, Resultat einer ungeheuren Anstrengung, nach dem Verlust fast sämtlicher Existenzgrundlagen wieder Fuß zu fassen. Das förderte und prägte eine individuelle Arbeitsmotivation und ein individualistisches Leistungsdenken neben den kollektiven und organisierten Anstrengungen der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lage" (Mooser 1984, S.112). Wird von fortbestehenden kulturellen Integrationsproblemen einmal abgesehen, verfestigte sich insgesamt also keine strukturelle gesellschaftliche Abgrenzung.

Entgegen dem Eindruck, die osteuropäischen Migranten seien meistens Kinder, Frauen und Alte und damit nur zum geringen Teil erwerbsfähig gewesen, darf "auf Grund der demographischen und beruflichen Struktur der Vertriebenen angenommen werden, daß sie die entsprechenden Relationen der Gesamtbevölkerung eher günstig als ungünstig beeinflußt haben. Dies trifft noch stärker auf die 3,6 Mio. Deutschen zu, die in den Jahren 1950 bis 1962 aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelten" (Abelshauer 1983, S.95). Ihre Erwerbsquote lag deutlich über derjenigen der westdeutschen Bevölkerung. Zudem sorgte die Migration aus der DDR für einen enormen Transfer von "Humankapital" in die Bundesrepublik, da überdurchschnittlich viele hochqualifizierte Arbeitskräfte übersiedelten. Zusammen mit den Heimatvertriebenen sind die ostdeutschen Einwanderer "zu den wichtigsten Aktiva der westdeutschen Wirtschaft geworden" (ebd., S.96). Sie erwiesen sich im wirtschaftlichen Aufbau sowie im Prozeß des ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels in hohem Maße als funktional. So konnten aus Sicht des deutschen Kapitals zwei miteinander konkurrierende Entwicklungsfaktoren kombiniert werden:

erstens sorgte das große Arbeitskräftereservoir für hochqualifizierte und gleichzeitig vergleichsweise niedrig entlohnte Beschäftigte;

und zweitens wurden hohe Produktivitätsfortschritte mit niedrigen Preisen gekoppelt, d.h. die DM strukturell unterbewertet.

Für den deutschen Exportsektor ergab sich demzufolge eine vorteilhafte Weltmarktposition, sinnbildlich ausgedrückt im "Exportmodell" Deutschland. Dieses Modell konzentrierte sich weitgehend auf den Industriesektor und beschleunigte damit das innergesell-

schaftliche Wachstumstempo (Abelshauser 1983, S.97f; Esser, J. 1982, S.68ff). Hierbei ist allerdings nicht zu vergessen, daß schon zuvor wichtige Grundlagen der deutschen Produktionsstruktur entstanden waren. Bereits während des Zweiten Weltkriegs hatte sich das industrielle Produktionsvolumen durch eine "gigantische Zwangsarbeitermaschinerie" erweitert: Insgesamt wurden 7,8 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene als Arbeitsklaven eingesetzt (Schwarz 1992, S.19f).

Nach 1945 stellte die Migration nicht nur einen konstitutiven Bestandteil der ökonomischen Entwicklung und der erreichten Weltmarktposition dar. Sie beeinflusste im hohen Maße auch den Charakter der politischen und kulturellen Sphäre. Ausgeprägt antikommunistisch und konservativ, veränderten die Vertriebenen und Flüchtlinge insbesondere das kulturelle und politische Profil der Arbeiterschaft (Mooser 1984, S.112).

Außerdem förderte die Migration aufgrund ihres volkswirtschaftlichen Nutzens die institutionellen Arrangements und die Ausgestaltung des bundesdeutschen Sozialsystems. Ohne die Einwirkung der Migration wären demnach die Grundpfeiler des "Modells Deutschland", d.h. die Verbindung von weltmarktorientierter Modernisierung, Sozialstaatskompromiß und institutioneller Beteiligung der Gewerkschaften, nur auf einem geringeren sozialen und ökonomischen Niveau zu errichten gewesen. Indem die Migration das Wirtschaftswachstum beschleunigte, das seinerseits eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des gesellschaftlichen Institutionensystems bildete, wirkte sie sich positiv auf die Qualität der sozialstaatlichen Institutionen aus. Einschränkend muß jedoch betont werden, daß die Migration für die Ausgestaltung der sozialen Institutionen nur indirekt von Bedeutung war. Das soziale System, das wichtige Kapazitäten für praktische gesellschaftliche Problemlösungen bereitstellt, ergab sich nämlich primär als eine politische Form der Konfliktschlichtung: die sozialstaatlichen Institutionen befriedeten in diesem Sinne den Gegensatz zwischen den ökonomischen Verwertungszwängen des Kapitals und den sozialen Ansprüchen der abhängig Beschäftigten.

2.3.2. "Wirtschaftswunder" und Arbeitsmigration

Ebenso wie die unmittelbare Nachkriegsmigration sorgte auch die nachfolgende *Arbeitsmigration* dafür, daß sich wichtige Merkmale der fordistischen Gesellschaftsformation auf höherem Niveau reproduzierten. Mit der Anwerbung von Arbeitsmigranten begann die Bundesrepublik jedoch später als andere europäische Einwanderungsländer. Dies lag vor allem daran, daß der Wiederaufbau erst nach der Währungsreform von 1949 einsetzte und mit den osteuropäischen Flüchtlingen ein genügend großes Arbeitskräftepotential vorhanden war. In der zweiten Hälfte der fünfziger und in den sechziger Jahren entstand mit der Bundesanstalt für Arbeit dann aber eine "hochorganisierte offizielle Anwerbemaschinerie" mit entsprechenden Büros in den Mittelmeerländern (Castles 1987, S.71).

Die Anwerbung begann zu einem Zeitpunkt, als die bundesdeutschen Arbeitskräftereserven nahezu aufgezehrt waren. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Ende der Einwanderung aus der DDR und Osteuropa verstärkten politische und sozialstrukturelle Faktoren die Arbeitskräfteknappheit. Zunächst führte die beginnende Remilitarisierung der Bundesrepublik, d.h. der Wehr- und Zivildienst sowie der Arbeitskräftebedarf in der entstehenden Rüstungsindustrie zur Reduktion des Arbeitskräftepotentials. Dieser Prozeß wurde in der Folgezeit durch die Verlängerung und Ausweitung der Ausbildungszeiten, die Arbeitszeitverkürzung und den Erwerbseintritt von geburtenstarken Jahrgängen noch verstärkt; zudem senkte auch die nachlassende Frauenerwerbstätigkeit die Erwerbstätigenquote (Heckmann 1981, S.151f); und nicht zuletzt ver-

hinderte die innerdeutsche Grenzschießung die Fortführung der bisherigen Einwanderung von Arbeitskräften aus der DDR. Angesichts dieser Entwicklungen trat immer deutlicher hervor, daß die hohen Akkumulationsraten zu einem beträchtlichen Beschäftigungswachstum führten, dessen Befriedigung durch die technologisch freigesetzten Arbeitskräfte bei weitem nicht erfüllt werden konnte. Entsprechend drohte der Arbeitskräftemangel zur Schranke der Akkumulation zu werden (Altvater u.a. 1980, S.98ff); Arbeitskräfteabwerbungen und eine hohe Fluktuation der Beschäftigten sorgten für einen stark angespannten Arbeitsmarkt.

Um der Verknappung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte entgegen zu wirken, versuchten Staat und Kapital die "latente Überbevölkerung" Südeuropas zu mobilisieren und über die "*Internationalisierung des Arbeitsmarktes*" den industriellen Arbeitskräftebedarf zu decken (Heckmann 1981, S.152). Nachdem sich bereits 1955 auf bestimmten Teilarbeitsmärkten Engpässe zeigten und der erste Anwerbevertrag mit Italien abgeschlossen wurde, nahm ab Anfang der sechziger Jahre - mittlerweile war die Vollbeschäftigungssituation erreicht - die Arbeitsmigration nennenswerte Ausmaße an. In zwei großen Schüben stieg die Zahl der angeworbenen Arbeitskräfte zwischen 1958 und 1973 um das Zwanzigfache, von 127000 auf 2,6 Millionen, unterbrochen nur von einem im Zusammenhang der konjunkturellen Überhitzungskrise von 1966 erlassenen Anwerbestopp" (Tränhardt 1988, S.4).

Betrachtet man die Arbeitsmarktfunktion und auch die Wohnsituation - die Arbeitsmigranten zogen häufig in die zuvor von den Vertriebenen und Flüchtlingen bewohnten Baracken ein -, steht die politische Regulierung der zweiten Migrationsphase in der Kontinuität der ersten (Bade 1992b, S.27f). Den Gemeinsamkeiten stehen allerdings auch gravierende Unterschiede gegenüber. Für die erste Einwanderungsphase war klar, "daß es sich um eine Einwanderungsbewegung ohne Rückkehroption handelte und daß eine entsprechende Integrationspolitik verlangt war" (Angenendt 1992, S.152f). Während demnach die gesellschaftliche Integration der Vertriebenen staatlich gefördert wurde, sollten sich die Arbeitsmigranten nur "auf Zeit integrieren"; arbeitsmarktpolitische Kalkulationen standen eindeutig im Vordergrund.

Die *arbeitsmarktpolitische Funktion* der zweiten Migrationsphase ist nicht nur in dem Versuch zu sehen, dem lohnpolitischen Druck auf die Profitrate entgegenzuwirken. Vollbeschäftigung, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten und eine vergrößerte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften belasteten zwar die Verwertungsbedingungen der bundesdeutschen Kapitale, die durch die Migration bewirkte Lohnsenkung betraf aber vornehmlich die Gruppe der an- und ungelerten Arbeitskräfte (Heckmann 1981, S.166ff). Facharbeiter waren in der Regel keiner zusätzlichen Konkurrenz ausgesetzt. Folglich scheint im Vergleich zum Lohneffekt eine andere Entwicklung wichtiger gewesen zu sein: so war die Arbeitsmigration "von zentraler Bedeutung für die Umstrukturierung des Arbeitsprozesses und die Neuformierung der arbeitenden Klassen in den entwickelten Ländern" (Castles 1991, S.132).

Bereits vorher hatte sich die Produktion dem internationalen technologischen Niveau des Weltmarktes angepaßt. So war "bis zur Mitte der fünfziger Jahre die traditionelle Bereichsstruktur der deutschen Industrie wiederhergestellt" (Abelshauer 1983, S.94) worden, bevor gegen Ende der fünfziger Jahre der weitere Ausbau der Produktionskapazitäten an seine Grenzen stieß. Zusammen mit den vom Weltmarkt ausgehenden Rationalisierungs- und Modernisierungszwängen drängte die Arbeitskräfteknappheit auf die allmähliche Abkehr von extensiv orientierten Wachstumsstrategien. Es vollzog sich der Übergang zu einer stärker technologisch geprägten Akkumulationsstrategie (Altvater u.a. 1980, S.99ff), die ihrerseits eines modernisierungsadäquaten Arbeitskräftepotentials

bedurfte. Hierfür lieferte die Arbeitsmigration die entscheidenden Voraussetzungen, denn mit der "*Unterschichtung*"¹¹ der einheimischen Arbeiterklasse wurde die Polarisierung der abhängig Beschäftigten vorangetrieben. Wenig qualifizierte und schlecht bezahlte Arbeitsplätze konnten ebenso besetzt werden wie die neu entstandenen Facharbeiter- und Angestelltenjobs. Indem die einheimischen abhängig Beschäftigten und ihre Kinder zusätzliche Ausbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten nutzten, stiegen sie in attraktivere Arbeitsbereiche auf (Abelshauser 1983, S.99; Castles 1987, S.29f, Mooser 1984, S.41f).

Für die deutsche Bevölkerung erbrachte die Arbeitsmigration hauptsächlich also zwei Vorteile:

1. Die deutsche Bevölkerung konnte im "*Fahrstuhl*"¹² eine Etage höher fahren, da ihnen die Unterschichtung durch die Migranten insgesamt bessere Arbeitsbedingungen erlaubte.
2. Auch die negativen Folgen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse konnte die einheimische Bevölkerung auf die Arbeitsmigranten abwälzen (Heckmann 1981, S.162ff). Deren marginalisierte Stellung zeigte sich besonders in der Rezession von 1966/67. Als "Konjunkturpuffer" trugen die eingewanderten Arbeitskräfte die Risiken der Wirtschafts- und Produktionsentwicklung. Indem ein Großteil der Arbeitsmigranten in der ökonomischen Krise abwanderte, gehörte daher auch der Export von Arbeitslosigkeit mit zur "Ausländerbeschäftigungspolitik" (Schäfer 1988, S.37).

Sicherlich wurde die subalterne Position der Arbeitsmigranten auf dem Arbeitsmarkt durch institutionelle Absicherungen - wie dem Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit, gewisse Informations- und Kontrollmöglichkeiten seitens des DGB und die tarifliche sowie arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung (Kühne 1988, S.21) - abgemildert. Insgesamt standen einer wirklichen Gleichberechtigung jedoch gravierende Diskriminierungen, die sich zumeist auf das "Gastarbeitersystem" bezogen, entgegen (siehe Abschnitt 2.4.2). Hinter dem "Gastarbeitersystem" stand ein Rotationsmechanismus, d.h. die Konzeption einer zeitlich begrenzten Anwerbung und eines permanenten Austausches der eingewanderten Arbeitskräfte. Vor allem in Krisenphasen sollten sie wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren (Dohse 1985, S.4). Die angewandten Kriterien kannten nur die Kategorie der ökonomisch instrumentalisierbaren Arbeitskraft. Da die Migranten nicht als Menschen anerkannt wurden, lag ihre Marginalisierung nur in der logischen Konsequenz dieser Politik. Zwar verstärkte ihre "nicht-deutsche" Kultur und lebensweltliche Segregation, d.h. die räumliche Konzentration eingewanderter Bevölkerungsgruppen, ihre soziale Randlage; der verstärkte Bezug auf die Kulturen der Herkunftsgesellschaft stellt aber primär eine Reaktionsform und nicht die Ursache der Marginalität dar.

11 Der "Unterschichtungs"-Begriff ignoriert den Qualifikationsstand der angeworbenen Migranten. Zumeist kamen junge Arbeitskräfte, von denen ein Großteil Facharbeiter waren. Wenn von diesen nur etwa ein Drittel auf entsprechenden Arbeitsplätzen eingesetzt wurde, so ändert dies nichts am allgemein praktizierten "brain drain", d.h. dem Abzug von relativ qualifizierten Arbeitskräften aus geringer entwickelten Gesellschaften (Castles 1987, S.114f).

12 Die Beck'sche Metapher des "Fahrstuhl-Effekts" beschreibt diesen als einen kollektiven Aufstieg der Klassengesellschaft. Demnach hätten sich mit der Entwicklung der Bundesrepublik die Lebenserwartung, die Erwerbsarbeitszeit, die Reallöhne sowie die Freizeit- und Konsummöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen verbessert (Beck 1986, S.122ff). Die Rolle der Migranten zeigt die vordergründige Perspektive dieser Einschätzung auf, indem sowohl die gesellschaftlich als auch international ungleichen Entwicklungen und negativen Begleiterscheinungen - Stichwort: brain drain - miteinbezogen werden.

Die dominanten Mechanismen, die zur Ausgrenzung ethnischer Minderheiten führen, sind in den Funktionsweisen von Ökonomie, Politik und in den Sozialbeziehungen zu suchen. Für die Migranten ist dabei ihr "*dualer Rechtsstatus*" von zentraler Bedeutung: Einerseits sind sie in vielerlei Hinsicht, wenn man einmal von ihrer materiellen Ausgangslage absieht, der deutschen Bevölkerung arbeits- und sozialrechtlich gleichgestellt. Andererseits sind sie aufgrund des Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisverfahrens staatlichen und unternehmerischen Verunsicherungen, Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt (Dohse 1985, S.302f).

Anfangs sahen die Migranten diese Situation als ein vorübergehendes und ertragbares Übel an. Entsprechend stimmten ihre übergeordneten Zielsetzungen mit denen des "Gastarbeitersystems" - einer "modernisierten Variante des Konzepts der Saisonarbeit" (Treibel 1990, S.44) - überein. Erst als ihnen bewußt wurde, "daß es unmöglich war, genug zu verdienen und zu sparen, um ihre wirtschaftlichen Ziele zu realisieren" (Castles 1987, S.18), gaben sie den Plan einer frühen Rückkehr auf. Zum Teil setzte sich die Anerkennung des Einwanderungsprozesses auch in der Bundesrepublik durch. Obwohl die Auffassung von einer lediglich episodischen Besetzung der industriellen Arbeitsplätze von vornherein eine Illusion bildete, wurde die dauerhafte Anwesenheit erst im Laufe der Zeit zu einer nicht mehr zu leugnenden Realität. Immer mehr bildeten die Migranten einen festen, nur schwierig und begrenzt substituierbaren Bestandteil der Beschäftigungsstruktur (Heckmann 1981, S.174ff). Indem sie unersetzliche Funktionen auf dem Arbeitsmarkt ausfüllten, haben sie unbewußt die Voraussetzungen für ihre dauerhafte Niederlassung und Einwanderung geschaffen (Hoffmann, L. 1990, S.42).

Ungeachtet der vollzogenen Einwanderung erwies sich die allgemein verbreitete Vorstellung eines bloß vorübergehenden und auf den Arbeitsmarkt beschränkten Aufenthalts als relativ beständig. Indem sich diese Vorstellung auf das Staatshandeln und die alltägliche institutionelle und rechtliche Praxis stützte, verallgemeinerte sie sich im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung. Zusammen mit den eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten im Beschäftigungssystem symbolisieren und legitimieren die repressiven ausländerpolitischen Regelungsinstrumentarien - in erster Linie sind das die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis einschließlich des im Arbeitsförderungsgesetz verankerten "Inländerprimats" bei der Arbeitsplatzbesetzung - auch heute noch eine Situation, in der die Migranten an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden (Schäfer 1988, S.35f). Weitere Diskriminierungen liegen in der Verweigerung von politischen Rechten wie z.B. dem aktiven und passiven Wahlrecht. Zudem können mangelnde rechtliche Verbindlichkeiten den unsicheren sozialen Status von Migranten in entmündigender und entwürdigender Weise weiter verschlechtern: "Diskriminierende Gesetze werden oft so vage formuliert, daß Polizei und andere Behörden einen großen Freiraum in ihren Entscheidungen gegenüber Ausländern haben" (Castles 1987, S.90).

Insgesamt wurde die rein administrative Betrachtung der Anwerbung und Kontrolle von Arbeitsmigranten stets den Interessen der Bundesrepublik untergeordnet. Diese bestimmten sich durch die Arbeitsmarktsituation, die Bedürfnisse der Unternehmen (Castles 1987, S.74f), aber auch durch die Aufstiegsorientierung der einheimischen Beschäftigten. Im fordistischen Wachstumsmodell vereint, war die erste Migrationsphase "durch ein gemeinsames Interesse der Akteure (Staat, Industrie, Gewerkschaft) gekennzeichnet" (Bielefeld 1989, S.396). Die Migranten hingegen partizipierten nur unterproportional an den Resultaten des fordistischen Klassenkompromisses. Ihnen wurden im Beschäftigungssystem, das sich latent dualisierte - gute und schlechte Arbeitsplätze entwickelten sich in einer komplementären Beziehung -, eindeutig die untergeordneten Positionen zugewiesen (Schiller 1984, S.628). Die Dualisierung fand zwar schon vor dem Struktur-

bruch von 1974/75 statt, aber erst zu dem Zeitpunkt, als die ökonomische Entwicklung erlahmte, die Arbeitslosigkeit anstieg und der Strukturwandel sich beschleunigte, trat die *Segmentierung des Arbeitsmarktes* deutlicher in Erscheinung (Sengenberger 1978, S.38).

Überwiegend fanden sich die Arbeitmigranten also in den Randbelegschaften wieder. Auf sie wurden die negativen Folgen konjunktureller Schwankungen und rationalisierungsbedingter Modernisierungen abgewälzt. Für den Arbeitsplatz, der ihnen zugeteilt wurde, waren nicht allein die erworbenen Eigenschaften, d.h. die berufliche Qualifikation und Lernfähigkeit, von Bedeutung, sondern oftmals Vorurteile: z.B. angeblich nicht ausreichende Sprachfähigkeiten, eine angedichtete Unzuverlässigkeit, religiöse "Skurrilitäten", südländisches Aussehen etc. (Schiller 1984, S.636f). Es ist also wenig überraschend, wenn die Arbeitsmigranten im Endeffekt zumeist die unteren Positionen im Beschäftigungssystem (Arbeitsplätze mit geringer Qualifikation, harter Arbeit, niedrigem Prestiges etc.) abdeckten (Heckmann 1981, S.158ff).

Obgleich die Anzahl der Arbeitsmigranten stark expandierte, blieb ihre gesellschaftliche Lage im Bereich von Arbeit, Wohnen, Freizeit etc. marginalisiert. Zur ethnisch geprägten Arbeitsmarktsegmentation gesellte sich somit die *lebensweltliche Segregation* (Heckmann 1981, S.203ff). Die gesellschaftliche Isolation der Arbeitsmigranten bedeutete allerdings nicht, daß sie auf die Entwicklung der bundesdeutschen Identität keinen Einfluß hatten. Auf den ersten Blick kam den Migranten in den ökonomischen, politischen und auch kulturellen Bereichen zwar zunächst nur der Charakter von Objekten zu, die vorübergehende Lücken auf dem Arbeitsmarkt ausfüllten. Dennoch besaß und besitzt ihr Verhältnis zum ökonomischen, sozialen und politisch-institutionellen Vergesellschaftungsprozeß auch aktive Momente, z.B. für die kulturelle Transformation der Bundesrepublik (Auernheimer 1992, S.132). So wurde das bundesdeutsche Selbstverständnis durch die Migration stark, wenn auch nicht immer positiv, beeinflusst: den Vertretern einer "offenen Gesellschaft" stehen Positionen gegenüber, die eine ethnische Abschottung Deutschlands befürworten.

2.4. Die Regulation von Migrationsprozessen

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die ökonomischen Faktoren und Dimensionen der Migration sowie die staatlichen Interventionsinstrumentarien grob dargestellt wurden, sollen nun die Bedingungen der politischen Regulierung in einem erweiterten Umfeld - d.h. unter Hinzunahme der kulturellen und ideologischen Verhältnisse - gesellschaftstheoretisch umrissen und charakterisiert werden. Den Ausgangspunkt bildet hierbei die Annahme, daß sich die internationale Migration als Ausdruck und personelle Form einer allgemeinen Tendenz vollzog: der zunehmenden Transnationalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse (Heckmann 1983, S.378).

Die bipolare Weltordnung und der kapitalistische Weltmarkt stellten die besonderen ökonomischen und politischen Eckpunkte dieser Zeit bereit. Während sich auf der transnationalen Ebene integrative - stabile Hegemonialordnung und Bindekraft des Ost-West-Konfliktes - Vergesellschaftungsprozesse ergaben, war das Entwicklungsmuster auf der nationalen Ebene höchst divergent: ein hohes Maß an sozialer Kohäsion in den kapitalistischen Zentren und im Realsozialismus (wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität) sowie desintegrative Entwicklungen in den unterentwickelten Gesellschaften (Kapitalmangel, ökonomische Abhängigkeit und auf der nationalen Ebene kaum lösbare Probleme). Es etablierte sich ein dauerhaftes internationales Ungleichgewicht, das im kapitalistischen Zentrum seinen Ursprung und die eigentlichen Machtquellen hatte. Dies drückte sich auch deutlich im Verlauf der Migration aus. Wenn sie sich für die

entwickelten kapitalistischen Staaten bemerkbar machte, so blieb sie doch fortwährend unter ihrer Kontrolle: "Zeitpunkt, Richtung und Umfang dieser Migration verläuft nach den Bedürfnissen der Metropolen" (Heckmann 1983, S.377).

In der fordistischen Ära konnte die Bundesrepublik für die Integration von Migranten genügend *Steuerungspotentiale* mobilisieren, da sich das ökonomische Wachstum, die Umstrukturierung des Produktionsprozesses, die Arbeitsmarktentwicklung und die Migrationspolitik wechselseitig stimulierten. Indem die Migrationspolitik stark arbeitsmarktorientiert war - nur durch die Migration wurden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt verhindert - wurden andere gesellschaftliche und staatliche Institutionen entlastet. Die zusätzlichen Steuergelder, Beiträge zur Sozial-, Kranken- und Rentenversicherung etc. überstiegen bei weitem die von den Migranten beanspruchten Leistungen (Heckmann 1984, S.646). Allerdings kombinierte man die Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht mit einer längerfristigen Migrationspolitik.

Dies drückt sich auch darin aus, daß das "Gastarbeitersystem" von einem Staatsverständnis getragen wurde, das durch ethnisch definierte Kriterien die Arbeitsmigranten von sozialen und politischen Rechten ausschloß. "Sozialpolitisch legitimierte die Nicht-Anerkennung der Zugehörigkeit und die These der Begrenztheit des Aufenthalts die Untätigkeit bzw. das halbherzige Angehen gegenüber den drückenden sozialen Problemen der Gastarbeiterbevölkerung, wie sie z.B. im Wohnbereich oder in der schulischen Erziehung bestehen ... Die Leugnung der Einwanderungsthese gestattet dem Staat und der Gesellschaft, sich 'nicht in die Pflicht nehmen zu lassen' und wird damit zum ideologischen Instrument der Rechtfertigung diskriminierender Verhältnisse" (ebd., S.646).

Insgesamt verlängerten die staats- und sozialrechtlichen Ausgrenzungen die schlechten Arbeitsmarktpositionen in den Reproduktionsbereich hinein und sorgten auch dort für die Diskriminierung der Migranten. Strukturelle Benachteiligungen prägten die Lebensweisen und Bewußtseinsformen der eingewanderten, ethnisch Privilegien die der einheimischen Bevölkerung. Die derart strukturierten kulturellen Identitäten drückten sich z.B. darin aus, daß sich die Migranten nur selten dazu veranlaßt sahen, ihre marginale gesellschaftliche Position kollektiv zu überwinden (Auernheimer 1989, S.390ff). Ihrem "selbstgewählten" Verzicht stand seitens der deutschen Bevölkerung die aktive Herabstufung der ethnischen Minoritäten gegenüber. Wegen der wechselseitigen Verstärkung beider Dimensionen erwiesen sich die ethnischen Grenzziehungen als relativ beständig.

Auch die nationalstaatliche Regulierung war alles andere als integrationsorientiert, denn eine staatlich initiierte, gestützte und aktiv vorangetriebene Integrations- und Minderheitenpolitik wurde nicht einmal in Ansätzen betrieben. Restriktive Bedingungen im Aufenthalts-, Arbeits-, Einbürgerungsrecht etc. konzipierten die Einwanderung als gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozeß. Bis in die siebziger Jahre hinein verursachte dies nur geringe Probleme. Weil sich die Eckpunkte der Migrationspolitik an den Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der "Gewährleistung der prinzipiellen Umkehrbarkeit der Ausländerbeschäftigung" (Dohse 1984, S.660) orientierten, verlief die Migration auch ohne längerfristige Planungen in angemessenen und politisch überschaubaren Dimensionen. Die sozialtechnischen Instrumentarien der Bundesrepublik konnten die Migration recht gut regulieren, denn die gesellschaftlichen Aufnahmekapazitäten, die durch den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie die soziale Infrastruktur bereitgestellt wurden, waren keiner dauerhaften Überlastung ausgesetzt, sondern wurden durch die Migration sogar noch gestärkt.

2.4.1. Arbeitsmarkt, Migration und fordistische Vergesellschaftung

Die Arbeitsmigration erreichte mit der wachsenden Internationalisierung von Produktions- und Austauschbeziehungen eine *neue Qualität* und wird seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu einem weltweiten Phänomen (Auernheimer 1990, S.37). Da der kapitalistischen Entwicklung die Tendenz innewohnt, alle Gesellschaften und Völker in den Weltmarkt zu integrieren, sind die Migrationsprozesse eine dem Kapitalismus immanente Begleiterscheinung. Wie der Akkumulationsprozeß danach drängt, sich ständig neue Anlagesphären zu erschließen und einzuverleiben, so setzt er auch permanent Arbeitskräfte frei und wirft sie auf den Arbeitsmarkt. Die Herausbildung des kapitalistischen Lohnsystems, der Konkurrenz und der Zwang zur Produktivkraftsteigerung führen zu immer neuen Durchkapitalisierungsschüben und der fortwährenden Umwälzung der Organisationsformen in Produktion und Gesellschaft. "Der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes" (MEW 23, S.790) hat für die in ihn eingebundenen Gesellschaften tiefgreifende Konsequenzen: sie müssen sich je nach Integrationsgrad seinen ökonomischen Verwertungsimperativen unterwerfen. Viele Gesellschaften können sich aufgrund ihres Entwicklungsstandes und ihrer niedrigen Produktivität aber nicht in der Weltmarktkonkurrenz behaupten. Den asymmetrischen Verhältnissen in der Weltökonomie liegen "Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten globaler Produktions- und Akkumulationsstrukturen" zugrunde (Altvater 1987, S.73; Hirsch 1993, S. 198ff). Indem die aus ihnen resultierenden unterschiedlichen nationalen und regionalen Arbeitsproduktivitäten, Lohndifferenzen und Kapitalintensitäten auf dem Weltmarkt miteinander verglichen werden, formiert sich eine durch Dominanz und Abhängigkeit geprägte internationale Arbeitsteilung: "Der hierarchische Charakter des Systems internationaler Beziehungen zwischen den Metropolen, die in bestimmten Phasen ihrer Entwicklung Einwanderung, d.h. zusätzliche Arbeitskräfte wünschen, und der Peripherie, deren Surplusbevölkerung eine ständige potentielle Auswanderungsbevölkerung darstellt, ist die fundamentale Bedingung dafür, daß es überhaupt zu einer Aus bzw. Einwanderung von Arbeitskräften kommt" (Heckmann 1983, S.377).

Zur Erklärung der Migration reichen die Bedingungen der international ungleichen Entwicklung und Abhängigkeit jedoch nicht aus, zusätzliche Einflüsse müssen berücksichtigt werden. Politische, institutionelle, kulturelle und soziale Faktoren - wie die staatliche Intervention, Verwandtschaftsbeziehungen, die kulturelle Ausstrahlung des Einwanderungslandes etc. - schufen innerhalb Europas weitere Bedingungen, die für die Arbeitskräftemigration in die Bundesrepublik verantwortlich waren. In dem Maße, wie sich die zwischengesellschaftlichen *Differenzen* und das ökonomische Entwicklungsgefälle durch internationale *politische und kulturelle Annäherungen* reduzierten, wuchs die internationale Migration. Durch die Transnationalisierungsprozesse von Ökonomie (Warenaustausch, ausländische Direktinvestitionen, Geld- und Finanzmärkte, Transportsystem), Politik (internationale Institutionen, politische Konferenzen) und Kultur (Medien, Coca Cola, "the american way of live", "Made in Germany", internationale Sportveranstaltungen etc.) verringerten sich die internationalen Unterschiede auf dem Wege einer symbolisch und kommunikativ enger vernetzten Weltgesellschaft. Dies betrifft auch die weitestgehend auf Europa begrenzte Arbeitsmigration, die auf der Basis von nationalstaatlichen Übereinkünften die Aus- und Einwanderungsgesellschaften miteinander verband. Regionale und kulturelle Nähe, ein relativ hohes Qualifikationsniveau, die arbeitsmarktpolitische Funktionalität für die Bundesrepublik und eine entsprechende externe Arbeitskraftreserve in den Anwerbeländern standen in einem komplementären Verhältnis. Unter diesen Bedingungen entfaltete sich "die Geschichte der staatlich organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte" (Bade 1992b, S.28).

Als Voraussetzungen der Migration wirkten in den Entsendeländern gesellschaftliche Instabilitäten, *Desorganisationsprozesse* und insbesondere eine hohe Arbeitslosigkeit. Aus Sicht dieser Länder sollten mit der Arbeitsmigration einerseits die Arbeitslosigkeit und die sozialen Spannungen reduziert werden; andererseits stellte sie auch den Versuch dar, zusätzliche Deviseneinkünfte zu erwirtschaften (Geldüberweisungen der Migranten in die Heimat) sowie im Anschluß an die Rückwanderung das Qualifikationsniveau zu verbessern und wirtschaftliche Entwicklungsanstöße zu mobilisieren (Bischoff/Teubner 1991, S.39ff). Als "brain drain" führte die allgemeine Arbeitskräfteabfuhr faktisch aber zur weiteren Destabilisierung der Auswanderungsgesellschaften. Positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungseffekte waren entweder nur von kurzer Dauer oder bildeten die Ausnahme (Schulte 1992, S.27).

Dem entgegengesetzt entwickelte sich die Bundesrepublik. Das wirtschaftliche Wachstum, die Umstrukturierung der Produktion, eine anhaltende Arbeitskräfteeinfuhr und ein umfassender Interventions- und Sozialstaat sorgten für eine stabile und dynamische Gesellschaft. Zugleich erschlossen sich neue und weitreichende staatliche Selektions-, Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten, die sich zwar nicht allein auf die Migranten bezogen, jedoch wesentlich dazu beitrugen die Migration zentral und effektiv zu regulieren (Casella 1988, S.373f): Das Ausländergesetz, das Arbeitsförderungsgesetz und die Anwerbepolitik der Bundesregierung standen im Einklang mit der ökonomischen Wachstumsdynamik. Zusammen mit dem stabilen und weitverzweigten sozialen System (Arbeitslosengeld, Renten- und Krankenversicherung, dem sozialen Wohnungsbau, dem Erziehungs- und Ausbildungssystem etc.) wurden gesellschaftliche Desintegrationspotentiale oder soziale Konflikte aufgefangen und die Arbeitsmigration allgemein akzeptiert.

Wird von einzelnen Besonderheiten - wie dem konkreten ökonomischen Entwicklungsstand sowie der politischen, institutionellen und rechtlichen Situation in den Einwanderungsländern - abgesehen, so lassen sich einige *generelle Funktionen* der Arbeitsmigration feststellen. In der Nachkriegsära galten sie für fast alle europäischen Einwanderungsländer (Auernheimer 1990, S.40):

1. In den ökonomischen Expansionsphasen wurde, wie schon erwähnt, ein zusätzliches Arbeitskräftepotential abgedeckt und die einheimischen Beschäftigten zumeist unterschichtet.
2. Die größere Mobilität eines Teils der Arbeitskräfte - über den Einsatz der Arbeitsmigranten konnten der Staat und die Unternehmen relativ uneingeschränkt verfügen - sorgte für ein erhöhtes arbeitsmarktpolitisches Steuerungspotential.
3. Da die Migranten die gesellschaftliche Infrastruktur - vorwiegend das Erziehungs-, Qualifikations- und Sozialsystem - stark unterproportional in Anspruch nahmen, konnten volkswirtschaftliche Reproduktionskosten gespart werden.
4. Unternehmen, die zur erhöhten Ausbeutung von bei ihnen beschäftigten Migranten rechtliche Lücken ausnutzen konnten, vermochten Extraprofite zu erwirtschaften. Allerdings waren in der Bundesrepublik aufgrund der hochgradig verrechtlichten Arbeitsbeziehungen derartige Möglichkeiten relativ unbedeutend (Lutz B. 1984, S.204).
5. Niedrig entlohnte und stark belastende Arbeiten, zu denen sich die eingewanderten Arbeitskräfte häufig bereit erklärten, erlaubten es einzelnen Unternehmen, trotz ihrer technologischen Rückständigkeit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Solche Tätigkeiten sind allerdings nur dann funktional, wenn sie die längerfristig wirksame ökonomische Modernisierungsfähigkeit nicht bremsen.

6. Außerdem förderte die Migration die Bildungsexpansion und ermöglichte bessere und längere Ausbildungszeiten, was ansonsten wohl kaum ohne ökonomische Friktionen und gesellschaftliche Konflikte vonstatten gegangen wäre (Auernheimer 1990, S.40f)¹³.

2.4.2. Formen staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung

Die fordistische Vergesellschaftung war in der Bundesrepublik durch eine weitreichende Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse geprägt. Hohen Löhnen standen sozialstaatliche Absicherungen beiseite, die die Reproduktion der Arbeitskraft förderten, absicherten und mit einem umfassenden System staatlicher Interventionsmöglichkeiten verknüpften. Familie, Schule, Forschung, Industrie, Medien etc. waren mit der Staatsadministration eng verflochten. Staatliche Interventionen durchdrangen sämtliche Gesellschaftsbereiche und gingen über die bloß ergänzende Regulierung der ökonomischen Reproduktion weit hinaus. Insofern ist der Staat "zum zentralen Funktionsmoment gesellschaftlicher Reproduktion im kapitalistischen Weltmarktzusammenhang geworden" (Hirsch/Roth 1986, S.66). Der "Wohlfahrtsstaat" bildete eine Organisationsform, die zwischen den Funktionsprinzipien der internationalen Weltmarktkonkurrenz und den innergesellschaftlichen sozialen Anforderungen vermittelte. Konjunkturelle ökonomische Krisenprozesse konnten durch ihn zum Teil ebenso aufgefangen werden wie die sozialen Ansprüche der Arbeiterklasse. Allerdings erfolgte die etatistische Befriedung von Widerspruchspotentialen nicht nur durch konsensstiftende materielle Konzessionen an die Facharbeiter und neuen Mittelklassen (ebd., S.73). Den integrativen Politikstrategien des fordistischen Blocks standen auch repressive Unterwerfungsziele beiseite. Von den hierzu angestrebten Ausgrenzungen und Maßregelungen waren zwar nicht ausschließlich, aber doch in besonders auffälliger Weise "ausländische" Migranten betroffen.

Dies führte dazu, daß die Arbeitsmigranten einerseits als eine *Quelle* sozialstaatlicher Verteilungsspielräume und wohlfahrtsstaatlichen Nutzens anerkannt waren, ihre sozialstaatliche Partizipation aber andererseits beschränkt wurde. Die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die sich durch das Ausländerrecht und die Abkommen mit den Herkunftstaaten ergeben, beschneiden in vielen Fällen die sozialen Leistungen für die Arbeitsmigranten (Radtke 1990, S.79). Renten, Sozialhilfe, Kinder- und Arbeitslosengeld wurden und werden durch die auf das Bundesgebiet eingegrenzten Ansprüche oftmals reduziert. Bei Bezug von Sozialhilfe droht unter Umständen sogar die Ausweisung (Dohse 1986, S.631). "Was das Sozialhilferecht dem Ausländer zuerkennt, wird ihm faktisch durch das Ausländerrecht wieder genommen" (Bischoff/Teubner 1991, S.89). Mit der "Umkehr des Sozialstaatsprinzips" geht die rechtliche Regulierung sogar noch einen Schritt weiter: "In die notfalls repressive staatliche Verfügungsgewalt geraten die Ausländer in dem Maße, wie sie aus dem Markt herausfallen. Der Staat kompensiert hier nicht Marktrisiken, sondern nimmt diese geradezu zum Anlaß weiteren staatlichen Drucks" (Dohse 1986, S.631). Die ausländerrechtlich akzentuierten Zugangskriterien zu sozialen Aufwendungen reproduzieren also die schlechte Arbeitsmarktposition in Form einer zusätzlichen rechtlichen Diskriminierung. Für die Migranten spitzen sich damit die allgemeinen Konstruktionsmängel des Sozialstaats auf besondere Weise zu.¹⁴

13 Ähnliche Funktionen nennen auch Treibel (1990), S.86ff und Schiller (1984), S.625ff. Als eine weitere indirekte, d.h. politisch und gesellschaftlich vermittelte, Migrationsfunktion ist noch die innere Differenzierung und ethnische Spaltung der Arbeiterklasse zu erwähnen.

14 Die Gesetzesnovellierungen haben den Status der Migranten nicht wesentlich verändert, wodurch die hier aufgeführten Regelungen in den Grundzügen noch weiter fortbestehen. Das Gleiche gilt für die Funktionsweise des Sozialstaats, dessen Umverteilungseffekte zugunsten sozial Benachteiligter in den achtziger Jah-

Obwohl sich der *Sozialstaat* - häufig nur per Postulat - gegen die gesellschaftlichen Klassenschranken richtet, reproduziert er sie in mancherlei Hinsicht. Er "hatte zwar zum Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, in der Realität führte er aber zu mehr sozialer Ungerechtigkeit, indem er soziale Ungleichheiten kumuliert" (Bischoff/Detje 1989, S.116). Weil der Sozialstaat nicht nur nach dem Versorgungs- sondern oftmals nach dem Versicherungsprinzip operiert, bleiben die gesellschaftlich ungleichen Voraussetzungen häufig unberücksichtigt. Seine Leistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten, etc.) orientieren sich daher stark an den Kriterien formeller Gleichheit, d.h. soziale Mißstände werden nur ungenügend kompensiert. Vorher erbrachte Einzahlungen, die sich nach dem Einkommen und dem gewohnten Lebensstil der Bezieher von Sozialleistungen bemessen, bilden in der Regel die Zuteilungsgrundlage, Umverteilungswirkungen werden dadurch aufgehoben oder verzerrt; unter Umständen können sich die sozialen Diskriminierungen sogar noch verstärken und mit zum Teil "entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfungen" seitens der staatlichen Verwaltung kombiniert werden (ebd. S.116f). Insbesondere für die Migranten bedeutet dies oftmals, daß die schlechte Arbeitsmarktsituation durch aufenthaltsrechtliche Verunsicherungen und Benachteiligungen sowie sozialstaatliche Funktionsdefizite verfestigt und in lebensweltliche Bereiche hinein verlängert wird (Dohse 1985, S.292ff).

Im allgemeinen haben die Migranten nur geringe Möglichkeiten, auf die staatsrechtlich verursachten Benachteiligungen Einfluß zu nehmen. Zum einen wird den "Ausländern" das aktive und passive Wahlrecht für die parlamentarischen Vertretungen auf Bundes-, Landes und Kommunalebene ebenso verweigert, wie die Möglichkeit, eigene Parteien zu gründen (Bischoff/Teubner 1991, S.90f). Demzufolge setzt die ethnische Verfassungsgrundlage dem politischen Engagement der Migranten klare Grenzen. Zum anderen besteht im Grundgesetz bis heute die Spannung zwischen weltbürgerlichen und nationalstaatlich-völkischen Verfassungsnormen fort (Oberndörfer 1991, S.59ff). In der Unterscheidung zwischen allgemein geltenden Menschenrechten und den vom Nationalstaat verliehenen Bürgerrechten, die nur den Mitgliedern der "völkischen Gemeinschaft" zuerkannt werden, tritt die ethnisch-kulturelle Grundlage des deutschen Nationalstaats deutlich hervor. Die Vorrechte der deutschen Bevölkerung umfassen:

1. die bürgerlichen Freiheitsrechte, die dem Individuum gegenüber staatlichen Eingriffen Schutz garantieren;
2. die politischen Teilhaberechte, die die Partizipation an der Staats- und Gesellschaftsentwicklung gewähren;
3. die sozialen Rechte, die gegenüber dem Staat den Anspruch auf soziale Leistungen (z.B. Sozialhilfe, Rente, Kindergeld usw.) absichern (Fijalkowski 1990, S.208).

Alle drei Bereiche sind aufgrund ausländergesetzlicher Bestimmungen für die nichtdeutschen Einwanderer in der ein oder anderen Form beschnitten (hierzu argumentieren ausführlich Glotz 1990; Hoffmann, L. 1990; Oberndörfer 1991).

Indem die Arbeitsmigranten nur als "Instrumente" der Wohlstandssteigerung angesehen werden - in der ökonomischen Krise stellen sie ein Problem dar -, bleibt ihnen die Anerkennung als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder versagt. Solange die Migranten selbst nur von einem temporären Aufenthalt ausgingen, sich partiell der Aufnahmegesellschaft anpaßten, in ihr unterordneten und ihre Lebensgestaltung auf die Heimkehr in ihre Herkunftregion ausrichteten, waren offene Konflikte selten und von geringer Bedeutung

ren eher noch geringer geworden sind. Aus diesen Gründen rufen auch die hier entwickelten Bezüge zur neueren Literatur keine Verzerrungen hervor.

(Treibel 1990, S.97). Erst mit der Phase der Niederlassung, die in besonderem Maße die Rolle der zweiten und dritten Generation prägte, veränderte sich diese Situation. Staatliche Ausgrenzungen und die gesellschaftliche Segregation der Einwanderer rückten als Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen fortan stärker in den Mittelpunkt (Dohse 1985, S.303ff).

2.4.3. Zur Funktionsweise des fordistischen Rassismus - die Einhegung, Unterdrückung und Stabilisierung einer Ideologie

Diskriminierungen von Minderheiten sind nicht nur in den staatlichen Institutionen verankert, sondern legitimieren sich stets auch über bestimmte, unter anderem auch über rassistische Ideologien. Auch wenn erst im 5. Kapitel die ideologietheoretischen Grundlagen genauer ausgeführt werden, sei hier bereits vorangestellt, daß der verwendete Rassismusbegriff sich nicht allein auf rechtsextreme Gewalttaten beschränkt, sondern auch die latenten und institutionalisierten rassistischen Diskriminierungen mit einbezieht. Um den Funktionswandel der rassistischen Ideologien, der sich seit spätestens Anfang der achtziger Jahre vollzieht, herauszustreichen, sollen im folgenden einige der wichtigsten Funktionsbedingungen des "fordistischen Rassismus" knapp dargelegt werden.

In der deutschen Nachkriegsgeschichte bildeten die Flüchtlinge, Vertriebenen, Arbeitsmigranten, Asylsuchenden und Aussiedler verschiedene Minderheiten, die als Opfer des Fremdenhasses fast beliebig austauschbar waren (Institut für Sozialforschung 1992, S.10). Ihre Diskriminierung trat hierbei jedoch nur selten in offen aggressiver und gewalttätiger Form ins Rampenlicht. Die lag nicht zuletzt daran, daß in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ethnische Orientierungen durch zwei *Identifikationspunkte* überlagert wurden: die "Orientierung an den Werten und Verkehrsformen der westlichen Zivilisation" und vor allem der "Stolz auf die eigenen wirtschaftlichen Leistungen" (Habermas 1990, S.207).

Dennoch hatte sich die "völkische Identität" auch in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik erhalten und in das gesellschaftliche Institutionensystem - d.h. in das Rechts- und Erziehungssystem, und die Institutionen der sozialstaatlichen Unterstützung etc. -, eingeschrieben. Fortwährend war sie in den politischen und Alltagsdiskursen präsent, gehörte insofern mit zum sozialen Reproduktionsmodus. "Wirtschaftliche Leistungen und freiheitliche Grundwerte sind Modifikationen innerhalb eines völkischen Wir-Gefühls. Sie beziehen sich auf ein nach wie vor ethnisches Selbstverständnis, ohne dies nennenswert in Frage zu stellen" (Hoffmann, L. 1990, S.109).¹⁵ Im fordistischen Wachstumsmodell verknüpften sich ethnische und soziale Abgrenzungsprozesse. Jedoch wurde die Marginalisierung von Einwanderern und ethnischen Minderheiten nur selten durch bewußte Aktionen der einheimischen Bevölkerung vorangetrieben. Wenn doch, dann wurden die ab- und ausgrenzenden Verhaltensweisen seitens der Subalternen zu meist als Protestform instrumentalisiert, um "schnell bei staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit Gehör" zu finden (Demirovic' 1992, S.46). Somit war der offene Rassismus insgesamt relativ bedeutungslos.

Gegenüber der Zuspitzung von ethnischen Konkurrenzverhältnissen dominierte in der Regel die Einsicht in den Nutzen der Migration. Der Alltagsrassismus der deutschen Be-

15 Häufig bildet die staatliche und institutionelle Grundlage völkisch-nationaler Bezüge noch gar nicht die Spitze nationalistischer Argumentationen. Begründungen, die das Volk dem Staat sogar noch voranstellen (Hoffmann, L. 1990, S.112ff), können auf eine lange Tradition bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurückblicken. Ihre bekanntesten konzeptiven Ideologen sind Fichte, Arndt und Jahn (Glötz 1990, S.61ff; Heckmann 1992, S.43ff).

völkerung wurde dadurch zwar nicht außer Kraft gesetzt, jenseits der harten materiellen Konkurrenz konnte sich gegenüber den Migranten aber durchaus eine tolerante Grundhaltung etablieren. Wenn sich dennoch die ethnischen Grenzziehungen reproduzierten und die Migranten diskriminiert blieben, so weist dies darauf hin, daß die Einwanderer nur solange toleriert wurden, wie sie sich den Interessen der deutschen Bevölkerung unterordneten. Trotz aller Toleranz blieb die Subordination der Migranten und ihre ethnische Abgrenzung also bestehen. Fortwährend reproduzierten sich unterschiedliche Beziehungen zur Lohnarbeit und verschiedenartige kulturelle Lebensformen. Zudem trieb der Staat ethnische Spaltungen - besonders innerhalb der abhängig Beschäftigten - aktiv voran. In Form von Ableitungs-, Stigmatisierungs-, Spaltungs-, Homogenisierungs- und Kompensationsfunktionen stärkten die rassistischen Diskurse die bestehenden gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen (Heckmann 1984, S.654ff).

Tradierte ideologische Diskurse hatten sich auf die Institutionen und verdeckt auch auf das Selbstverständnis der Bundesrepublik übertragen. Entsprechend bildeten die Elemente einer ethnozentristischen und rassistischen Selbstüberhöhung keine Randerscheinung. Sie gliederten sich dabei in das eurozentristische Zivilisationsmodell ein, indem sie sich auf die Situation der "Dritten Welt" bezogen und deren ökonomische, politische und kulturelle Unterlegenheit und Abhängigkeit latent rassistisch interpretierten (Melber 1990). Analog zu den nationalstaatlichen Positionen im internationalen System und zu ihrer Arbeitsmarktrolle wurden die Migranten, die meistens aus ökonomisch rückständigen Gesellschaften stammen, als minderwertig wahrgenommen (Berger 1990, S.124). Insofern sich der Eurozentrismus auf den ökonomisch führenden Kernbereich bezieht, galt dies selbst für den Großteil der Arbeitsmigranten, der aus der europäischen Peripherie kam.

Wegen seiner gesellschaftsstrukturellen und institutionellen Fundierung war der Rassismus ein Bestandteil der politischen Regulation und des hegemonialen gesellschaftlichen Konsenses. Fortschritt und Gleichheit schienen administrativ umsetzbar zu sein. Die Fortschrittsperspektive beschränkte sich aufgrund des ethnisch motivierten Einsatzes der Staatsadministration, jedoch primär auf die deutsche Bevölkerung. Die Arbeitsmigranten konnten nur soweit am sich mehrenden materiellen Wohlstand partizipieren, als ihre Anwesenheit für den Produktionsprozeß unausweichlich war. Trotzdem kam es zwischen den Migranten und der deutschen Bevölkerung nur in geringem Maße zu Spannungen, weil die anhaltende ökonomische Expansion relativ großzügig die jeweiligen Bedürfnisse zu bedienen vermochte. Nur selten schritt der Rassismus aus seinem Latenzzustand heraus und manifestierte sich als aggressive Verhaltensweise. Während der latente und strukturelle Rassismus eine integrale Komponente der Wachstumsgesellschaft bildete, waren die offenen und gewaltförmigen rassistischen Handlungen verpönt. "Der Konsens in der Bundesrepublik konstituierte sich unter anderem auch über die Ausgrenzung und Dethematisierung dieses vorhandenen Rassismus" (Demirovic' 1992, S.45f). Indem der Rassismus also strukturell integriert und in seiner gewaltförmigen Form delegitimiert war, besaß er einen endemischen, d.h. gesellschaftlich und staatlich kontrollierbaren Charakter, der herrschaftsstrategisch jederzeit instrumentalisiert werden konnte: "Extremer Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, obwohl demoskopisch keineswegs nur in Spurenelementen nachweisbar, blieben im kollektiven Bewußtsein präsent, aber politisch wirksam eingehegt" (Leggewie 1992, S.56).

Die Grundlage für den "*gefesselten Rassismus*" bildeten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der materielle Verteilungsspielraum und die fortlaufende Wohlstandsmehrung. Um diese zu erreichen, waren die Migranten höchst willkommen, da ihr volkswirtschaftlicher Nutzen und ihre sozialen Beiträge die ökonomischen Nach-

teile und sozialen Belastungen bei weitem überschritten (Manfrass 1984, S.770). Im Klima des permanenten ökonomischen Wachstums, anhaltender Wohlstandsgewinne, der Mehrung des materiellen Reichtums, der Demokratisierung einzelner Gesellschaftsbereiche etc. vergrößerte sich die soziale Kohäsion. In Anbetracht eines expandierenden Sozialstaats wurden in den Verteilungskämpfen selten sozialistische und nur ausnahmsweise rassistische Strategien der Besitzstandsmehrung eingesetzt.

Heute stellt sich die Situation anders dar. Zumeist können Konflikte nur noch vorübergehend ausbalanciert und stillgestellt werden. Mit den ökonomischen und sozialen Umwälzungen tritt denn auch verstärkt und in modifizierter Form das "rassistische Erbe" in Erscheinung, d.h. die gesellschaftlichen Ideologien und Deutungsmuster artikulieren sich neu: In der jüngeren Vergangenheit wurden korporatistische Zusicherungen und soziale Besitzstände eingefroren oder zurückgeschraubt; heute beschränkt sich daher die Expansion des materiellen Lebensstandards auf wenige soziale Gruppen, während sich für einen Großteil der Bevölkerung die Zukunftsperspektiven verschlechtert haben. Massenhaft entstehen Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle, die sowohl auf schärferen Konkurrenzverhältnissen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt als auch auf dem härteren Kampf um sozialstaatliche Leistungsansprüche beruhen. Vermehrt werden diese Auseinandersetzungen rassistisch verarbeitet (Haug 1992, S.40). Immer deutlicher tritt hervor: "Die Vollbeschäftigung schaffte den Rassismus leider nicht ab, aber die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit am Arbeitsmarkt garantieren, daß endemische Leiden zu Epidemien werden" (Hobsbawm 1992, S.27).

3. Die neue Qualität internationaler Migrationsprozesse

Durch den Anwerbestopp von 1973 wurde die Periode der staatlich organisierten Arbeitsmigration beendet. Danach folgte die Phase des Familiennachzugs; anschließend bildeten sich ethnische Minderheiten heraus (Castles 1987, S.17ff). Hierbei stieg die "ausländische" Wohnbevölkerung, die im Jahre 1973 bei knapp 4 Mio. lag, bis 1989 um fast eine Million auf fast 4,9 Mio. an, um dann nach der Vereinigung die 5 Millionen-Grenze zu überschreiten (Statistisches Bundesamt 1991, S.64). Demgegenüber schrumpfte der Anteil der abhängig Beschäftigten mit "ausländischem" Paß von knapp 2,6 Mio. im Jahre 1973 auf ungefähr 1,7 Mio Ende der achtziger Jahre (Bade 1992, S.390). Obwohl also ein Teil der Arbeitsmigranten die Bundesrepublik wieder verließ, reduzierte sich wegen des Nachzugs und des Geburtenüberschusses die Zahl der ausländischen Population nicht. Zugleich erhielt der Migrations- und Integrationsprozeß mit den demographischen Veränderungen einen zunehmend von den Erfordernissen des Arbeitsmarktes unabhängigen Charakter (Mammey 1990, S.58). Dies gilt auch für die Arbeitsmigranten, die sich aufgrund der EG-Freizügigkeit in der Bundesrepublik aufhalten und für die der Anwerbestopp nicht gilt. Auch für sie dürften mit der Dauer des Aufenthalts und dem bewußten Wechsel des Lebensmittelpunktes die sozialen, politischen und kulturellen Lebensbereiche immer wichtiger werden.

Diese Tendenzen werden durch den größeren Umfang von Personen, die in die Bundesrepublik fliehen und um politisches Asyl nachsuchen, noch verstärkt. Wenn von einigen Schwankungen einmal abgesehen wird, nahm ihre Zahl seit Mitte der siebziger Jahre ständig zu. Während zwischen 1971 und 1973 jährlich zwischen fünf- und sechstausend Personen Asyl suchten, waren es 1990 bereits über 193.000 (Münch 1992, S.224; Statistisches Bundesamt 1991, S.65). Ihre Zahl steigerte sich 1991 auf 256.000 (Burkhardt 1992, S.69) und 1992 auf ca. 440.000 Menschen. Mit den verbreiteten Zahlen ist allerdings vorsichtig umzugehen: *erstens* sind sie unpräzise, denn das Bundesinnenministerium registriert für jeden Antrag, auch wenn nur der Antragsteller einreist, pauschal drei Personen: Antragsteller plus zwei Angehörige. "Ob jemand erstmals in der Bundesrepublik um Asyl nachsucht oder nach zwischenzeitlicher Verschärfung der Situation im Heimatland einen Asyl-Folgeantrag stellt, wird ebensowenig berücksichtigt wie die statistische Miterfassung von Angehörigen seit Inkrafttreten der neuen Familienasylregelungen" (Appel 1992, S.13; ebenso Noetzel 1992, S.42); *zweitens* verbreiten diejenigen politischen Kreise zu hohe Zahlen, die sich für eine restriktive Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik aussprechen (Osterkamp 1990, S.116f); und *drittens* werden überhöhte Angaben auch von den hilfsbedürftigen Staaten benutzt, um die Migration als ein politisches Druckmittel einzusetzen. Mit der Drohung, die Migrationswünsche der eigenen Bevölkerung nicht mehr kontrollieren zu können, wird von ihnen nachdrücklich auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Unterstützungen hingewiesen (Hoffmann, L. 1991, S.1478; Opitz 1992, S.31).

Schaut man sich die Herkunftsregionen an, so fällt auf, daß neben der größten Flüchtlingsgruppe aus Osteuropa der Anteil der Asylbewerber, die aus Asien und Afrika stammen, stark angestiegen ist und im Jahr 1990 mittlerweile über 85.000 Personen umfaßt. Auch wenn die Anerkennungsquote sehr niedrig ist, wurden und werden viele der Asylsuchenden als "De-facto-Flüchtlinge" in der Bundesrepublik geduldet. Im Jahr 1988 lag die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, bei über 800.000. Sie gliederte sich folgendermaßen auf: 80.000 anerkannte Asylberechtigte; 160.000 Familienangehörige (von Anerkannnten und Bewerbern); 200.000 durchliefen die

Verfahrensprozedur; 300.000 besaßen den Status eines de facto-Flüchtlings; 36.500 waren heimatlose Ausländer und 33.800 Kontingentflüchtlinge (Rein 1990, S.97).

Die ansteigenden Zahlen von Flüchtlingen, die sich in Europa um eine Aufnahme bemühen, können allerdings nicht über die im Vergleich zu den "Dritte-Welt"-Ländern relativ geringen Aufnahmelasten hinwegtäuschen (Imbusch 1991, S.27). Die Migration nach Westeuropa bildet nur die Spitze des Eisbergs, denn "trotz aller 'Ängste' in Europa ist das 'Flüchtlingslager' der Welt nach wie vor nicht die Erste, sondern die sogenannte Dritte Welt. Mehr als zwei Drittel der vom Hohen Flüchtlingskommissar der UNO anerkannten Flüchtlinge, d.h. mehr als 12,5 Millionen Menschen, werden in Afrika, Asien und in Lateinamerika aufgenommen, die Hälfte davon allein in Pakistan und im Iran. Gleichwohl kann nicht verkannt werden, daß die Zahl derjenigen, die in der Ersten Welt und insbesondere in Europa ihre Zuflucht suchen, in den letzten Jahren rapide angestiegen ist. Die weltumspannenden modernen Transportmittel und -wege machen es möglich" (Lutz, D.S. 1991, S.202f). Das Ausmaß der internationalen Migration wird in vollem Umfang allerdings erst erfaßt, wenn zu den Flüchtlingen, die politisch verfolgt sind, auch die gezählt werden, die aufgrund sonstiger menschenunwürdiger Lebensverhältnisse (soziales Elend, Naturkatastrophen etc.) zur Migration gezwungen werden, dabei aber nicht unbedingt die Landesgrenzen überschreiten. So gibt es "nach Berechnungen der UNO-Umweltbehörde UNEP und des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) ... insgesamt bereits über eine halbe Milliarde Migranten" (Arnold 1992, S.23).

Im Vergleich zu den Asylsuchenden ist die Migration durch die *Aus- und Übersiedlung* um ein vielfaches umfangreicher. Von Anfang 1989 bis Mitte 1991 kamen ca. 882.000 Aus- und 741.000 Übersiedler in die Bundesrepublik, wodurch das Erwerbspersonenpotential der alten Bundesländer um fast 960.000 Arbeitskräfte erhöht wurde (Klös 1991, S.27f). Die sozialen Konsequenzen waren unübersehbar: die sozialstaatliche Infrastruktur wurde überlastet und die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt verschärft.¹⁶ Da die Ost-West-Migration keine schnell vorübergehende Episode bildet, werden sich aller Voraussicht nach die gesellschaftlichen Spannungsverhältnisse weiter verfestigen.

Insgesamt bündeln sich in der Bundesrepublik gegenwärtig drei Dimensionen der internationalen Migration und gesellschaftlichen Integration:

1. die seit dem Anwerbestopp begonnene Niederlassung vormals angeworbener Arbeitsmigranten;
2. die verstärkte Immigration von Flüchtlingen aus Osteuropa und der "Dritten Welt";
3. die stark angewachsene Einwanderung der Aus- und Übersiedler.

Obwohl alle drei Entwicklungen unterschiedlichen Ursachen geschuldet sind und die mit ihnen auftretenden Probleme nicht vermengt werden dürfen, tragen sie doch zu einem gemeinsamen Resultat bei: Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse und anhaltender politischer Regulierungsschwierigkeiten - die *Krise von Politik*,

¹⁶ Auch nach der Vereinigung hält die innerdeutsche Ost-West-Migration weiter an: Wenn die Familienmitglieder nicht mitgerechnet werden, drängten im Jahr 1991 173.000 Migranten und 289.000 Pendler auf den westdeutschen Arbeitsmarkt. Für 1992 wird mit 86.000 bzw. 128.000 zusätzlichen Erwerbstätigen aus dem Osten der Bundesrepublik gerechnet (Blaschke u.a. 1992, S.122). Modellrechnungen, die einen ostdeutschen Wirtschaftsaufschwung unterstellen, kalkulieren erst 1994 mit einem Ausgleich der Wanderungsbewegungen (ebd., S.124). Andere Schätzungen rechnen für den Zeitraum von 1990 bis 1996 mit insgesamt ca. 1,5 Millionen Migranten - hier werden nicht nur die Arbeitskräfte gezählt - aus dem "Beitrittsgebiet" (Heinelt/Lohmann 1992, S.11).

Parteien und Staat tritt immer offener zu Tage - wird auch die bisherige Regulation der Migration in Frage gestellt.

Es wäre jedoch falsch, die Ursache der zunehmend krisenhaften Vergesellschaftung und sozialen Eruptionen, von denen die Gesellschaften des kapitalistischen Zentrums erfaßt werden, in den anwachsenden Migrationsprozessen zu sehen. Vielmehr muß die Beziehung umgekehrt gedacht werden, d.h. der qualitative Wandel der internationalen Migration begründet sich aus den innergesellschaftlichen und internationalen Umbrüchen (Castles 1992). Seit Mitte der siebziger Jahre haben sich die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Das Ende des Fordismus, der allmähliche Abstieg der USA als westlicher Hegemonialmacht, der Zusammenbruch des Realsozialismus und der Wegfall der Systemkonkurrenz sowie die verfestigte Abhängigkeit und anhaltende Unterentwicklung der "Dritten Welt" markieren die zentralen Dimensionen der gesellschaftlichen und weltpolitischen Transformation (siehe hierzu Abschnitt 3.2.). Erst innerhalb dieses Umfelds lassen sich die Antriebe und Verlaufsformen der internationalen Migration genauer bestimmen. *Der wachsenden weltgesellschaftlichen Vernetzung* kommt hierbei eine ebenso wichtige Rolle zu wie der drohenden *Abkopplung* von Teilen der "Dritten Welt". Wenn dort nämlich mit der Abkopplung die gesellschaftliche Desorganisation - Massenarmut, soziale Konflikte etc. - und politischen Repressionen zunehmen, so erhöht sich demzufolge auch das Migrationspotential (Müller-Tobler 1988, S.33ff).

Aber nicht nur in den Gesellschaften der "Dritten Welt", sondern auch in den Zentren erzeugt die kapitalistische Vergesellschaftung wachsende Instabilitäten. Auch hier machen sich im Zuge der neuen Migration wegen der schwindenden ökonomischen und staatlichen Steuerungsressourcen die geringeren gesellschaftlichen Integrationspotentiale deutlich bemerkbar. Die Aufnahmebedingungen und Verarbeitungsweisen der Migration wandeln sich mit der Reorganisation des sozialen Umfelds. Internationalisierungsprozesse und ein zu enger politischer Gestaltungsrahmen fördern autoritäre, rechtspopulistische und rassistische Politikstrategien (Institut für Sozialforschung 1992, S.13f). Diesen sind zwar nur vordergründige, dennoch aber "starke" Argumente in die Hand gegeben, denn der Handlungsspielraum von Staat, Parteien und Verbänden hat sich verengt. Für eine Politik der sozial orientierten Integration stehen immer weniger, kaum noch zureichende materielle Ressourcen bereit (Hirsch 1990, S.113). Zusätzlichen Anschub bekamen die rechtspopulistischen Argumentationsmuster in der Bundesrepublik zudem noch durch den Verlauf, die Ergebnisse und Folgewirkungen der deutschen Vereinigung (Bonder u.a. 1992, S.169).

3.1. Die Transformationskrise der fordistischen Gesellschaftsformation

Noch in ihrer letzten Phase, seit Ende der sechziger Jahre, hatte sich die fordistische Gesellschaft unter den Bedingungen sozialdemokratisch geprägter Regierungskoalitionen gleichsam vervollkommnet (Bonder u.a. 1992, S.154ff). Das "Modell Deutschland"¹⁷ erreichte mit dem Ausbau des Sozialstaats, der beginnenden Bildungsexpansion, den ordnungspolitischen Reformen (BetrVG, AfG, Mitbestimmungsgesetzvorhaben) (Hoffmann J. 1987, S.347), der wirtschaftspolitischen Globalsteuerung und der "Konzertierten

17 Das "Modell Deutschland" besaß in der Zeit der sozialliberalen Koalition zwei Ausprägungen. Während in der Reformära bis zur Weltwirtschaftskrise 1974/75 soziale und demokratische Fragestellungen im Vordergrund standen, wurde in der Folgezeit das Schwergewicht auf eine weltmarktorientierte Strukturpolitik gelegt (Altvater/Hübner 1988, S.23).

Aktion" seinen sozialreformerischen Höhepunkt. Vorausgegangen war eine ökonomische und innenpolitische Krise, die Problemlösungsfähigkeit des Marktes hatte ihre Grenzen erreicht, so daß den staatlichen Institutionen eine größere gesellschaftsintegrative Bedeutung zukam.

Zunächst stützte und festigte der Ausbau des staatlichen Interventionssystems den sozialen Frieden und die *korporative Einbindung* der Arbeiterklasse (ebd. S.348). Schon bald allerdings manifestierte sich erneut die Brüchigkeit des vormals stabilen fordistischen Konsenses, denn seine Grundlage, eine ökonomisch stabile Entwicklung mit stetigem Wachstum, konnte in der Phase der sozialliberalen Reformpolitik nur vorübergehend wiederhergestellt werden. Als Mitte der siebziger Jahre die Weltwirtschaftskrise einen fundamentalen Wandel im Verhältnis von Politik und Ökonomie einleitete - die "weltmarktorientierte Modernisierung" dominierte die sozialen Politikinhalte -, kam es zum Bruch mit der fordistischen Gesellschaft. Der soziale, kulturelle und auch ökologische Wandel vervollständigte den Umschwung.

Ebenso wie die Erscheinungsformen sind auch die Ursachen der Fordismuskrise vielfältig. Ihr verbindendes Moment liegt darin begründet, daß im gesellschaftlichen Gefüge "die profitstabilisierenden Faktoren allmählich an Kraft" verloren haben (Hirsch/Roth 1986, S.78) und die Korrespondenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise immer stärker erodierte. Die Entwicklung der politischen, sozialen sowie kulturellen Verhältnisse führte zu institutionellen Dysfunktionalitäten wodurch die kapitalistischen Verwertungsbedingungen einschneidend beeinträchtigt wurden. In wechselseitiger Verstärkung - z.T. aber auch als Kompensation - haben sich ökonomische Krisenprozesse (schwache Produktivitätssteigerungen, Staatsverschuldung, chronische Nachfragechwäche, verschärfte internationale Konkurrenzverhältnisse), die Krise der politischen Regulationsformen (das staatliche und gesellschaftliche Institutionensystem, die Herrschaftsverhältnisse, das System der Arbeitsbeziehungen) sowie soziale und kulturelle Entwicklungen - ökologisch-zivilisatorische Existenzfragen, das Wegschmelzen sozialmoralischer Milieus (Beck 1986, S.136f), psychisch-soziale Brüche - zur allgemeinen ideologischen Krise des fordistischen Hegemonieprojekts zugespitzt (Dörre 1989, S.26ff).

Die Grenzen des fordistischen Akkumulationsmodells sind bereits ökonomisch bestimmbar. So konnte das relativ starre Rationalisierungsmuster der tayloristischen Arbeitsorganisation kaum mehr Produktivitätsreserven mobilisieren. Unter den Bedingungen einer erhöhten Kapitalintensität, zunehmenden Transport- und Liegezeiten, wachsender verwaltungstechnischer Beschäftigungsbereiche, einer hohen technischen Störanfälligkeit des Produktionsprozesses, zumeist geringer Kalkulationshorizonte und einer härteren Weltmarktkonkurrenz (Forum Gewerkschaften 1992, S.27) verkehrte sich die expansive Entwicklungslogik in abflachende Wachstums- und Akkumulationsraten bei ansteigenden Arbeitslosenzahlen (Goldberg, J. 1988, S.73ff). Es wurde offenbar, daß die Formen tayloristischer Rationalisierung und Arbeitsintensivierung an ihre Schranken gestoßen waren. Allerdings ist das Erlahmen der ökonomischen Akkumulationsdynamik nicht nur auf die Produktionsbedingungen zurückzuführen, denn die schrumpfenden Profitraten konnten auch durch Strategien der Produktionsausweitung nicht kompensiert werden. Das heißt, der Prozeß der Kapitalverwertung erlahmte nicht nur aufgrund der geringeren Produktivkraftsteigerung in der Produktion, sondern auch wegen anhaltender Schwierigkeiten in der Profitrealisierung. Selbst nach der krisenbedingten Entwertung eines großen Teils des Kapitalbestands standen für einen neuen dynamischen Aufschwung nur unzureichende Absatzmärkte bereit (ebd., S.101f).

Indem die Krise zeitgleich alle Ökonomien des globalen Kapitalismus erfaßte, verringerte sich z.T. die internationale Nachfrage, und die *Konkurrenzverhältnisse* auf dem Weltmarkt verschärften sich. Überdies konnte die Binnennachfrage nicht gestärkt werden, da die wachsende Arbeitslosigkeit und die Finanzkrise des Staates einer nachfrageinduzierten Ankurbelung der Ökonomie Grenzen setzten. Die Vorstellung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik, wie sie sich Ende der sechziger Jahre herausgebildet hatte, erwies sich somit als Illusion. Die Versuche einer staatlichen Konjunkturglättung wirkten wegen der inflationären Konsequenzen der Staatsverschuldung sogar noch krisenverschärfend (Hoffmann, J. 1987, S.348ff): "Stagflation", d.h. eine Rezession mit inflationären Effekten, war die Folge. Im Rahmen des fordistischen Reproduktionsprozesses konnte also die *sinkende Kapitalrentabilität* nicht mehr aufgefangen werden.

Der allgemeine Charakter der Fordismuskrise weist über den tiefgreifenden Umbruch im gesellschaftlichen Reproduktionsmodus der Nachkriegsjahrzehnte hinaus. Denn selbst wenn der Wandel der nationalen Gesellschaftsstrukturen auch den inneren Kern der welthistorischen Veränderungen bildete, so waren diese doch stets in umfassendere internationale Zusammenhänge (Weltmarkt, US-Hegemonie und Systemkonkurrenz) eingebunden. Insofern besitzt die Fordismuskrise auch eine weltumspannende Erscheinungs- und Verlaufsform (Hirsch/Roth 1986, S.84). Fordismus und US-Hegemonie gehören in diesem Sinne zusammen. In den Nachkriegsjahrzehnten waren die USA die treibende Kraft der Internationalisierung des Waren-, produktiven und Finanzkapitals sowie der Errichtung von internationalen politischen Institutionen (Altvater 1983, S.230). Mit der Verallgemeinerung des technologischen Niveaus - vor allem das westeuropäische und japanische Kapital holte auf dem Weltmarkt gegenüber dem US-Kapital auf - ging aber "der Konkurrenzvorsprung der USA, also die reale ökonomische Grundlage der US-Hegemonie, tendenziell verloren" (Altvater 1987, S.229). Wie die Antriebskräfte der fordistischen Entwicklung erlahmten, so reduzierte sich auch die US-amerikanische internationale Regulierungsfähigkeit; stattdessen synchronisierten und internationalisierten sich die wirtschaftlichen Krisentendenzen. Zuvor hatte sich der Produktivitätsvorsprung der USA auf die europäischen und südostasiatischen Ökonomien noch stimulierend ausgewirkt (Hirsch 1993, S.205) und zur Kompensation der ökonomischen Krisenerscheinungen beigetragen: durch den Nachfrageanschub externer Märkte konnten die konjunkturellen Krisen national begrenzt und schnell überwunden werden. Mit dem relativen Abstieg der USA und der härteren Weltmarktkonkurrenz begann dann aber die allmähliche Transformation des internationalen Institutionensystems. Hier, d.h. in der Krise der US-Hegemonie, findet die Krise des Fordismus letztlich ihren verdichteten Ausdruck.

Indem sich die ökonomischen Kräfteverhältnisse zwischen den Metropolen grundlegend verschoben hatten, erfolgte "der Zusammenbruch des bis dahin funktionierenden Weltmarkt-Regulierungsmechanismus, gekennzeichnet durch wachsende Zahlungsbilanzungleichgewichte, die Schwächung des Dollars als Leitwährung in den siebziger Jahren und der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems" (Hirsch/Roth 1986, S.85).¹⁸ In der Weltwirtschaft und Weltpolitik konnten die USA ihre hegemonialen Aufgaben nur noch in abgeschwächter Form ausfüllen. Immer stärker belasteten internationale Verpflichtungen die eigene Wirtschaft und Gesellschaft: Weil die USA einen Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für die Regulation internationaler Prozesse abstellten - die Errichtung

18 Für den Zusammenbruch des "Bretton-Woods-Systems" wird vor allem das "Triffin-Dilemma" verantwortlich gemacht. Dieses bezeichnet die Schwierigkeit der USA, auf die Dauer zwei miteinander unvereinbare weltwirtschaftliche Aufgaben einer Hegemonialmacht zu erfüllen: a) die Versorgung der Weltökonomie mit dem international anerkannten Weltgeld (Liquiditätsfunktion) und b) die Sicherung des Vertrauens in die Währung - im Bretton-Woods-System: die Golddeckung des US-Dollar - (Stabilitätsfunktion) (Altvater 1991, S.144).

ökonomischer, politischer und militärischer Institutionen -, wurde die US-amerikanische Ökonomie geschwächt und belastet, ihre Position auf dem Weltmarkt also zusätzlich untergraben (Bonder u.a. 1992, S.32f).

3.2. Weltökonomie und Hegemonialordnung im Umbruch - Regionalisierung, Konfrontation und Kooperation

Sicherlich ist die These vom US-Decline nicht unbestritten¹⁹, denn nach wie vor besitzen die USA den Status einer *Weltmacht*. Positiv haben sich in den achtziger Jahren zudem das international vergleichsweise hohe Wirtschaftswachstum und die ansteigende Investitionstätigkeit ausgewirkt. Dieser Eindruck relativiert sich jedoch, wenn berücksichtigt wird, daß der Aufschwung wesentlich vom finanziellen und kommerziellen Sektor getragen wurde. Zudem weist die Organisationsstruktur des Dienstleistungssektors ein Qualifikations- und Produktivitätsprofil auf, das mit den Anforderungen der höherwertigen Industrie- und High-Tech-Produktion kollidiert. In der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung kommt es damit zu dysfunktionalen Beziehungen zwischen dem Industrie- und Dienstleistungsbereich; industrielle Produktivitätspotentiale werden nicht ausgeschöpft (Bischoff/Menard 1992, S.50f u. S.81ff). Insofern liegen die Ursachen des US-Declines nicht zuerst in der "imperialen Überdehnung", d.h. dem weltpolitischen Gestaltungsanspruch, oder in der negativen Entwicklung der volkswirtschaftlichen Daten, sondern in dem maroden Zustand der innergesellschaftlichen Machtkomponenten begründet, vor allem in der ineffektiven Infrastruktur (Hoffmann, St. 1990, S.118).

Stark rückläufig entwickelte sich zwischen 1950 und 1980 der US-Anteil an der Weltproduktion und in den achtziger Jahren dann auch der Anteil am Welthandel (Deppe 1991, S.54f). Das volkswirtschaftliche "Zwillingsdefizit" von US-Haushalt und Außenhandel, das durch die unter Reagan angestrebten gewaltigen Rüstungsausgaben schnell vergrößert wurde, setzt diesen negativen Tendenzen eigentlich nur noch die Krone auf. So ist die Delegitimierung der von den USA geschaffenen internationalen Institutionen und die "Erosion der Mittel, mit denen Hegemonie ausgeübt werden kann" wenig verwunderlich. Insbesondere in der Ergänzung des Dollars als Weltgeld durch die deutsche Mark und den japanischen Yen drückt sich der Verfall der US-amerikanischen internationalen Regulierungskapazität aus (Altvater 1987, S.230f).

Die Konsequenzen für die *Organisation der Weltgesellschaft*, d.h. sowohl für die Bedeutung der Funktionsweise des Weltmarktes als auch für den weltpolitischen Ordnungsrahmen, sind vielgestaltig. Zwischen beiden Bereichen - dem Weltmarkt und der nationalstaatlichen Politik - bestand unter der US-Hegemonie ein Verhältnis der "funktionalen Äquivalenz" (Deppe 1991, S.46). Diese garantierte ein verhältnismäßig stabiles System der internationalen Beziehungen. Nunmehr ergibt sich als ein Ergebnis des US-Declines das Zusammenspiel von Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt sowie dem innen- und außengerichteten Funktionswandel der nationalstaatlichen Interventionsformen. Für die Entwicklungsrichtung beider Prozesse ist mitentscheidend, mit welcher Dynamik und in welcher Gestalt sich die Transnationalisierungsprozesse in der Weltökonomie vollziehen (ebd., S.58). Gegenwärtig deutet angesichts der geringen Weltmarktdynamik nur wenig in Richtung eines weiter liberalisierten Weltmarktes. Die politischen Kräfte, die

19 Die Diskussion um das Für und Wider des US-Declines ist mittlerweile recht umfangreich. Entscheidender Streitpunkt scheint dabei die Frage zu sein, wie die internationale politische und militärische Macht sowie das Innovationspotential der US-Ökonomie, insbesondere die Bedeutung des expandierenden Dienstleistungsbereichs, einzuschätzen ist. Zur Zusammenfassung der jeweiligen Positionen und Argumente vgl. Deppe (1990) und Huffschnid (1991).

sich hierfür einsetzen, werden sich nur schwer gegen Strategien kurzfristiger Vorteilsnahme wehren können, um ihre längerfristig orientierte Sicht, die sich auf gut funktionierende Weltmarktstrukturen stützt, zu festigen (Scherrer 1990, S.580f).

In der andauernden internationalen Umbruchsituation zeichnen sich insgesamt widersprüchliche ökonomische und politische Tendenzen ab: Sie bewegen sich im *Spannungsfeld von Globalisierungs-, Regionalisierungs- und Renationalisierungsprozessen* (Felder 1992, S. 59ff). Auf der einen Seite haben innerhalb der Industriestaaten die internationalen Verflechtungen auf den Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Finanzmärkten in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stark zugenommen. Gegenseitige ökonomische Abhängigkeiten und ein relativ dichtes internationales Institutionensystem haben den politischen Formen der Konfliktaustragung enge Grenzen gesetzt (Deppe 1991a, S.196f). Bis zum Ende der Systemkonkurrenz wurde die gemeinsame Interessenlage zwischen den kapitalistischen Zentren zudem noch ideologisch und sicherheitspolitisch verdichtet. Nachdem sich die bipolare Weltordnung aufgelöst hat, beginnt sich gegenüber der destabilisierten "Dritten Welt" langsam ein ähnlich geartetes gemeinsames Band herauszubilden. Angesichts der Tatsache, daß die Folgen der anhaltenden Unterentwicklung in das kapitalistische Zentrum zurückzuschlagen drohen - Unterentwicklung, Schuldenfalle, Migration, Drogen, internationaler Terrorismus etc.-, könnte sich der "Norden" durch den äußeren Druck zusammenschließen (Goldberg, J. 1991, S.105ff).

Auf der anderen Seite wird der Kampf um Weltmarktanteile, der zwischen den kapitalistischen Zentren vor allem im Bereich der High-Tech-Produktion ausgebrochen ist, härter. Mit dem "neuen Merkantilismus", der "Regionalisierung der Weltwirtschaft" und dem "sektoralen Protektionismus" (Gilpin 1987, S.394ff) scheinen sich "Tendenzen einer Desintegration bzw. Segmentierung der Weltwirtschaft" (Deppe 1991, S.65) durchzusetzen. In der Weltökonomie hat sich aufgrund der Aufholprozesse Westeuropas und vor allem Japans eine Triade (Südostasien, Nordamerika und Westeuropa) herausgebildet. Voneinander abgeschlossene Märkte und die Gefahr von "Handelskriegen" (Bergsten 1990, S.98) bilden somit keinesfalls ein realitätsfernes Horrorszenario.

Gegenüber der fordistischen Periode, die durch den Prozeß der internationalen Liberalisierung des Handels geprägt war, hat sich demnach ein *fundamentaler Wechsel der weltwirtschaftlichen Funktionsmechanismen* ereignet. Sowohl die Bedeutung der globalen Märkte - denn wegen der hohen Fixkostenanteile drängt die Hochtechnologieproduktion über die regionalen Märkte der Triade hinaus (Deppe 1991, S.79) -, als auch die Rolle einer staatlich gestützten "Eroberung" von Weltmarktanteilen nahm zu. Die neuen und dominanten Formen des Kampfes um Weltmarktanteile bestehen dementsprechend nicht primär aus höheren Zöllen, sondern aus industrie- und technologiepolitisch angeleiteten Formen der Staatsintervention. Insgesamt führten der beschleunigte technologische Wandel, die größere Bedeutung staatlicher Technologiepolitik, die Globalisierung der Märkte sowie die internationale Vernetzung der Transport- Kommunikations- und Informationssysteme dazu, daß sich sowohl internationale Interdependenzen und Kooperationsformen als auch Merkmale einer zunehmenden Konkurrenz und Konfrontation zugespitzt haben (Strange 1991).

Die Krise des Fordismus erfaßte nicht nur das kapitalistische Weltsystem, auch die *realsozialistischen Gesellschaften* blieben von ihr nicht verschont (Altvater 1983, S.229). Zwar folgten diese dem Anspruch, eine alternative Gesellschaftsordnung zu errichten, die den kapitalistischen Verwertungsimperativen eine bedürfnisorientierte Produktion entgegenstellt: die prozeduralen Sachzwänge des Marktes sollten durch eine materielle Rationalität ersetzt werden (Altvater 1991, S.30ff). Letztlich blieben sie jedoch den westlichen Standards verhaftet. Die Produktionsformen (Taylorismus) und Zielsetzungen

(Massenkonsum und individueller Wohlstand) machen deutlich, daß die Gesellschaften Osteuropas beim Versuch, die produktionstechnologische Rückständigkeit zu überwinden, die Konkurrenz mit den kapitalistischen Zentren auf deren ureigenstem Gebiet aufnahmen. Leicht modifiziert akzeptierten sie deren Erfolgskriterien - eine möglichst hohe Produktivität und ein großes Produktionsvolumen ("Tonnenideologie") - und entwickelten einen "halbierten Fordismus", dessen Schwergewicht auf der Produktion von Investitionsgütern lag; die Konsumgüterproduktion wurde demgegenüber vernachlässigt (ebd., S.43ff, ebenso Murray 1990, S.109f). Unter anderem ist dies darauf zurückzuführen, daß gesellschaftliche "Konstruktionsmängel" den Konsumenten denkbare Einflußmöglichkeiten versperrten, denn weder über den Markt noch mittels politischer Partizipationsmöglichkeiten konnte die Bevölkerung auf die Wirtschaftsstruktur einwirken. Die "Konstruktionsmängel" führten auch dazu, daß ähnlich wie die innergesellschaftlichen Marktmechanismen auch die internationalen ökonomischen Verflechtungsansätze, die sich im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) herausgebildet hatten, auf einem niedrigen Niveau verharrten. Nichts desto trotz bewerkstelligten die realsozialistischen Ökonomien erhebliche Entwicklungssprünge und erreichten ein recht hohes Niveau gesellschaftlicher Integration.

Erst als sich die Fordismuskrisis zuspitzte, erwiesen sich die Reformpotentiale des Realsozialismus als viel zu gering. Wegen fehlender Transformationsmöglichkeiten - d.h. einer mangelhaften ökonomischen, politischen und institutionellen Flexibilität - konnten an die Stelle des alten gesellschaftlichen Konsenses keine neuen sozialistisch orientierten Übereinkünfte treten (Altvater 1991, S.29ff). Weil die Verantwortung für die tiefe Krise in der gesellschaftlichen Entwicklung einem Machtzentrum (Staat und Partei) zugeschrieben wurde, das alle Entscheidungsgewalt monopolisiert hatte und keine Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung zuließ, stauten sich die Legitimationsprobleme der gesellschaftlichen Organisationsformen an. "Die gleiche Instanz kann nicht Reformen organisieren, die den Anlaß dazu durch ihre Praxis gegeben hat" (Altvater 1991, S.35).

Zu den innergesellschaftlichen Krisenphänomenen, die in allen realsozialistischen Gesellschaften auftraten und sich vornehmlich wirtschaftlich bemerkbar machten, gesellte sich die außenpolitische Krise. Die Sowjetunion war als die Führungsmacht des realsozialistischen Staatensystems in eine "Doppelkrise" (Segbers 1989) geraten. Sie konnte weder für die innergesellschaftlichen Modernisierungsprozesse noch für die außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben ein ausreichendes Ressourcenpotential mobilisieren. Anders als die westlichen Gesellschaften, die sich in der Fordismuskrisis revitalisierten und deren Entwicklung nicht mehr primär von der ehemaligen Führungsmacht USA abhängig war, zog der sowjetische Zerfall auch die anderen osteuropäischen Gesellschaften in seinen Strudel (Bonder u.a. 1992, S.36f).

War die erste Etappe der globalen Fordismuskrisis durch die Erosion der Pax Americana und die Restrukturierung des internationalen kapitalistischen Systems gekennzeichnet, so die zweite durch den Zerfall des realsozialistischen Gegenpols (Deppe 1991, S.121). Zukünftig wird das Verhältnis von West- und Osteuropa damit grundlegend neu bestimmt. Ausschlaggebend sind diesbezüglich vor allem die Fragen der sozioökonomischen Konsolidierung, der *perspektivischen Weltmarktintegration* und der innergesellschaftlichen Demokratisierung der ehemals realsozialistischen Gesellschaften. Vieles deutet darauf hin, daß der Zerfall des Realsozialismus ökonomische (Staatsverschuldung), soziale (Hunger, Not, Migration) und politische (Nationalismus und Konflikte im Rahmen der

Staatenbildung) Instabilitäten erzeugt²⁰. Auch wenn die Konsequenzen vorerst unkalkulierbar bleiben, steht doch zu vermuten, daß sie z.T. über Osteuropa hinaus reichen, den westlichen Teil des Kontinents erreichen und die desintegrativen weltwirtschaftlichen Entwicklungen verstärken.

Die Restrukturierung des Weltmarktes und des Systems der internationalen politischen Regulierung wirkt sich auch auf das Verhältnis von kapitalistischen Zentren und *Peripherie* aus. In der Nachkriegsära war die Bedeutung der Peripherie ökonomisch stark gesunken; ihr Anteil am Weltexport sank zwischen 1950 und 1973 von 31,1% auf 18,4%, der Importanteil von 33% auf 19% (Mármora/Messner 1991, S.90). Die verschlechterte Weltmarktposition drückt sich nicht zuletzt in der negativen Entwicklung der "Terms of Trade" aus. So standen den schlechteren internationalen Austauschbeziehungen seitens der "Dritten Welt" und der schwindenden Bedeutung ihrer Absatzmärkte eine gegenteilige Entwicklung in den kapitalistischen Zentren gegenüber. In diesen vollzog sich eine immense Produktivitätssteigerung; sie bauten ihr Gewicht in der Weltwirtschaft aus, indem sie ihre inneren Märkte erweiterten. Da sich hier die effektive Nachfrage für die produzierten Massengüter entwickelte, war für die fordistische Expansion die innere Markterweiterung im Vergleich zu den Absatzmärkten in der Peripherie ungleich relevanter (Hirsch/Roth 1986, S.84).

Erst mit einem *neuen Internationalisierungsschub* in den siebziger Jahren und der wachsenden Bedeutung von Produktionsstandorten in Teilen der "Dritten Welt" kam der kapitalistischen Peripherie im Rahmen der weltweiten Konkurrenz um Produktionsstandorte ein größerer Stellenwert zu (Fröbel u.a. 1986; Cohen, R. (1987). Seit Ende der sechziger Jahre entwickelten sich vor allem die südostasiatischen Schwellenländer (Südkorea, Taiwan, Honkong, Singapur) allmählich zu Konkurrenten der USA, Japans und der EG, weil sie die arbeitsintensiven Produkte oftmals kostengünstiger herstellen konnten. Die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsbereiche, die zeitweilig vor allem von den transnationalen Konzernen betrieben wurde, fand jedoch ihre Grenzen in der infrastrukturellen Grundausstattung und Qualifikationsstruktur der Niedriglohnländer. Im Zuge der mikroelektronischen Revolutionierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses wurde ein Teil der Standorte in der "Dritten Welt" wieder in die kapitalistischen Zentren zurück verlagert (Blaschke 1992, S.96). Denn "im Zeitalter der Mikroelektronik sind nicht nur Niedriglöhne, sondern technisch gut ausgebildete Arbeitskräfte, eine solide Infrastruktur, funktionierende Kapitalmärkte und effiziente Zulieferunternehmen die Faktoren, die Investitionsentscheidungen determinieren" (Mármora/Peltzer 1992, S.184). Die engere ökonomische Vernetzung und kulturelle Annäherung der Peripherie an das Zentrum besaß häufig nur einen vorübergehenden und ziemlich fragilen Charakter. Durch die Rückverlagerung schrumpfte in den "Dritte Welt"-Ökonomien in der Folge dann die formelle Ökonomie; zudem hielt das Arbeitsplatzangebot mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt; stattdessen nahm die soziale "Entwurzelung" und nachfolgende Emigration vieler Menschen zu.

20 Eine der auffälligsten Ausdrucksformen der Instabilität Osteuropas bilden die diversen nationalistischen Bewegungen. Bei ihnen handelt es sich nicht einfach um "eingefrorene" Relikte aus der Zeit vor dem Realsozialismus. Denn selbst wenn sich der Nationalismus traditionelle Gewänder übergestreift, um aktuelle "Machtansprüche historisch zu fundieren", besitzt er einen genuin neuen Charakter (Bauböck 1991a, S.49), für den sich hauptsächlich drei Prozesse jüngerer Datums verantwortlich zeigen:

1. die realsozialistische Nationalitätenpolitik, die Nationalkulturen mit Massenbasis ins Leben rief;
2. der antizentralistische Schwenk der nationalen Machteliten, die sich in der Krisen- und Umbruchphase populistisch reorientierten;
3. die sozioökonomische Modernisierung und Destabilisierung.

Durch alle drei Faktoren wird die Bevölkerung ethnisch mobilisiert und versucht, den verloren gegangenen sozialen Halt mittels einer nationalistischen Strategie neu zu festigen (ebd.).

Anders als ihr ökonomisch sinkender Stellenwert hielt sich über lange Zeit die weltpolitische Bedeutung der "Dritten Welt". Ihre politische Orientierung diente im Ost-West-Gegensatz gleichsam als Barometer der weltpolitischen Kräfteverhältnisse. In welche Richtung es auch ausschlug, für das politische Engagement und die Strategiewahl der beiden großen Blöcke war die Entwicklung der "Dritten Welt" von nicht zu unterschätzender Relevanz (Brock 1992, S.13; Goldberg, J. 1991, S.102f). Allerdings basierte ihre weltpolitische Bedeutung nur in geringem Maße auf eigenständigen Strategien, Zielsetzungen und Machtpotentialen. Zu Beginn der siebziger Jahre erreichte das Ziel einer gemeinsamen Politik in der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ihren Höhepunkt, denn hierüber eröffnete sich kurzfristig die Perspektive einer gesteigerten Durchsetzungsfähigkeit der "Dritten Welt". Unterstützung fand dieser Trend zudem in der vorübergehend verbesserten politischen Koordinierung zwischen den OPEC-Staaten (Organisation of the Petroleum Exporting Countries). Als die Kooperationsmöglichkeiten zerbrachen, erwiesen sich in der Folgezeit die *Entsolidarisierungs- und Differenzierungsprozesse* jedoch als die stärkere Kraft. Formen der Zusammenarbeit verbannt man heute unwidersprochen in die Vergangenheit: "Third World Solidarity has become a thing of the past" (Westlake 1991, S.16).

Besonders in der immer noch andauernden "Schuldenkrise" manifestierte sich die politische Uneinigkeit, Einflußlosigkeit und mangelnde Handlungsfähigkeit der unterentwickelten Gesellschaften (Boris 1992, S.121; Goldberg, J. 1991, S.103). Nur ihre Instabilität scheint für die kapitalistischen Zentren einen äußeren Gefahrenherd, der Handlungsdruck erzeugt, zu bilden. Allerdings reagieren die Zentren - insbesondere auf die "Dritte Welt"-Migration - zumeist mit einer Politik der Konfliktabschirmung. Indem die Migration als eine Konsequenz von Umweltzerstörung, Armut, Hunger und Bevölkerungsentwicklung auf die kapitalistischen Zentren zurückschlägt, deuten sich vermehrt Formen des politischen Rückzugs und der geographischen Abschottung an (ebd., S.106). Letztlich wird damit aber der Problemdruck und die strukturelle Konfliktlage ebensowenig entschärft, wie mit einer noch gefestigteren Abwehrhaltung oder gar einem "Gegenangriff", d.h. aggressiveren Interventionsformen in der "Dritten Welt".

Zusammengefaßt bedeutet dies vorerst, daß der verringerte ökonomische Stellenwert von großen Teilen der "Dritten Welt" und deren äußerst geringe Handlungsspielräume die voranschreitende innere Differenzierung²¹ fördern und ihren zumeist subalternen Status in den internationalen Beziehungen verfestigen oder gar noch verschlechtern. "Nicht aktive Beherrschung, sondern stumme Marginalisierung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft ist die heutige Hauptquelle der Ungleichheiten zwischen Nord und Süd" (Mármora/Peltzer 1992, S.184). Da fast alle Versuche einer autozentrierten Entwicklung gescheitert sind, streben die meisten der unterentwickelten Gesellschaften danach, sich verstärkt in den Weltmarkt zu integrieren. Hatten sie früher Angst vor der ökonomischen und politischen Macht der transnationalen Konzerne, so fürchten sie heute, keine ausländischen Direktinvestitionen zu erhalten (Westlake 1991, S.16).

Vieles scheint darauf hinzudeuten, daß sich die zukünftigen weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Peripherie und Zentrum gemäß der Triadenkonstellation Nordamerika, Ostasien und Westeuropa zuordnen lassen: "Die Regionen der Dritten Welt intensivieren ihre Beziehungen zu den jeweiligen Machtblöcken des Nordens" (Goldberg,

21 Allein schon die Vielfalt der Kategorien, mit denen der Entwicklungsstand und die Zukunftschancen der jeweiligen Gesellschaften erfaßt werden sollen, zeugt von der Zerklüftung der Peripherie: LDC (Less Developed Countries), LLDC (Least Developed Countries - "Vierte Welt"), MSAC (Most Seriously Affected Countries), NIC (Newly Industrializing Countries - "Schwellenländer"), OPEC, etc. (Nuscheler 1987, S.41ff).

J. 1991, S.104). Grob umrissen würde das bedeuten, daß sich die *Wirtschaftskontakte* zwischen dem EG-Raum, Osteuropa und Afrika, zwischen der NAFTA und Lateinamerika sowie zwischen Japan und dem asiatischen Großraum - d.h. mit den asiatischen Schwellenländern einschließlich China - intensivieren. Die engere kommunikative Anbindung könnte zugleich eine der Vernetzung entsprechende Einwanderung in die regionalen Wachstumszentren fördern. In den USA hat dies bereits in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem Wandel in der nationalen und ethnischen Zusammensetzung der Einwanderungspopulationen geführt. Kam früher ein Großteil der Migranten aus Europa, so kommen seit Beginn der achtziger Jahre die meisten "Einwanderer aus der 'Dritten Welt', vor allem aus Asien, der Karibik und Lateinamerika" (Capelleveen 1989, S.64). Ihr Anteil an der legalen Immigration liegt bei mittlerweile über 80% (47% aus Asien und 36% aus der Karibik, Zentral- und Südamerika) (ebd.). Immer stärker treten neben die regionalen und intrakontinentalen Migrationsprozesse zunehmend also auch *Wanderungen mit interkontinentalem Charakter* (Global Trends 1991, S.95).

3.3. Durchkapitalisierungsschübe und das internationale Migrationssystem

Die auffälligsten Merkmale der internationalen Migrationsentwicklung sind ihre quantitative Zunahme, ihre Globalisierung - immer mehr Regionen sind von der Ein- oder Auswanderung betroffen - und ihre innere Differenzierung - die Migrationstypen sind vielfältiger geworden und erfassen die unterschiedlichsten Personengruppen (Castles 1992). Heute wird kaum noch behauptet, daß es sich bei der Migration um ein gesellschaftliches Randphänomen handelt. Die politische Zentralität der Migrationsproblematik bestätigt sich unter anderem auch durch die anwachsenden Flüchtlingszahlen, vor allem wenn die ca. 500.000 Millionen Armut- und Umweltflüchtlinge in die Betrachtung mit einbezogen werden (Global Trends 1991, S.94). Daß sich die Migration gerade gegenwärtig zuspitzt, liegt nicht zuletzt in den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Umbrüchen begründet. In der fordistischen Weltära konnten zuvor noch viele Konflikte sozioökonomisch und politisch eingebunden und kontrolliert werden; zudem entfalten manche Faktoren (z.B. die Kurzsichtigkeit rohstoffintensiver Industrieproduktion und fortschrittsgläubiger Technologieanwendung) in Gestalt ökologischer Zerstörungen erst heute, d.h. mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung, ihre Wirkung.

Aus Sicht der kapitalistischen Zentren brechen zunehmend historische "Fehlentwicklungen" auf, deren Wurzeln sogar noch weiter zurückreichen: Kolonialismus, autoritär strukturierte Nationalstaaten, die Naturzerstörung, die Unterentwicklung und Ausbeutung sowie die Bevölkerungsentwicklung in der "Dritten Welt" etc. besitzen einen beträchtlichen Anteil an der gegenwärtigen Migration. Dennoch bleiben für ihren konkreten Verlauf die jüngere Vorgeschichte und aktuellen Ereignisse von größerer Relevanz. Dies sind insbesondere die internationalen Reproduktionsstrukturen, fortbestehenden Abhängigkeiten und aktuellen Reorganisationsprozesse im globalen Kapitalismus. Migration ist also nicht nur das Ergebnis von historischen Relikten, die die heutigen Gesellschaften einholen. Auch die aktuellen Veränderungen auf dem Weltmarkt, in der internationalen Arbeitsteilung und dem weltpolitischen Ordnungsrahmen strukturieren die internationale Migration. Indem die ökonomischen, technologischen und infrastrukturellen Innovationsprozesse - Triadisierung, mikroelektronische Revolutionierung des Produktionsablaufs, die weltweite Vernetzung von Kommunikations- und wirtschaftlichen Transaktionsstrukturen, der Ausbau der internationalen Transportmöglichkeiten etc. - die räumlichen Distanzen in der Weltgesellschaft verringern, entsteht zugleich eine größere internationale personelle Mobilität (Jünemann 1991, S.110; Nuscheler 1992,

S.86). Den Triebkräften und Ursachen, die für den Anstieg der personellen Mobilität verantwortlich sind, soll nun im folgenden näher nachgegangen werden.

Eine ganze Reihe verschiedener Faktoren streicht die Vielschichtigkeit der Migrationsursachen heraus: Kolonialisierung, Militäreingriffe, Handelsbeziehungen, Investitionen, Landvertreibung, Verstädterung, Konflikte bei der Bildung neuer Nationalstaaten, Menschenrechtsverletzungen, ein gesteigertes Bildungsniveau, Qualifikationssteigerungen, Kultureinfluß über die Medien und den Tourismus, bessere Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten, Arbeitsmigration, soziale Netzwerke usw.; zumeist greifen mehrere, nur schwierig voneinander zu trennende Faktoren ineinander (Castles 1992; Nuscheler 1988, S.221ff; Opitz 1988 S.52ff). Die hier gezogenen Grenzlinien besitzen folglich einen analytischen Charakter.

Als primär *politisch bedingte* Ursachen gelten Kriege, die Umwälzung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung (soziale Unruhen, Separatismus, Revolutionen, Staatsstiche etc.), staatliche Repressionen, die Unterdrückung und Verfolgung ethnischer Minderheiten sowie der politischen Opposition. Zu den besonderen Verhältnissen vor Ort gesellen sich häufig noch Einflüsse, die von der Weltordnung und Weltpolitik ausgehen (Opitz 1988, S.15ff). Selbstverständlich ist der internationale Rahmen immer durch die sozioökonomische Verfaßtheit der nationalen Gesellschaften gestaltet, d.h. die politisch bedingte Migration ist somit immer auch das Resultat von sozialen und ökonomischen Prozessen.

Wirtschaftliche und soziale Notlagen in weiten Gebieten der "Dritten Welt" bilden daher eine zweite wichtige Fluchtursache. In der Regel liegt die gemeinsame Grundlage der ökonomischen Unterentwicklung, sozialen Verelendung, Massenarbeitslosigkeit, Hunger usw. in der strukturell abhängigen Position, die wirtschaftlich schwach entwickelte Staaten und Regionen in der Weltökonomie einnehmen. Nur selten gelingt es ihnen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung, aus einer subalternen in eine stärker selbstbestimmte oder sogar dominante Stellung aufzusteigen. Für große Teile der einheimischen Bevölkerung bedeutet dies, daß sie im Zuge der Weltmarktintegration aus den traditionellen Arbeits- und Lebensweisen herausgerissen werden, ihnen zumeist aber kaum Möglichkeiten zum Eintritt in die wenigen, modernisierten Gesellschaftsbereiche zur Verfügung stehen (Müller-Tobler 1988, S.31ff). Zwar kommt es zur Durchkapitalisierung und Inwertsetzung, nicht aber zu einer stabilen sozialen Entwicklung von industriell rückständigen Gebieten. Die Durchkapitalisierung beschränkt sich somit auf die Herausbildung kapitalistischer Märkte. Es entsteht ein rein formeller Rahmen kapitalistischer Akkumulationsmöglichkeiten, der dem international operierenden Kapital die in den Weltmarkt integrierten Gesellschaften zwar prinzipiell verfügbar macht, für diese aber keinen entwicklungsstragenden Kapitalzufluß gewährleistet. Aufgrund der sich in der Peripherie offenbaren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Verwertungshindernisse mündet der Inwertsetzungsprozeß oftmals in eine blockierte Entwicklung (Altvater 1987). Durch ungleichgewichtige und ungleichzeitige Kapitalbewegungen in der globalen Ökonomie werden zunächst die Mobilitätspotentiale innerhalb einzelner Gesellschaften stimuliert. Der Landflucht kann dann aber auch, sofern dazu die Transportmöglichkeiten vorhanden sind, die Migration in die kapitalistischen Zentren folgen: "Economic migrants ... are simply the 'normal' process of market forces as they operate at the periphery" (Hall 1991, S.18).

Mit der kapitalistischen Expansion ist auch ein dritter "neuerer" Ursachenkomplex verbunden. Die *ökologische Zerstörung* nimmt unter den Migrationsgründen eine immer wichtigere Stellung ein (Jünemann 1991, S.116f), wird häufig jedoch nicht als eigener Grund aufgeführt. Eine Verdrängung dieser Problematik wird den derzeitigen Entwick-

lungen jedoch nicht mehr gerecht. "Die Zahl der 'Umweltflüchtlinge' ist umstritten: während das World Watch Institut 10 Millionen zählte, beliefen sich die Schätzungen des internationalen Komitees des Roten Kreuzes auf 500 Millionen. Nicht umstritten ist dagegen die Tatsache, daß derzeit 600 bis 700 Millionen Menschen in ökologisch gefährdeten Gebieten leben - ein weiteres ungeheueres Potential von Migranten" (Optiz 1992, S.32). Durch den Mülltourismus, die Verschmutzung von Seen und Flüssen, die Zerstörung der Ozonschicht, die zunehmende Erwärmung der Erde, nachfolgende Erhöhung des Meeresspiegels (die Polkappen und Gletscher schmelzen ab) und Überflutung größerer Landstriche etc. ist in vielen Regionen das menschliche Überleben nicht mehr möglich (Spiegel Spezial 1991, S.26ff).²² Gerade die "Dritte Welt" ist also nicht nur vom industriell produzierten Reichtum ausgeschlossen; sie bekommt in verstärkter Form auch die negativen Wirkungen des hochindustrialisierten Kapitalismus zu spüren. Entsprechend bildet die Migration die unausweichliche Folge eines Vergesellschaftungsprozesses, der ein tendenziell destruktives Verhältnis zur Natur besitzt und dessen Fortgang nur durch die Externalisierung von Umweltfolgen - räumlich und zeitlich - gesichert werden kann (Altvater 1991, S.271ff).

Wie schon erwähnt, besitzt die grobe Unterteilung in eine politisch, sozioökonomisch und ökologisch verursachte Migration nur analytischen Charakter. Wird der konkrete Zusammenhang untersucht, der sich für die Formierung der Migrationsprozesse verantwortlich zeigt, so greifen in der Regel mehrere Faktoren ineinander. Sie finden ihre gemeinsame Triebkraft in der voranschreitenden Durchkapitalisierung der Weltgesellschaft.²³ Die Prinzipien der Profitproduktion und Mehrwertaneignung, die den Kern kapitalistischer Reproduktionsformen bilden, hatten bereits im Fordismus globale Dimensionen angenommen. Mit der Neuordnung der weltweiten Konkurrenzbeziehungen, die im Zeichen der weiteren Internationalisierung von Geld- und Kapitalströmen sowie der mikroelektronischen Revolutionierung der Produktions- und Lebensverhältnisse steht, erhält die Durchkapitalisierung nunmehr eine neue Qualität. Sie hat sich gegenüber der nationalstaatlichen politischen Kontrolle weiter verselbständigt. Technologische Innovationen (Mikroelektronik), ökonomische Organisationsformen (Transnationale Konzerne) und politische Kräftekonstellationen (Neokonservatismus) haben das Verhältnis von Politik und Ökonomie zugunsten letzterer verschoben (Bonder u.a. 1992, S.51ff). Im Verlauf der kapitalistischen Durchdringung - ihre Intensität, Tiefe und Dominanz schlägt besonders hart auf die

22 Zu den Dimensionen der Migration, die durch die Umweltschäden oder natürliche Umweltkatastrophen ausgelöst wurden, vgl. auch den knappen Überblick bei Wöhlcke (1992). Seine Betrachtung bleibt zumeist jedoch rein deskriptiv, da bei der Ursachenanalyse der Naturzerstörung die ökonomischen Formbestimmungen und Strukturzusammenhänge des weltgesellschaftlichen Reproduktionszyklus unerwähnt bleiben. Dies ist deswegen wichtig, weil die "anthropogenen Komponenten" immer nur innerhalb konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse wirksam werden. Es ist demnach falsch, das Bevölkerungswachstum in der "Dritten Welt" zu einer wichtigen Ursache der Umwelterstörung und Unterentwicklung zu erheben, anstatt die Kausalkette von der Seite des sozioökonomischen Entwicklungsstandes her zu knüpfen. In einer solchen Perspektive bleibt denn auch verklärt, daß die Produktions- und Konsumformen der kapitalistischen Zentren, in denen zudem noch eine größere Bevölkerungsdichte besteht, für eine ungleich höhere Umweltbelastung sorgen (Spiller 1992, S.20f).

23 Bereits vor der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsformationen gab es Migrationsprozesse überregionalen Ausmaßes. Die großen Völkerwanderungen der Vergangenheit zeigen, daß die Migration nicht allein aus der kapitalistischen Entwicklungslogik und Eingebundenheit in den Weltmarkt erklärt werden kann. Jedoch schon in früherer Zeit (im Feudalismus oder der Antike) bildeten die historisch-konkreten Reproduktionsformen der Klassengesellschaft mitsamt ihren Begleiterscheinungen, wie z.B. Armut, Hunger, Krieg, Verfolgung etc. eine Grundlage für die Formierung von Migrationsprozessen. Sie waren damals aufgrund des geringeren Vergesellschaftungsniveaus in stärkerem Maße durch politische und natürliche Faktoren verursacht. Im Vergleich zu den heutigen Migrationsformen erfolgte die Migration im Altertum und im Mittelalter ohne "international" vernetzte Vermittlungen.

Peripherie nieder - werden die unterschiedlichen nationalen Gesellschaftsstrukturen den Anpassungs- und Differenzierungsprozessen unterworfen, die von den "Sachzwängen" des Weltmarktes ausgehen. Hierbei sind rein ökonomische Prozesse schlechterdings nicht denkbar. Immer wird der fortschreitende Prozeß der Durchkapitalisierung durch besondere - sich zugleich aber auch verändernde - politische (Staatsform), soziale (Klassenbeziehungen) und kulturelle (Lebensweise) Verhältnisse überformt.

Das bedeutet, daß in dem Maße, wie sich seit den siebziger Jahren sowohl die Weltmarktbeziehungen, die internationale Arbeitsteilung und die Weltordnung (US-Hegemoniekrise und ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Abschied von der Systemkonkurrenz) restrukturieren, sich auch das internationale *Migrationssystem* wandelt (Blaschke 1992, S.95f). Analytisch stellt das Migrationssystem eine Weiterentwicklung des herkömmlichen Push-Pull-Modells dar. Mit ihm sollen die Faktoren stärker betont werden, die zwischen den Vertreibungs- und Anziehungskräften vermitteln: z.B. "die Kommunikation zwischen Wanderern und Zurückgebliebenen, die persönliche Entscheidung oder Erwartungshaltung des Migranten oder die unterschiedlichen Konfliktlagen" (Schwarz 1992, S.28). Demnach umfaßt ein Migrationssystem sowohl die Push- und Pull-Faktoren, als auch internationale *Migrationsregimes*, die - in Anlehnung an die Theorie internationaler Regimes - ein System von Institutionen und Organisationen mit gemeinsamen Zielen, Normen und Werten bilden (Schwarz 1992, S.17). Ihr Charakter wird durch die Entwicklung des Weltmarktes und der Weltordnung, das Handeln diverser staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, durch politische Bewegungen, die Ausstrahlung und Anziehung von Kulturen und Ideologien, aber auch durch internationale und zwischenstaatliche Abkommen sowie entsprechende Institutionen etc. beeinflußt. Ebenso nimmt auch die Art der vorherrschenden Migrationsform - Arbeitsmigration, Flucht, Vertreibung etc. - auf die Regimes Einfluß. Im Kontext umfassender gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen unterliegen beide - die Migrationsregimes und das gesamte Migrationssystem - einer einschneidenden Transformation.

Grundlegend sind also die Veränderungen auf dem *Weltmarkt*. Dessen gewandelte Akkumulationsbedingungen und die modifizierten internationalen Abhängigkeiten, d.h. die Zentrum-Peripherie-Beziehungen, bilden gleichsam die Voraussetzungen für die Veränderungen des internationalen Migrationssystems. In die Analyse seiner Transformation müssen demnach die internationalen Umbrüche (siehe Abschnitt 3.2.), und die Dominanz der ökonomisch führenden Nationalstaaten mit einbezogen werden: sowohl auf dem Weltmarkt und in den Beziehungen der internationalen Arbeitsteilung, als auch in den politischen Institutionen der Weltordnung sind die Machtpotentiale stark ungleich verteilt, denn letztlich stützen sich die Zentren auf einen im kapitalistischen Restrukturierungsprozeß überlegenen Verwertungszusammenhang (Hirsch 1991, S.93). Indem sie damit den Fortgang der internationalen Strukturen dominieren, wenn auch nicht kontrollieren, verursachen sie indirekt oder strukturell einen Großteil der weltweiten Migration. Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge müssen trotz des umfassenden und systemischen Charakters der Migration viele ihrer Triebkräfte in den kapitalistischen Zentren selbst verortet werden. Zwei Dimensionen veranschaulichen dies:

Zum einen entstehen in den ökonomisch dominanten Regionen "*Pull-Faktoren*", d.h. vor allem die zusätzliche Arbeitskräftenachfrage und der hohe ausstrahlungsfähige Konsum- und Lebensstandard. Vom technologisch entwickelten Kapitalismus werden kulturelle und ideologische Anziehungskräfte (Waren, Direktinvestitionen, Entwicklungshilfe etc.) produziert, die dafür sorgen, daß sich die zentralen mit den peripheren Gesellschaften vernetzen (Sassen 1991, S.232f). Auch entwicklungspolitische Maßnahmen erhöhen kurzfristig den Migrationsdruck. Erst auf längere Sicht können sie, falls sie die desinte-

grierten Gesellschaften wirklich stabilisieren, eine Entlastung herbeiführen (Castles 1992).

Zum anderen leisten die Länder des kapitalistischen Zentrums auch direkte und indirekte Beiträge zur Entstehung der *"Push-Faktoren"*. Eine direkte Mitwirkung stellen z.B. die Waffenlieferungen in die Staaten der "Dritten Welt" dar. Gegen Ende der achtziger Jahre ging der weltweite Waffenhandel zwar stark zurück, sein Volumen ist jedoch nach wie vor beträchtlich. Viele der "Dritte Welt"-Staaten haben sich mittlerweile selbst zu Waffensexporteurern entwickelt. Das lukrative Geschäft mit den Waffen ist auch für sie interessant geworden. "Aber immer noch kommen etwa 85% der in der Dritten Welt vorhandenen Waffen aus dem Norden" (Arnold 1992, S.22). Kriege und Kämpfe um die soziale und politische Ordnung wären ohne den Waffenhandel und den Transport des kriegstechnologischen know how wohl kaum mit einer derartigen Intensität führbar.

Nicht minder schwerwiegend wirkt sich auf die soziale Desintegration vieler "Dritte Welt"-Gesellschaften ihre strukturelle Abhängigkeit in der Weltökonomie aus. Für deren fortbestehende indirekte Unterdrückung - eigene und "selbstbestimmte" Entwicklungswege sind nahezu ausgeschlossen - und anhaltende Unterentwicklung tragen die Staaten des kapitalistischen Zentrums sowohl eine historische (Kolonialismus) als auch aktuelle (Weltwirtschaftsordnung) Verantwortung: In diesem Sinne sind die umkämpften Prozesse der Staatenbildung (Zolberg 1991, S.207), die soziale "Entwurzelung" aus traditionellen Lebensweisen (Sassen 1991, S.233), die wirtschaftliche Not und Armut, das riesige Bevölkerungswachstum, aber auch die Zerstörung der Natur (Spiegel Spezial 1992, S.151ff) nur zum geringeren Teil selbstverschuldet. Übergeordnet sind die fremdbestimmten Zwänge des Weltmarkts und der Weltordnung, die die gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten vielfach restringieren.

Heute schlagen die verschärften gesellschaftlichen Instabilitäten und Migrationsbestrebungen in der Peripherie zusehends fühlbarer auf die Zentren zurück. Während Europa über dreihundert Jahre seine politischen Vorstellungen und inneren Konflikte in die Welt exportierte, tritt nun das Gegenteil ein. "The World strikes back": Europe is the prime site where the political problems of the whole world are crystallizing - if not the weak link, then at least the sensitive point of their contradictions" (Balibar 1991, S.10). Die Bündelung und Zuspitzung der meisten neuartigen Probleme - Umgestaltung der Produktion, Weltmarktintegration, Schutz von ethnischen Minderheiten, staatliche Grenzen etc. - findet vor allem deswegen in Europa statt, weil hier das Staatensystem und der Funktionszuschnitt des Nationalstaates die tiefgreifendste Neuordnung erfahren. "Europa ist der Haupterbe des Ost-West-Konflikts" (Bonder u.a. 1992, S.129). Zudem bleibt die Reorganisation des europäischen politischen Rahmens nicht gegen äußere Einflüsse gefeit. Sie wird durch die voranschreitende infrastrukturelle Vernetzung und Globalisierung der Weltregionen, aber auch durch die Reproduktion internationaler Unterentwicklung und Abhängigkeitsverhältnisse wesentlich geprägt. Im Kontext neuer Gefahren und Problemfelder, von denen die internationale Migration nur eine Dimension darstellt, strukturieren sich die europäischen Verhältnisse neu.

Wie die Neubildung von Staaten vollzieht sich auch die Migration als eine Begleiterscheinung von internationalen Umwälzungen und Durchkapitalisierungsprozessen. Infolge der Durchkapitalisierung werden die Menschen in der Peripherie, die in der lokalen Welt der traditionellen Gesellschaften leben, zugleich zu Mitgliedern des globalen Kapitalismus, ohne allerdings an seinen Versprechungen, die in Form einer grell schimmernden Warenansammlung aus den Zentren herausstrahlen, teilhaben zu können (Hall 1991, S.19; Hoffmann, L. 1991, S.1470). Im Gegenteil, sie haben sogar die negativen Folgen mitzutragen, die von der verschwenderischen Produktions- und Konsumtionsweise der

kapitalistischen Zentren geprägt wird. Migration ergibt sich demnach als Konsequenz einer wachsenden Globalisierung der kapitalistischen Reproduktion:

1. weltweit rücken sich die Menschen aufgrund des verbesserten Verkehrssystems sowie der neuen Informations-, Kommunikations- und Transaktionsinstrumentarien immer näher (Strubelt 1991, S.384);
2. auch weiterhin bestehen in einem großen Teil der Welt Unterentwicklung, internationale Abhängigkeiten und produktionstechnologische Rückstände fort.

Der "weltumspannenden Beweglichkeit des Kapitals" (Hirsch 1990, S.92) hinkt die personelle Mobilität zwar hinterher, die Hindernisse der internationalen Migration werden aber - von der Beständigkeit und Festigung der nationalstaatlichen Grenzen einmal abgesehen - prinzipiell überwindbarer. Gehemmt wird die Migration nicht nur durch die Grenzbarrieren, sondern auch wegen nicht verfügbarer Transportmittel bzw. des mangelnden Reise- oder Fluchtgeldes. Im Vergleich zur früheren Zeiten ist die internationale Mobilität durch die "Revolutionierung des Transportwesens und der globalen Vernetzung der Welt durch die Informationstechnologien" (Nuscheler 1992, S.86) insgesamt aber mächtig vorangeschritten.

3.3.1. Inwertsetzung und Unterentwicklung der "Dritten Welt"

Mit der unterschiedlichen Entwicklung der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse schritt die innere Differenzierung der "Dritten Welt" stark voran. Einige Gesellschaften, so vor allem die ostasiatischen Schwellenländer haben sich industriell-technologisch modernisiert und an den kapitalistischen Weltmarkt Anschluß gefunden (Bonder u.a. 1992, S.67). Als "Entwicklungsdiktaturen" vermochten sie hohe Produktivitätssteigerungen zu erzielen, indem sie die äußere Anpassung an die Weltmarktgesetze mit einer massiven Repression nach innen verknüpften (ebd., S.67). Andere, vor allem viele afrikanische Staaten, konnten sich ökonomisch nicht entwickeln. Stattdessen spitzte sich aufgrund der ökonomischen Stagnation, der Verschuldung, des Bevölkerungswachstums etc. die Verelendung großer Regionen dramatisch zu (Deppe 1991, S.158). Mit einer stagnativen, allerdings weniger verheerenden Entwicklung sind die lateinamerikanischen Staaten konfrontiert. Auch sie sind in den Strudel der Verschuldungskrise geraten und stehen seit Beginn der achtziger Jahre vor dem Problem, eine exportfinanzierte Schuldentilgung mit ökonomischen Aufholprozessen zu verbinden. Hierzu reicht die Intensivierung und Ausweitung der Produktion allein jedoch nicht aus, denn das interne Problem der Aufbringung von Tilgungsmitteln verknüpft sich mit dem externen des Transfers. Dieses ist stark von den Weltmarktbedingungen abhängig, d.h. von den Terms of trade, den Wechselkursen und der Zinshöhe (Altvater 1987, S.240). Indem sich diese Faktoren für die verschuldeten Länder tendenziell negativ entwickelt haben, stiegen zwangsläufig die Schwierigkeiten beim Export, bei der Devisenbeschaffung und auch bei der Erfüllung des Schuldendienstes. Immer häufiger konnten daher die aufgenommenen Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden; zumeist war selbst die Bedienung der Zinslast nicht mehr gewährleistet.

Der Ausbruch der "*Schuldenkrise*" läßt sich zwar auf den Beginn der achtziger Jahre datieren, ihre Vorgeschichte beginnt jedoch schon in der Weltwirtschaftskrise 1974/75. Zu diesem Zeitpunkt stand den Großbanken in erheblichen Mengen liquides Kapital zur Verfügung, das sie zu niedrigen Zinssätzen weltweit vergaben (Altvater 1987, S.245f; Gilpin 1987, S. 314ff). *Ein Grund* für das hohe Kreditangebot lag in der "Explosion" der monetären Akkumulation. Niedrigen Profiterwartungen im produktiven Bereich standen vergleichsweise hohe Kapitalerträge im Finanzsektor gegenüber, wodurch sich dieser erheb-

lich ausdehnte. Ein *zweiter Grund* entstand bereits zuvor durch den Euro-Dollar-Markt. Er resultierte aus einer stetig wachsenden Menge verfügbarer Dollar; die großzügige Kreditvergabe britischer und US-amerikanischer Banken unterstützten vor allem in Europa die Direktinvestitionen des US-Kapitals (Bonder u.a. 1992, S.30f). Die *dritte Ursache* der expandierenden Dollarliquidität wurzelt in dem steigenden Druck auf die US-Währung. Mit der Abwertung sollte dem problematischen Zustand der US-amerikanischen Handels- und Leistungsbilanz - ab Beginn der 70er Jahre entwickelten sie sich negativ - entgegengewirkt werden (Hirsch 1993, S.210). Und nicht zuletzt weitete sich die Dollarliquidität und das Kreditangebot *viertens* auch deswegen aus, weil die OPEC-Staaten durch die gestiegenen Ölpreise ihr Gewinnvolumen vergrößerten und enorme Leistungsbilanzüberschüsse erzielten. Diese Schwankungen konnten vom Recyclingsystem der Petro-Dollars - d.h. die Öleinkünfte der OPEC-Staaten wurden durch Kapital- und Warenströme aus den Industrieländern ausgeglichen - nicht mehr aufgefangen werden. Alles in allem drängte also eine zusätzliche Geldmenge auf die internationalen Finanzmärkte und erhöhte das Angebot billiger Kredite.

Für die gering entwickelten Ökonomien präsentierte sich die Strategie der "verschuldeten Industrialisierung" zunächst als erfolgsversprechend. So vollzogen die meisten der "Dritte Welt"-Länder mit der Kreditaufnahme einen Wandel ihrer Entwicklungsstrategie: an die Stelle der Importsubstitution trat eine Strategie der *Exportorientierung* und *Weltmarktintegration*. Gemäß modernisierungstheoretischer Überlegungen verwandte man die aufgenommenen Kredite zu ökonomischen Innovationen und zur Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsraten. Mit der verbesserten Position in der internationalen Arbeitsteilung, sollte es dann später möglich sein, Exportüberschüsse zu erzielen und die Schulden zu tilgen (Altvater 1991, S.164f).

Dies gelang in der Regel aber nicht. Zu selbstproduzierten Schwierigkeiten bei der volkswirtschaftlichen Modernisierung, gesellten sich nämlich noch negative Veränderungen in den Weltmarktbeziehungen, durch die sich die Entwicklungsblockaden verfestigten: "Externe Faktoren wie sinkende Rohstoffpreise, ungünstige terms of trade, steigende Energiekosten, hohe Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten und ein bedenklicher Protektionismus der wohlhabenden Staaten überlagern sich mit internen Faktoren: einer verfehlten Agrarpolitik, die die Landbevölkerung in die Armut und in die Städte treibt; allzu sorglos betriebene kapitalintensive, defizitfinanzierte Industrialisierungsstrategien; eine Vernachlässigung der Technologiepolitik, überhöhte Wechselkurse, aufgeblähte Bürokratien" (Opitz 1992, S.32).²⁴

Die Schuldenkrise bildet den offensichtlichen Ausdruck und vorläufigen Höhepunkt der internationalen Abhängigkeiten, innerhalb derer der IWF und die Weltbank zum *Kontrollzentrum* der von den Gläubigern aufgestellten Anpassungsprogramme wurden. Diese Programme waren durch harte austeritätspolitische Auflagen, d.h. vor allem durch die Einschränkung der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gekennzeichnet. Im Vordergrund stand die Stabilisierung der volkswirtschaftlichen Eckdaten; die Preise sollten gefestigt, die staatliche Finanzlage verbessert, die Wirtschaft dem Weltmarkt geöffnet und die Exporte gefördert werden. Ein wichtiges Umsetzungsmoment dieser Strategie lag darin, den Hebel bei der Unterstützung des privaten und der Einschränkung des öffentlichen Sektors anzusetzen (Bonder u.a. 1992, S.73).

24 Indem Opitz die anhaltende Unterentwicklung und weltpolitische Instabilität für den international wachsenden Migrationsdruck verantwortlich macht, siedelt er auch Ansatzpunkte für mögliche Lösungen auf der richtigen Ebene an. Der von ihm vorgeschlagenen Strategie kann jedoch nicht gefolgt werden: eine "neue Weltordnung" à la George Bush, die ihren Sicherheitsbegriff durch ökologische und ökonomische Überlegungen erweitert hat (Opitz 1992, S.34).

Aber nach wie vor stellten sich, obwohl hohe soziale Opfer erbracht und vertiefte gesellschaftliche Spaltungen in Kauf genommen wurden, die angestrebten ökonomischen Erfolge nur selten ein. Weiterhin blieben die Exportüberschüsse zu gering - die Industrieländer waren ihrerseits nicht bereit, ein Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu akzeptieren -, um die Schulden und Zinsen zu tilgen. Im Gegenteil, die Schuldenlast der "Dritten Welt" wuchs bei steigenden Zinsraten - die Kreditnachfrage hatte sich wegen des US-amerikanischen Zwillingsdefizits (Haushalt und Außenhandel) stark erhöht²⁵ - sogar noch weiter an: von 900 Milliarden US-Dollar im Jahr 1982 auf 1.450 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990 (FR vom 25.9.1991)

In der Folge mußten die Importen, da die Exporte nicht mehr gesteigert werden konnten, herabgesetzt werden. "Die Verschuldung und der daraus resultierende Schuldendienst haben Investitionen und Konsum in den verschuldeten Ländern zusammengepreßt und zu einem bedeutsamen Ressourcentransfer aus dem Süden in den Norden des Globus geführt" (Altvater 1987, S.246). Mittlerweile dürfte der jährliche Transfersaldo aus der "Dritten Welt" bei ca. 200 Milliarden US-Dollar liegen. Nur die Entwicklungshilfe sorgte im Jahr 1990 mit plus 44 Mrd. US-Dollar für einen positiven Transfereffekt. Die Verluste aus sinkenden Rohstoffpreisen lagen aber bei 160 Mrd., die der Kapitalflucht bei 20 Mrd. und die aus den Kreditbeziehungen bei 60 Mrd. Demgegenüber war das Verhältnis von Direktinvestitionen und Profittransfer ausgeglichen (Goldberg, J. 1992, S.1066; ähnlich Brock 1992, S.16f). Mit ihrer Auszehrung wurden die "Dritte-Welt"-Gesellschaften oftmals zwangsweise vom Weltmarkt abgekoppelt (Hurtienne 1992), strukturell marginalisiert und in die informelle Ökonomie abgedrängt.

Sicherlich haben die Regierungen in der "Dritten Welt" manche Elemente der Verschuldungskrise selbst zu verantworten. Wirtschaftspolitische Fehler und eine falsche Kreditverwendung - die Eliten waren zum Teil korrupt; es wurden Löcher im Staatshaushalt gestopft; der Militäretat erhöhte sich; man finanzierte luxuriöse Prestigeobjekte und vernachlässigte Ausbildungsmöglichkeiten etc. - verschärften die wirtschaftliche und soziale Situation (Bonder u.a. 1992, S.72). Zugleich haben die Entstehungsbedingungen der Verschuldungskrise jedoch deutlich gemacht, daß sie sich weder auf einzelne Länder beschränkt, noch als ein rein monetäres Phänomen zu erklären ist. Vielmehr ist sie "das Zeichen einer Krise des fordistischen, industriellen Entwicklungsmodells" (Altvater 1987, S.264). Denn als dessen Entwicklungsdynamik in die Krise geriet, stieß das internationalisierte Kapital bei der Suche nach Anlagesphären auf die "Dritte Welt", integrierte diese mit der Verschuldung in den monetären Weltmarkt, und zog sie anschließend aufgrund der verengten Weltmärkte in den Sog der Krise.

Während die kapitalistischen Zentren recht bald mit der gesellschaftlichen Restrukturierung begannen, litten große Teile der "Dritten Welt" unter der andauernden sozioökonomischen Stagnation. Nur wenige der gering entwickelten Gesellschaften konnten sich ökonomisch stabilisieren, technologisch aufholen und von den Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung profitieren. Die vier "kleinen Tiger" Honkong, Singapur, Südkorea und Taiwan bildeten insofern eine Ausnahme, als es ihnen gelang, mittels niedriger Löhne bei der Produktion arbeitsintensiver Waren international konkurrenzfähig zu werden. Sie setzten die Exportorientierung erfolgreich um und wurden in produktionsstrategisch wichtigen Bereichen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Für die

25 Die USA entwickelten sich innerhalb weniger Jahre vom größten Nettogläubiger zum größten Nettoschuldner der Weltwirtschaft. Ihr Defizit in der Nettovermögensposition beträgt zu Beginn der 90er Jahre ca. 550 Milliarden US-Dollar (Hübner 1992a, S.43).

meisten Länder aber waren die Folgen des nachholenden Modernisierungsversuchs de-saströs.

Im Verlauf der achtziger Jahre hatten viele der verschuldeten Staaten mit einer gallopiierenden Inflation zu kämpfen. Da die Exportorientierung danach verlangte, international konkurrenzfähige Produkte währungspolitisch zu stützen und zudem eine hohe staatliche Schuldenlast fortbestand, gerieten die Landeswährungen unter einen anhaltenden Abwertungsdruck. Um die wirtschaftlich instabile Situation zu entschärfen, griffen die Regierungen zu Maßnahmen, die auf die Entstaatlichung, Deregulierung und "Entschlackung" ganzer Wirtschaftsbereiche abzielten. Ein Resultat der Inflationsbekämpfung bestand daher darin, daß sich große Teile der Volkswirtschaft informalisierten. In der Konsequenz bedeutet dies: "Arbeitslosigkeit, Abdrängung ganzer Gesellschaftsgruppen in die Subsistenzökonomie, Verarmung und Verelendung wie in Bolivien, Argentinien, Brasilien oder den meisten afrikanischen Ländern" (Altvater 1991, S.227). Zentrale Momente des "verlorenen Jahrzehnts" bestehen demnach in der Deindustrialisierung, der wirtschaftlichen Stagnation, dem sinkenden Pro-Kopf-Einkommen und der sozialen Desintegration. Gerade das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) ist angesichts des rapiden Anstiegs der Bevölkerung in der "Dritten Welt" aussagekräftiger als die absoluten wirtschaftlichen Wachstumsraten. In der letzten Dekade verringerten sich die bereits sehr niedrigen PKE von Lateinamerika (um 7%) und den afrikanischen Ländern, die südlich der Sahara liegen (um 0,2%) (Globale Trends 1991, S.59f). Insgesamt hinterließen die achtziger Jahre "irreversible und irreparable ökonomische, soziale und ökologische Schäden", die die Entwicklungsperspektiven für das nächste Jahrzehnt stark einschränken (Altvater 1991, S.227f). Dies gilt auch für die lateinamerikanischen Gesellschaften, die sich wirtschaftlich leicht konsolidierten (Lündemann 1992, S.13; Messner/Meyer-Stamer 1992). Angesichts der schwachen Weltmarktdynamik, abgeschotteter OECD-Staaten und der Konkurrenz osteuropäischer Ökonomien muß die Zuversicht, mit der manche Beobachter den Übergang in die "Dekade der Hoffnung" proklamieren, jedoch relativiert werden.

Unter den Faktoren, die die Entwicklungsperspektiven verschlechtern und damit die Migration forcieren, müssen auch der Anstieg der Bevölkerung und das dramatische Wachstum der "Dritte Welt"-Städte hervorgehoben werden. "Zu Beginn der 80er Jahre lebten rund 40% aller Stadtbewohner in Slums oder Spontansiedlungen mit unzureichender Infrastruktur. Aufgrund des hohen städtischen Bevölkerungswachstums und der anhaltenden Land-Stadt-Flucht beschleunigte sich der Verstädterungs- und innerstädtische Marginalisierungsprozeß" (Global Trends 1991, S.67; Spiegel Spezial 1991, S. 57ff). Für immer mehr Menschen in der "Dritten Welt" beschränken sich die Möglichkeiten ihrer Lebensgestaltung somit auf drei Alternativen, deren Wahl ihnen allerdings nicht selbst überlassen ist:

1. die illegale Migration in die Industrieländer;
2. die Beschäftigung innerhalb informeller Netzwerke, die sich in den und um die "Dritte-Welt"-Städte herum stark ausbreiten;
3. die materielle Existenznot und den Übergang in den Flüchtlingsstatus (Cohen, R. 1991, S.42).

Je nachdem, welche konkreten politischen, militärischen, sozioökonomischen etc. Entwicklungen sich vollziehen, kommt es zu unterschiedlichen *Verlaufsmustern* der internationalen Migration. Zunächst erfolgt sie häufig nur als Stadt-Land-Flucht. "Die Menschen verlassen das Land aufgrund von Armut und mangelnder Existenzgrundlage, aber auch etwa aufgrund lokaler Kriege ... oder aufgrund von Großprojekten zur Verbesserung der Infrastruktur, die die Umsiedlung großer Bevölkerungsgruppen erforderlich

machen" (Spiegel Spezial 1991, S.92). Bleibt in den großen Städten der Peripherie die aussichtslose soziale Lage bestehen, so setzt sich die Migration auch über die Landesgrenzen hinweg in die kapitalistischen Zentren fort. Die Grundlage der Migration aus den Ländern der kapitalistischen Peripherie liegt also in der "Normalität" und Alltäglichkeit der gesellschaftlichen Krisensituation begründet. Nachfolgend übersetzt sich die fortwährende Perspektivlosigkeit in einen anwachsenden Auswanderungsdruck (Castles 1992).

Obwohl Flucht und Migration auch in Mittel- und Südamerika, im "Nahen Osten", in Asien und in Südafrika von wachsender Bedeutung sind, werden ihre konkreten Ursachen und besonderen Merkmale hier nicht weiter ausgeführt, da sie für Westeuropa und die Bundesrepublik kaum Konsequenzen haben.²⁶ Anders verhält es sich jedoch mit den nordafrikanischen Staaten. Von Osteuropa einmal abgesehen, könnte sich ihr Migrationspotential in den nächsten beiden Jahrzehnten in den EG-Raum entladen. Bis zu 30 Millionen sollen sich laut Demographen-Berichten auf den Weg nach Europa machen (Nuscheler 1992, S.83). Bereits jetzt besitzen die Maghreb-Migranten aus Marokko, Algerien und Tunesien einen festen Platz in den Gesellschaften Südeuropas. So hielten sich im Jahr 1987 in Frankreich bereits ca. 1,5 Millionen legale und in Italien (1989) eine halbe Million illegale Migranten aus dem Maghreb auf (Biermann 1992, S.33). Italien, das nach anderen Schätzungen sogar zwischen 1 und 1,5 Millionen nordafrikanische Migranten beherbergt (Nuscheler 1992, S.83), legalisierte im Nachhinein den Aufenthalt der schon eingewanderten Gruppen. Weniger Nordafrikaner halten sich hingegen in den nördlicheren Ländern Westeuropas auf; in Belgien und in den Niederlanden waren es im Jahr 1989 152.000 bzw. 130.000 Marokkaner (Biermann 1992, S.33); noch weniger befanden sich in der Bundesrepublik. Festzuhalten bleibt aber, daß mit der Migration aus dem Maghreb die südeuropäischen "klassischen Auswanderungsländer Italien, Griechenland, Spanien und Portugal zu unfreiwilligen Einwanderungsländern" wurden (Nuscheler 1992, S.83).

Die nach Südwesteuropa drängende Migration aus den Maghreb-Staaten ist primär sozioökonomischer Natur. Wirtschaftliche Krisenprozesse und ein rapider Bevölkerungsanstieg - von 1953-1980 verdoppelte sich die Bevölkerung auf 45,2 Mio. Menschen; diese Entwicklung wird sich bis zum Jahr 2000 wahrscheinlich wiederholen (Biermann 1992, S.34) - führten zu einer instabilen sozialen Situation in den schnell wachsenden Städten. Ein überlasteter Wohnungsmarkt, unzureichende Bildungsinstitutionen, ein im letzten Jahrzehnt jährlich um 2,2% sinkendes PKE, der Preisverfall des Öls, die steigende Auslandsverschuldung und die staatliche Finanzkrise schaukelten die sozialen Desintegrationsprozesse bis zur Staatskrise auf. Zudem erhält der gesellschaftliche Polarisierungsprozeß durch die Stärkung fundamentalistischer islamischer Bewegungen einen besonders konflikträchtigen Akzent (Opitz 1992a). Es ist somit nicht auszuschließen, daß sich als eine Folge von religiösen und politischen Auseinandersetzungen der Migrationsdruck weiter erhöht. Sollte es dann zu einer umfangreichen Migration nach Westeuropa kommen, würden die dort schon bestehenden migrations- und integrationspolitischen Schwierigkeiten weiter zunehmen (Biermann 1992, S.33).

Wahrscheinlich ergibt sich bezüglich der grenzpolitischen Regulation der Migrationsprozesse eine ähnliche Situation, wie am Rio Grande, der Mexico und die USA voneinander trennt. Wegen des Migrationsdrucks, aber auch wegen der Nachfrage-, Aufnahme- und Integrationsbedingungen in den Aufnahmeländern scheinen Analogien auf der Hand zu

26 Zu den weltweiten Migrationsprozessen vgl. die Ausführungen in Global Trends 1991; Nuscheler 1988; Opitz 1988; Sassen 1991; Zumach 1992.

liegen (Opitz 1992, S.26). Wenn sich diese Spekulationen bewahrheiten sollten, könnten die offenen Grenzen des EG-Binnenmarktes dann dafür sorgen, daß die Konsequenzen der nordafrikanischen Migration auch für die übrigen Mitgliedstaaten, so auch die Bundesrepublik, eine soziale und arbeitsmarktpolitische Bedeutung erhalten.

3.3.2. Der Zusammenbruch des "Realsozialismus" und die Ost-West-Migration

In der Ära des "Kalten Kriegs" praktizierten die Gesellschaften des realen Sozialismus eine restriktive Auswanderungspolitik. Sie waren den entwickelten kapitalistischen Ländern wirtschaftlich und technologisch unterlegen; ihr Konsum- und Wohlstandsniveau blieb deutlich zurück; und zudem bestanden nur geringe politische Beteiligungsmöglichkeiten. Da sie das Ziel, den Westen ökonomisch zu "überholen", nicht aus den Augen verlieren wollten, blieb ihnen kaum eine andere Wahl, als die drohende Abwanderung von Arbeitskräften zu verhindern. Hierzu verschärften sie die Grenzkontrollen und machten die Auswanderung nahezu unmöglich. Der Bau der Berliner Mauer vom 13.8. 1961 ist der deutliche und versinnbildlichte Ausdruck der personellen Eingrenzungspolitik.

Von westlicher Seite entsprach dem eine Politik, die die Ost-West-Migration - nach dem Mauerbau war sie quantitativ unbedeutend - als Flucht in die Freiheit unterstützte. "Die Verabschiedung einer Einwanderungspolitik, die Flüchtende begrüßte, kostete nicht viel, da die meisten Menschen nicht ausreisen konnten" (Zolberg 1991, S.205). Die Politik der offenen Grenzen, die der Westen während des "Kalten Krieges" gegenüber Osteuropa betrieb, war angesichts der Abschließungsversuche der realsozialistischen Gesellschaften unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten höchst funktional. Mit dem Ende der bipolaren Ordnung löste sich dieses funktionale Verhältnis jedoch auf. Nunmehr stehen sowohl die politisch-ideologischen Prinzipien als auch die Regulationsinstrumentarien der Ost-West-Migration zur *Disposition*, denn sie erweisen sich aus zwei Gründen zunehmend weniger praktikabel:

1. Sie verstärken nicht unwesentlich den Migrationsdruck auf die Bundesrepublik;
2. Primär werden sie für die gesellschaftliche Desintegration, d.h. die Überbeanspruchung des Arbeits- und Wohnungsmarktes sowie des Sozialstaats, verantwortlich gemacht.

Die neuen Pull-Faktoren und Integrationspotentiale des Arbeitsmarktes, die sich aus der Restrukturierung der kapitalistischen Ökonomien ergeben, sind im Vergleich zum osteuropäischen Migrationsdruck also verschwindend gering (Heisbourg 1991, S.36). Aufgrund dieses Mißverhältnisses müssen die gegenwärtigen Bestrebungen, *neue Richtlinien* für die politische Regulation von Migrationsprozessen zu entwickeln, eine schwierige Situation bewältigen: "Die Verminderung der internationalen Spannungen macht die Ausreise aus den sozialistischen Ländern wahrscheinlicher, vermindert aber auch den Propagandawert der 'Lossagung'" (Zolberg 1991, S.206). Politische und ökonomische Bedingungen - das Ende der Bipolarität und die schwache Akkumulationsdynamik - führen also dazu, daß in dem Maße, wie vom Osten her die Grenzen geöffnet werden, die westeuropäischen Staaten, insbesondere die EG-Staaten, darauf bedacht sind, die Grenzen zu schließen (Balibar 1992, S.24; Hentges 1992a, S.41). Sie reagieren damit abwehrend auf die *schwindende Kontrolle*, die die Staaten der ehemals realsozialistischen Gesellschaften über ihre zukünftige Entwicklung und die Auswanderungsabsichten der eigenen Bevölkerung haben.

Die westlichen Grenzsicherungen sind einerseits Ausdruck der politischen Hilflosigkeit, die gegenüber den Transformationsproblemen Osteuropas an den Tag gelegt wird. Sie

sind andererseits aber auch ein Zeichen dafür, daß mit der abgeschwächten Machtposition der einstmaligen Supermächte auch deren ökonomische und weltpolitische Ordnungsfunktionen ausfallen oder sich zumindest dezimiert haben (Deppe 1991, S.148f). Da an die Stelle der alten Regulierungskapazitäten aber noch keine neuen getreten sind, stauen sich im Neuordnungsprozeß Europas die Probleme auf. "Im deutlichen Kontrast zu ihrer marktwirtschaftlichen Rhetorik " fällt es z.B. der EG äußerst schwer, "die ökonomischen Konsequenzen des Bruchs der Staaten Mittel- und Osteuropas mit der Planwirtschaft und der bevorstehenden Einbettung dieser Volkswirtschaften in das arbeitsteilige System der Weltwirtschaft zu akzeptieren" (Busch, K. 1992, S.324), d.h. durch eine entsprechende ökonomische Unterstützung zu stabilisieren. Gerade in dieser entwicklungs- und transformationspolitischen Enthaltsamkeit tritt ein grundlegendes *Dilemma* hervor: Während die zu bewältigenden Aufgaben - in Osteuropa die Errichtung neuer ökonomischer und politischer Institutionen und in Westeuropa die weltmarktorientierte Modernisierung - sich immer höher auftürmen und in einen Problemstau münden, sind die kurzfristige mobilisierbaren politischen Steuerungsressourcen stark begrenzt.

In den osteuropäischen Staaten stellt sich das Problem der mangelhaften politischen Gestaltungskraft in aller Schärfe. Obwohl die Entwicklungsperspektiven keineswegs einheitlich sind - zwischen verschiedenen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Ungarn, der CSFR (und ihren Nachfolgerepubliken), Polen, Rumänien und Bulgarien bestehen großen Unterschiede - sind weder eine stabile und langanhaltende Akkumulationsdynamik noch sozialregulative staatliche Interventionsmöglichkeiten in Sicht. Stattdessen befindet sich die informelle und Nischenökonomie auf dem Vormarsch (Oswald 1991, S.426). Insgesamt machen die volkswirtschaftlichen Eckdaten und die Staatsverschuldung deutlich, daß die vom Westen lauthals proklamierten Voraussetzungen für die Konsolidierung Mittel- und Osteuropas - funktionierende Märkte und ein demokratisches parlamentarisches System - ohne eine weitreichende Unterstützung seitens der kapitalistischen Zentren nicht zu erreichen sind. Ein massiver Kapitaltransfer, westliche Investitionen und entwicklungspolitisch orientierte Austauschverhältnisse sind für die Umgestaltung unerlässlich.

Um die fremde Hilfe seitens der westeuropäischen Staaten ist es jedoch schlecht bestellt, da deren wirtschafts- und finanzpolitische Schwierigkeiten die politischen Handlungsspielräume erheblich eingeengt haben (Deppe 1991, S.192). Alternative Konzepte, die die bisherigen Entwicklungsstrategien (nachholende Modernisierung, Weltmarktintegration und Exportorientierung) ablösen, werden derzeit nicht diskutiert. Daher bleibt in großen Teilen Osteuropas die aussichtslose ökonomische, soziale, politische und ökologische Situation vorerst bestehen. Schlimmer noch, in den westeuropäischen Gesellschaften scheint sich die "Zwangslage" - bestehend aus riesigen Problemen und einer festgefahrenen marktradikalen Regulierungsstrategie - machtpolitisch aufzulösen: "Statt aus sozialen und nationalistischen Eruptionen drohenden militärischen Konflikten und einer sich ankündigenden Ost-West-Migration durch groß angelegte Kraftakte ökonomischer Beratungs-, Hilfs- und Kooperationsprogramme für den Osten und den Süden und durch Wandel im Westen selbst antizipatorisch zu begegnen, wird vielfach eher erwogen, wie schnelle Eingreiftruppen in Konfliktzonen operieren könnten" (Klein 1992, S.31).

Da alle ökonomischen Indikatoren auf den Zerfall der wirtschaftlichen Strukturen hinweisen, bahnt sich gegenwärtig die "Lateinamerikanisierung" Osteuropas an. Die Produktion sinkt, die Verbraucherpreise steigen, die Nominallöhne können diesen nicht folgen, so daß insgesamt auch der Binnenkonsum zurück geht. Abgerundet wird der ökonomische Niedergang Osteuropas durch den sinkenden Export, die steigende Verschul-

dung und blockierte Modernisierungsmöglichkeiten (Lüdemann 1992, S.10ff). Gegenüber den Anstrengungen und Transferzahlungen, die zur wirtschaftlichen Modernisierung²⁷ des Ostens nötig wären, scheint die westeuropäische Politik zu kapitulieren. Angesichts fehlender ökonomischer Entwicklungsperspektiven - eine schnelle Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise ist nicht in Sicht (Lüdemann 1992, S.12) - bleiben letztlich auch die Fragen der staatlichen Organisationsformen, der Demokratie und der Wirtschafts- und Eigentumsordnung ungelöst. Neben die ökonomische Destabilisierung treten weitere eruptive Veränderungen: "Die sozialen Konflikte, die die Einführung der Marktwirtschaft, die Durchsetzung von individueller Konkurrenz und die Zerstörung von solidarischen Netzen - die in einer organisierten Mangelwirtschaft das Leben sicherten - mit sich bringen, bergen zudem noch ein überhaupt nicht abzuschätzendes Potential gesellschaftlicher Desintegration in sich: die 'vier Plagen', von denen in der polnischen Diskussion die Rede ist - Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Nichtstun ('gesellschaftliches Schmarotzertum') und Jugendkriminalität, nehmen überall in Osteuropa rapide zu" (Statz 1991, S.1081). Perspektivisch drohen die ehemals realsozialistischen Staaten sozial zu verelenden und in einen peripheren weltwirtschaftlichen Status abzurutschen. Viele Entwicklungen in der "Dritten Welt" haben gezeigt, daß nur wenige der gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierungsanstrengungen von "Erfolg" gekrönt sind.

Jenseits der gemeinsamen ökonomischen Strukturkonstellationen zwischen den osteuropäischen Transformationsökonomien und vielen Ländern der "Dritten Welt", bestehen jedoch auch gravierende Unterschiede:

1. Osteuropa befindet sich in einem einmaligen historischen Experiment mit höchst ungewissen Resultaten;
2. Die osteuropäischen Ökonomien besitzen die jahrzehntelange Erfahrung industrieller Produktion; viele ihrer Sektoren müssen "nur" modernisiert werden;
3. Aufgrund der geographischen Nähe zu Westeuropa können längerfristig entwicklungsfördernde Wirtschaftsbeziehungen entstehen (Hübner 1992, S.52).

Gegenwärtig sind die stabilisierenden politischen und ökonomischen Faktoren jedoch nur mangelhaft vorhanden. Schwach verankerte gesellschaftliche Institutionen, eine sinkende ökonomische (Binnen)nachfrage und erhebliche Produktivitätsrückstände relativieren die zusätzlichen Entwicklungspotentiale, die sich aus der Aufnahme von Auslandskrediten ergeben. Bereits jetzt ist die Staatsverschuldung hoch und die gesellschaftliche Situation vielerorts instabil. Sollte das Schuldenmanagement aber erst einmal zum bestimmenden Merkmal der osteuropäischen Politik werden, so würde damit ähnlich wie in großen Teilen der "Dritten Welt" eine strenge Austeritätspolitik erzwungen. Vorausssehbare Konsequenzen bestünden in niedrigen Löhnen, noch weiter verringerten sozialpolitischen Leistungen, Massenarmut etc. Mit der Politik der verschuldeten Modernisierung wird die derzeitige soziale Situation nicht nur festgeschrieben, sondern der gesellschaftliche Desintegrationsprozeß sogar noch beschleunigt. "Auf diese Weise werden die sozialen Konfliktpotentiale, aber auch der Druck zur Migration aus Ost- nach Westeuropa oder nach Nordamerika verstärkt" (Deppe 1991, S.191). Es ist demnach nicht damit zu rechnen, daß die "Territorialprobleme, Wanderungsbewegungen, Minderheits- beziehungsweise

27 Sollte diese Modernisierung nicht nur ökonomischen sondern ebenso ökologischen Kriterien folgen, steigern sich die politischen Schwierigkeiten der gesellschaftlichen Neuordnung. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Unterstützung wäre für die ökologische Umgestaltung eine radikale Veränderung des auf dem Weltmarkt dominanten Akkumulationsmodells notwendig, d.h. es müßte ein Konzept der politischen Kontrolle und Regulation der weltwirtschaftlichen Austauschverhältnisse entwickelt und durchgesetzt werden (Bonder u.a. 1992, S.127).

Nationalitätenkonflikte und entsprechende Sezessionsbegehren" (Offe 1991, S.281) nur eine vorübergehende Erscheinung bilden. Autoritäre nationalistische Lösungen, eine politische instabile Situation in Ost- und Mitteleuropa, die sich auf den gesamten Kontinent auswirken könnte, die Remilitarisierung der Sicherheitspolitik oder umfangreiche Abwanderungsprozesse, die auch für die Herkunftsgebiete schwerwiegende negative Konsequenzen beinhalten, sind zentrale Problemfelder und Bestandteile des Umbruchs (Weiner 1992, S.11).

Unter derartigen Gegebenheiten bleiben aller Voraussicht nach auch die verschiedenen Dimensionen der Ost-West-Migration bestehen. Wahrscheinlich wird sich in den nächsten Jahren für Deutschland und Österreich, die den meisten der osteuropäischen Migranten als Zielland dienen (Garson 1992, S.22), die Migrationsfrage weiter zuspitzen. Bereits seit 1989/90 hat es einen rapiden "Anstieg der Auswanderung aus Osteuropa", vor allem aus Polen und der UdSSR gegeben (Statz 1991, S.1078). Angesichts dieser Entwicklungen wurden seitens der westeuropäischen Staaten, besonders der Bundesrepublik, Versuche unternommen, in Mitteleuropa eine "Pufferzone"²⁸ zu errichten, die einen Großteil des Migrationsdrucks absorbieren soll: "So haben die Schengen-Staaten im April 1991 gemeinsam die Visapflicht gegenüber Polen abgeschafft, nachdem sie mit Polen ein Übereinkommen über die Rückübernahme illegaler Zuwanderer geschlossen hatten" (Nanz 1992, S.132). Mit anderen mitteleuropäischen Staaten wurde ebenfalls der Versuch unternommen ähnliche Abkommen zu unterzeichnen.

Dies zeigt, daß es primär darum geht, die über die mittel- und osteuropäischen Staaten einreisenden Flüchtlinge aus Asien, Afrika, Rumänien etc. abzuhalten. Das hierzu angestrebte politische Regulierungsprinzip stellt sich recht einfach dar: In dem Maße, wie die westlichen Grenzen Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei durchlässiger werden, verfestigt sich die Ostabgrenzung seitens dieser Staaten (Statz 1991, S.1078f; Stölting 1991, S.260f). Sie versuchen damit, die ansteigende Zahl von Arbeitsmigranten und Schwarzhändlern aus der GUS unter Kontrolle zu bringen, denn "migratory movements are also taking place between the countries of central and eastern Europe" (Garson 1992, S.22; Helias 1992, S.48ff). An einem Punkt zeigt diese Strategie, die die Ost-West-Migration "gleitfähig" machen will, aber deutliche Schwächen: weil das Problem nur verlagert wird, kommt den Pufferstaaten ein begrenztes Drohpotential zu. Sie können durchaus darauf drängen - finanzielle Forderungen sind unter Androhung der Grenzöffnung einklagbar -, ihren Ressourcenaufwand seitens der Bundesrepublik und der EG ersetzt zu bekommen (Hoffmann, L. 1991, S.1478). Ob es ihnen jedoch gelingt, derartigen Ansprüchen genügend Gewicht zu verleihen, ist fraglich. Vorerst dürften die westeuropäischen Staaten über die wirksameren Macht- und Kontrollpotentiale verfügen.

Werden die Ursachen kategorisiert, die zur Formierung der Ost-West-Migration führen, so ergeben sich drei Komplexe (Oswald 1991, S.424ff).

1. Die sozioökonomische Migration wird wesentlich von der Arbeits- und Armutsmigration getragen;
2. Politisch-ideologische Migrationsgründe beziehen sich auf Flucht und Verfolgung; sie ergibt sich zumeist aus nationalen, ethnischen und religiösen Konflikten.

28 "Da bis zu 70 Prozent aller nach Deutschland einreisenden Asylsuchenden über die Grenze zu Polen, der Tschechoslowakei und Österreich einreisen, könnte die Bundesrepublik sich von ihrer Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend freimachen" (Hailbronner 1992, S.13; ebenso Helias 1992, S.51). Hailbronner schlägt zum Lastenausgleich für die Erstaufnahmeländer gemeinsame Unterbringungsprogramme vor. Während die Bundesrepublik also entlastet wird, bilden die Unterbringungs- und Abschiebungskosten für Polen ein erhebliches Problem (Helias 1992, S.51).

3. Eine weitere Form der Migration ist der dramatischen ökologischen Situation in den osteuropäischen Gesellschaften geschuldet (Hentges 1992a, S.47ff).²⁹

Obwohl die wirtschaftliche Konsolidierung und Entwicklung der meisten osteuropäischen Gesellschaften keineswegs absehbar ist, scheint bezüglich der Migrationsfolgen das ökonomische Gefälle noch am ehesten berechenbar zu sein (Stölting 1991, S.254). Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß im Bereich der Arbeitsmigration die nationalstaatliche Grenzpolitik noch weitestgehend funktioniert. Denn gegenüber den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, der für die Arbeitsmigration als der ausschlaggebende Pull-Faktor gilt, ist die Grenzpolitik nur von sekundärer Bedeutung. Fehlende Beschäftigungs- und unzureichende soziale Versorgungsmöglichkeiten begrenzen den Einwanderungssog. Auf Grundlage der bestehenden Einreise- und Arbeitsbestimmungen kann somit die Gruppe der Arbeitsmigranten, sofern ihre Arbeitssuche nicht mit existenzbedrohenden Lebenssituationen verbunden ist, kontrolliert werden.

Die Arbeitsmigranten nutzen unter anderem die bilateralen Abkommen, die zwischen der Bundesrepublik und einzelnen osteuropäischen Staaten (Polen, Ungarn und der CSFR) über Werkverträge oder zeitlich begrenzte Beschäftigungsformen (Saisonarbeit) abgeschlossen wurden. Die *neuen Anwerbungsformen* umfassen im einzelnen: qualifikationsfördernde Gastarbeiter-Vereinbarungen; einschränkende Regelungen für die Grenzgänger aus der ehemaligen CSFR; eine sektorenspezifische Anwerbung (Schwerpunkt: Krankenpflege, Land- Forst- und Bauwirtschaft) sowie einzelne Werkverträge (Hönekopp 1991, S.121f; Helias 1992; Fischer, A. 1992). Während die Anwerbung auf Werkvertragsebene auf 70.000 Beschäftigte pro Jahr limitiert ist, machten von der dreimonatigen Arbeitserlaubnis mehr Personen gebrauch. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1991 vermittelten die Arbeitsämter "knapp 120.000 Arbeitskräfte aus Osteuropa, zu zwei Dritteln aus Polen" (Adamy 1992, S.22).

Klingen diese Vereinbarungen zunächst recht unbedeutend, so ändert sich dieser Eindruck spätestens dann, wenn die von ihnen ausgehenden Anstöße und Initiativen zur Veränderung des Beschäftigungssystems berücksichtigt werden. Dies bezieht sich auch auf die wachsende Zahl der illegal oder halblegal beschäftigten Arbeitskräfte aus Osteuropa (Adamy u.a. 1992, S.313f; Adamy 1992). Ihre Zahl kann nur grob geschätzt werden.³⁰ Im Jahr 1990 wurden über 40.000 Fälle von illegaler Beschäftigung und Leistungsmißbrauch aufgedeckt; zudem vermutet man eine hohe Dunkelziffer nicht entdeckter illegaler Verleihpraktiken (Adamy u.a. 1992, S.315). Ihre Ergänzung findet diese eher "unternehmerisch" organisierte illegale Beschäftigung - die nichtgenehmigten Leihpraktiken werden zumeist von osteuropäischen Betrieben reguliert - in Gestalt individueller Schlupflöcher: Gegen Ende der achtziger Jahre dürften es aus Polen hunderttausende gewesen sein, die ihre Visa verlängerten, die Einreisevorschriften umgingen oder Anträge auf Asyl stellten, um sich durch Schwarzarbeit genügend Geld für den Jahresunterhalt in Polen - dort werden äußerst niedrige Löhne gezahlt - zu verschaffen (Fischer, A. 1992, S.58; Sakson 1991; Statz 1992, S.1078). Mit der Visafreiheit, die

29 Die ökologische Belastung von Wasser, Luft und Boden hat einzelne Regionen bereits menschenleer gemacht. Mit zunehmendem Umweltbewußtsein wird sich dieser Trend noch verstärken (Oswald 1991, S.426). Tschernobyl, die Verschmutzung des Baikalsees, die Austrocknung des Aralsees, verreckte Flüsse etc. umreißen stichwortartig die schwierige Lage, die wohl kaum mit einer nachholenden Modernisierung nach westlichem Vorbild zu bewältigen sein dürfte. Sollte dies dennoch geschehen, würden die wenigen positiven Ansatzpunkte einer ökologischen Politik entfallen, wie z.B. der unbedeutende Autoverkehr, die geringe individuelle Müllproduktion und großräumige Naturschutzgebiete (Gerlinger 1992, S.36ff).

30 An der deutsch-polnischen und -tschechischen Grenze hat sich nach Angaben des Bundesgrenzschutzes (BGS) die Zahl der illegal Einreisenden gegenüber 1991 fast verdreifacht. "Bis Juni 1992 seien 70.000 Menschen zurückgewiesen oder abgeschoben worden" (FAZ vom 24.7.1992).

Polen im Gegenzug zu den Abkommen über die Abwehr von Asylsuchenden erhielt (Böhm 1992, S.155), wird sich die Einreise polnischer Arbeitskräfte wahrscheinlich erhöhen (Sakson 1991, S.289).

Solange die ökonomischen Unterschiede zu den westeuropäischen Gesellschaften Bestand haben - und diese in bestimmten Bereichen (Baugewerbe, Landwirtschaft, Gastronomie etc.) nach Arbeitskräften verlangen -, besteht ein hoher Migrationsdruck. Er resultiert vor allem daraus, daß sich für die meisten der Arbeitssuchenden, die im Prozeß der Weltmarktöffnung und volkswirtschaftlichen Modernisierung freigesetzt wurden, die Arbeitsmarktlage stark verschlechtert hat. In Polen rechnet man zukünftig mit bis zu 5 Millionen Arbeitslosen (Helias 1992, S.42). Angesichts derart schlechter Beschäftigungsperspektiven versuchen immer mehr Menschen wenigstens zeitweilig in die westeuropäischen Gesellschaften zu emigrieren (Hentges 1992a, S.52). Ob dadurch der einheimische Arbeitsmarkt nennenswert entlastet wird, ist zumindest fraglich. Vielmehr droht sich, da die positiven Effekte der gesellschaftlichen Restrukturierung ausbleiben, die ökonomische Instabilität zu verfestigen. Auch wenn die Nachfolgerepubliken der CSFR ebenso wie Ungarn vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen, bahnen sich für Polen besonders dramatische Entwicklungen an: "Den entlastenden Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt stehen gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte gegenüber in Form von Inflationsdruck, Handelsbilanzdefiziten und dem Verlust vor allem von hoch qualifizierten Arbeitskräften" (Fischer, A. 1992, S.60).

Die Arbeitsmigration umfaßt mehr Menschen als die aufgeführten Formen vermuten lassen, denn faktisch fällt auch die enorme Zahl der *Aussiedler* hierunter. Im Zeitraum von 1988-90 kamen die meisten aus Polen (über 500.000) und aus dem ehemaligen sowjetischen Bereich (knapp 300.000) (Statistisches Bundesamt 1991, S.69). Danach hat sich die Zahl der Aussiedler jedoch verringert, vor allem die Gruppe polnischer und rumänischer Aussiedler scheint sich erschöpft zu haben. Während 1991 nur noch 40.000 Aussiedler aus Polen bzw. 32.000 aus Rumänien kamen (Biermann 1992, S.30), stammen nun die meisten, ca. 80%, aus den Staaten der GUS (FAZ vom 2.9.1992). Nicht unwichtig für die Minderung der Aussiedlerzahlen ist dabei das neue Aussiedleraufnahmegesetz, das zum 1.7.1990 in Kraft trat, den Kreis der zuzugsberechtigten Personen einschränkte und das verwaltungstechnische Aufnahmeverfahren veränderte. So dürfen nun die Antragsteller erst nach positiver Entscheidung in die Bundesrepublik einwandern (Heinelt/Lohmann 1992, S.12 und S.78ff). Zudem wird mit der neuen "Paketlösung" zur Migrationsbegrenzung die Höchstgrenze für die jährliche Einwanderung von Aussiedlern auf maximal 200.000 Personen festgelegt.

Sicherlich ist es problematisch, diese Migrantengruppe einfach der Arbeitsmigration zuzurechnen. Die Aussiedlung kann nicht immer unabhängig vom nationalen und ethnischen Selbstverständnis, den damit verbundenen Konflikten im Herkunftsland sowie den kulturellen Bezügen zu Deutschland betrachtet werden (Hentges 1992a, S.48). Wieviele von ihnen nun aus drohender Verfolgung emigrieren, ist ebensowenig zu quantifizieren, wie der Umfang der wirtschaftlich motivierten Migration, obgleich zu vermuten ist, daß ökonomische Migrationsmotive ausschlaggebend sind (Statz 1991, S.1083). Darüberhinaus fällt ins Gewicht, daß Aussiedler gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen bevorzugt werden. So steht ihnen mit der Bundesrepublik selbst dann ein Zufluchtsort zur Verfügung, wenn sie keiner Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt sind. Das Staatsangehörigkeitsrecht gibt ihnen ein Immigrationsinstrumentarium in die Hand, das anderen Migranten, die politisch verfolgt sind, nicht zur Verfügung steht (Messerschmidt 1992, S.35).

Resümierend kann festgehalten werden, daß seitens der Bundesrepublik den Aussiedlern in vollem, den Arbeitsmigranten in beschränktem Umfang Aufnahmebereitschaft signalisiert wird. "Die illegale polnische Wanderarbeit ist inzwischen zu einer Überlebensbedingung ganzer Produktionszweige in der Bundesrepublik geworden, bei der Weinernte in der Pfalz beispielsweise oder im Bau- und Gaststättengewerbe" (Statz 1991, S.1083). Dennoch scheint in der öffentlichen Diskussion über die quotierte Einwanderung, das Schwergewicht auf andere Bereiche gelenkt zu werden. Vorherrschend ist die Zielsetzung, hauptsächlich qualifizierte Arbeitskräfte zur Migration zu bewegen, d.h. die Einwanderung vor allem unter dem Aspekt des "brain drains" aus dem Osten zu steuern. "Die Auswanderung von Ärzten, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern aus Osteuropa hat bereits eingesetzt" (Böhm 1992, S.157); es dominiert die "selektive Anerkennung und Abwerbung von Migranten aus ethnischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen" (Statz 1991, S.1083).

Unübersehbar tritt das westliche Interesse an der Ost-West-Migration hervor. Wegen der demographischen Entwicklung, die vor allem in der Bundesrepublik auf eine "Überalterung" der Bevölkerung hinausläuft, wird das derzeitige Niveau der Beschäftigungsverhältnisse und des sozialen Systems, hauptsächlich der Rentenversicherung, als gefährdet angesehen (Tichy 1990, S.124ff). Da die Neuordnung Osteuropas aufgrund zunehmender ethnischer Diskriminierungen und Konflikte aber ein unberechenbares Potential an Flüchtlingen birgt, wird deren Zutritt in die Bundesrepublik bislang sehr restriktiv gehandhabt. Wegen der Befürchtung, daß sich der "deutsche Aussiedlerstrom" unversehens in einen "osteuropäischen Auswanderungsstrom" verwandeln könnte, wird nach neuen grenzpolitischen Instrumentarien gesucht, die den Migrationsdruck steuern sollen (Miegel 1991, S.116ff). Zunächst findet demnach allenfalls eine sehr vorsichtige Öffnung der "Grenzscheusen" statt. Vermutlich wird sich hieran auch in nächster Zukunft wenig ändern. Um den unkalkulierbaren Folgen der osteuropäischen Desintegration entgegenzuwirken, scheint allein eine Abschirmungspolitik möglich zu sein (Böhm 1992, S.142ff). Dennoch bleibt die grenzpolitische Herangehensweise kurzsichtig: "Physical barriers and water-tight patrolling along Iron Curtain lines can hardly be viewed as easily acceptable options. Such obstacles could serve to harden the currently weak lines between prosperous Western Europe ... and the new have-nots, with eventual security implications" (Heisbourg 1991, S.35f).

3.3.3. Migrationsprozesse innerhalb der Europäischen Gemeinschaften (EG)

Da politische Verfolgung und sonstige Migrationsgründe allenfalls von marginaler Bedeutung sind, ist die Migration innerhalb der EG relativ eindeutig der Arbeitsmigration zuzurechnen. Bereits in den Römischen Verträgen von 1957 war mit der EG-internen Freizügigkeit für Arbeitnehmer (Art. 48-51) die rechtliche Grundlage für einen *EG-weiten Arbeitsmarkt* gegeben. Die Bestimmungen beziehen sich auf die Gleichbehandlung der abhängig Beschäftigten in den einzelnen Mitgliedstaaten "in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen" (EWGV, Art. 48 Abs. 2). Nach einer Übergangszeit - die Zielsetzungen wurden durch Verordnungen konkretisiert und in die entsprechenden nationalen Gesetzessysteme umgesetzt - traten sie dann 1968 in Kraft (Imbusch 1991, S.14; Penninx/Muus 1989, S.373). Für die selbständig Erwerbstätigen wurden hinsichtlich des europaweiten Niederlassungsrechts (Art. 52-58 des EWGV) ähnliche Anstrengungen unternommen.

Anfangs bestand eine allgemeine Skepsis, ob mit der Herstellung des freien Personenverkehrs die Arbeitsmigration nicht einen weiteren Anschlag erhalten könnte und außer Kontrolle geraten würde. Die Aufnahmeländer befürchteten insbesondere eine Zunahme der

Arbeitsmigration aus Italien. Aber selbst nach dem Anwerbestopp, der von allen hochindustrialisierten EG-Staaten Mitte der siebziger Jahre zur Abwehr der weiteren Einwanderung ergriffen wurde, für die Bürger der EG-Mitgliedstaaten jedoch nicht galt, stieg die Arbeitsmigration innerhalb der EG nicht an (Penninx/Muus 1989, S.375). Im Gegenteil, in der Bundesrepublik befanden sich, wenn die später beigetretenen Länder mit hinzu gerechnet werden, im Jahr 1989 mit knapp 1,4 Mio. rund 300.000 EG-Ausländer weniger als 1974 (Mammey 1990, S.68).

In den Einwanderungsländern, so auch in Deutschland, können die EG-Migranten grundsätzlich zwei Ländergruppen zugeordnet werden: 1. den *ehemaligen Anwerbeländern* und 2. den *industrialisierten Ländern des Nordens* (ebd.). Während sich die Zahl der Migranten aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal deutlich reduzierte, hat sich die der Migranten, die aus den Benelux-Staaten, Frankreich, Großbritannien, Irland und Dänemark stammen, geringfügig erhöht (ebd., S.61). Ihre Zahl ist insgesamt relativ gering, weist aber darauf hin, daß sich in der EG-internen Migration das Schwergewicht auf die höher qualifizierten Beschäftigtengruppen verlagert hat (Buttler/Dietz 1990, S.114). Hauptsächlich sind sozioökonomische Faktoren für diese Trends verantwortlich.

So hat sich auf der *einen Seite* in den ehemaligen Anwerbeländern, die der EG angehören, der Emigrationsdruck deutlich vermindert. Voranschreitende Industrialisierungsprozesse und eine demographisch rückläufige Entwicklung haben den Arbeitsmarkt partiell entlastet (Werner 1990, S.122). Verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen sorgten dafür, daß die vorübergehende oder gar dauerhafte Auswanderung an Bedeutung verlor. Auf der *anderen Seite* haben sich aber auch, und dies ist für die nachlassende Arbeitsmigration der ausschlaggebende Trend, die Arbeitsmarktverhältnisse in den Aufnahmeländern, so auch der Bundesrepublik, gravierend verändert. Seit den Weltwirtschaftskrisen 1974/75 und 1980-82 verweilt die Arbeitslosigkeit auf einem anhaltend hohen, nun sogar noch ansteigenden Niveau. Vor allem im Industriebereich, in dem viele der niedrig qualifizierten Arbeitskräfte aus den Anwerbeländern beschäftigt waren und sind, haben sich die Arbeitsplätze stark reduziert (Vogler-Ludwig 1989, S.52). Überdies hat es der Tertiärisierungsprozeß nicht vermocht, diese Arbeitsplatzverluste durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors zu kompensieren. Zwar entstanden auch hier neue Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen, die Beschäftigungseffekte blieben im Vergleich zu den verloren gegangenen Arbeitsplätzen bislang jedoch dürftig, so daß sich die Pull-Faktoren insgesamt abschwächten.

Der grundlegende Rahmen für das *neue Verlaufsmuster* EG-interner Migrationsprozesse ergibt sich aus den Veränderungen des Arbeitsmarkts und den gesamten sozioökonomischen Entwicklungen. Diese sind dadurch geprägt, daß sich seit den siebziger Jahren innerhalb der EG eine *Verstärkung der regionalen Disparitäten* (Götzmann/Seifert 1991, S.41ff; Huffs Schmid 1992, S.319f) vollzog, die zugleich aber auch durch wirtschaftliche, technologische, ökologische und sozialpolitische *Konvergenzprozesse* überlagert wurden (Deppe 1990a, S.34ff; Deppe 1991b, S.19ff). Trotz des Fortbestehens gravierender sozioökonomischer Unterschiede glichen sich sowohl wichtige ökonomische Problemlagen als auch die politischen Reaktionsformen an. Mit der Deregulierungspolitik, - d.h. gegenüber den Marktkräften wurde die sozialpolitische Regulierung des Staates zurückgenommen - formierte sich eine EG-weit gleichgerichtete Politikstrategie, die insbesondere im Vorfeld des Binnenmarktes weiter forciert wurde (Altwater/Mahnkopf 1993, S.157ff; Bonder u.a. 1993, S.335f). Die Weltmarktwänge und technologischen Innovationsprozesse wurden zum Maßstab wirtschaftspolitischer Entscheidungen und verstärkten damit die Angleichungsprozesse auf den westeuropäischen Arbeitsmärkten. Mit anderen Worten: Weder die Vertiefung der ökonomischen Ungleichgewichte noch die Zu-

nahme der wirtschaftlichen Verflechtung übersetzten sich während der letzten beiden Jahrzehnte in eine wachsende personelle Mobilität innerhalb der EG.

Mit Ausnahme der (hoch)qualifizierten Arbeitskräfte, deren Nachfrage in fast allen Staaten durchweg hoch ist, stellt sich die Arbeitsmarktsituation in den wirtschaftlich prosperierenden Regionen kaum besser dar als in den potentiellen Emigrationsländern. Ungelernte Arbeitskräfte haben es aufgrund der Massenarbeitslosigkeit in allen EG-Staaten schwer, einen Arbeitsplatz zu finden (Penninx/Muus 1989, S.381f). Für die neu entstehenden Arbeitsplätze im unteren Dienstleistungssegment - billige Reinigungs- und Pflegedienste sowie sonstige Serviceleistungen - stehen durch die schon seit längerem eingewanderten ethnischen Minderheiten und anderen Migrantengruppen bereits genügend Arbeitskräfte bereit. Dadurch werden seitens der ökonomisch führenden Zentren kaum Pull-Faktoren wirksam. Weil die EG-Migration wesentlich Arbeitsmigration ist, diese aber in starkem Maße von der Nachfrage auf den Arbeitsmärkten abhängt (Fischer, A. 1992, S.61), ist vorerst nur mit einer mäßigen personellen Mobilität zu rechnen.

Die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EG beziehen sich bislang primär auf den "Wirtschaftsbürger". Migrationsprozesse, die sich unabhängig von der sozioökonomischen Entwicklung und dem Nachfragepotential der Arbeitsmärkte in den Aufnahmeländern vollziehen, bilden die Ausnahme. Immer noch ist die EG-interne Migration an die Bedingung einer längerfristigen Beschäftigung und damit an das Aufnahmevermögen des Arbeitsmarktes gekoppelt (Penninx/Muus 1989, S.377f). Zwar dürfen die Migranten aus anderen EG-Staaten bei der Beschäftigungssuche und -aufnahme nicht diskriminiert werden, benötigen demnach keine Arbeitserlaubnis (Rein 1990, S.94), ohne den Beschäftigungsnachweis ist ihr Aufenthalt in der Regel jedoch auf drei Monate beschränkt.³¹ Erst mit Nachweis des Arbeitsvertrags wird eine Aufenthaltserlaubnis von einem bzw. fünf Jahren ausgestellt, je nachdem ob die Beschäftigung unter einem Jahr bleibt, oder sich darüberhinaus erstreckt. Aufgrund längerer Arbeitslosigkeit (über 12 Monate) kann sich anschließend die fünfjährige Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bis auf ein Jahr reduzieren (Hentges 1992, S.42). Auch für den Zugang zu den nationalen Systemen der Sozialversicherung, die in bestimmten Lebensabschnitten existentiell wichtig sind, bildet die Beschäftigungsdauer das ausschlaggebende Kriterium. Darüber hinaus existieren noch einige zusätzliche institutionelle Regelungen, die die freie personelle Mobilität begrenzen: Berufsabschlüsse und sonstigen Befähigungsnachweise sind häufig uneinheitlich und werden nicht immer anerkannt; nach Art. 48 des EWGV ist die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung den Freizügigkeitsbestimmungen entzogen (Imbusch 1991, S.14); und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (EWGV Art. 56) können der freien personellen Beweglichkeit Schranken gesetzt werden (ebd.).

Zusammengefaßt heißt dies: Wird nur das rechtliche Regelsystem betrachtet, das den formalen Rahmen der EG-Freizügigkeit absteckt, sind für die Menschen aller Mitgliedsstaaten annähernd gleiche Möglichkeiten gegeben, ihren Arbeits- und Lebensort frei zu wählen. Rückt man aber die Perspektive zurecht und analysiert die Gesetzeslage vor dem Hintergrund der materiellen Voraussetzungen - d.h. dem Arbeitsplatz, sozialen Leistungsansprüchen, kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten etc. -, so offenbaren sich deutliche Barrieren hinsichtlich der personellen Bewegungsfreiheit in der EG. Nach wie vor

31 Die Familienangehörigen der Beschäftigten sind von der Auflage eines Arbeitsplatznachweises entbunden. Für Studenten, Arbeitslose, Rentner, Besitzbürger, Selbständige und sonstige Migrantengruppen gelten, sofern keine europäische Gesetzgebung vorliegt, die jeweiligen nationalstaatlichen Gesetze und Vereinbarungen (Penninx/Muus 1989, S.377). Zukünftig, d.h. nach Inkrafttreten des Vertrags über die "Europäische Union", soll die Freizügigkeitsbegrenzung, die durch den Beschäftigungsnachweis gegeben war, entfallen (Wessels 1992, S.5).

werden vom Arbeitsmarkt und Nationalstaat Grenzlinien produziert, die es verhindern, die individuellen Rechtsansprüche (Abwehrrechte gegenüber dem Staat, politische Teilhaberechte³² und soziale Versorgungsansprüche) von EG-Institutionen abhängig zu machen. Nur, wenn sich einerseits neue Prosperitätszentren mit einer entsprechenden Arbeitsmarktnachfrage herausbilden und sich andererseits die regionalen Disparitäten verstärken, ist davon auszugehen, daß sich innerhalb der EG umfangreichere Migrationsprozesse ergeben (Vogler-Ludwig 1989, S.54). Insgesamt dürfte sich somit die Arbeitsmigration zwischen den einzelnen EG-Staaten auf relativ niedrigem Niveau entwickeln und sich hauptsächlich auf höherqualifizierte Arbeitskräfte sowie die vorübergehende Migration von Firmenangehörigen transnationaler Konzerne konzentrieren (Penninx/Muus 1989, S.381f; Imbusch 1991, S.45f). Ferner ist mit der Realisierung des Binnenmarktes verstärkt, allerdings auf niedrigem Niveau, mit der Migration von Selbständigen, Freiberuflern, Rentnern und Studenten zu rechnen (ebd., S.382).

Da die wesentliche Triebkraft für umfangreichere Migrationsprozesse in der EG durch die Arbeitsmarktentwicklung entsteht, im ökonomisch führenden Kern aber kaum expansive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, ist auch nach der EG-Freizügigkeit für Spanien und Portugal (ab Anfang 1993) nicht von einem Wachstum der internen EG-Migration auszugehen. Wie schon 1968 im Fall Italiens und der EG-Freizügigkeit Griechenlands - Griechenland wurde 1981 Gemeinschaftsmitglied und erhielt 1988 die Freizügigkeit - sind auch heute die Befürchtungen eines erhöhten Migrationsdrucks überzogen und irrational. Sie gründen sich auf die Angst vor einer kulturellen "Durchmischung" von angeblich homogenen Völkern, die Unkenntnis der westeuropäischen Freizügigkeitsbestimmungen und die Fehlannahme einer anhaltenden wirtschaftlichen Rückständigkeit Südeuropas (Penninx/Muus 1989, S.376f).

Exkurs: Internationalisierungsprozesse, Weltgesellschaft und Nationalstaat - staatliche Steuerungspotentiale und weltmarktorientierte Modernisierung

Aus dem Charakter und den Dimensionen der neuen internationalen Migration ergeben sich für die migrationspolitischen Regulationsformen gravierende Konsequenzen. Bevor diese aber diskutiert werden, steht zunächst die Frage nach den allgemeinen Veränderungen, denen der nationalstaatliche Handlungsrahmen unterworfen ist, im Vordergrund. Dies geschieht vor allem deswegen, weil die Zwänge, Logiken und Alternativen verschiedener Aufgabefelder - Migrations-, Integrations- und die ethnische Minderheitenpolitik - nur im Kontext umfassender staats- und gesellschaftstheoretischer Entwicklungen zu erklären sind. Im Unterschied zu den tagespolitischen Debatten in den Parteien und den Medien, die häufig durch populistische Argumentationslinien geprägt sind und einer kurzfristigen und oberflächlichen Perspektive verhaftet bleiben, soll durch die Berücksichtigung von Umbrüchen und Modifikationen im Vergesellschaftungsprozeß die veränderte Rolle und Funktion des Nationalstaats abgesteckt werden. So berührt der Wandel nationalstaatlicher Handlungsmöglichkeiten auch in entscheidender Weise die Migrationspolitik. Je nach Ansatzpunkten (Migration, Integration, Grenzpolitik) und Aktionsebenen (Weltordnung, Weltmarkt, EG, Nationalstaat, Region) muß sie sich mit verschiedenartigen Restriktionen und Optionen auseinandersetzen.

32 Mit der "Unionsbürgerschaft" im Vertrag über die "Europäische Union" wird ein erster Schritt zur Vergemeinschaftung politischer Schutzgarantien und Partizipationsmöglichkeiten unternommen. Sie beschränken sich allerdings auf die freie Beweglichkeit in allen EG-Mitgliedstaaten, den diplomatischen und konsularischen Schutz auch durch andere Mitgliedstaaten sowie das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen am jeweiligen Wohnort (Wessels 1992, S.5).

Mit der Krise des Fordismus ist in den kapitalistischen Zentren ein gesellschaftlicher Regulationsmodus zerbrochen, in dessen Zentrum die Institutionen des in den gesellschaftlichen Reproduktionsmodus "eingegliederten Staates" standen (Lipietz 1992, S.200f). Das umfassende institutionelle Geflecht des bürgerlichen Staats war mit vielfältigen ökonomischen und sozialpolitischen Kompetenzen ausgestattet und hatte eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen: die *Sicherung sozialer Kohäsion* innerhalb einer klassengeteilten Gesellschaft (Jessop 1992, S.239).

Hatte der Staat zuvor noch die Internationalisierung des Warenaustausches, der Investitionen sowie der Aktien- und Finanzmärkte aktiv vorangetrieben, so konnte er in der Weltwirtschaftskrise die ihm angetragenen Regulierungsaufgaben nur noch unzureichend erfüllen. Es wurde deutlich, daß die nationalstaatlichen Strategien einer antizyklischen Wirtschaftspolitik nur eine schwache Grundlage besaßen. In Anbetracht der Eigendynamik der kapitalistischen Ökonomie trat die "systemische Begrenztheit staatlicher Politik" (Hoffmann, J. 1987, S.348f) deutlich ans Tageslicht. Die Folgen waren um so tiefgreifender, als sich im ökonomischen Globalisierungsprozeß auch der internationale politische Rahmen verändert hatte. Gerade in der Strukturkrise bestimmen sich beide Bereiche neu: die Weltordnung und der nationalstaatliche Funktionszuschnitt.

Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods entfiel die zentrale politische Regulierung der internationalen Geld- und Finanzmärkte. Seit 1973 wurden sie liberalisiert und voranschreitend vernetzt; Instabilitäten wurden von den nationalen Zentralbanken eher reaktiv bereinigt. In dem Maße, wie die Geldpolitik auf den internationalisierten Finanzmärkten an Gewicht gewann, wurden der Wirtschaftspolitik zunehmend die Interventions- und Steuerungsmöglichkeiten beschnitten. Die Entgegensetzung von expansiver Haushaltspolitik und stabilitätsorientierter Währungspolitik löste sich zugunsten letztgenannter auf.³³ Aufgrund eines beschleunigten internationalen Kapitaltransfers veränderten sich die wirtschaftspolitischen Handlungsparameter. Während die Verbesserung der nationalen Verwertungsbedingungen durch austeritätspolitische Maßnahmen zum entscheidenden Markstein der neoliberalen und neokonservativen Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde (Bonder u.a. 1992, S.157f), traten die Elemente der vormals dominierenden Vollbeschäftigungs- und Sozialpolitik weiter in den Hintergrund.

Mit der Strukturkrise von 1974/75 vollzog sich also eine Begrenzung der nationalstaatlichen Politik, ein Trend, dem zwei weitere Faktoren noch verstärkten: *Zum einen* synchronisierten sich seit Mitte der siebziger Jahre weltweit die wirtschaftlichen Krisenprozesse. Anschubmöglichkeiten aus anderen, ökonomisch prosperierenden Regionen, blieben somit aus. *Zum zweiten* wurde offensichtlich, daß in Zeiten des ökonomischen Aufschwungs die antizyklischen Maßnahmen politisch nicht durchsetzbar waren (ebd., S.155f). In der Krise fehlten damit die fiskalischen Kompensations- und Antriebspotentiale für eine geglättete konjunkturelle Entwicklung. Aktiven staatlichen Steuerungsstrategien war somit der Boden entzogen. Statt dessen sorgte die gestiegene Staatsverschuldung für eine anhaltend hohe Inflationsrate. Zusammen mit der ökonomischen Stagnation ergab sich daher eine festgefahrene Situation, häufig auch als "Stagflation" bezeichnet (Hoffmann, J. 1987, S.349).

33 Auf Dauer bleibt der Versuch, den instabilen Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten durch nationale Anpassungsstrategien zu entgehen, aber illusionär. Die Folgen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik - Lohnsenkungen und die Verbesserung der nationalen Verwertungsbedingungen - können, da sie über den Nationalstaat hinausreichen und von konkurrierenden Ökonomien ebenfalls praktiziert werden, vom Weltmarkt ausgehende kontraproduktive Rückwirkungen erzeugen (Altwater 1991, S.128ff). Letztlich sind also nicht mehr, sondern weniger Handlungsspielräume gegeben.

Nachdem also bereits in den siebziger Jahren die Einschränkungen im nationalstaatlichen Regulationsmodus begannen, verstärkten sie sich in den achtziger Jahren mit der weiteren Globalisierung der Weltwirtschaft (Esser, J. 1993, S.411ff; Holloway 1993, S.27ff; O'Conner 1992). Die transnationalen Konzerne bauten durch Auslandsinvestitionen, die intensivere internationale Vernetzung ihrer Organisationsstrukturen und "Formen sogenannter Quasi-Internationalisierung" - partielle Zusammenarbeit mit anderen Korporationen und eine intensivere internationale Arbeitsteilung - ihre Weltmarktposition deutlich aus (Esser, J. 1992; Esser, J. 1993). Obendrein hat sich die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten gegenüber den nationalstaatlichen Interventionsmöglichkeiten weiter verselbständigt. "Gründe dafür sind die Deregulierung der nationalen Finanzmärkte sowie eine enorme Expansion auf den Wertpapiermärkten dank zahlreicher neuer Finanzierungsinstrumente" (Esser, J. 1992, S.30). Angesichts dieser Internationalisierungsschübe droht nunmehr die Politik zum bloßen Gehilfen des weltweit operierenden Kapitals zu degenerieren. Oft kann sich der "entmachtete" Nationalstaat "nur noch den Strukturen und Verhaltensweisen anpassen, die vom globalen Finanzmarkt und den transnationalen Konzernen vorgegeben werden" (Bonder u.a. 1992, S.51). Für notwendige soziale und ökologische Zielsetzungen bedeutet dies nicht allein, daß sie im weltweiten Kampf um Produktions- und Investitionsstandorte vernachlässigt werden. Vermutlich spitzen sich die Probleme noch zu, denn die innergesellschaftlichen Spaltungen und Fragmentierungen verstärken sich (Esser 1992, S.32).

Aktuell greifen im Wandel nationalstaatlicher Regulierungsmöglichkeiten zwei Entwicklungsdynamiken ineinander. Die eine geht vom Internationalisierungsprozeß des Kapitals aus; hinter ihm bleibt selbst die *Politikreichweite* der mächtigen Staaten des kapitalistischen Zentrums zurück (Deppe 1991a, S.200). Zugleich eröffnen auch die transnationalen Konzerne, die als Träger der internationalen Vernetzung für sich in Anspruch nehmen, die nationalstaatliche Politik zu ergänzen und das politische Projekt des Friedens voran zu treiben (Reuter 1990), keine Möglichkeiten zur demokratischen Erneuerung der weltpolitischen Rahmenbedingungen (Esser, J. 1992, S.31). Mehr und mehr scheinen die internationalen Dynamiken dem nationalstaatlichen Zugriff in Form von demokratisierten Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten zu entgleiten. Statt dessen passen sich die nationalstaatlichen Interventionsformen den Erfordernissen des Weltmarktes an, d.h. die Transnationalisierung vollzieht sich im Zeichen einer entdemokratisierenden Modernisierungspolitik (Dolata 1992, S.303ff). Dies schließt mit ein, daß der Nationalstaat auch die Kontrolle über verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche und "über die politischen Instanzen auf regionaler oder lokaler Ebene" verliert (Esser, J. 1992, S.32). Einiges deutet darauf hin, daß die Reorganisationsprozesse in der Weltwirtschaft zusammen mit den Veränderungen in der Weltordnung und nicht zuletzt auch der Druck der internationalen Migrationsprozesse in wachsendem Maße die nationalstaatliche Steuerungs- und Kontrollkompetenz überfordern. Der strikt nationalstaatliche Regulationsmodus der Nachkriegsära - seine ausgeprägteste Form fand er im keynesianischen Wohlfahrtsstaat - entspricht nicht mehr den Erfordernissen der kapitalistischen Akkumulationsdynamik (Hirsch 1990, S.104f).

Die Dynamisierung der Globalisierungstendenz wird aber noch durch eine zweite Entwicklung ergänzt, die die nationalstaatliche Regulierungsfähigkeit gleichsam von innen her unterminiert. Sie äußert sich in dem gewandelten Charakter der gesellschaftlichen Polarisierungen sowie den *sozialen Spannungen* und *Konfliktformen*. Noch in der fordistischen Gesellschaft waren die politischen Kampffelder relativ klar umrissen. Zumeist gruppierten sich die Diskussionen innenpolitisch um die Gestaltung des wirtschaftlichen Wachstums und der sozialen Sicherheit, außenpolitisch um die Rolle in der Systemkonkurrenz. Die politischen Organisationen (Parteien, Verbände und Gewerkschaften) hatten

bezüglich der Problemfelder ziemlich klare Antworten zu bieten, die in ihren Wirkungen überschaubar waren, sich in der Regel auf den Nationalstaat bezogen und innerhalb seines politischen Systems zu bewältigen waren (Hirsch 1990, S. 61ff). Analog zum staatlichen Steuerungsvermögen verfügten auch die politischen Organisationen über eine relativ hohe regulative Kapazität. Gesellschaftliche Fragestellungen und politisch-ideologische Orientierungen fanden ihre Entsprechung in den Strategien der verschiedenen Parteien. Nunmehr weisen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aber einen zusehends höheren Grad an innerer Differenzierung und Zerrissenheit auf, wodurch sich viele der Konfliktdimensionen dem staatlichen und parteipolitischen Zugriff entzogen haben. Unter dem Druck der ökonomischen Verwertungsimperative werden Entsolidarisierungs- und Individualisierungsprozesse gefördert und die politisch-ideologische Homogenisierung von politischen Formationen erschwert.³⁴

Selbst wenn die antagonistischen Klassenkollektive sowie voneinander isolierte und konkurrierende (Markt-)individuen schon immer ein widersprüchliches Resultat der kapitalistischen Vergesellschaftung bildeten (Hirsch 1990, S.81), so hat sich die konkrete historische Ausprägung der politischen Formationen infolge der Fordismuskrise jedoch gewandelt. Mit der Flexibilisierung der Produktions- und Reproduktionssphäre (neue Technologien und betriebliche Organisationsformen verstärken die Differenzen innerhalb der abhängig Beschäftigten), der Rechtsverlagerung politischer Kräfteverhältnisse (die Dominanz neokonservativer Politikstrategien) sowie der Entwicklung sozialer Kämpfe und veränderten Formen der Staatsintervention (Deregulierungsprogramme) haben die Individualisierungseffekte zugenommen (Müller-Jentsch 1988, S.265ff). Zusätzlich verstärken nunmehr Ethnisierungsprozesse die klassenspaltenden Effekte, so daß sich gegenüber der gruppenübergreifenden Solidarität der abhängig Beschäftigten tendenziell härtere Konkurrenz- und Verteilungskämpfe in den Vordergrund schieben.

Als Resultat zeigt sich eine *wachsende soziale Desintegration*, die durch die sozialregulativen Instrumentarien kaum noch aufgefangen werden kann. Während sich die neueren politischen Bewegungen vermehrt nur noch auf einzelne Problemfelder wie Ökologie, Geschlechterpolitik, Frieden, Migration etc konzentrieren, franst die Basis der "Volksparteien", die mehrere Themenkomplexe zu bündeln versuchen, immer stärker aus. Dieser Prozeß vollzieht sich umso krasser, als ihnen die finanziellen Mittel und Steuerungsressourcen für sozialregulative und auf Partizipation abzielende Politikstrategien fehlen. Aber nicht nur linke politische Alternativen erodieren, auch die Regulierungspotentiale des herrschenden Projektes - der "geistig-moralischen Wende" - haben an Attraktivität eingebüßt. Dem neokonservativen Block ist es nicht gelungen, die kulturellen Legitimationsgrundlagen staatlichen Handelns dauerhaft neu zu definieren. Die politisch-ideologische Delegitimierung von Hedonismus, Konsumsucht, gesellschaftlichem Anspruchsdenken und anderer Elemente (Habermas 1985, S.35ff), z.B. der profanisierten und subversiven Kultur, währte nur kurze Zeit. Wachsende Widersprüche und schwindende politisch integrative Steuerungsressourcen förderten die Aufwertung von repressiven (Polizei, Justiz) und ideologisch gestützten (Massenmedien) staatlichen Interventionsmöglichkeiten. Derartige Tendenzen bilden einen wesentlichen Bestandteil der

34 Es haben sich neue Konfliktlagen ins Rampenlicht geschoben, die in der politischen Verarbeitung häufig quer zum Klassengegensatz von Kapital und Arbeit liegen: Fragen der Ökologie, des Weltfriedens, der Geschlechterbeziehungen, des Rassismus etc. haben die Diskussionen über die Orientierung der Sozial-, Wirtschafts und Außenpolitik teilweise verdrängt oder unter neuen Gesichtspunkten thematisiert. Politische Interessen werden in stärker individualisierter Form artikuliert; die neuen politischen Inhalte weisen über den nationalstaatlichen Politikrahmen hinaus. Zur Diskussion über die individualisierte Politisierung und die Konsequenzen für das politische System vgl. Beck (1986), S.113ff, Dörre (1987), S.43ff, Herkommer (1991), Hirsch/Roth (1986), S.168ff.

rechtsorientierten politisch-ideologischen Kräfteverschiebung (Hirsch 1990, S.108ff). Angesichts fortschreitender Internationalisierungs- und gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse erodiert die nationalstaatliche Souveränität. Für immer mehr Problemfelder sind die Lösungen ober- und unterhalb (Ökologie, Frieden, Geschlechterverhältnisse, Kriminalität, Sekten, soziale Not, Migration, Rassismus etc.) der staatlichen Regulierungsebene angesiedelt.

Deutlich sichtbar werden die Konsequenzen der Transnationalisierung von Politik und Ökonomie auch in der veränderten Gestalt der Großstädte (Häußermann/Siebel 1987, S.44ff). Als die "geographischen Knotenpunkte globaler Restrukturierungsprozesse" (Krätke 1990, S.36) sind sie voll in den globalen Wandel eingebunden. So sorgen die wachsende Bedeutung des High-Tech-Bereichs und der modernen finanzkapitalistischen Dienstleistungsunternehmen - sie spielen in der neuen internationalen Arbeitsteilung eine zentrale Rolle - für einen Umbruch in den Beziehungen zwischen den und auch innerhalb der Metropolen. Es kommt zu sektoralen und räumlichen Heterogenisierungs- sowie Polarisierungsprozessen, die wesentlich durch die Neuordnung des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs geprägt werden. Der Wandel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsstrukturen (die Branchen- und Berufsaufteilung sowie die Flexibilisierungs- und Deregulierungsprozesse) korrespondiert mit der Neugestaltung der Wohnsituation und des gesamten Stadtbildes (ebd., S.18ff). Demnach schreitet die Desintegration des städtischen Organisationsverbundes auf der ökonomischen, politischen und sozialen Ebene weiter voran. Sie wird nicht zuletzt durch die stärkere wirtschaftliche Vermachtung und Entdemokratisierung von formellen und informellen lokalen Institutionen forciert. "Para-staatliche Entwicklungsträger" und gemischtwirtschaftliche Organe ("public/privat partnerships") treten an die Stelle der alten örtlichen Institutionen (Krätke 1991, S.103). Private Wirtschaftsorganisationen fördern auf diese Weise eine "unternehmerische Stadtpolitik" und greifen modernisierend in die Stadtplanung ein. Dadurch werden die bisherigen politisch-institutionellen und öffentlich kontrollierbaren Regulationsformen auch auf der städtischen Ebene beiseite gedrängt (Krätke 1990, S.33).

Beiden Triebkräften der Desintegration, sowohl der Internationalisierung der Finanzmärkte und dem "worldwide sourcing" der transnationalen Konzerne, als auch der innergesellschaftlichen Auflösung festgefügtter Sozialstrukturen, stehen aber ebenfalls Entwicklungen gegenüber, die die *Reorganisation des Nationalstaats* stützen. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich der Nationalstaat als eine entscheidende und unverzichtbare Institution zur Restrukturierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse erwiesen. Auf den Gebieten "der Sicherheits- und Militärpolitik, der Sozialpolitik und der Regelung der Arbeitsbeziehungen, der Infrastruktur (Bildung, Verkehr, Kommunikation usw.)" reproduziert der Staat die "Bedingungen für die internationale Konkurrenzfähigkeit und Machtposition eines Landes, aber auch für die innere soziale und politische Stabilität, damit für die Legitimation von Herrschaft" (Deppe 1991, S.85). Es besteht also keine Substitutionsbeziehung zwischen der nationalstaatlichen und sich internationalisierenden Politik. Auch handelt der Staat nicht nur reaktiv hinsichtlich der "Weltmarktzwänge"; gleichermaßen kommen ihm wegweisende Initiativfunktionen zu. Vor allem für ökonomische Aufgabenfelder hat der Staat innovative institutionelle Leistungen in Form einer Industrie-, Struktur-, Forschungs- und Qualifikationspolitik bereitzustellen (Kremer 1992).³⁵

35 Das japanische MITI (Industrie- und Außenhandelsministerium) könnte für die Kräfte und Bestrebungen, die sich für das "Comeback des Staates" einsetzen, ein Vorbild abgeben. Der Staat "fungiert - idealtypisch definiert - weder als bürokratisch wuchernder Subventions- und Verwaltungsstaat noch als Einrichtung zum Schutz marktradikaler Eigentums- und Ausverkaufspraxen, sondern als gesamtwirtschaftliche

Insgesamt besitzt die Entwicklung der staatlichen Funktions- und Aufgabenbereiche einen ambivalenten Charakter. In fast allen Sektoren läßt sich eine Autonomisierung und Instrumentalisierung sowie eine Stärkung und Schwächung des Staates feststellen. Ob es sich um repressive, ideologische, staatsinterventionistische oder allgemein verwaltungstechnische Anforderungen handelt, die Entwicklungen sind keineswegs eindeutig. Klar ist aber, daß die Umwandlung des gesellschaftlichen Strukturgefüges eher eine Transformation der staatlichen Einflußnahme als ihre bloße Reduktion erwarten läßt. So gehen mit der Enthierarchisierung von Politik und Staatshandeln - dieser These zufolge wird der Selbstkoordination politischer Akteure durch die Stärkung umfassender Beziehungsnetze auf internationaler und nationaler Ebene ein größeres Gewicht verliehen (Scharpf 1991) - auch gegenteilige Effekte und verminderte politische Partizipationsmöglichkeiten einher: "Die Politikverflechtung, der Steuerverbund und die nicht ganz durchsichtige Verteilung von politischer Verantwortung zwischen den verschiedenen Ebenen ist hervorragend geeignet, Konfliktpotential zu diffundieren und politische Proteste verpuffen zu lassen" (Häußermann 1991, S.83).

Wenn der Staat nicht nur auf seine zentralen Institutionen reduziert, sondern als ein umfassendes System gesellschaftlicher Herrschaftsbeziehungen begriffen wird, besteht zwischen der *Festigung* des Staates und den Prozessen seiner *Differenzierung* nicht unbedingt ein Widerspruch. Unter dem Druck der ökonomischen Restrukturierung werden die Kommunen zur vorgegebenen "Selbsthilfe" gezwungen (Rodenstein 1987, S.111). Während "von unten" getragene Institutionen an Bedeutung verlieren - Kommunalpolitik wird durch Kommunalverwaltung ersetzt (Esser/Hirsch 1987, S.52) -, wird das "von oben" dominierte Verwaltungsnetz komplexer und weniger beeinflußbar: die Kommerzialisierung von Kultur und Politik führt zur sozialen und machtstrategischen Schwächung politischer Organisationen (Parteien, diverse Ortsverbände etc.) und demokratischer Institutionen (Stadtparlamente, Jugendhäuser, Diskussionsforen etc.). In dieser Tendenz zur Vermachtung von sozialen Beziehungen verstärken sich die Ausgrenzungsprozesse. So tragen die Individualisierung und Deregulierung wesentlich dazu bei, die politische Sprengkraft zu mildern, die in den Problemen der marginalisierten Gruppen liegt.

Zunehmend treten dezentralisierte Zwangsmechanismen der marktförmigen Konkurrenz an die Stelle der umfassenden korporativen Einbindung durch den Staat. Es formiert sich allenfalls ein "selektiver" (Bonder u.a. 1992, S.162ff) oder "segmentierender" (Hirsch/Roth 1986, S.128ff) Korporatismus, der insbesondere mit Hilfe der staatlichen Deregulierung vorangetrieben wird. Unter diesen Bedingungen wachsen über die Gruppe der marginalisierten Bevölkerung hinaus die sozialen Probleme (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, ansteigende Kriminalität, Rassismus etc.) an. Diese fördern wiederum die repressiven Formen der Durchstaatlichung, d.h. die Formierung weiterer Bausteine eines starken und autoritären Staates. Abweichler und prinzipiell Nicht-Integrierbare sind einer größeren staatlichen Kontrolle und dem Zugriff der Gewaltapparate ausgesetzt (Esser/Hirsch 1987, S.50).

'Entwicklungsagentur', in deren Mittelpunkt eine koordinierte industrielle Innovations- und Strukturpolitik steht" (Kremer 1991, S.1501f). Ähnliche Perspektiven diskutiert auch Murray (1989), S.430f. Obgleich damit richtungsweisende Tendenzen in der wirtschaftspolitischen Diskussion erfaßt werden, unterlaufen dieser Betrachtungsweise zwei grundlegende Fehler: Erstens werden die politischen Gestaltungspotentiale einer rezentralisierten Staatsmacht überschätzt. Zweitens bleibt zunächst in der Analyse, dann auch in den politischen Konsequenzen, der politische Charakter - d.h. der kapitalistische und repressive Gehalt - einer derart gestärkten Staatsmaschinerie im Dunkeln (Meinhardt 1992). Jessop charakterisiert die sich herausbildenden Staatsformen dementsprechend wenig positiv mit dem Begriff "schumpeterianischer Leistungs-Staat" (Jessop 1992, S.249ff).

Der bundesdeutsche innere Sicherheitsstaat könnte dabei seine äußere Ergänzung nicht nur in den Aufgabenfeldern einer aktiven Wirtschafts- und Technologiepolitik finden. Auch in der Militär- und Sicherheitspolitik werden angesichts der deutschen Vereinigung und der instabileren weltpolitischen Situation machtpolitische Ambitionen enttabuisiert (Statz 1992). Der Ausgang dieser Debatte ist zwar ebenso offen, wie der Verlauf der innergesellschaftlichen Restrukturierung, beide drängen die Reorganisation des Nationalstaats jedoch in die Richtung autoritärer und stärker reglementierender Institutionen (Hoffmann, J. 1987, S.356). Da die traditionelle Sozialpolitik an ihre Grenzen stieß, und sozialregulative Alternativen nur eine schwache gesellschaftliche Unterstützung besitzen, wird auf den Ausfluß der bestehenden gesellschaftlichen Probleme (Kriminalität, Sucht, etc.) immer öfter mit der Stärkung der staatlichen Gewalt (Polizei, Justiz) reagiert (Deppe 1992, S.219). Letztlich steigert sich dadurch aber keinesfalls die sozialregulative Einbindungsfähigkeit des hegemonialen Blocks. Aufgrund anhaltender gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse dürfte die wirkliche Stärke des Staates eher auf tönernen Füßen stehen (Bonder u.a. 1993, S.339, Hirsch 1990, S.109f). So ist in Anbetracht der instabilen gesellschaftlichen Situation die Gefahr des radikalisierten autoritären Schwenks ebensowenig von der Hand zu weisen, wie die Einschränkung, daß der Entwicklung zum autoritären Staat verschiedene Faktoren entgegenstehen. Sowohl internationale ökonomische und politische Verflechtungsstrukturen als auch innergesellschaftliche Verkehrsformen und soziale Interessen - z.B. in Form von demokratischen politischen Kräften: Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften -, lassen sich nicht mit den autoritären Tendenzen vereinbaren. Ob sich also restriktive Formen der sozialen Kontrolle oder neue politische Freiräume etablieren ist letztlich eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der politischen Auseinandersetzungen.

3.4. Nationalstaatliche Regulationsformen im internationalen Migrationssystem

Vom nationalstaatlichen Rollen- und Funktionswandel blieb das internationale Migrationssystem nicht unberührt. Bis zum Umbruch in den siebziger Jahren besaßen die kapitalistischen Zentren, so auch die Bundesrepublik, ein staatliches Regulierungsinstrumentarium, das weitreichende Kontrollmöglichkeiten über den Verlauf der internationalen Migration gewährleistete. Nun aber haben die dargestellten Veränderungen in der Weltökonomie, der Weltordnung und in den unterentwickelten Gesellschaften zu einem Anstieg des Migrationsdrucks geführt. Dieser Druck stellt die staatlichen Regulierungsmöglichkeiten merklich infrage: In den Auseinandersetzungen um die internationale Migration und Einwanderungspolitik "geht es um 'Belastungsanalyse' möglicherweise 'überladener Systeme', um Kontrolle von Geld-, Kapital-, Waren- und Menschenströmen über Grenzen. Unter diesen Bedingungen kann ein 'Zutrittsbereich', wie der moderne Nationalstaat, nicht mehr als ein sich selbst reproduzierendes System begriffen werden, das nach inneren Prinzipien funktioniert" (Räthzel 1992, S.748). Angesichts der gesellschaftlichen und internationalen Umbrüche ist es wenig verwunderlich, daß der alte Regulationsmodus (siehe die Abschnitte 2.1. und 2.2) an seine Grenzen gelangt ist: Da die bisherigen Gesetze und Maßnahmen unzureichend bzw. schwer durchführbar sind und überdies die illegale Migration zunimmt, gerät die Regelung der internationalen Migration in die Krise (Castles 1992). Im Vergleich zur fordistischen Periode drängt eine größere Zahl von Flüchtlingen und Armutsmigranten aus Osteuropa und der "Dritten Welt" in die westeuropäischen Gesellschaften.

Die Migration ist aber beileibe nicht das Grundproblem des kapitalistischen Westens. Hilflöse migrationspolitische Ansätze müssen eher als Ausdruck der allgemeinen politischen Konzeptionslosigkeit betrachtet werden. Innergesellschaftliche Probleme und begrenzte ökonomische Handlungsspielräume hindern den Westen daran, die soziale Desintegration Osteuropas durch wirkungsvolle und gesellschaftsstabilisierende Projekte aufzuhalten (Bonder u.a. 1992, S.128). Da es für Osteuropa aber an tragfähigen Konzeptionen mangelt, liegt eine problemlösende Regulierung der Migrationsprozesse in weiter Ferne. Insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, die den absolut größten Teil der osteuropäischen Migranten anzieht und sich aufgrund der deutschen Vereinigung zudem noch enormen "hausgemachten" Belastungen ausgesetzt sieht, staut sich der politische Handlungsbedarf auf.

Im wesentlichen beruht *der Problemstau* auf der *Überforderung* der staatlichen Regulationsmöglichkeiten. Bezeichnend sind daher nicht nur die schwache soziale Kohäsion und instabile politische Verhältnisse, sondern auch der Kampf um neue gesellschaftliche Orientierungspunkte. Nationale, europäische und internationale Umbrüche bewirken einen Wechsel der Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sowie der politischen Handlungsformen. Unbewältigte globale Risiken, ungewisse Zukunftsperspektiven, soziale Abstiegsängste und unzureichende politische "Lösungsprojekte" rufen bei großen Teilen der Bevölkerung gegenüber weltweiten wirtschaftlichen Hilfeleistungen und der Einwanderung eine Abwehr- und Verweigerungshaltung hervor (Haug 1992, S.41). Ruhe, Sicherheit und Ordnung schwingen sich zu dominanten und allgemein akzeptierten politischen Zielsetzungen auf. Obwohl die bestehenden Verunsicherungen in den weltpolitischen und gesellschaftsstrukturellen Umbrüchen sowie in den veränderten Vergesellschaftungsprozessen begründet liegen, sehen viele Menschen in der internationalen Migration die Ursache wachsender Unsicherheiten.

Weil die Migration zum zentralen Politikfeld stilisiert wird, erscheinen die Migranten als Gefahr (Scherr 1992, S.82ff). Vor allem die Asylsuchenden werden in das Muster der zunehmenden Verunsicherung eingereiht; die öffentlichen Diskussionen stilisieren sie häufig zur "Naturkatastrophe", oder stellen sie als Kostgänger der deutschen Steuerzahler dar. Oft werden sie seitens der deutschen Bevölkerung daher als Bedrohung des eigenen Wohlstands wahrgenommen (Räthzel 1992a, S.85; Münch 1992, S.168ff; Ziebura 1993, S.27). Die Verschärfung des Rassismus ergibt sich auch daraus, daß in kurzfristiger Perspektive keine Maßnahmen - selbst der Versuch einer absoluten Abschottung - dazu ausreichen, die Einwanderungsbewegung wirkungsvoll zu stoppen. Ein derartiger Wohlstandschauvinismus macht sich insbesondere in der Haltung der politischen Organisationen bemerkbar: in ihnen gewinnen stärker nach innen gerichtete, nationalistische, sich international abgrenzende Verhaltensweisen und Politikstrategien deutlich an Einfluß.

Von der Bevölkerung werden häufiger nationalistische und regionalistische Ideologien unterstützt, da in ihren Augen der Nationalstaat aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Funktionen nach wie vor ein, wenn nicht der zentrale Bezugspunkt politischer Entscheidungen und Programme ist (Hobsbawm 1990a, S.62). Demnach ist es wenig verwunderlich, wenn seiner derzeitigen Überforderung und Desorganisation nationalistisch entgegengetreten wird. Gewöhnlich verbirgt sich dahinter der Versuch, die negativen sozialen Konsequenzen und Unsicherheiten, die sich aus dem "Zerfall der Nationalstaaten" (Kurz 1992) ergeben, zu mindern. Für den "Block an der Macht" - die herrschenden politischen Parteien, Organisationen und das weltmarktintegrierte Kapital - stellt sich damit ein schwieriges Problem: er "muß" die Forderungen "von unten" in seine politische Strategie aufzunehmen, kann wegen der vielfältig gebundenen Steuerungs-

ressourcen aber in zunehmendem Maße weniger sozialintegrativ reagieren. Die sozialen Forderungen erhalten daher einen anderen Inhalt, d.h. die Krise des Nationalstaats wird mehr und mehr durch die Ausweitung ethnischer Vorrechte und repressiver Machtstrukturen kompensiert. Denn indem der Machtblock den Aufbau von demokratisch kaum legitimierten politischen Organisationsformen - man könnte sie als Machtapparate mit staatlichem oder staatsähnlichem Charakter bezeichnen, wie z.B. verschiedene EG-Institutionen - fördert, drängt er zivilgesellschaftliche Institutionen zurück (Bereciartu 1991, S.578).

Obwohl die zunehmende Verbreitung rechtspopulistischer Argumentationslinien nicht das Produkt des anwachsenden Migrationsdrucks ist, konzentrieren sie sich vorwiegend auf Fragen und Probleme der Migration. Unter anderem liegt die daran, daß die internationale Migration einen Bereich darstellt, in welchem dem Staat der regulierende Zugriff unübersehbar entglitten ist (Castles 1991, S.139).³⁶ Verringerte gesellschaftliche Aufnahmekapazitäten - d.h. der Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie die soziale Infrastruktur sind tendenziell überlastet -, die Verstärkung des internationalen Migrationsdrucks und eine intensiviertere kommunikative und verkehrstechnologische Vernetzung der Weltgesellschaft haben die Grenzen der staatlichen Regulierung enger gezogen: "Unverkennbar kristallisiert sich die Transformation der Nation-Form - in ihren ökonomischen, politischen und ideologischen Dimensionen - um die Migrationsprozesse und den Aufbau eines europäischen Sicherheitsstaates mit geschlossenen Grenzen" (Müller 1992, S.165). Auf der EG-politischen Ebene dominiert eine Strategie, die die zunehmende Durchlässigkeit der inneren EG-Grenzen durch verschärfte Kontrollen der EG-Außengrenzen kompensieren will. Erodierende staatliche Steuerungs- und Kontrollkompetenzen sollen dadurch wenigstens partiell stabilisiert und zurückgewonnen werden. Allerdings ist das Bestreben, die EG-Außengrenzen gründlicher zu überwachen und das innere polizeiliche Sicherheitssystem auszubauen, keineswegs eine unausweichliche oder logisch zwingende Folge der Europäisierung (Groenendijk 1992, S.519). Die Kausalkette läuft andersherum, d.h. der Prozeß der Europäisierung bildet primär eine Reaktionsform auf die Erosion staatlicher Funktionsbereiche. Den Anzeichen ihres Funktionsverlustes begegnen die Staaten mit der europäisierten Transformation des nationalen Institutionensystems. Auf der ideologischen Ebene wird mit der Imagination der äußeren Bedrohung zugleich eine innere Homogenität konstruiert, die die sozialen und regionalen Fragmentierungen und gegensätzlichen politisch-ideologischen Positionen in der EG abschwächen soll (Müller 1992, S.165f). Allem Anschein nach wird die Destabilisierung des nationalstaatlichen Regulierungsrahmens durch den Weltmarkt, Transnationale Konzerne, Migration, innere Desintegration etc., durch den Ausbau repressiver Institutionen sogar "überkompensiert".

Unabhängig davon, ob sich die *politischen Regulierungsvorschläge* auf die bundesdeutsche oder auf die EG-Ebene beziehen, bleibt ihre Lösungsreichweite begrenzt. Denn weder durch grenzpolitische noch durch verwaltungstechnische Ansätze kann der äußere Migrationsdruck wesentlich gemindert werden (Hoffmann, L. 1991, S.1479). Einwanderungspolitische Instrumentarien können allenfalls dazu beitragen - selbstverständlich wäre das schon ein bedeutsamer Schritt -, das bisher exklusive ethnische Selbstverständnis von Staat und Bevölkerung in eine inklusive republikanische Identität zu transformieren

36 Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch im Bereich der Integrationspolitik ab. Hier wehrt sich der Staat noch - auf absehbare Zeit wahrscheinlich erfolgreich - gegen den drohenden Kontrollverlust über die inneren Grenzziehungen, die auf der ethnischen Exklusivität der staatsbürgerlichen Rechte basieren. Der Status einer "Wohnbürgerschaft", der für die Einwanderer die "Sicherheit des Aufenthalts, Freizügigkeit am Arbeits- und Wohnungsmarkt und gleiche soziale Rechte sowie Angleichung der politischen Partizipationsrechte" beinhaltet, könnte die alten Grenzen aufheben (Bauböck 1991, S.50).

(Hoffmann, L. 1992, S.1098ff; Ziebur 1993, S.28). Wirklich erfolgreich kann eine solche Strategie allerdings nur dann sein, wenn sie mit einer Erweiterung des migrationspolitischen Blickfeldes kombiniert wird, d.h. wenn sie die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge mit einbezieht. Derartige Fragestellungen, die die Ursachen der weltweit zunehmenden Migration nicht nur in ihren vordergründigen Ausdrucksformen erfassen, sind bislang auch bezüglich der EG-Ebene selten (Böhm 1992, S.156; Roth 1992, S.72f). Werden sie jedoch weiter ignoriert, verdrängt und nicht behandelt, wird den rechten Ideologien und populistischen Agitatoren das politische Aktionsfeld bereitet. Denn die Verbindung von "falschen politischen Antworten" und der perspektivischen Verschärfung der Migrationsproblematik verstärkt den rechtspopulistischen bis rechtsextremen Druck auf die Parteien und das politische System. Die Fiktion von der rechtlichen und verwaltungstechnischen Lösbarkeit des internationalen Migrationsdrucks ist in diesem Sinne kontraproduktiv.

Anstatt durchgreifende *gesellschafts- und wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten* zu diskutieren und Konzepte zur Abschwächung und Steuerung der Migration zu entwickeln (Nuscheler 1992, S.82), dominieren in der Politik symbolische Maßnahmen. Im Sog der Effekthascherei reduzieren sich die politischen Auseinandersetzungen auf Fragen der Grenzkontrollen; zudem werden sie überhitzt geführt und je nach Bedarf politisch funktionalisiert. Ignoriert bleiben hingegen die wirklichen Hintergründe der Migration, insbesondere die tieferen Ursachen der gesellschaftlichen Probleme in den Aus- und Einwanderungsländern. So verwundert es nicht, wenn das politische Klima in den westeuropäischen Gesellschaften, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, durch Einwanderungshysterie und Ausländerfeindlichkeit geprägt ist (Statz 1991, S.1075f). Es mehren sich die Stimmen, die in den Migranten nicht nur den Kern der gesellschaftlichen Probleme, sondern sogar die Ursache der Ausländerfeindlichkeit erkannt haben wollen (Gaitanides 1992, S.321).

Immer deutlicher tritt hervor, daß die politischen Instrumentarien, die für die verschiedenen Migrantengruppen zuständig sein sollen, gegenüber der "Vermischung" der Migrationsursachen versagen. Das internationale Flüchtlingsrecht kann mit der Komplexität der internationalen Flucht nicht Schritt halten und erweist sich zunehmend als unpraktikabel (Globale Trends 1991, S.101). Die Trennungsschwierigkeiten spitzen sich noch zu, wenn die Motivation der Individuen zum Ausgangspunkt genommen wird. "For the potential immigrant it is of little importance which government-defined title or status eventually admits them" (Penninx/Muus 1989, S.380).

Die "Effektivierung" des Asylverfahrens orientierte sich noch stark an der Vorstellung von der administrativen Bewältigung der Flucht- und sonstigen Migrationsprozesse. Mit dem wachsenden Migrationsdruck ergriffen die CDU/CSU, SPD und FDP aber immer restriktivere politische Maßnahmen. Unter dem Vorwand, den "Asylmißbrauch" zu bekämpfen, ging es ihnen in letzter Konsequenz darum, den Gebrauch des Asylrechts fast gänzlich abzuschaffen (Bade 1992a, S.416; Pfaff 1992, S.177ff). Es ist also nicht übertrieben festzustellen, daß sich die Bundesrepublik aufgemacht hat, die Identität eines Aufnahmestaates von politisch Verfolgten gegen die eines Abschiebestaates einzutauschen. Mit der neuen Asylregelung und den vorherrschenden migrationspolitischen Konstruktionen, in denen die Kriterien der Abstammung und des ökonomischen Nutzens ausschlaggebend sind, wird dieser Trend bestätigt.

Letztlich können aber auch derartige Maßnahmen den Migrationsdruck nicht entschärfen, denn bei seiner Bekämpfung geht es "im Kern nicht um Migrationspolitik, sondern um Verteilungsprobleme in der Weltgesellschaft" (Bade 1992a, S.422): "Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Bundesrepublik, zwischen West- und Ost-

deutschland, zwischen Deutschland und Osteuropa und den Dritte-Welt-Ländern ist im Kern soziale Ungleichheit, die auf der Ungleichverteilung von Lebenschancen, materiellen und immateriellen Gütern, Bildungschancen und Statuszuweisungen basiert. Ursächlich ist also nicht einfach der Mangel an Ressourcen (Arbeit, Wohnungen, Grundnahrungsmittel etc.) in rein quantitativer Hinsicht, sondern ihre ungleiche und ungerechte Verteilung. Das hat tiefgreifende, nicht zuletzt ökonomische und finanzpolitische Ursachen, deren Aufhebung wenn überhaupt, so ein zählebiges, schwieriges Unterfangen ist, weil es um strukturelle Veränderungen geht" (Jaschke 1992, S.1442).

Eine *wirklich problemlösende Regulierung* der Migration müßte also weniger an den legislativen und exekutiven nationalstaatlichen Handlungsmöglichkeiten ansetzen, als vielmehr auf die Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen abzielen. Dem stehen allerdings zwei gravierende Hindernisse entgegen:

1. die politischen Kräftekonstellationen und Machtverhältnisse, die dafür Gewähr bieten, daß politische Lösungen jenseits der bestehenden Strukturen kategorisch abgelehnt und bekämpft werden;
2. die Schwäche der Politik wird durch die Schwäche politischer Konzeptionen zementiert. Der Mangel an umsetzungsfähigen und mobilisierungswirksamen politischen Zielstellungen ist nur schwierig zu überwinden und kann nicht auf dem Reißbrett entworfen werden.

Zwar wurde im Kontext der UN-Konferenz über "Umwelt und Entwicklung" die Diskussion über eine *neue Weltwirtschaftsordnung* (NWWO) wieder zum Gegenstand der Debatten (Stahl 1992), wirkliche Perspektiven zur Überwindung der gegenwärtigen Situation waren aber nicht greifbar. Nirgendwo wird die Frage nach internationalen Regulierungsformen, die sich an Kriterien einer wirtschaftlich effektiven, sozialverträglichen und ökologisch vertretbaren Entwicklung orientieren sowie auf demokratischen Entscheidungsstrukturen basieren, politisch zwingend thematisiert. Selbst ein "aufgeklärtes Eigeninteresse" (Brock 1992, S.23) hat es immer noch schwer, sich Gehör zu verschaffen: gerade in der Bundesrepublik fehlt es "an einem geistig-politischen Klima, das den Kampf um Wohnungen und Arbeitsplätze als Verteilungskampf mit strukturellen Ursachen anerkennt, in dem die Widersprüchlichkeiten von Wohnungs- und Arbeitsmarkt die entscheidenden Bestimmungsgrößen sind, nicht aber Hautfarbe und Herkunft. Armutswanderungen sind nicht Ursachen der Misere, sondern Folgewirkungen regionaler sozialer Ungleichheit im Weltmaßstab. Es fehlt an einem geistig-politischen Klima, in dem Armutswanderungen als Folgeerscheinungen von weltwirtschaftlich bedingten Ausbeutungsverhältnissen gesehen werden" (Jaschke 1992, S.1446).

Zumeist sind die Reaktionsformen auf die internationale Migration kurzfristig und wenig durchdacht: es werden Ängste geweckt, die Festungsmentalität gefördert und das politische Regulierungssystem ohne Aussicht auf eine Problemlösung geändert (Stölting 1991, S.251). Für den nationalstaatlichen Transformationsprozeß besitzen die Reaktionen einen ambivalenten Charakter. Dieser ergibt sich aus einem Spannungsfeld, das einerseits durch autoritäre und repressive Abschottungsstrategien und andererseits durch den schleichenden staatlichen Rückzug und der Privatisierung verschiedener Politikfelder geprägt wird. Während der erste Bezugspunkt dem Staat bedeutsame Kompetenzerweiterungen wie z.B. eine schärfere polizeiliche Grenzsicherung zuweist, überläßt der zweite Pol dem staatlichen Handeln nur noch wenige greifbare und beständige Funktionen (so Castles 1991, S.154). Trotzdem werden gerade die Aufgaben, die sich mit der gesellschaftlichen Integration von Migranten befassen, immer dringlicher. Denn mit der Herausbildung ethnischer Minderheiten und der neuen Einwanderung stehen die westeuro-

päischen Gesellschaften vor ähnlichen Integrationsproblemen wie die traditionellen Einwanderungsländer USA, Australien und Kanada. Dies gilt insbesondere für die Wohnsituation, die Arbeitsmarktposition sowie die Erziehungs-, Qualifikations- und Sprachprobleme (Ohndorf 1989, S.212).

3.4.1. Offene Grenzen und die "Festung Europa"

In den wirtschaftspolitischen Diskussionen verbirgt sich hinter der Metapher "Festung Europa" die Vorstellung von einem ökonomisch und politisch festen Block, der sich mit protektionistischen Maßnahmen gegenüber der Weltmarktkonkurrenz abschirmt. Darüberhinaus bezieht sich der Begriff aber auch auf Maßnahmen, die sich auf die schärfere *Personenkontrolle* an den EG-Außengrenzen³⁷ und auf die Ausweitung des *inneren Sicherheitssystems* konzentrieren (Imbusch 1991, S.35). In beiden Bereichen fördert eine Vielzahl neuer Institutionen die Intensivierung (grenz-)polizeilicher Aktivitäten. Besonders wichtige Einrichtungen sind dabei die TREVI-Gruppe (Terrorisme, Racisme, Extremisme, Violence, International), die Ad-Hoc-Gruppe "Einwanderung" und die Schengengruppe (Langguth 1989, S.127ff). Obwohl die Legitimationsgrundlage der verschiedenen Gruppen kaum demokratische Elemente enthält, unterbreiten sie wegweisende Vorschläge zur "Harmonisierung" der asyl- und einwanderungsrechtlichen Bestimmungen in Westeuropa. Dies wird noch dadurch unterstrichen, daß eher progressive Forderungen des EG-Parlaments durch die zurückhaltende Position der EG-Kommission gebremst wurden (ebd., S.124ff). Gleichsam hinter dem Rücken der Öffentlichkeit entwickeln sich die als "Pilotprojekte" konzipierten Regelsysteme - Schengen und TREVI - zur kaum noch abwendbaren Realität.

Den Kern des migrations- und sicherheitspolitischen Instrumentariums bilden die Verträge von Schengen. Das erste Abkommen wurde am 14.6.85 von den Benelux-Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik unterzeichnet. Es hatte zum Ziel, schon vor dem EG-Binnenmarkt den schrittweisen "Abbau der Grenzkontrollen zwischen den Vertragspartnern bis zum 1.1.1990" einzuleiten. "Dazu wurden die Arbeitsgruppen Polizei und Sicherheit, Personenverkehr (u.a.: Asyl), Zoll und Warenverkehr, Transport gebildet, die die 'technischen' Voraussetzungen für den Abbau der Personenkontrollen an den Binnen Grenzen schaffen sollen" (ebd., S.128). Die Resultate wurden in einem zweiten Vertrag (Schengener Zusatzprotokoll) den Mitgliedstaaten von Schengen I unterbreitet und nach kurzer Verzögerung - die Zukunft der DDR war vertraglich noch ungeklärt - im Juni 1990 unterzeichnet (Böhm 1992, S.142f). Von den einzelnen innen- und außenpolitischen Bestimmungen einmal abgesehen, enthalten die Verträge vor allem zwei migrationspolitische Aussagen:

1. befürworten sie eine gemeinsame Visum- und Asylpolitik, nach der die Möglichkeit, in mehreren Ländern Westeuropas Asylanträge zu stellen, eingeschränkt wird;
2. versuchen sie die staatlichen Überwachungsdefizite auszugleichen, die sich durch den Wegfall der EG-internen Grenzkontrollen ergeben.

Hierzu ist sowohl die verbesserte Sicherung der Außengrenzen als auch die intensivere grenzüberschreitende Koordinierung polizeilicher Aktivitäten im Rahmen des "Schengener Informationssystems" vorgesehen (Groenendijk 1992, S.517). Dieses Informationssystem hat den Zweck der intensiveren Kooperation zwischen den Schengen-

37 Die Ausführungen in Abschnitt 3.3.2., insbesondere über das sich neu herausbildende "Gastarbeitersystem", zeigen, daß die europäische "Festung" keinen hermetisch abgeschlossenen Raum bildet. Schlupflöcher und "Ventile" entsprechen durchaus den volkswirtschaftlichen Interessen.

Staaten, und zwar in den Bereichen der Strafverfolgung, des Sichtvermerks, des Ausländerrechts, der Einreiseverweigerung für "Drittausländer" und dem Austausch von Personendaten von Drittausländern. "Daten über Asylanfragen, über Herkunftsländer und Asylgruppen sollen zum Teil monatlich ausgetauscht werden (Art. 37), aber auch persönliche Daten von Flüchtlingen über Einreise, Identität, Ausweispapiere, Aufenthalt und Reiseweg, Behörden und Polizeikontrollen, Asylbegehren, Verfahrensstand, Entscheidungen und vieles andere mehr" (Budzinski/Clemens 1991, S.154)

Nachdem Italien noch 1990, Spanien und Portugal 1991 das Abkommen unterzeichneten, ist die Erweiterung seines Geltungsbereichs auf die restlichen EG-Länder - Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Irland besitzen einen Beobachterstatus - durchaus denkbar und wahrscheinlich (Busch, H. 1991, S.10f). Mit der weiteren Umsetzung von Schengen sind jedoch immer noch zwei Probleme verbunden:

1. obwohl das Ratifizierungsverfahren seitens der beteiligten Länder bis Mitte 1990 abgeschlossen sein sollte (Busch, H. 1990, S.12f), gestaltet es sich nach wie vor recht kompliziert;
2. aufgrund der Insellage von Großbritannien, Irland und besonders Griechenland, dessen Küstengebiete nur schwierig bis gar nicht zu überwachen sind, ergeben sich jeweils spezifische Interessenlagen.

Trotz der Probleme bleiben die Verträge von Schengen für die *Europäisierung der Grenzpolitik* attraktiv. So bekunden über die EG-Staaten hinaus auch Österreich und die Schweiz ihr Interesse, dem Abkommen beizutreten. Insofern hat sich Schengen I, das noch von der Sechser-Gruppe beschlossen wurde, als eine Übereinkunft entpuppt, die für eine einheitliche westeuropäische Grenz-, Asyl- und Polizeipolitik richtungsweisenden Charakter besitzt.

Insbesondere in der Frage einer gemeinsamen westeuropäischen Asyl- und Visapolitik wurde damit ein Weg beschritten, der kontroversen öffentlichen Diskussionen ausgewichen ist. Anstatt das nationale Recht anzugleichen, wurde ein übergeordnetes Rechtssystem geschaffen, das die nationalen Regelungen nicht außer Kraft setzt, sie faktisch aber unterläuft.³⁸ So werden die rechtlichen Möglichkeiten der Asylbewerber auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert (Imbusch 1991, S.37f). Eine restriktivere Visavergabe, die Einmaligkeit der Antragstellung, die Beschleunigung der Rechtshilfe und des Auslieferungsverfahrens widersprechen eindeutig dem Grundrecht auf Asyl. Denn "da die Asylgewährung vom Territorium der Bundesrepublik abhängig ist, muß aus dem subjektiv-öffentlichen Recht auf Asyl auch ein subjektives Recht auf Einreise folgen, da das eine ohne das andere wertlos wäre" (Münch 1992, S.24). Dies ist durch das Schengener Abkommen und die nachfolgende Anpassung des Grundgesetzes ebenso abgeschlossen wie die freie Wahl der Antragstellung, für die zukünftig allein das Erstaufnahmeland zuständig sein soll (Hailbronner 1992, S. 13).

Der eigentliche Streitpunkt in der Diskussion über die Änderung des Art.16 Abs.2 Satz 2 des Grundgesetzes, lag also darin begründet, daß sich beide Regelsysteme grundlegend

38 Diese Politikbereiche sind, nachdem sie im kleinen Kreis abgesteckt wurden, nun auch in den Vertrag von Maastricht über die "Europäische Union" aufgenommen worden (Platzer 1992, S.66f). Auch wenn sie damit aus "einer wenig transparenten Grauzone der Zusammenarbeit an die Gemeinschaftsorgane und -regeln herangeführt" (Wessels 1992, S.14) werden, sind nur in Teilbereichen der Visapolitik wirkliche EG-Kompetenzen geschaffen worden (Nanz 1992, S.130ff). Die sonstigen Vereinbarungen hinsichtlich der Asylpolitik, der Außengrenzkontrollen, der Einwanderungspolitik und der polizeilichen sowie justiziellen Zusammenarbeit verbleiben im intergouvernementalen Regelungsbereich. Gleichwohl bedeutet ihre Aufnahme in die Verträge über die "Europäische Union" einen "institutionellen Sprung" (ebd., S.133).

widersprechen: Entweder gelten die restriktiven Bestimmungen von Schengen oder die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes. Da es sich bei dem Schengener Abkommen bislang aber nicht um Gemeinschaftsrecht, sondern um eine völkerrechtliche Konvention handelt (Samland 1992, S.29), besitzt das Grundgesetz eindeutig Vorrang. Die Umsetzung des Schengener Abkommens würde deswegen stark eingeschränkt. Damit die Bundesrepublik aber auch zukünftig im "Wettbewerb um die höchsten Einreisehürden, das schnellste Anhörungsverfahren und die effektivste Abschiebepolitik" (Böhm 1992, S.156) nicht zurück steht, änderte sie das Grundgesetz. Ist die Skrupellosigkeit, mit der diese Politik gesellschaftlich legitimiert wurde, zunächst noch erstaunlich, besitzt bei näherem Hinsehen doch "System": Unter dem Vorwand eines vermeintlichen Sachzwangs - die Bundesregierung war als eine aktive Kraft an der Aushandlung des Schengener Abkommens beteiligt (Roth 1992, S.67) - entfaltete sich ein politisch gewollter Druck auf die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes. Im Anschluß daran wird unter dem Primat der nationalen Interessen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften diese Debatte bereitwillig aufgenommen und verschärft.

Die TREVI-Gruppe wurde bereits 1975 vom Europäischen Rat ins Leben gerufen. Er beauftragte die Innen- und Justizminister, sich mit Fragen der "öffentlichen Ordnung", vor allem der Terror- und Drogenbekämpfung auseinanderzusetzen (Langguth 1989, S.127f). Fast identisch mit dem Ministerrat, ist die TREVI-Gruppe jedoch nicht als EG-, sondern als ein multilaterales Organ konzipiert, das unabhängig vom EG-Parlament und der Kommission "EG-Innenpolitik" betreibt. Die TREVI-Gruppe bildet "eine Art Koordinierungs- und Planungsinstanz für polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation" (Diederichs 1991, S.36). Konkrete Arbeits- und Diskussionsinhalte sind der Öffentlichkeit nur selten und allenfalls im Nachhinein zugänglich. Obwohl also TREVI "auf EG-Ebene zu einer polizeipolitischen Planungsinstanz ersten Ranges geworden" ist, unterliegt sie "keiner juristischen oder parlamentarischen Kontrolle, Tagesordnungen und Entscheidungsstrukturen sind ebensowenig bekannt wie die Funktionen und Namen der nicht-ministeriellen Mitglieder, die Sitzungsthemen und -protokolle" (Imbusch 1991, S.37).

Der formale Aufbau der TREVI-Gruppe umfaßt drei Ebenen: die oberste der jeweils zuständigen Minister, die mittlere, die durch den "Ausschuß der hohen Beamten" (hohe Ministerialbeamte aus den nationalen Ministerien) gebildet wird, und die untere Ebene der verschiedenen Arbeitsgruppen (Diederichs 1991, S.35ff). Während auf der obersten Ebene die wichtigen Entscheidungen gefällt werden, stellt die mittlere Ebene den Arbeitsgruppen die Themen und bereitet die Arbeitsgruppenergebnisse für die Ministertreffen vor. Die untere Ebene arbeitet für die einzelnen Aufgabenbereiche Umsetzungsmöglichkeiten aus: Offiziell sind dies die Bekämpfung des Terrorismus und politischer Straftaten, die Polizeitechnik und -ausbildung sowie die Rauschgiftkriminalität und das organisierte Schwerverbrechen (Diederichs 1991, S.37ff; Imbusch 1991, S.36). Außerdem dürften im Rahmen der aufgeführten Themenfelder auch Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik behandelt werden (Münch 1992, S.210). Diese Vermutung wird unter anderem durch einige Termin- und Ortsüberschneidungen gestützt, die sich zwischen TREVI und der Ad-Hoc-Gruppe "Einwanderung" ergaben (Langguth 1989, S.127f). Überdies sind für beide Gruppen die gleichen Ministerien zuständig: die des Inneren und/oder die der Justiz.

Insgesamt werden die Institutionen und Maßnahmen, die Bestandteil einer westeuropäischen Festungspolitik sind, ausgebaut; oft finden sie in der Bevölkerung eine breite Unterstützung. Deren Zustimmung beruht wesentlich auf einer *wohlstandschauvinistischen Abwehrhaltung*, die in den Flüchtlingen und Einwanderern die personifizierte

Bedrohung der tradierten Lebensweisen sieht (Jaschke 1992, S.1441). In der Veränderung des Alltagsbewußtseins zeigt sich, daß mit den restriktiv-militärischen Abschottungsstrategien liberale Elemente des bundesdeutschen oder europäischen Wertekanons preisgegeben werden. Ebenso wie die staatlichen und wirtschaftlichen Außenbeziehungen unterliegen die gesellschaftlichen Identitäten einer grundlegenden Transformation (Hoffmann, L. 1991, S.1470). Mit anderen Worten: "Autoritäre Lösungen nach außen bleiben nicht ohne ähnliche Konsequenzen nach innen" (Bonder u.a. 1992, S.130).

Der Abschottungshaltung steht eine Minderheitenposition gegenüber, die in einer Politik der offenen Grenzen die migrationspolitische Alternative erblickt (Die Grünen 1989, S.174ff; Ströbele 1990). In ihr kommen zwei Elemente einer universalistischen Grundhaltung zum Ausdruck: *Einerseits* die aktuelle und historische Verantwortung, die die Bundesrepublik und Europa für die Entstehung des internationalen Migrationsdrucks besitzen; hieraus wird dann auch die Erleichterung der Einreisemöglichkeiten sowie die Erweiterung der asylrechtlichen Anerkennungskriterien abgeleitet (Die Grünen, S.178ff; Hentges 1991a, S.53f; Jünemann 1991, S.108ff).

Andererseits bezieht sich die Argumentation darauf, daß das Asylrecht ein allgemeines Menschenrecht mit überstaatlichem Charakter ist (Die Grünen 1989, S.179). In der Entgegensetzung von nationalen Staatsinteressen und den Interessen der Migranten schlagen sich die Vertreter einer offenen Grenzpolitik in moralisch integerer Form auf die Seite der Notleidenden und Verfolgten. Im Kampf gegen die kurzfristig orientierten materiellen Interessen vieler Gesellschaftsmitglieder unterstützt sie kompromißlos die allgemeinen Menschenrechte und die normative Kraft universalistischer Ideen. Diese können in der derzeitigen Umbruchsituation zwar durchaus eine historische Chance erhalten (Melber 1992, S.114, Rätzzel 1992, S.751), allerdings nur, wenn sie sich nicht aufgrund einer höheren Moral gegen die gesellschaftlichen Interessen stellen, sondern vermittels der Moral die Interessen inhaltlich neu bestimmen (Jünemann 1991, S.127). Denn ohne politisch-institutionelle Absicherung, d.h. einer staatlich gewährten Einwanderungsgarantie, bleiben die menschenrechtlichen Proklamationen einflußlos. Trotz allen Engagements weist die Konzeption der offenen Grenzen drei *Schwachpunkte* auf:

Der erste liegt in den Konsequenzen für die ökonomische und soziale Entwicklung der Herkunftsregionen begründet. Unter *entwicklungspolitischen Aspekten* erweist sich die Abwanderung als kontraproduktiv, da der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten blockiert und sich die Auswanderungsgesellschaften somit weiter destabilisieren (Schulte 1992, S.33). Im Kontext eines "Traums von einer Welt von Weltbürgern" wird eine falsche Fragestellung gefördert: An die Stelle von Fragen, die das "wie" des Lebens in den Vordergrund stellen, tritt die Frage nach dem "wo" (so z.B. Ströbele 1990, S.113).

Mit der entwicklungspolitischen "Leerstelle" hängt auch der zweite Schwachpunkt zusammen. Er berührt den Sachverhalt, daß eine internationale personelle Mobilität, die durch keine oder nur geringfügige nationalstaatliche Restriktionen gehemmt ist, die *Ursachen des Migrationsdrucks* nicht nennenswert vermindern kann. Solange eine Politik der offenen Grenzen derartigen Illusionen nicht entgegentritt und ausräumt, produziert sie das Gegenteil: sie kann die Migrationsursachen nicht beseitigen und schürt zudem soziale Ängste.

Das dritte Manko besteht darin, daß die Konzeption der offenen Grenzen die Bedeutung der *Integrationsbedingungen* unterschätzt oder ignoriert (Scherr 1992, S.85). Sie beachtet nicht, daß durch die unregulierte Migration - und hier besitzt die Festungsideologie

ihren realen Kern³⁹ - die sozialen Rechte in den Aufnahmeländern tendenziell untergraben würden (Jünemann 1991, S.123): "Die gegenwärtigen Elemente sozialstaatlichen Schutzes haben sich auf der Grundlage einer Kontrolle nationaler Arbeitsmärkte entwickelt und wären mit einer unbeschränkten Mobilisierbarkeit von Arbeitskräften aus dem Ausland bedroht" (Bauböck 1991, S.51). Die Situation auf den Arbeitsmärkten, der Zustand gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen - insbesondere der des Sozialstaats -, die sozialen Kräfteverhältnisse und Interessen, sowie die politisch dominanten Ideologien erweisen sich gerade in bezug auf die nach außen gerichtete Migrationspolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Kapazitätsfragen können also nicht einfach beiseite geschoben werden, denn wenn sie unberücksichtigt bleiben, ist letztlich mit einer Reduktion des Aufnahmevermögens und der Integrationsbereitschaft zu rechnen. Dem kann nur mit überzeugenden Argumenten, die sich ihrerseits auf tragfähige integrationspolitische Umsetzungsstrategien stützen müssen, entgegengewirkt werden.

Da den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politisch-ideologischen Veränderungen in der Konzeption der offenen Grenzen nur eine sekundäre Bedeutung zukommt, läuft sie Gefahr, von den Abschottungsstrategien funktionalisiert zu werden. Dies gilt umso mehr, als sich bezüglich der Migration vor allem ab Ende der achtziger Jahre das Alltagsbewußtsein gewandelt hat. Fragen sozialer Ungleichheit artikulieren sich zunehmend quer zu den Klassengrenzen; oft verknüpfen sie sich mit ideologischen Versatzstücken, die sich für eine grenzpolitische Abschirmung verwerten lassen: z.B. mit der Festigung der inneren Sicherheit, mit Vorstellungen der politischen Selbstbestimmung und kulturellen Homogenität oder mit ökologischen Gefährdungen (Bauböck 1991, S.51). Aber nicht nur die Festungspolitik sieht sich gegenüber den weltpolitischen Fragestellungen hilflos. Desgleichen steht auch der Ansatz der offenen Grenzen, sofern er nicht Bestandteil umfassender gesellschaftspolitischer Projekte ist, auf einem unsicheren und wenig Vertrauen erweckenden Fundament. Bislang ist die Utopie der offenen Grenzen über den Charakter einer abstrakten Forderung noch nicht hinausgekommen (Feldhoff 1990, S.105).

3.4.2. Einwanderungskonzepte - erweiterte Hilfeleistung für die Notleidenden oder Steuerungspotential für Arbeitskraftreserven?

Faktisch haben sich die Gesellschaften Westeuropas, so auch die Bundesrepublik, zu Einwanderungsländern entwickelt. Anhand von fünf *Merkmalen* läßt sich dieser Wandlungsprozeß zusammenfassen (Heisbourg 1991, S.32ff):

1. 1973 wurde die Arbeitsmigration gestoppt; schärfere Gesetze erschwerten die Einreise. Ferner setzten vermehrt Migrationsformen ein - Familienzusammenführung, politische Verfolgung etc. -, die nicht durch den Arbeitsmarkt induziert waren.
2. Die illegale Migration nahm zu. Speziell die südeuropäischen Länder wurden zum bevorzugten Ziel einer wachsenden und unkontrollierten Einwanderung aus den Maghreb-Staaten. Ähnlichen Prozessen aus den osteuropäischen Gesellschaften versucht die Bundesrepublik präventiv zu begegnen.
3. Einige der ehemaligen südeuropäischen Emigrationsländer - hauptsächlich Italien, Spanien, Portugal - sind zu Einwanderungsländern geworden.

39 So macht z.B. Josef Schmid die steigende Zahl an Asylsuchenden für die verschärften Verteilungskonflikte verantwortlich und leitet dann daraus eine veränderte Asylrechtspraxis sowie eine Stärkung der staatlichen und grenzpolitischen Kontrollbefugnisse ab (Schmid 1992).

4. Vor allem in den letzten Jahren stieg die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Zwar lag sie in den achtziger Jahren in fast allen europäischen OECD-Staaten noch hinter der sonstigen Migration deutlich zurück (Garson 1992, S.19); in den neunziger Jahren könnten die Fluchtbewegungen aber auch für Westeuropa zur quantitativ bedeutendsten Migrationsform werden.
5. Die Herausbildung ethnischer Minderheiten. d.h. die Niederlassung von Arbeitsmigranten inklusive deren zweiter und dritter Generation (Heisbourg 1991, S.32ff).

Die Überlagerung von vergangenen (Arbeitsmigration) sowie gegenwärtigen und zukünftigen Migrationsprozessen (Flucht und Vertreibung, für die Bundesrepublik kommt die Einwanderung von Aus- und Übersiedlern hinzu) tragen dazu bei, daß die westeuropäischen Gesellschaften mit ähnlichen *Problem- und Fragestellungen* wie die USA, Kanada und Australien konfrontiert sind.⁴⁰ Integrationspolitisch sind für die Bundesrepublik fünf Bereiche von besonderer Bedeutung (Bade 1992b, S.29ff):

1. die gesellschaftliche Eingliederung der ehemaligen "Gastarbeiterbevölkerung";
2. die zunehmende Zahl von Flüchtlingen aus Osteuropa und der "Dritten Welt";
3. die Einwanderung der großen Gruppe von Aussiedlern;
4. die Übersiedler aus der ehemaligen DDR einschließlich der innerdeutschen Ost-West-Migration, die auch nach der Vereinigung weiter fortbesteht;
5. das ausländerfeindliche Klima im Zuge der Vereinigung.

Diese Faktoren signalisieren, daß sich unter besonderen Bedingungen die Bundesrepublik ebenso wie die anderen westeuropäischen Gesellschaften faktisch zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Dennoch präsentieren sich die rechtspopulistischen "Festungsdiskurse" und die EG-Politik der inneren Sicherheit derzeit als geschichtsmächtige Kräfte. Mehrere Faktoren schließen längerfristig die Perspektive einer Einwanderungspolitik aber grundsätzlich nicht aus: die demographische Entwicklung, das begrenzte Lösungspotential der Abschirmungspolitik, die Entwicklung des Arbeitsmarktes und des Sozialstaats können dazu beitragen, den Einwanderungsdiskurs stärker ins Zentrum der Debatten zu rücken (Oberndörfer 1991; Tichy 1990). Entsprechend führen die Befürworter einer Einwanderungspolitik zumeist vier Gründe auf:

1. die niedrige Geburtenrate und das Absinken des Bevölkerungsstandes;
2. die Feststellung, daß die Bundesrepublik bereits seit Jahren faktisch ein Einwanderungsland ist;
3. die Entlastung des Asylrechts;
4. eine positivere Grundhaltung seitens der deutschen Bevölkerung gegenüber der Einwanderungsrealität (Hoffmann, L. 1992, S.1090).

40 Ähnlichkeiten ergeben sich nicht nur im Vergleich zu den großen Einwanderungsländern. Einige Probleme internationaler Flucht und Vertreibung erinnern auch an die Situation unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg: "Politische Intervention bei systematischer Vertreibung, 'ethnische Säuberungen', Abrüstung und Re-Integration von Armeeinghörigen, Resettlement-Programme, Betreuung von sozial "entwurzelten" und umherstreifenden, eben 'deplazierten' Bevölkerungsgruppen und entwicklungspolitische Maßnahmen für Migranten gehörten zu den damaligen Problembereichen, die auch heute in den Bürgerkriegs- und Fluchtregionen zu lösen sind" (Schwarz 1992, S.20). Angesichts der bald einsetzenden ökonomischen Prosperität und der stabilen internationalen Ordnung konnte damals die Situation entspannt werden; beide Bedingungen sind heute nicht gegeben.

Ein weiterer fünfter Gesichtspunkt knüpft hieran an, wenn er mit den Bedingungen der Einwanderung eine Diskussion über das Selbstverständnis der Bundesrepublik - ihrer Vorstellungen, Ideen sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Legitimationsgrundlage - entfacht (ebd., S.1091). Es ist vor allem der zuletzt aufgeführte Aspekt, der die Verfechter einer Einwanderungspolitik in verschiedene Gruppen trennt. Idealtypisch werden im folgenden zwei Gruppen mit unterschiedliche argumentativen Schwerpunktssetzungen gegeneinander abgegrenzt.

Die eine Gruppe sieht die Einwanderung primär unter den *wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen*, die der Bundesrepublik zukommen. Mittels eines Konzepts, das sich gleichsam die "Kosten über die Nichtverwirklichung einer arbeitsmarkt- und sozialstaatsadäquaten Einwanderung" auf die Fahnen geschrieben hat, versucht sie die Immigration zum Programm der deutschen Interessen zu erheben: "Die begrenzte oder kontrollierte Zuwanderung liegt in unserem Interesse. Natürlich muß sie sich an der jeweiligen demographischen Entwicklung und der Arbeitskräftenachfrage ausrichten" (Geißler 1992, S.206). Grundlegend ist dabei die Annahme, daß die sozialen Probleme wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit nur einen vorübergehenden Charakter besitzen (Geißler 1991).

Bereits jetzt - zukünftig in erhöhtem Umfang - zeichneten sich Entwicklungen ab, die einen wachsenden Arbeitskräftebedarf signalisierten. Vermehrt würden Arbeitskräfte in Sozial- Pflege- und Kulturbereichen benötigt, da diese durch technologische Produktivitätssteigerungen kaum rationalisierbar seien. Für das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Metallbe- und -verarbeitung, das Bau- und Schaustellergewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft bildeten die seit Anfang 1991 befristet beschäftigten Arbeitskräfte aus Polen, Ungarn und Jugoslawien eine willkommene Beschäftigungsreserve (Neubauer 1992, S.198). Um die demographische Entwicklung, die Vergreisung, das Rentenproblem, den Kollaps des sozialen Systems abzuwehren und die internationale ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik aufrecht zu erhalten, sei dabei außerdem eine dauerhafte Einwanderung von jüngeren Arbeitskräften nötig (Tichy 1990, S.121ff; Knight/Kowalsky 1991, S.162; Miegel 1991, S.116ff). Diese könne, sofern innovativen Ideen und der Kreativität der Migranten ein größerer Freiraum gewährt werde, zum intellektuellen Push oder Jungbrunnen für die gesamte Gesellschaft werden (Geißler 1991).

Dieser Strang des Einwanderungsdiskurses betont die zweifelsohne wichtige Funktion, die die Immigration für die deutsche Volkswirtschaft und den Sozialstaat in der Vergangenheit besaß und in Zukunft wieder übernehmen könnte. Er kann zudem für die moralische Argumentation, die sich für die Aufnahme von Notleidenden und Verfolgten einsetzt, eine Hilfsbegründung bieten (Geißler 1992, S.206). Darüber hinaus ist der Einwanderungsdiskurs auch in der Lage, mit einigen Vorurteilen aufzuräumen: wie z.B. die "Ausländer" würden "uns" die Arbeitsplätze wegnehmen; oder "Ausländer" wären in höherem Maße kriminell (Geißler 1991; Knight/Kowalsky 1991, S.149ff). Mit dem Verweis auf in den polizeilichen Statistiken nicht berücksichtigten Faktoren kann das Vorurteil, das den Ausländern eine höhere Kriminalitätsneigung nachsagt, leicht entkräftet werden. So reduziert sich die Kriminalitätsrate von nichtdeutschen Einwohnern erheblich: wenn erstens die nicht in der Bevölkerungsstatistik aufgeführten Ausländer (Illegale, Stationierungstreitkräfte, Touristen) mit hinzu gerechnet werden; wenn zweitens die ausländerspezifischen Delikte, die von Deutschen nicht begangen werden können, abgezogen werden; wenn drittens die höhere Anzeigebereitschaft gegenüber von "Ausländern" begangenen Delikten mit einbezogen wird; und wenn viertens die abweichende Sozialstruktur und die besonderen sozialen Probleme der "ausländischen" Populationen berücksichtigt wird (Kostede 1992).

Gegenüber dieser Gruppe, die die Einwanderung unter dem Primat der arbeitsmarktpolitischen Funktionalität regulieren will, bringt eine zweite Gruppe mit einer eher linken Einwanderungskonzeption im wesentlichen drei, meines Erachtens berechnete, *Kritikpunkte* vor:

1. Der rechte Einwanderungsdiskurs beabsichtigt keine *Revision der eigenen Identität* und des gesellschaftlichen Selbstverständnisses (so Geißler 1991). Dieses Ziel müßte aber ein Kernbestandteil der Einwanderungspolitik sein. "Statt darüber zu diskutieren, welche Bedingungen die Einwanderer erfüllen müssen, ist zunächst zu klären, wie die BRD die Bedingungen eines Einwanderungslandes erfüllen kann" (Hoffmann, L. 1992, S.1098). Eine multikulturelle Gesellschaft, die die Immigration unter dem Aspekt der kulturellen und ökonomischen Bereicherung funktionalisiert, ändert nichts am Mechanismus der staatlich, ökonomisch und sozial reproduzierten ethnischen Diskriminierung. Dem propagandierten Kulturbegriff wohnt eher ein ethnisiertes Kulturverständnis inne. Der soziale Inhalt von Kultur tritt hinter ihre besonderen nationalen, religiösen oder auch ethnischen Besonderheiten zurück oder wird gänzlich beiseite geschoben. Letztlich werden in diesem Konzept gesellschaftliche Verhältnisse kulturalisiert (Jünemann 1991, S.130). Wenn auch folkloristisch angereichert, bliebe die multikulturelle Gesellschaft demnach doch "eine gespaltene Gesellschaft, mit einer auch ethnisch definierten sozialen Hierarchie und keinesfalls gleichberechtigter politischer Teilhabe" (Schönwälder 1992, S.65).

2. Mit der Reproduktion der ethnischen Diskriminierung hängt auch der zweite Einwand zusammen: die *mangelnde integrationspolitische Ergänzung* der Einwanderungspolitik. Durch diese Schwäche erweist sie sich als wenig krisenresistent. Weil die Immigrationspolitik die Integration den Marktkräften überläßt, verschärft sie in wirtschaftlichen Stagnationsphasen die sozialen Konflikte zwischen der eingewanderten und der einheimischen Bevölkerung. "In einer Situation, die durch eine Verschärfung der gesellschaftlichen Segmentierung bei gleichzeitigem Anwachsen des unteren Drittels der Gesellschaft gekennzeichnet ist, konkurrieren die Ansprüche gerade dieser Ausländergruppen scheinbar oder tatsächlich mit denen deutscher Arbeitnehmer auf unterprivilegierten Arbeitsplätzen" (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.78). Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird die volkswirtschaftlich orientierte Einwanderungspolitik dysfunktional, weil sie die sozialen Probleme der Krise verschärft. Den Fragen sozialer Ungleichheit, die in ethnisch akzentuierter Form in den Vordergrund treten, kann sie kaum etwas entgegensetzen.

3. Die Einwanderungsargumente fördern ein gesellschaftliches Bewußtsein, das die unterschichtende Funktionalität der Migranten zur ausschlaggebenden Legitimationsgrundlage der Immigration macht. Es dominiert ein *instrumentelles Kalkül*, das die Einwanderung letztlich den staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Opportunitätskriterien unterordnet (Scherr 1992, S.81f). Dem entsprechen Formen des Alltagsrassismus, die sich auf die Gewißheit der ethnisch bestimmten Höherwertigkeit stützen; die Dominanzperspektive wird damit bestätigt; und obendrein entwickelt sich ein strukturell gefestigter Rassismus. Zugleich können entstehende Probleme verdrängt und auf gesellschaftlich schwächere Randgruppen projiziert werden (Dörre 1992, S.13). Das Gegengewicht einer gesellschaftlichen Klassensolidarität, die politische Alternativen ermöglicht und die ethnischen Grenzen überwindet, ist in der "rechten" Einwanderungskonzeption jedoch nicht vorgesehen; im Gegenteil, sie wird bekämpft.

Dringend erforderlich ist demnach die Entwicklung eines *weitgefaßten einwanderungspolitischen Gesamtkonzepts*. Dieses hat sowohl der komplexen und dynamischen Integrationssituation als auch dem internationalen Wanderungsgeschehen Rechnung zu tragen (Bade 1992d, S.450f). Internationale und gesellschaftliche Handlungsfelder dürfen

jedoch nicht miteinander vermengt werden. Da sich beide Bereiche an vielen Punkten aber bedingen und wechselseitig beeinflussen, geht es darum, die Verantwortlichkeiten nicht wie bisher zu verlagern und abzuschieben, sondern zu benennen und zu erfüllen. Schnell dürfte sich dabei herausstellen, daß auf beiden Ebenen Strategien gefragt sind, die über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die unmittelbare materielle Besitzstandswahrung hinaus reichen. Einwanderungspolitische Maßnahmen müssen dabei zweierlei bedenken:

Erstens ist die "Lösung" der Probleme der internationalen Migration nicht kurzfristig möglich. Letztlich ist sie nur über die Veränderung der Weltmarkt- und Weltordnungsstrukturen zu erreichen. Die Wirkung von Einwanderungs- und grenzpolitischen Maßnahmen ist daher begrenzt.

Zweitens besteht ihr dringliches Handlungsfeld in der politischen Regulierung des gesellschaftsstrukturellen Umbruchs. Immigrationspolitik ist demnach wesentlich Integrationspolitik.

Nur indem für die Migranten die Integrationsbedingungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in den gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie im Bereich der politischen Partizipation verbessert werden - für die einheimische Bevölkerung sind sie zumindest zu stabilisieren - kann sich die konfliktgeladene Atmosphäre zwischen der eingewanderten und der heimischen Bevölkerung entspannen. Unter dem Primat der nicht bloß formell, sondern auch materiell gleichberechtigten Integration müssen institutionelle Garantien erreicht und gesichert werden; soziale Hilfestellungen sind auszuweiten. Das Engagement relevanter sozialer Akteure und politischer Organisationen ist hierbei unabdinglich.

4. Gesellschaftliche Integrationspotentiale - Arbeitsmarkt, Sozialstaat und der Neokonservatismus

Der vorangegangene Teil untersuchte internationale Migrationsprozesse und gesellschaftliche Neuorientierungen im Kontext internationaler Umbrüche. In den nun folgenden Ausführungen wird auf der Grundlage der bereits erörterten Veränderungen in den ökonomischen Reproduktionsformen der Umbruch des inneren gesellschaftlichen Strukturgefüges in den Mittelpunkt gestellt. Neben den Veränderungen im herrschenden Machtblock und seinem politisch-ideologischen Kräftefeld sowie den sozialen und kulturellen Beziehungen sind insbesondere die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und im sozialstaatlichen System von Interesse. Beide Bereiche sind für die gesellschaftliche Integration von Migranten von ausschlaggebender Bedeutung.

Den ersten Kristallisationspunkt der innergesellschaftlichen Umbrüche bildet die *Weltwirtschaftskrise* von 1974/75. In ihr veränderten sich entscheidende sozioökonomische Indikatoren: Massenarbeitslosigkeit, niedrige wirtschaftliche Wachstumsraten, intensivierte Rationalisierungsprozesse, die Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung, die voranschreitende weltwirtschaftliche Verflechtung, weltweit synchrone Krisenprozesse, die Beschleunigung des sozialökonomischen Strukturwandels und die forcierte weltmarktorientierte Modernisierung wichtiger deutscher Exportbranchen - der Maschinen-, Anlagen-, und Fahrzeugbau, die Chemie-, Mineralöl- und Kunststoffverarbeitung, die Elektrotechnik sowie die Optoelektronik (Esser/Hirsch 1987, S.43) - markieren die grundlegenden ökonomischen Entwicklungstrends der letzten 15 Jahre (Felder 1991, S.44f). Wirtschaftspolitisch wurde dieser Wandel durch eine Verlagerung der ökonomischen Handlungsparameter begleitet. Nicht mehr die nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, sondern die Preisstabilität und Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit wurden fortan zu den bestimmenden Orientierungspunkten (Altvater/Mahnkopf 1993, S.52f).

Bereits in den siebziger Jahren wurde somit das Ende des keynesianisch-korporativen Regelnetzwerks eingeleitet; insbesondere der Sozialstaat und die ihn stützenden Kräfte gerieten unter einen zunehmenden ökonomischen und politischen Druck. Dennoch sollten im Rahmen des sozialliberalen Krisenmanagements seine *Grundstrukturen* zunächst erhalten werden. Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen sicherten wesentliche soziale Bestände, d.h. die Reduktion des sozialstaatlichen Ausgabedefizits vollzog sich recht behutsam. Zuvor unternommene Reformen auf dem Arbeitsmarkt wurden unter den Bedingungen der Austeritätspolitik allerdings wieder zurückgenommen. Erst auf Dauer führten die hohen Ausgaben im personalintensiven öffentlichen Dienst, die wirtschaftliche Stagnation, die geschwächte staatliche Finanzierungsbasis und die sozialen Kosten der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit einen Kurswechsel in der staatlichen Wirtschaftspolitik herbei (Hoffmann, J. 1987, S.352f): verstärkt versuchte diese das soziale System einzugrenzen, den Bundeshaushalt zu konsolidieren und vor allem die frei werdenden Finanzmittel in die Modernisierung des weltmarktorientierten Kapitalbestands umzuleiten (Hoffmann, J. 1987, S.353f).

Darüberhinaus leitete das Zusammenwirken von ökonomischen, politischen und auch kulturellen Prozessen eine tiefgreifende Transformation der gesellschaftlichen Sozialstruktur ein. Bereits in der fordistischen Gesellschaft angelegte Spaltungs-, Fragmentierungs- und Polarisierungstendenzen, die durch die sozialstaatlichen Institutionen immer wieder abgemildert wurden, konnten sich nun in radikalierter Form Ausdruck verschaf-

fen (Hirsch/Roth 1986, S.128ff). Im Begriff von der "Zweidrittel-Gesellschaft" spiegelt sich, wenn auch stark vereinfacht, der Übergang zu einem schmaleren gesellschaftlichen Konsens wider. Ein Großteil der Bevölkerung bleibt von den Chancen, die sich mit den neu herausbildenden Gesellschaftsstrukturen ergeben, "verschont" und wird marginalisiert. Von den negativen Auswirkungen dieser Polarisierung ist die "ausländische" Population überproportional betroffen (Buttler/Dietz 1990, S.118f).

Trotz der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen und der Neuordnung der Sozialbeziehungen mußte bis Ende der achtziger Jahre nicht unbedingt vom Abschied des "*Modells Deutschland*" gesprochen werden. Allerdings "dünnte" sich der fordistische Klassenkompromiß aus. Fortan waren es "nicht mehr 'die' Beschäftigten, die über Umverteilungen in den sozialen Konsens eingebunden wurden, sondern in erster Linie nur noch die Kernbelegschaften des Exportsektors" (Bonder u.a. 1992, S.162). Immer deutlicher etablierte sich ein "selektiver Korporatismus", denn die vom Weltmarkt ausgehenden Anpassungszwänge erzeugten auf das umfassende System der korporatistischen Regulierung einen doppelten Druck:

1. *ökonomisch*, indem sich die Konzessionsspielräume seitens des Kapitals verengten; zudem begrenzte die Finanzkrise des Staates die sozialen Absicherungen und Transferzahlungen;
2. *Technologisch-institutionell*, indem an die Stelle der alten korporativen Beziehungen neue flexibilisierte Arrangements drängten (Müller-Jentsch 1988, S.268f).

Ungeachtet aller Kurskorrekturen blieb bis Ende der 80er Jahre der wirtschaftspolitische Basiskonsens, eine umfassende soziale Abfederung "weltmarktorientierter Modernisierung", weitestgehend bestehen. Trotz dieser Kontinuität konnte aber nicht verdeckt bleiben - die Veränderungen in der Sozialstruktur und den politischen Kräfteverhältnissen sind deutliche Indizien -, daß das "Modell Deutschland" zweifach mutierte. Zunächst erfolgte Mitte der siebziger Jahre der Wandel des Reform-"Modells Deutschland" in das Krisenüberwindungs-"Modell Deutschland" (Bonder u.a. 1992, S.159). Die sozialliberale Politik sah sich genötigt, der Weltmarktkrise durch die Konsolidierung des staatlichen Haushalts zu begegnen und modernisierungspolitische Akzente zu setzen. Im Rahmen der Weltwirtschaftskrise 1980-82 folgte dann eine weitere Wendung: der Wechsel wirtschaftspolitischer Instrumente - die Abwertung der Fiskalpolitik, d.h. von staatlichen Interventionen in die Ökonomie, und die Aufwertung der Zentralbankpolitik, d.h. der Primat der Geldwertstabilität (Altvater/Mahnkopf 1993, S.52f) - radikalisierte den bereits vorher eingeschlagenen Kurs.

Das Neue der neokonservativen Wende lag weniger in der Kürzung der sozialpolitischen Leistungen sowie der industrie- und technologiepolitischen Förderung der bundesdeutschen Exportwirtschaft; hier führte sie die Strategie der sozialliberalen Koalition nur fort bzw. verschärfte sie leicht. Wirklich neue Wege beschritt sie hingegen mit der "Deregulierungspolitik" auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts: Unübersehbar trat hervor, daß "mit den Gesetzen zur Flexibilisierung des Arbeits- und Sozialrechts (Jugendarbeitsschutzgesetz, Beschäftigungsförderungsgesetz, Schwerbehindertengesetz, Arbeitszeitgesetz)...ein neuer ordnungspolitischer Rahmen für die Flexibilisierungsstrategien der Unternehmen geschaffen werden" sollte (Hoffmann, J. 1987, S.359).

Auch gegenwärtig hält diese Strategie noch an. Immer stärker stehen die politischen Maßnahmen im Bann des vom Weltmarkt ausgehenden Modernisierungsdrucks. Der Charakter nationalstaatlicher Politik wird hierdurch zusehends reaktiver, während die innergesellschaftliche Desintegration und Heterogenisierung beschleunigten Schrittes voraneilt. Dies gilt nicht nur für die westeuropäischen Gesellschaften, denn auch im in-

ternationalen Maßstab haben sich spätestens seit den achtziger Jahren - zweifelsohne in unterschiedlicher Form - deregulierungspolitische Strategien durchgesetzt. In den weltmarktbeherrschenden kapitalistischen Zentren - neben den westeuropäischen sind dies vor allem die südostasiatischen und nordamerikanischen Staaten - haben sich hegemoniale Blöcke konstituiert, die wirtschafts- und gesellschaftspolitisch auf die Schwächung der Gewerkschaften, die Flexibilisierung der Arbeit und den Abbau des Sozialstaats setzen (Lecher 1987).

4.1. Zur Lage der "Arbeitsmigranten" seit dem Anwerbestopp - "Ausländerpolitik" und gesellschaftliche Integrationsperspektiven

Bevor auf die innergesellschaftlichen Umbrüche, vor allem auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes und Sozialstaats, die für die weiteren Integrationsperspektiven der Migranten von zentraler Bedeutung sind, genauer eingegangen wird, soll im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik zunächst einmal die sozialstrukturelle Entwicklung der ethnischen Minderheiten grob umrissen werden.

Für die Entwicklung der Arbeitsmigration setzte dabei der Anwerbestopp von 1973 einen wichtigen Markstein. Die erlahmende Konjunktur und wachsende Arbeitslosigkeit veranlaßte die Bundesregierung, die Arbeitsmigration zu stoppen, d.h. die Außengrenzen des Arbeitsmarktes zu schließen. In der Folge erwies sich diese Entscheidung als tiefer Einschnitt in die gesellschaftliche Situation der Arbeitsmigranten; vor allem leitete sie eine neue Phase des Einwanderungsprozesses - d.h. die Familienzusammenführung und Herausbildung ethnischer Minderheiten - ein (Bischoff/Teubner 1991, S.47f). Überdies verschärfte sich im Zuge dieser Maßnahmen das ausländerfeindliche Klima: "Von der Problematik des 'vertretbaren' und prognostizierten Zuwachses der ausländischen Arbeiter ist die Diskussion zu dem Punkt gelangt, an welchem die Notwendigkeit der Gastarbeiterbeschäftigung z.T. überhaupt in Frage gestellt wird" (Heckmann 1981, S.176).

Mit der anhaltenden Beschäftigungskrise traten ab Mitte der siebziger Jahre die inneren Differenzierungen und Spaltungen des Arbeitsmarktes stärker hervor. Zudem förderten politische Entscheidungen die härtere Fassung des Inländerprimats: z.B. die Substitution von bereits beschäftigten "Ausländern", diskriminierende Praktiken beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie die weitere Schwächung der aufenthaltsrechtlichen Situation der Arbeitsmigranten (Dohse 1984, S.661f). Produktionsorganisatorische Notwendigkeiten zeigten den administrativen Lenkungsmaßnahmen aber immer wieder ihre Grenzen auf. Wegen der *verfestigten Arbeitsmarktsegmentierung* und aufgrund der betrieblichen Beschäftigungsinteressen erwies sich die "Ausländerbeschäftigung" trotz aller Schwankungen als relativ stabil; zumeist waren die Migranten unersetzlich und nicht substituierbar. Aber nicht nur ökonomische, sondern ansatzweise auch rechtliche Gründe stabilisierten die faktische Einwanderungssituation: so das "Hereinwachsen vieler ausländischer Arbeiter in arbeitsrechtlich gesicherte Rechtspositionen (Recht auf Arbeitslaubnis)" (ebd., S.662f).

Bereits 1966 hatte es aufgrund der konjunkturellen Krise einen Anwerbestopp gegeben, woraufhin ca. 400.000 Migranten in ihr Herkunftsland zurückkehrten (Tränhardt 1988, S.4). Mit dem zweiten Anwerbestopp von 1973 sollte die Zahl der Arbeitsmigranten in ähnlicher Weise reduziert werden. Die Bundesrepublik versuchte vor allem, die sozialen Folgekosten, d.h. die zunehmende Arbeitslosigkeit und wachsende sozialstaatliche Belastungen, zu exportieren (Castles 1987, S.72). Anders als der erste Anwerbestopp war der zweite von 1973 wegen der anhaltenden Beschäftigungskrise jedoch von Dauer; er förderte damit gravierende Veränderungen in der *demographischen Struktur* der Arbeitsmi-

granten. Zwar kehrte ein Teil in die Herkunftsländer zurück, die meisten blieben aber aus drei Gründen in der Bundesrepublik:

erstens hatten viele ihre Sparziele noch nicht erreicht;

zweitens ließen sie die recht ungewissen Zukunftsperspektiven im Herkunftsland, hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Lebensniveau, zurückschrecken (Frey 1986, S.31);

drittens beschnitt der Anwerbestopp auf Dauer die Rückkehrmöglichkeiten in die Bundesrepublik.

Rückblickend setzte der Anwerbestopp sogar Signale, die den angestrebten Zielen entgegen liefen: so erhielt zunächst die Familienzusammenführung - sie hatte schon vorher begonnen - neue Schubkraft (Mammey 1990, S.67). Außerdem verharrte in der "ausländischen" Population die Geburtenrate auf einem relativ hohen Niveau, bevor sie sich langsam an die der deutschen Bevölkerung annäherte (ebd., S.76ff). Beide Entwicklungen - die Familienzusammenführung und die hohe Geburtenrate - sorgten dafür, daß die regierungspolitischen Maßnahmen ihr Ziel verfehlten: "Der 'Anwerbestopp' wirkte mithin auch als Bumerang in der Arbeitsmarkt- wie in der Ausländerpolitik; denn er verstärkte die Tendenz zu Daueraufenthalt und Familiennachzug und forcierte damit gerade den unerwünschten Wandel vom Arbeitskräfteimport zum Einwanderungsproblem" (Bade 1992, S.396).

Schon während der *sozial-liberalen Koalition* orientierte sich die Ausländerpolitik an drei Zielsetzungen: Zuwanderungsbegrenzung, Stärkung der Rückkehrbereitschaft sowie die wirtschaftliche und soziale Integration der Migranten (Bischoff/Teubner 1991, S.100f; Mehrländer 1986, S.104). Hinter diesen Absichten stand allerdings keine durchdachte und längerfristige Konzeption. Kurzfristige politische Kompromisse und restriktive ad-hoc-Maßnahmen dominierten seit Mitte der siebziger Jahre in den meisten westeuropäischen Einwanderungsländern die Ausländerpolitik (Frey 1986, S.18ff).

Zwar schien sich noch 1979 mit dem Kühn-Memorandum, das sich für eine Abkehr von der Eingliederung auf Zeit aussprach (Bischoff/Teubner 1991, S.50f) eine integrationspolitische Wende abzuzeichnen, d.h. eine Verbesserung der ökonomischen, politischen und sozialen Entfaltungsbedingungen für Migranten. Infolge der Weltwirtschaftskrise von 1980-82 und des Wechsels zum neokonservativen Regierungsbündnis wurden derartige Hoffnungen aber enttäuscht. Hinzu kam die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, die mit zur integrationspolitischen Akzentverschiebung nach rechts beitrug. Es verwundert daher wenig, wenn ethnische und nationale Vorrechte verstärkt die Konkurrenzbeziehungen prägten und die Politik die Rückkehr von faktisch eingewanderten Menschen propagierte (Castles 1987, S.79): In den Jahren 1983/84 erfolgte mittels direkter staatlicher Intervention über die *Rückkehrförderungsprogramme* der Versuch, möglichst viele Arbeitsmigranten aus nicht EG-Staaten zur Auswanderung zu bewegen. Finanzielle Unterstützungen - z.B. die Zahlung einer Rückkehrhilfe, die Erstattung von Beiträgen zu Versicherungen und die vorfristige Rückzahlung von Sparanlagen - sollten die "ausländische" Bevölkerung in der Bundesrepublik reduzieren (Bischoff/Teubner 1991, S.56f).⁴¹

Auch wenn die Bundesregierung die Rückkehrförderung als Erfolg wertete (Frey 1986, S.40f), war die praktische Wirkung dieser Maßnahmen insgesamt jedoch gering. Nur relativ wenige Personen (ca. 300.000) machten von der finanziellen Förderung Gebrauch.

41 Für Erwachsene betrug die Rückkehrhilfe 10.500 DM; für Kinder 1.500 DM (Mehrländer 1986, 105). Hinzu kamen zum Teil Abfindungshilfen seitens der Arbeitgeber mit bis zu 30.000 DM (Körner 1986, S.67).

Dies lag unter anderem daran, daß die materiellen Unterstützungen bereits lange zuvor angekündigt und zudem befristet waren; lediglich diejenigen nutzten sie, die sich bereits vorher zur Ausreise entschieden hatten (Tränhardt 1988, S.7); die Rückkehrförderung beeinflusste somit allenfalls den Zeitpunkt der Ausreise. Zudem setzte der Trendumschwung - d.h. ein für die Bundesrepublik negativer Wanderungssaldo - bereits vor dem Inkrafttreten des Rückkehrhilfegesetzes ein (Mehrländer 1986, S.114). Vermutlich beeinflussten neben den materiellen Leistungen vor allem die ökonomischen Bedingungen und das gesellschaftliche Klima - ausländerfeindliche Tendenzen, die hohe Arbeitslosigkeit und die anhaltende rechtliche Unsicherheit - die Rückkehrentscheidung (Frey 1986, S.56; Mehrländer 1986, S.113). Im Vordergrund stand demnach die symbolische Wirkung der Rückkehrförderung: Die Regierung zeigte sich "aktiv" und zum Handeln fähig und verdeutlichte der Bevölkerung, daß die "Ausländer" nicht zur Gesellschaft gehören sollten.

Nach 1975-1978, die Zeit nach dem Anwerbestopp, bildeten die Jahre 1982-1984 somit die zweite Phase, innerhalb derer sich der Anteil der "Ausländer" an der Gesamtbevölkerung verringerte. Während der Umfang der "ausländischen" Wohnbevölkerung insgesamt relativ konstant geblieben ist - er stieg gegen Ende der achtziger und zu Anfang der neunziger Jahre sogar an -, hat sich die Erwerbstätigenzahl, ausgenommen sind die Jahre 1979/80, bis 1987 kontinuierlich verringert (Erichsen 1988, S.15). Erst danach erhöhte sich wieder die Erwerbstätigkeit der "Ausländer", unter anderem aufgrund der wachsenden Asylbewerberzahlen: "Bei guter Konjunktur und zunehmender Arbeitskräftenachfrage im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe konnten Ausländer überdurchschnittlich absorbiert werden" (Buttler/Dietz 1990, S.102).

Die *sozialstrukturelle Entwicklung* der "ausländischen" Population weist ambivalente Züge auf. Einerseits existieren noch tiefgreifende Unterschiede zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung. "Ausländer" nehmen auf dem Arbeitsmarkt und im Beschäftigungssystem allgemein untere Positionen ein, sind zumeist in einer ungünstigeren Wohnsituation, besitzen kaum Möglichkeiten der politischen Partizipation und sind in rechtlicher Hinsicht vielfach benachteiligt (Boos-Nünning 1990, S.16); außerdem weicht ihr Altersaufbau immer noch von der deutschen Population ab.

Wird von den fortbestehenden Differenzen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Diskriminierungen einmal abgesehen, so hat sich innerhalb der Einwanderer seit den siebziger Jahren jedoch andererseits eine Entwicklung vollzogen, die als "Normalisierung" der demographischen Struktur charakterisiert werden kann. Ihre Sparorientierung ging zurück, das Konsumniveau stieg an, ihr Lebensmittelpunkt verlagerte sich stärker in die Bundesrepublik und gegenüber den Arbeitskräften nahm die Gruppe der nichterwerbstätigen Familienangehörigen zu: "In Erwerbsquote, Geschlechts- und Altersstruktur näherte sich die Ausländerbevölkerung der Aufnahmegesellschaft an" (Bade 1992, S.397). Zusammen mit den sozioökonomischen Entwicklungen trieben die zweite und dritte Phase des Einwanderungsprozesses, d.h. zunächst die Familienzusammenführung und anschließend die Niederlassung und Herausbildung ethnischer Minderheiten, den *demographischen "Normalisierungsprozeß"* voran (Castles 1987, S.94ff).

Die demographische Angleichung an die deutsche Bevölkerung führte jedoch nicht zu einer gleichberechtigten und selbstbestimmten Integration. Trotz des Arbeitsmarktwandels und dem partiellen beruflichen Aufstieg ist die erste Generation der Arbeitsmigranten vorwiegend im *sekundären Arbeitsmarktsegment* beschäftigt, d.h. auf schlecht bezahlten, harten und unsicheren Arbeitsplätzen, oder ist arbeitslos. Obwohl sich für sie die Illusion einer baldigen Rückkehr verflüchtigt hat, sind sie wirtschaftlich, politisch und sozial nur schwach integriert (Boos-Nünning 1990, S.17ff). Freizeitkontakte zur deutschen Bevöl-

kerung existieren kaum und sind meistens nicht besonders intensiv; häufig bildet die Einwanderungskolonie noch den primären lebensweltlichen Bezugspunkt. Bestärkt wird diese Abwehr- und Rückzugshaltung dadurch, daß ungeachtet der Realität des Niederlassungsprozesses die veralteten Gesetze und Regelungen, die das Rotationsystem gebildet haben, noch weitestgehend Bestand haben.

Benachteiligungen bestehen auch für die nachfolgenden Generationen fort. Unbestritten besitzen sie gegenüber ihren Eltern aber einige Vorteile, denn neben der bereits vollzogenen sprachlichen Integration und höheren beruflichen Qualifikationen sind sie zumeist mit einem besseren aufenthaltsrechtlichen Status ausgestattet (Gillmeister u.a. 1989, S.13). Einige sind sogar im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Dennoch ist eine optimistische Integrationsperspektive, die für die zweite und dritte Generation erhebliche Aufstiegsmöglichkeiten sieht (so Sen 1991), überzogen. Weiterhin stehen den schwachen Integrationsansätzen politische, sozialstrukturelle und kulturelle Diskriminierungen gegenüber. Auch wenn sich die Schulabschlüsse und zum Teil auch die berufliche Qualifikation verbessert haben, sind sie im Bildungssystem sowie auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gegenüber gleichaltrigen Deutschen nach wie vor benachteiligt (Boos-Nünning 1990, S.22; Seifert 1992, S.686f).

Die Arbeits- und Wohnungsmarktdaten weisen nach, daß die marginalisierte Position der "Ausländer" nur relativ selten durchbrochen wird. Die Zahl der beruflichen Aufsteiger aus der zweiten Generation hält sich in Grenzen (Schultze 1992, S.19f): Immer noch sind die Arbeitsmigranten in überdurchschnittlichem Maße arbeitslos, verfügen gegenüber der deutschen Bevölkerung über ein niedrigeres Qualifikationsniveau, müssen sich zumeist mit schlechten Wohnsituationen abfinden (Keßler/Ross 1991), besitzen geringere politische Rechte und sind vielfachen sozialen sowie kulturellen Ausgrenzungen ausgesetzt. Insgesamt vermittelt sich ein Bild, das auch für die nachfolgenden Generationen der Arbeitsmigranten die Fortdauer der gesellschaftlichen Randlage skizziert (Bischoff/Teubner 1991, S.132ff; Boos-Nünning 1990, S.22ff; Seifert 1992, S.690ff). Betrachtet man den Arbeitsmarkt, so kann für die ethnischen Minderheiten bestenfalls eine *Zwischenlage* festgestellt werden: "Tendenzen einer allmählichen Integration" werden von "Tendenzen einer Verfestigung des Randstatus der Ausländer" begleitet (Gillmeister u.a. 1989, S.315f).

Obwohl sich im Prozeß der Niederlassung und des gesellschaftlichen Strukturwandels die demographischen und sozialen Strukturen der "ausländischen" Bevölkerung denen der deutschen Population partiell angenäherten, entschärfte sich die Integrationsproblematik nicht. Arbeitsmarkt- und ausländerpolitische Entscheidungen trugen hierzu nicht unwesentlich bei:

Zum einen hat die staatliche "Ausländerpolitik" durch die harte Alternative von Rückkehr bzw. Auswanderung (für die nachfolgenden Generationen) einerseits und vollständiger Angleichung an die Aufnahmegesellschaft andererseits die Migranten verunsichert (Körner 1986, S.67). Für die bundesdeutschen *Integrationsbedingungen* waren demnach folgende Merkmale charakteristisch:

1. der gesetzliche Rahmen zielte auf eine zeitlich begrenzte und den Arbeitsmarkt bezogene Integration der Arbeitsmigranten ab;
2. die soziale Betreuung besaß eine eher paternalistische Orientierung;
3. gesellschaftliche und kulturelle Integrationsmöglichkeiten waren für die Migranten häufig eingeschränkt;

4. insbesondere im sozial-, aufenthalts-, und staatsrechtlichen Bereich wurden sie gegängelt, verunsichert und waren vielfältigen Repressionen ausgesetzt;
5. Integration galt stets als individuelle Leistung der Migranten;
6. mißlang die Integration, so stand die Ursache von vornherein fest: mangelnder Integrationswille;
7. die gesellschaftliche Segregation wurde hingegen gefördert (Schulte 1992, S.28ff).

Auch wenn die Grundüberlegungen aus der Vergangenheit stammen, bestehen auch heute noch die meisten der aufgeführten Merkmale als Bestandteil der offiziellen Ausländerpolitik fort. "Man möchte nicht von Einwanderung sprechen, verlangt von den 'Gastarbeitern' jedoch, sich als Einwanderer zu verhalten" (Treibel 1990, S.118). Dies drückt sich auch darin aus, daß trotz langjähriger Anwesenheit in der Bundesrepublik nur wenige den sicheren Status der Aufenthaltsberechtigung besitzen. "Für ausländische Jugendliche ist es im Grunde leichter geworden, sich einbürgern zu lassen als unter Beibehaltung einer anderen Staatsangehörigkeit eine Aufenthaltsberechtigung zu erlangen" (Bade 1992c, S.40). Gerade aber diese Frontstellung von Assimilation oder perspektivischer Rückkehr schließt eine aktive, selbstbestimmte und als Prozeß angelegte Integration von vornherein aus.

Besonders deutlich tritt die repressive Grundhaltung im *Ausländerrecht* hervor (Bischoff/Teubner 1991, S.66ff, Huber 1992). Selbst die lange überfällige Reform des Ausländerrechts hat keinen grundlegenden Wandel herbeigeführt. Vollkommen unzureichend beschränkt es sich darauf, einige rechtliche Lücken auszufüllen, Unklarheiten zu korrigieren und bisherige Verwaltungsvorschriften, Ausländererlasse sowie Gerichts- und Verwaltungspraxen zusammenzufassen (Bischoff/Teubner 1991, S.168; Bade 1992d, S.449). Obwohl sich die Integrationsituation nachhaltig verändert hat, bleibt auch das neue Ausländergesetz bar aller konzeptioneller Integrationsansätze. Stattdessen dominieren alte obrigkeitstaatliche Prinzipien und die Idee der nationale Geschlossenheit (Just 1991, S.73). Neue Barrieren und verdrängte Fragen bildeten für "Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und den Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden Anlaß zu dem kritischen Urteil, daß die Reform des Ausländerrechts weder Situationsgerecht noch langfristig integrationsfördernd sei" (Bade 1992d, S.449). Gegenüber den Perspektiven eines gleichberechtigten Zusammenlebens von einheimischer und eingewanderter Bevölkerung setzte sich demnach das übergeordnete staatliche Interesse an Kontrolle und Aufsicht durch (Bischoff/Teubner 1991, S.168).

Zum zweiten reduzierten sich angesichts der schwachen ökonomischen Akkumulationsdynamik die Integrationspotentiale des Arbeitsmarktes. Arbeitslosigkeit betraf die Migranten überdurchschnittlich und war für viele von ihnen von längerer Dauer; einige von ihnen, vor allem Frauen und ältere Menschen, wurden in die stille Reserve abgedrängt oder kehrten in ihre Herkunftsländer zurück (Buttler/Dietz 1990, S.112). Sowohl die *Ausländerpolitik* als auch die *Arbeitsmarktentwicklung* erwiesen sich folglich als gewichtige Integrationshemmnisse. Beide Blockaden verdichteten sich in dem Sachverhalt, daß Ausländerpolitik immer als Ausländerbeschäftigungspolitik und somit als Teil der Arbeitsmarktpolitik gehandhabt wurde (Auernheimer 1990, S.42; Bischoff/Teubner 1991, S.46f; Schulte 1992, S.26).

Angesichts der demographischen "Normalisierung" offenbarten sich die ausländerpolitischen Zielsetzungen des staatlichen und gesellschaftlichen Regulierungssystems als zunehmend unzureichend. Integrationspolitische Aufgaben verlagerten sich zusehends vom Arbeitsmarkt - die Erwerbsquote der "Ausländer" sank - in andere Gesellschaftsbereiche. Mit dem Zuwachs der Wohnbevölkerung erhöhte sich vor allem "der Bedarf an infra-

strukturellen Einrichtungen, an Schulen, Kindergärten usw." (Auernheimer 1990, S.44). Trotz des offensichtlichen und dringenden Bedarfs an sozialregulativen Maßnahmen, reagierte die Politik auf diese Erfordernisse aber vollkommen unzureichend. Im Konflikt zwischen der deutschen und der eingewanderten Bevölkerung verschwanden daher die ethnischen Grenzlinien nicht, sondern reproduzierten sich. Heute nehmen sie verstärkt heftige, zum Teil brutale Formen an, drängen über den Arbeitsmarkt hinaus und erfassen immer öfter gesellschaftliche Institutionen, das öffentliche Leben und diverse soziale Beziehungsgefüge.

Vermutlich werden die damit verbundenen Auseinandersetzungen in den neunziger Jahren noch zunehmen, denn:

erstens ist die Umstrukturierung von Produktion und Arbeitsmarkt noch nicht abgeschlossen;

zweitens scheinen sich sowohl hierdurch, als auch durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der deutschen Vereinigung die sozialen Probleme in der Bundesrepublik weiter zu verschärfen;

drittens bringen die aktuellen Migrationsbewegungen neue Integrationsschwierigkeiten mit sich und erhöhen den Deregulierungsdruck auf dem Arbeitsmarkt;

viertens finden diese Entwicklungen innerhalb eines verunsicherten gesellschaftlichen Umfeldes statt.

Gerade die letztgenannte Dimension arbeitet dem Rechtspopulismus in die Hände: Dieser "'lebt' zum einen von einer vermeintlichen Existenz- oder Statusbedrohung durch Ausländer und Armutsmigranten. Zum anderen von der populistischen Kritik an der herrschenden Politik einer in den Augen vieler diskreditierten politischen Klasse gemäß Parolen wie: die Politik frißt zuviel Geld, ist verstrickt in Wählerbetrug und Interessenfilz, kümmert sich nicht um die Nöte und Sorgen des 'einfachen Menschen'. Kennzeichen des Rechtspopulismus sind mithin die Fremden und Ausländerfeindlichkeit, Ablehnung einer parasitär gewordenen, öffentliche Moral und Ordnung untergrabenden Politik der sog. Altparteien - allerdings ohne reale Alternativen anzubieten" (Bischoff/Menard 1992, S.129). Hieraus ergeben sich gravierende Einschnitte für die gesellschaftliche Integration von Migranten. Doch bevor diese genauer umrissen werden, sollen in den nächsten beiden Abschnitten die politischen und ökonomischen Triebkräfte sowie die Reorganisationsprozesse erörtert werden, die seit dem Beginn der Fordismuskrisis die derzeitige gesellschaftliche Situation geprägt haben.

4.2. Die neokonservative Modernisierungs- und Deregulierungspolitik

"Ausländerpolitische" Zielsetzungen und Maßnahmen betteten sich seit dem Regierungswechsel von 1982 in die Konzeption der neokonservativen Gesellschaftsmodernisierung ein. Für die Integrationsbedingungen der Migranten zeigten sich somit nicht nur die direkten neokonservativen Eingriffe in das Ausländerrecht, das Asylverfahren etc. verantwortlich. Längerfristig erwiesen sich die indirekten Einflüsse der neokonservativen Deregulierung sogar als noch wichtiger; sie vermittelten sich vornehmlich über die Restrukturierung der Ökonomie, des Arbeitsmarktes und des sozialen Sicherungssystems.

Der Neokonservatismus erwarb seine gesellschaftliche Hegemonie, indem er eine zweidimensionale ideologische Politikkonzeption entwickelte: Die *erste ideologisch Flanke* ergab sich aus den internationalen "Sachzwängen" des Weltmarktes. Der Neokonservatismus deutete hierbei dessen Druck und Belastung zu einem Ideal um; er rief die indivi-

dualisierte Gesellschaft aus, die sich aus den Fesseln des bevormundenden Sozialstaats befreien sollte (Herkommer 1991, S.126ff). Kreativität, Flexibilität, individuelle Leistung, Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwirklichung bildeten demzufolge Schlagworte seines Programms. Lauthals proklamierte er, daß nicht die Funktionsweise von Ökonomie und Staatsapparaten die Krise verursachten, sondern die politische Kultur, d.h. überzogene gesellschaftliche Ansprüche (Habermas 1985, S.33): Folglich stellte der Neokonservatismus einen Autoritätsverlust wichtiger Institutionen fest und redete der gesellschaftlichen Unregierbarkeit, d.h. dem Legitimitätsschwund der Staatsapparate, das Wort. Um diesem Zustand zu entgehen entwickelte er ein Programm zur Entlastung der Bürokratie: die Revitalisierung der Marktkräfte, die Auflösung "parasitärer" Strukturen und die Stärkung der produktiven wirtschaftlichen Basis (Bischoff/Detje 1989, S.51).

Nach und nach schwang sich diese Einschätzung zur vorherrschenden gesellschaftlichen Ideologie auf und demontierte Bestandteile des demokratischen und sozialen Institutionensystems. Mit dem Kampf gegen den Keynesianismus, die Staatsverschuldung, die sozialstaatliche Bürokratie und die Gewerkschaften schüttelte sich der Staat lästige Verantwortlichkeiten ab und überließ sie dem Markt bzw. der zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft. Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Sozialstaatsabbau avancierten zu Eckpfeilern einer auf den Weltmarkt orientierten Politikstrategie (Herkommer 1991, S.126; Schmitthenner 1992, S.19). Als Kehrseite schritt die Revision des ehemals hegemonialen "keynesianischen Projekts" mitsamt seinen Regulationsformen, staatlichen Interventionsmedien und dem ihm zugrunde liegenden Wertesystem voran.

Neben dem "*wirtschaftsliberalen Credo*" besitzt die Redimensionierung des öffentlichen Sektors und Staatsapparates noch eine zweite ideologische Flanke: den Erhalt von *traditionellen Stabilitätsankern* wie Familie, Religion, Recht und Staat (Herkommer 1988, S.28). Ein Bündel von konservativen Zielsetzungen ergänzte demnach den wirtschaftsliberalen Angriff auf den Sozialstaat. "Die Verbindung liberaler Werte (eigene Leistung, individuelle Freiheit und Gleichheitspostulat) mit dem traditionellen Fundus religiösmoralischer und familienzentrierter Werte macht das Spezifische des Neokonservatismus aus" (Herkommer 1988, 29). Insofern stellt er eine Konzeption dar, die die Grundstruktur eines modernisierten und weltmarktorientierten Kapitalismus mit "vormodernen" Orientierungen versöhnt. "Es werden gleichermaßen die vorbürgerlich entstandenen alten Werte wie die bürgerlichen Tugenden aktiviert - also gleichermaßen die auf den Mythos einer gemeinsamen Volkszugehörigkeit und Abstammung gegründeten Werte von Familie, Volk, Gemeinschaft, Heimat, Nation, wie die in der leistungsorientierten Arbeitsethik zusammengefaßten Werte, Fleiß, Disziplin und Sparsamkeit" (ebd., S.33).⁴² Dieser ideologische "Verschmelzungsprozeß" darf jedoch nicht als ein Vorgang der inneren Homogenisierung mißverstanden werden. Sich widersprechende Entwicklungstendenzen sind im Neokonservatismus nicht beseitigt, sondern allenfalls vorübergehend aufgehoben. Immer wieder treten als Resultate des Modernisierungsprozesses nicht-intendierte Nebenfolgen und Instabilitäten auf, die der Neokonservatismus innerhalb des von ihm geschaffenen Kräftefeldes zu bearbeiten und zu reintegrieren versucht. In dem Maße, wie er dieses Kräftefeld kontrolliert, entfaltet er sein herrschaftsstabilisierendes Integrationsvermögen (Demirovic' 1987, S.117).

42 Recht leicht fügen sich in dieses Wertesystem die Repressalien und Diskriminierungen gegenüber der nicht-deutschen Population ein. Mit Bezug auf die nationale Herkunft wehrt die konservative Politik viele Migranten ab; unter dem Vorwand der überschrittenen "Belastungsgrenze" versagt sie zudem der bereits eingewanderten Bevölkerung die ökonomische und soziale Gleichberechtigung sowie die Teilnahme an politischen Entscheidungen. Entsprechende Argumentationen finden sich z.B. bei Schmid (1992) und Schiffer (1992).

Die Durchsetzung der neokonservativen Hegemonie war dabei keinesfalls funktional vorgegeben, sondern auf mehreren Ebenen umkämpft. Sie nutzte den Vorteil aus, daß viele linke Organisationen, so auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, in der Verteidigung des Erreichten verharrten und den gesellschaftlichen Erneuerungsbedarf verkannten. Nicht nur ideologisch offensiv, bot die Rechte ein dringend benötigtes Konzept für die Dynamisierung der Akkumulation an. Entscheidend für den Sieg der neokonservativen Argumentation war demnach die Verknüpfung zentraler Politikbereiche: *ökonomisch* setzte sich mit den mikroelektronischen Innovationen eine neue wirtschaftspolitische Grundorientierung, d.h. eine profitratensorientierte Akkumulationsstrategie durch; *kulturell-ideologisch* stützte sich der Neokonservatismus die Individualisierung; er wertete sie nicht nur positiv, sondern bereitete auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die sie kommerziell "auffingen", vor allem über Medien, Sport, exklusives Wohnen, Mode, etc.; *politisch* und *sozial* profitierte ein Großteil der Bevölkerung von der Deregulierung und Flexibilisierung, empfand sie somit durchaus als zeitgemäß (Herkommer 1991, S.127).

Das entscheidende Bindeglied des neokonservativen Hegemonieprojekts liefert die *marktradikale Deregulierungspolitik*. Sie bildet den zentralen wirtschaftsideologischen Baustein im Programm der "geistig-moralischen Erneuerung" von Rechts und stellt die grundlegenden ordnungspolitischen Weichen für die Initiierung und Umsetzung technologischer Innovationen und den Wandel von Kapital- und Branchenstrukturen. "Neben der Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienste" umfaßt die staatliche Deregulierung insbesondere "die Aufweichung arbeits- und sozialrechtlicher Normen. Ihre gewollte Konsequenz ist die Schwächung der bargaining power der Arbeitnehmerorganisationen" (Müller-Jentsch 1988, S.270ff). Trotz des Angriffs auf das soziale und arbeitsrechtliche Sicherungssystem blieb ein koordinierter gewerkschaftlicher Widerstand aber die Ausnahme. Gewiß machte sich hierbei die hohe Arbeitslosigkeit bemerkbar; durch sie wurde die gewerkschaftliche Kampfkraft deutlich geschwächt. Die politische Passivität resultierte aber ebenso aus der Anbindung an die vielfach zaghafte und hilflose Sozialdemokratie. Über Jahre hinweg gelang es dieser nicht, die neokonservative Hegemonie mit einem alternativen politischen Reformprojekt zu brechen. Die Gewerkschaften setzten wenigstens noch tarifpolitische Gegenakzente, vor allem im Kampf um die 35-Stunden Woche (Bobke-von Camen/Unterhinninghofen 1991, S.454). Selbst im Kampf gegen die Beschränkung des Streikrechts, d.h. gegen die Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG § 116), gelang ihnen eine weitreichende politische Mobilisierung von Mitgliedern und Gesellschaft, auch wenn sie schließlich unterlagen. Alles in allem verliefen aus gewerkschaftlicher Sicht die 80er Jahre daher ungünstig:

Erstens ist nach der Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes bis 1995 weiterhin mit einem großen Anteil *befristeter Arbeitsverhältnisse* zu rechnen. Meistens sind dies Arbeitsplätze, die nur eine geringe Qualifikation erfordern; benachteiligte Gruppen, z.B. Arbeitsmigranten und Frauen, sind hiervon also besonders betroffen (Blank 1988, S.83).

Zweitens hat sich die Gruppe der *Teilzeitbeschäftigten* - 92% von ihnen sind Frauen - von 1,7 (1980) auf 2,2 Mio im Jahr 1989 erhöht (Bobke-von Camen/Unterhinninghofen 1991, S.458). Unter ihnen sind diejenigen prekär beschäftigt, die weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten und unter einem Verdienst von 500 DM bleiben. Sie besitzen damit keinerlei Ansprüche in der Arbeitslosen-, Kranken- oder Rentenversicherung. Obendrein gelten für sie zahlreiche arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen nicht, z.B. der Kündigungsschutz.

Drittens nimmt die Zahl der *Leiharbeiternehmer* seit 1985 zu (Adamy/Bosch 1991, S.313f). Verantwortlich zeigt sich auch hier das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985; von ca. 32.000 im Jahr 1984 ist die Zahl der Leiharbeiternehmer bis 1989 auf über 100.000 emporgeschneit. Mitte 1991 waren es dann schon über 130.000, so daß der Leiharbeitsmarkt seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu den am schnellsten expandierenden Teilarbeitsmärkten gehört. Diese Tendenz drückt sich auch in der Zahl der Verleihbetriebe aus; sie hat sich zwischen 1984 und 1989 von ca. 1.500 auf 4.500 verdreifacht; Leiharbeit betrifft dabei, ähnlich wie die befristeten Arbeitsverhältnisse, vornehmlich Arbeitsmigranten (Blank 1988, S.83).

Die neokonservative Ideologie von den "Selbstheilungskräften des Marktes" wirkte sich auch auf den sozialrechtlichen Bereich aus. Kürzungen bei den Sozialleistungen - Bafög, Renten, Arbeitslosenunterstützung, Krankenpflege etc. - sollten den Staat entlasten und seine wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume erweitern. Gleichzeitig sollten die kapitalistischen Verwertungsbedingungen durch die Reduktion sozialer Kostenfaktoren und steuerliche Entlastungen verbessert werden. Angesichts dieser umverteilungspolitischen Konsequenzen ist die Deregulierung demnach als eine Strategie zu begreifen, die einerseits die sozialregulative Einflußnahme zurückfährt und andererseits eine profitratensorientierte Revitalisierung der Akkumulationsdynamik einleitet.

Legt man der neokonservativen Wirtschaftspolitik einmal die von ihr selbst definierten *Zielsetzungen* zugrunde, so erscheint die Bilanz der achtziger Jahre oberflächlich betrachtet als durchaus erfolgreich: "Der Umbau eines etatistischen, in der Perspektive und in den Möglichkeiten eher sozial und ökologisch reformoffenen Entwicklungsmusters zu einer marktradikalen Deregulierungsvariante des Kapitalismus hat diesem zunächst unbestreitbar neue Dynamik und Lebenskraft gegeben. Das Wachstum hat sich stabilisiert, die Rentabilität ist seit Ende der siebziger Jahre enorm gestiegen, die Gewerkschaften sind geschwächt worden, und die politische Systemstabilität ist groß" (Huffschmid 1989, S.49). Doch bereits Anfang der neunziger Jahre zeigt sich, wie trügerisch der neokonservative Erfolg war. Als Kehrseite gedämpfter Inflation, verminderter sozialer Auseinandersetzungen (Streiks) und erhöhter Profite, nahmen die finanziellen Instabilitäten und sozialen Ungleichheiten zu (Glyn 1992). Die Verschuldung von Staat, Unternehmen und Haushalten schritt voran; die Produktivität erhöhte sich kaum. Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit und Konsumschwäche drängt sich eine andere Bewertung auf: "Die neokonservative Politik hat das Gegenteil von dem erzeugt, was sie bewirken sollte: statt einer Anpassung des Verbrauchs an das jährlich erzeugte Einkommen, der dadurch motivierten Steigerung der individuellen Leistung und der damit bewirkten Vitalisierung der Wirtschaft hat sie eine konjunkturelle Scheinblüte ermöglicht, die mehr durch Verbrauch auf Pump angeheizt wurde als durch investive Weiterentwicklung der produktiven Basis" (Bischoff/Menard 1993, S.24).

Dennoch zeichnete sich der Neokonservatismus nicht einfach durch das allgemeine Zurückweichen des Staates aus; sein Rückzug aus Ökonomie und Gesellschaft bezog sich nur auf den Bereich sozialer Leistungen und auf die Gewährung demokratisch-institutioneller Partizipationsmöglichkeiten. Ökonomisch hingegen intensivierte der Staat sogar seine Interventionen als "weltmarktorientierter Modernisierungsgehilfe" und fungierte als Wegbereiter der voranschreitenden Durchkapitalisierung. Er reagierte zudem auf deren Folgen, d.h. die zunehmende gesellschaftliche Destabilisierung und Desintegration, und förderte den Ausbau von Überwachungs- und Kontrollaufgaben (Hirsch/Roth 1986, S.143). Dies macht deutlich, daß der Neokonservatismus nicht die Konzeption des "Nachtwächterstaats" ist. Vielmehr wurden wichtige innenpolitische Institutionen - die repressiven Ordnungs- und Überwachungsorgane - infolge des Zusammenspiels von in-

ternationalem ökonomischen Wettbewerb, gesellschaftlicher Desintegration und den staatlichen Reaktionsformen in den achtziger Jahren gestärkt und gefestigt (SOST 1986, S.15). Der *Durchstaatlichungsprozeß* wird vom Neokonservatismus also keinesfalls aufgehoben, sondern erhält unter den veränderten strukturellen und politischen Bedingungen "nur" andere Formen - z.B. die Stärkung von Polizei, Verwaltung -, d.h. eine stärker autoritäre und repressive Richtung und damit auch eine andere Qualität (Bischoff/Detje 1989, S.108; Deppe 1987, S.442f; Hirsch 1980, S.93ff; Hirsch 1990, S.108ff).

Der Hintergrund dieses Wandels zu härteren autoritären Regierungsformen ergibt sich aus strukturellen gesellschaftlichen Widersprüchen. Da zwischen den Akkumulationsstrategien und den hegemonialen politischen Projekten keine dauerhafte und stabile Komplementarität besteht, fortlaufend also Instabilitäten und eine wachsende soziale Desintegration erzeugt werden, wird die Entwicklung autoritärer Tendenzen begünstigt. Drei Faktoren greifen dabei ineinander: *Erstens* erzeugen die vielfältigen gesellschaftlichen Krisenprozesse zunehmende Unsicherheiten, die mangels Ressourcen von einer umfassenden Einbindungsstrategie nicht mehr aufgefangen werden können; selektive und fragmentierende Herrschaftsstrategien gewinnen somit an Bedeutung. *Zweitens* wächst bei großen Teilen der Bevölkerung angesichts der instabilen und unsicheren Situation eine rechtspopulistische Ausgrenzungshaltung. *Drittens* formiert sich eine repressivere Durchstaatlichung als Reaktion auf die Risse innerhalb des herrschenden Blocks. Um seine Machtpositionen zu erhalten, setzt er an die Stelle konsensstiftender Elemente zunehmend Zwangsmechanismen: "Ungelöste Hegemoniekrisen führen zu einem größeren Gewicht von staatlicher Gewalt und 'ökonomisch-korporativem' Verhalten" (Jessop 1992, S.245).

Mit diesen sozialen Entwicklungen gehen auch ideologische Verschiebungen einher. Das neokonservative Projekt zeigt sich aufgrund der voranschreitenden gesellschaftlichen Modernisierung, ökonomischer Krisenprozesse, der deutschen Vereinigungsprobleme (Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung Ostdeutschlands, soziale Unsicherheiten, Staatsverschuldung etc.), Konflikten in der EG-Integration und Schwierigkeiten bei der Modernisierung Osteuropas tendenziell instabiler und brüchiger; zusehends brechen die in ihm angelegten strukturellen Widersprüche auf (Schmittthener 1992, S.20ff). Die ökonomische Internationalisierung und gesellschaftliche Modernisierung erzeugt soziale Probleme, die mit den wertkonservativen Zielsetzungen in Konflikt geraten (Herkommer 1988, S.35ff). Schließlich erodiert die neokonservative Hegemonie; es kommt zum "*Spagat*" von marktradikalen und rechtspopulistischen Lösungsstrategien; ihr Auseinanderdriften ist kaum aufzuhalten. Solange wie durch die Entwicklung der Weltökonomie keine Entlastung zu erwarten ist, solange existieren auch keine zusätzlichen Steuerungsressourcen, die für die gesellschaftliche Stabilisierung aber dringend nötig wären. Destabilisierende Wirkungen scheinen somit unausweichlich: vor allem die weitere finanzielle Belastung des staatlichen Handlungsspielraums sowie die populistische Kompensation des Ressourcen- und Regulierungsmangels.

4.3. Zum technologischen Umbruch in der Arbeitswelt - betriebliche Reorganisationsprozesse und Flexibilisierungsstrategien

Im vorherigen Abschnitt ging es um wichtige Entwicklungslinien - d.h. Brüche und Kontinuitäten - in der Regulationsweise, dem hegemonialen Block und dem sozialen Paradigma. Die nun folgenden Ausführungen beziehen sich stärker auf den Bereich des Akkumulationsregimes, genauer: auf seine *technologische und arbeitsorganisatorische Basis*. Hier führten Innovationen und Umbrüche zu weitreichenden Umwälzungen in der

Produktion und zur Umstrukturierung des Arbeitsmarkts. Auf "eine Reihe neuer Techniken wie Informations-, Kommunikations-, Bio- und Gentechnologie gestützt" bringt das sich abzeichnende Akkumulationsregime "eine radikale Umwälzung der Arbeitsverhältnisse, der Klassenstrukturen, Konsumnormen und Vergesellschaftungsformen mit sich" (Hirsch 1990, S.105).

Den Hintergrund für die sich derzeit abzeichnenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfe und Instabilitäten bildet das niedrige Niveau, auf dem sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Revitalisierung der kapitalistischen Weltökonomie vollzog. Seitdem korrespondierten betrieblich wirksame Wettbewerbsinnovationen - die betriebliche Reaktions- und Anpassungsfähigkeit wurde technologisch und arbeitsorganisatorisch flexibilisiert - mit gesamtwirtschaftlich schwachen Expansionseffekten (Felder 1992, S.16f). Anhaltende Schwierigkeiten in der Kapitalverwertung sowie ein harter Kampf um strategisch wichtige Produktionsstandorte und Vertriebssysteme sorgten für einen *verschärften internationalen Verdrängungswettbewerb*. Nicht ausgelastete Produktionskapazitäten, verengte Anlagemöglichkeiten für gewinnbringendes Kapital und die Dominanz von mikroelektronischen Rationalisierungsinvestitionen verhinderte eine expansive Akkumulationsdynamik (Bischoff/Menard 1992, S.33ff). Daraus resultierten schwerwiegende Folgen für die Beschäftigungsentwicklung: "Anders als in den Jahrzehnten zuvor werden seit Beginn der 70er Jahre in der BRD die Steigerungen der Arbeitsproduktivität (im Durchschnitt der Jahre 1974-83 2,9 Prozent) nicht mehr durch entsprechende Wachstumsraten des Outputs (im gleichen Zeitraum 1,8 Prozent pro Jahr) wettgemacht, so daß die produktivitätsbedingten Freisetzungen von Arbeitskräften nicht mehr kompensiert werden. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist die Folge" (Alt Vater/Hübner 1988, S.24). Der Beschäftigungsanstieg gegen Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre bildet demnach nur eine vorübergehende Ausnahmesituation, hervorgerufen durch den Vereinigungsboom.

Zu Beginn der neunziger Jahre ist also keine generelle Trendumkehr festzustellen. Vieles spricht dafür, daß "postfordistische" Vergesellschaftungsprozesse durch harte Konkurrenz- und Verteilungskämpfe geprägt sind. Die verringerte soziale Kohäsion und erhöhte politische Labilität wirkt sich mittlerweile auch auf den neokonservativen Block aus. Nachdem es ihm nicht gelungen ist, für die Restrukturierungsansätze ein neues ökonomisches Fundament mit stabilisierenden kapitalistischen Regulationsformen zu errichten, steht gegen Anfang der neunziger Jahre der Fortgang der Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik erneut zur Disposition. Zwischen Strategien, die sich für eine Radikalisierung der Deregulierungsmaßnahmen aussprechen, und denen, die für eine stärkere "Sozialorientierung" und Staatsintervention plädieren, verschärfen sich die Spannungen. Der neokonservative Konsens bricht an einigen Stellen auf.

Aber selbst wenn Re-Regulierungsansätze - bisher sind sie nur äußerst zaghaft und bewegen sich auf der mikroökonomischen Ebene (z.B. die wachsende Bedeutung betrieblicher Tarifverträge) (Mahnkopf 1989, S.29) - ein größeres Gewicht gewinnen sollten, ist davon auszugehen, daß die produktionsorganisatorischen Flexibilisierungstendenzen auch für die zukünftige Arbeits- und Industriepolitik wegweisend bleiben. So gehen nicht nur von den ökonomischen Rahmenbedingungen, den Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zur Steigerung der Profitrate, anhaltende Anpassungszwänge aus. Auch die mikroelektronische Umwälzung der Produktionstechnik fördert ähnliche Konsequenzen; sie hat sich in weiten Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Distribution schon fest etabliert und eine radikale Flexibilisierung der Arbeitskräfte erzwungen. Diese äußert "sich in grundsätzlich veränderten Arbeitsteilungsverhältnissen, neuen Formen der raum-zeitlichen Verbindung von Mensch und Maschine sowie gänz-

lich neuen qualifikatorischen und arbeitsorganisatorischen Schichtungen des 'Gesamtarbeiters'" (Hirsch/Roth 1986, S.109). Die technologischen und arbeitsorganisatorischen Innovationen entfalten demnach einen *systemischen Charakter*, d.h. ihre Anwendung ist unspezifisch, universell und ergibt sich in der Verknüpfung und (Re-)Integration von Produktions- und Vertriebseinheiten. Keinesfalls abgeschlossen und ausgeschöpft, bleibt die mikroelektronische Revolutionierung von Produkten und Produktionsabläufen auch für zukünftige Entwicklungen zentral. Bereits seit längerem wird in diesem umfassenden Sinn versucht, das sich herausbildende technologische Paradigma zu charakterisieren. Je nach ökonomietheoretischer Grundlage wird dabei vom "neuen Rationalisierungstyp" (Altmann u.a. 1986), "neuen Akkumulationstyp" (Hickel 1987) oder vom "kapitalsparenden technischen Fortschritt" (Goldberg, J. 1988) gesprochen.

Diese verschiedenen Charakterisierungen versuchen allesamt, die Optimierung der betrieblichen und überbetrieblichen Produktionsabläufe zu erfassen. Sie stellen heraus, daß informationstechnologische und arbeitsorganisatorische Innovationen auf die umfassende Effektivierung und Vernetzung von Zuliefer-, Produktions- und Vertriebsbereichen abzielen. Begriffe wie "lean-production" und "just-in-time"-Produktion stehen stellvertretend für die verschiedenartigen Maßnahmen zur Entschlackung und Beschleunigung des Produktions- und Verwertungsprozesses. Trotz aller Unterschiede - Betriebsgröße, Branche, innerbetriebliche Strukturen sowie Technik-, Zulieferungs-, Absatz- und Arbeitsmärkte (Schneider/Welsch 1991, S.259ff) -, scheint der grundlegende Trend insgesamt klar erkennbar zu sein: Mit der "dritten industriellen Revolution" wird auf einer neuen technologischen Basis die *Verkürzung der Kapitalumlaufzeiten* durch eine umfangreiche Kontrolle und Rationalisierung des gesamten Fertigungs- und Vermarktungsprozesses angestrebt. Mit anderen Worten: Es geht um die marktvermittelte und betriebsinterne Optimierung des kapitalistischen Reproduktionskreislaufs. Zu den innerbetrieblichen Eckpunkten dieser Strategie gehören dabei schnellere Maschinenumstellungen, eine größere Produktvielfalt und die bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen (Bischoff/Detje 1989, S.64). Indem die fixen Kapitalkosten gesenkt und die Betriebs- von den Arbeitszeiten entkoppelt werden, gewinnt vor allem im Industriebereich die Ausweitung von Betriebsnutzungszeiten an Bedeutung. Die schnellere Amortisation des vorgeschossenen Kapitals vermindert die Risiken des beschleunigten technologischen Wandels (Waldschmitt 1989, S.156f).

Da die *technologische Flexibilisierung* nur in vollem Maße wirksam wird, wenn *arbeitsorganisatorische Anpassungen* sie ergänzen, wächst der Druck auf die traditionellen Gegenmachtstrukturen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Dies hat gravierende Konsequenzen für das Normalarbeitsverhältnis. Seine Erosion ist zwar keinem Automatismus ausgesetzt; aufgrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse treten aber in zunehmendem Umfang personenbezogene Flexibilisierungsformen an seine Stelle. Es vollzieht sich demnach eine schleichende Abkehr vom "standardisierten Vollbeschäftigungssystem" (Beck 1986, S.225), wenn auch nur allmählich. Noch werden seine tragenden Säulen - Arbeitsrecht, Arbeitsort und Arbeitszeit - von den Gewerkschaften weitestgehend verteidigt. Wie lange ist allerdings fraglich, denn offensichtlich sind die Flexibilisierungskonzepte nicht allein technologisch motiviert. Ebenso bildet sich "ein umfassendes Programm der Neustrukturierung der Arbeits- Sozial- und Klassenbeziehungen" (Pickshaus 1987, S.200f). Bereits jetzt werden kollektive Schutzrechte aufgelöst, und die Basis gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit ist geschwächt.

Grundsätzlich kann zwischen der betriebsexternen und -internen Flexibilisierung unterschieden werden. In der Regel kombinieren sich beide Elemente in unternehmens-, betriebs- oder bereichsspezifischen Verarbeitungsmustern: "Wird einerseits eine quantita-

tive Stabilisierung der Belegschaft und eine qualitative Personalentwicklung durch entsprechende Personalvorhaltung, Arbeitszeitvariabilisierung, Personalumsetzungen und durch interne Qualifikationsanpassung versucht, so wird andererseits größere Flexibilität auch im verstärkten Austausch von Beschäftigten über den externen Arbeitsmarkt, in befristeten Arbeitsverträgen, Leiharbeit und anderen Formen 'assoziierter Beschäftigung' gesucht. Auf diese Weise pflanzt sich auch eine Flexibilisierung des Wirtschaftssystems durch De-Regulierung der Absatzmärkte zumindest teilweise als Anpassungsdruck auf den Arbeitsmarkt fort" (Semlinger 1991, S.30). Die *externe Dimension* stützt sich primär also auf lohnpolitische oder institutionelle Deregulierungsschritte, mit deren Hilfe das "starre" System von Überstunden, Sonderschichten und Kurzarbeit mehr und mehr beiseite geschoben wird, um den Zugriff auf den externen Arbeitsmarkt zu erweitern. Im Ergebnis werden die Stammbesellschaften reduziert und die Gruppe der Randbeschaftigten aufgrund der Ausdehnung von "atypischen" und "prekären" Beschäftigungsverhältnissen erweitert (Bollinger u.a. 1991, S.184f).

Die zweite Dimension der Arbeitsmarktflexibilität bezieht sich auf den *betriebsinternen Arbeitsmarkt*. Bei ihr geht es darum, die personalpolitischen betrieblichen Dispositionsspielräume durch sogenannte interne Puffer auszubauen. Sie gehört zu einer Strategie, die auf die effektivere Nutzung der Produktionsanlagen abzielt. Zusätzlich zu den traditionellen Anpassungsmöglichkeiten an die Produktionsschwankungen (Überstunden, Kurzarbeit, Wochenend- und Schichtarbeit, sich überlappende Pausenzeiten etc.) wird der Personaleinsatz flexibilisiert: Das neue Zeitmanagement äußert sich in Form neuer Schichten, Teilschichten, Arbeit auf Abruf, Wochenendarbeit; allesamt sind sie darauf ausgerichtet, die Arbeitskräfte den flexibilisierten Produktions- und dezentralisierten Vertriebsformen anzupassen; Formen unechter oder formeller Selbständigkeit, d.h. Heimarbeit und flexibel geregelte Urlaubsansprüche - mit ihnen werden Produktionsrisiken externalisiert - gewinnen stetig an Bedeutung. Die Variabilisierung der Arbeitszeiten beschränkt sich dabei nicht mehr nur auf den Dienstleistungs- und Handelsbereich. In zunehmendem Maße erfaßt die variable Teilzeitarbeit, Jahresarbeitszeitsysteme und Gleitzeit auch die industrielle Produktion.

Dennoch dürfen diese Entwicklungen nicht über die begrenzte Reichweite der "flexiblen Spezialisierung", mit der auch kleinere Produktionsserien kostengünstig herzustellen sind, hinwegtäuschen (Bischoff/Detje 1989, S.72). Mancherlei weist darauf hin, "daß die 'nachtayloristische' Organisation nicht das abrupte Ende des Taylorismus bedeutet, sondern im gesellschaftlichen Durchschnitt eher in eine neue Mischung von tayloristischen, nachtayloristischen und 'hypertayloristischen' Arbeitsformen münden wird" (Hirsch/Roth 1986, S.113). In diesem Sinne ist bislang auch festzustellen, daß der Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß in Deutschland eher "*strukturkonservative*" Züge trägt; nur selten sprengt er "die bestehenden industriellen Produktionsverfahren, Arbeitsabläufe und Rationalisierungskonzepte"; er bringt auch nur "vergleichsweise wenige wirklich neue, nichtsubstitutive Produkte" hervor und "bleibt weitgehend in die bestehenden Branchen- und Industriestrukturen eingebunden" (Dolata 1992, S.228). Weil die Qualität und der Verlauf von weiteren Rationalisierungs- und Flexibilisierungsschritten offen ist, kann das konkrete Beziehungsgefüge der "postfordistischen" Produktionsformen nur schwierig prognostiziert werden. Zudem folgt der beschleunigte Rationalisierungsprozeß weniger dem Muster eines großen Wurfs oder überschaubaren Sprungs; die neue Qualität der technologischen Innovationen entfaltet sich vielmehr in Form eines umkämpften Suchprozesses auf der Grundlage der gegebenen sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse (ebd., S.225ff).

Ein zweites Merkmal ergibt sich aus der *intersektoriellen Verknüpfung der Produktionsorganisation*. So greifen die neuen Produktionsverfahren, die mittels mikroelektronischer und informationstechnologischer Vernetzung den Fertigungsprozeß optimieren, mittlerweile über den einzelnen Betrieb hinaus. Der verwaltungstechnisch universelle Zugriff auf das ganze Organisationsgefüge einzelner Produktionsbereiche reduziert die Kosten für den vor-, zwischen- und nachgelagerten Transport. Dadurch verbindet sich eine "Strategie der internen Flexibilisierung", die sich "auf den Kernbereich der jeweiligen Fertigung" richtet, mit einer "Strategie der externen Flexibilisierung", die die "Auslagerung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen" und die "Reduktion der Fertigungstiefe" anstrebt (Hoffmann, J. 1992, S.141). Industriepolitische Konzepte wie "just in time" oder "lean production" versuchen den kapitalistischen Produktionsprozeß funktional zu verketteten (ebd., S.145) und die informationstechnologischen Innovations- und Produktivitätspotentiale auszuschöpfen. Zugleich lösen sich die alten Strukturen in und zwischen den Betrieben, Branchen und volkswirtschaftlichen Sektoren auf, d.h. die Beziehung von Zuliefer-, Verarbeitungs- und Vertriebsfirmen bestimmen sich im Zuge der industriellen Reorganisation neu (Kern/Sabel 1990).

4.4. Zur Differenzierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes

Ihre konkrete politische Ausformung erhielten die skizzierten gesellschaftlichen Umbrüche nicht zuletzt durch die neokonservative Deregulierung und betriebliche Flexibilisierung. Sie machten sich nicht zuletzt in der Arbeitsmarktentwicklung bemerkbar. Zusammen mit den technologischen Innovationen und den sektoralen Veränderungen trugen sie entscheidend zur Transformation und Festigung der Arbeitsmarktstrukturen bei.⁴³ Im folgenden soll nun den Fragen nachgegangen werden, welche Triebkräfte und Faktoren die Restrukturierung des Arbeitsmarktes leiten, welche Gestalt und Struktur er dadurch erhält und welche gesellschaftlichen Konsequenzen sich daraus ergeben. Zwei Fragestellungen sind dabei von besonderem Interesse:

1. Inwiefern wandeln sich durch diese Veränderungen die Integrationsbedingungen für die "alte" Migrantenpopulation?
2. Wie fügt sich die abzeichnende neue Migration in den Arbeitsmarkt ein?

Zunächst geht es aber darum, die grundlegenden *Funktionsprinzipien* und *Segmentierungsprozesse* auf dem Arbeitsmarkt darzulegen und anschließend auf die heutige Situation zu beziehen.

Über die Merkmale und Funktionsweisen von segmentierten Arbeitsmärkten hat sich, nachdem die ersten Konzeptionen gegen Ende der sechziger Jahre in den USA entwickelt wurden, mittlerweile auch in der Bundesrepublik eine recht vielschichtige Diskussion entsponnen.⁴⁴ Von konzeptionellen Unterschieden einmal abgesehen, versuchen die verschiedenen Segmentierungstheorien allesamt zu erklären, wie und warum "sich der Ge-

43 Klauder/Kühlewind benennen für die Arbeitsmarktentwicklung weitere wichtige Faktoren: die "Ökologisierung" und Internationalisierung des Wirtschaftens (EG-Binnenmarkt), die internationale Migration, Individualisierung und Wertewandel sowie den gesellschaftlichen Alterungsprozeß (Klauder/Kühlewind 1991, S.3f).

44 Zusammenfassende Überblicke liefern in Form eines historischen Rückblicks Sengenberger (1978) und stärker gegenwartsbezogen Baden u.a. (1992); ausführlicher sind Sengenberger (1987), Lutz B. (1987) und Biller (1989). Den Segmentationsansätzen kommt dabei zugute, daß sie nicht einfach bei der deskriptiven Erfassung der Arbeitsmarktgliederung stehenbleiben, sondern versuchen, den institutionalisierten Reproduktionsmodus der bestehenden Grenzlinien zu erfassen.

samtarbeitsmarkt in eine Reihe von Teilarbeitsmärkten aufgliedert, die eine innere Struktur aufweisen, mehr oder weniger gegeneinander abgeschirmt sind, möglicherweise auch mit unterschiedlichen Anpassungsformen und -instrumenten verknüpft sind und unterschiedliche Einkommens- und Beschäftigungschancen aufweisen" (Sengenberger 1987, S.52). Es geht also um Spaltungen, die nicht einfach zufällig und vorübergehend, sondern von Dauer, recht stabil und allgemein sind (Sengenberger 1978, S.16). Damit steht der Segmentationsansatz konträr zu den Annahmen der Neoklassik. Diese reduziert die allokativen Funktion des Arbeitsmarktes allein auf die ökonomischen Kriterien von Lohn und Produktivität. Politisch plädiert sie dafür, die mobilitätshemmenden Einflußgrößen und institutionellen Regulierungen zu beseitigen, damit die ökonomischen Triebkräfte und Effizienzkriterien stärker zur Entfaltung kommen.

Demgegenüber hebt die Segmentationstheorie den *sozialen* und *institutionellen* Charakter des Arbeitsmarktes hervor (Biller 1989, S.60ff; Sengenberger 1987, S.51). Sie betont, daß dessen ökonomische Regelmäßigkeiten immer schon Elemente der Vermachtung von Arbeitsbeziehungen enthalten. Seine hierarchischen Strukturen sind daher letztlich das Resultat von zwei sich wechselseitig bedingenden Einflußgrößen: *erstens* der Akkumulationsdynamik, die dem Arbeitsmarkt vorgelagert ist; Produktionsentscheidungen dominieren demnach die Beschäftigungsentwicklung (Hickel 1987, S.46f). *Zweitens* stehen die abhängig Beschäftigten unter dem materiellen Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sofern ihr Arbeitskraftangebot die Nachfrage übersteigt, besitzen sie eine sehr schwache Verhandlungsposition. Nur durch die solidarische Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen, d.h. mittels Gewerkschaften, können sie die asymmetrischen Austauschbeziehungen abschwächen.

Es sollte deutlich geworden sein, daß das Verhalten der Akteure auf dem Arbeitsmarkt nicht auf rein ökonomisch bestimmte Kalküle reduziert werden kann. Seine institutionelle Ausformung ergibt sich wesentlich aus historischen Lösungen und politischen Kräfteverhältnissen. Es wäre jedoch falsch, diese selbst jenseits ökonomischer Entwicklungen anzusiedeln. Stets werden sie durch den Fortgang der kapitalistischen Akkumulation mitsamt der ihr innewohnenden Krisendynamik geprägt, d.h. ökonomische Ungleichgewichte und Dysfunktionalitäten initiieren immer auch soziale und politische Prozesse.

In der Arbeitsmarktentwicklung sind demnach Spaltungstendenzen angelegt, die durch das einzelwirtschaftliche Rationalitätsverhalten der Unternehmen nicht kompensiert werden. Im Gegenteil, die den Markt beherrschenden Profitinteressen rufen die Differenzierungen auf dem Arbeitsmarkt häufig selbst erst hervor und befestigen sie. Demgegenüber stellen die Qualifikationsstruktur und "bargaining power" der Gewerkschaften zunächst einmal "nur" Reaktionsformen auf die dominanten Akkumulationsentscheidungen dar. Unter Berücksichtigung ungleich verteilter Machtstrukturen können sie lediglich als Segmentationsverstärker wirken (Sengenberger 1978, S.40f), indem sie über institutionelle Vereinbarungen die Arbeitsmarktspaltung stützen und stabilisieren.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die konkreten Angebots- und Nachfragestrukturen insofern aufeinander abgestimmt, als sich das "Chancenprofil, das die Arbeitsplatzstrukturen auszeichnet", auf die Arbeitskräfte überträgt; "die Arbeitskräfte werden gewissermaßen für ihr zukünftiges Arbeitsmarktverhalten konditioniert" (Sengenberger 1987, S.62). Gesellschaftliche, politische, institutionelle und kulturelle Einflüsse sind hierbei ebenso von Bedeutung wie der betriebliche und überbetriebliche *Qualifikationsprozeß*. Entsprechend der vorherrschenden Ausbildungs- und Qualifikationsebenen spaltet sich danach der Arbeitsmarkt entlang der Berufs-, Betriebs- oder Branchengrenzen.

Von den wichtigen politisch-institutionellen Normen und Regelungen einmal abgesehen, wirken sich indirekt stets auch die sozialen Beziehungen, insbesondere kulturelle und ideologische Verhältnisse auf die Arbeitsmarktentwicklung aus (Biller 1989, S.64f). Neben erworbenen Fähigkeiten spielen in der betrieblichen Einstellungspolitik ebenso personenbezogene Faktoren, die ihren besonderen Gehalt aus dem gesellschaftlichen Umfeld gewinnen, eine wichtige Rolle, z.B. Alter, Geschlecht und Nationalität (Schiller 1984, S.634f; ähnlich Mooser 1984, S.43). Die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen unterscheiden sich jedoch an wichtigen Punkten voneinander. Mangelnde Marktfähigkeit hat verschiedene Ursachen: entweder ist sie biologisch gegeben (Alter), oder rassistisch, nationalistisch sowie sexistisch induziert. Zumeist wird die erwerbsmäßige Marginalisierung der Arbeitsmigranten "durch rechtliche Zuweisungsmechanismen und politisch-administrative Steuerungsprozesse verschärft, die von den gesellschaftlichen Vorgängen nicht abgelöst werden können" (Schiller 1984, S.636). Die Relevanz der sozialen Kriterien macht dabei sichtbar, daß die konkrete Gestalt der Arbeitsmarktsegmentation immer auch vom gesellschaftlichen Strukturgefüge und politischen Regulierungssystem abhängig ist (Sengenberger 1987, S.305).

Die *Theorie des dualen Arbeitsmarktes* versucht den Segmentierungsprozeß dadurch zu erklären, daß sie die Entwicklung der Arbeitskräftestruktur aus der in der Produktion angelegten Dualisierungstendenz begründet (Piore 1983, S.352; Sengenberger 1987, S.223). Demnach trennt sie einen *primären* Arbeitsmarktbereich, in dem stabile, gut bezahlte und aufstiegsorientierte Arbeitsplätze angesiedelt sind, von einem *sekundären* Bereich, in dem unsichere, schlecht bezahlte, mit starken Belastungen und geringen Aufstiegsmöglichkeiten ausgestattete Arbeitsplätze vorhanden sind (Biller 1989, S.29). Im primären Segment finden sich also qualifizierte und sozial anerkannte Arbeitskräfte, während das sekundäre Segment vor allem niedrig qualifizierte und sozial "herabgestufte" Arbeitskräfte umfaßt (Sengenberger 1987, S.223ff).⁴⁵ In der Bundesrepublik ist demnach ein großer Teil der Arbeitsmigranten im sekundären Segment beschäftigt (Schiller 1984, S.635). Einschränkend muß jedoch bemerkt werden, daß diese Zuordnung einem sehr groben Raster folgt, denn: *erstens* ist die segmentationstheoretische Zwei- oder Dreiteilung des Arbeitsmarktes zu statisch und erfaßt häufig nicht die komplexe Realität; und *zweitens* erweist sich bei genauerer Betrachtung die Zuweisung der Migranten zum sekundären Segment als zu pauschal.

Wenn einzelne Unterschiede innerhalb der ethnischen Minderheiten wie z.B. Nationalität, Aufenthaltsdauer, Alter, Geschlecht, generationsspezifischen Umstände, Qualifikation, sektorale Beschäftigung etc. berücksichtigt werden, greift das duale Arbeitsmarkt-konzept häufig nicht mehr (Biller 1989, S.153ff). Es ist auch deswegen von eingeschränkter Aussagekraft, weil es sich wesentlich auf den Industriebereich stützt und andere Beschäftigungssektoren ausblendet. Angesichts der Expansion der Dienstleistungen lassen sich nun aber vielfach differenzierte Arbeitsmärkte erwarten. Für die alten, aber auch für die neuen Migranten verändern sich damit die Bedingungen der Arbeitsmarkt-integration derart, daß sie mit dem dualen Konzept kaum zu erfassen sind.

In einer komplexeren Variante wird die Theorie des dualen Arbeitsmarktes durch eine zweite wichtige Spaltungslinie erweitert: die *internen* (Kernbelegschaften) und *externen* (Randbelegschaften) Arbeitsmärkte. Diese Unterteilung scheint nur auf den ersten Blick

45 Das duale Modell weist deutliche Schwächen auf. Da es einen engen Konnex, d.h. eine Entsprechung, von Produkt- und Arbeitsmarktstrukturen annimmt werden die Rückkoppelungseffekte, die von der Angebotstruktur des Arbeitsmarktes ausgehen, unterbelichtet. Es wird also die Möglichkeit ausgeschlossen, daß sich nicht nur kumulative, sondern ebenso kompensatorische Effekte ergeben können (Sengenberger 1987, S.260ff).

mit dem dualen Arbeitsmarktkonzept deckungsgleich zu sein. Denn während sich die Einteilung in einen primären und sekundären Arbeitsmarkt vorwiegend auf die *Qualität* der angebotenen Arbeitsplätze bezieht, hebt die Trennung in einen externen und internen Arbeitsmarkt stärker die unterschiedlichen Kriterien der *Arbeitsplatzverteilung* hervor. "Entscheidend ist, daß auf internen und externen Teilmärkten völlig unterschiedliche Allokationsprinzipien (Verteilung der Produktionsfaktoren auf die einzelnen Wirtschaftszweige) gelten" (Widmaier 1991, S.15). Marktprinzipien sind auf internen Arbeitsmärkten in der Regel stark eingeschränkt; es dominieren hingegen administrative Regeln und Prozesse; charakteristisch ist somit eine geringe Arbeitskräftefluktuation. Die betriebliche Personalpolitik praktiziert dies vor allem im Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte mit betriebspezifischen Erfahrungen, um die betriebliche Personalplanung von potentiellen Unwägbarkeiten zu befreien. Demgegenüber bleiben die Beschäftigten, die für an- oder ungelernete Arbeitsbereiche in Frage kommen, dem anhaltenden oder mittlerweile erhöhten Konkurrenzdruck des externen Arbeitsmarktes ausgesetzt (Blossfeld/Mayer 1988, S.264).

Werden die umrissenen Segmentierungsprinzipien auf die bundesdeutsche Situation bezogen, so kann vereinfacht ein dreigeteilter Arbeitsmarkt diagnostiziert werden: ein "*Jedermannarbeitsmarkt*", ein "*betriebspezifischer*" Arbeitsmarkt und ein "*berufsfachlicher*" Arbeitsmarkt (Widmaier 1991, S.16; Blossfeld/Mayer 1988, S.265; Biller 1989, S.40ff). Während der "*Jedermannarbeitsmarkt*" mit dem sekundären und der betriebspezifische mit dem internen Arbeitsmarkt weitgehend übereinstimmen⁴⁶, weist der berufsfachliche Arbeitsmarkt sowohl Merkmale des primären als auch des externen Arbeitsmarktes auf. Beide Bezüge ergeben sich aus dem *System der Arbeitsbeziehungen*. Dieses enthält neben der *zentralen* staatlichen Regulierung von Arbeitsnormen, Beschäftigungsbedingungen, sozialen Beiträgen und Leistungen sowie einer betriebsübergreifenden Tarifstruktur auch einen *dezentralen* Bereich, auf dem Fragen der Entlohnung, Beschäftigung und der Betriebsverfassung ausgestaltet werden. In hohem Maße prägt das Ausbildungs- und Qualifikationssystem die Merkmale des berufsfachlichen Arbeitsmarktes. Überbetriebliche Qualifikationen aus Schule und Hochschule werden in Form betriebspezifischer Qualifikationen und Fähigkeiten weitergeführt (Sengenberger 1987, S.307f).

Im Gegensatz zu den USA, wo die innerbetrieblichen Märkte relativ homogen und die zwischenbetriebliche Segmentierung sehr viel stärker ausgeprägt ist, verlaufen die Grenzl意思ien der bundesdeutschen Arbeitsmärkte anders. Hier sind die Branchenmärkte "eher durch innerbetriebliche Spaltungen nach Stamm- und Randbelegschaften gekennzeichnet, während Verdienst- und Beschäftigungschancen zwischen Betrieben nur relativ schwach differieren" (Köhler/Grüner 1989, S.176). In den Nachkriegsjahrzehnten förderten spezifische *sozialpolitische und wohlfahrtsstaatliche Konstellationen* diese Struktur. Zu nennen sind in erster Linie die Staatsintervention und Nachfragesteuerung, die wachsende Zahl an Großbetrieben ("economys of scale"), Produkt- oder Verfahrensinnovationen mit entsprechenden Qualifikationssteigerungen, die Verhandlungsmacht der betrieblichen bzw. gewerkschaftlichen Interessenvertretung und auch die Migration (Biller 1989, S.91ff). Wiederum macht sich dabei die duale Ausbildungsordnung von Schule und

46 Nach Lutz weisen nicht alle internen Arbeitsmärkte betriebszentrierte Strukturen auf. Für interne Arbeitsmärkte reichen die Merkmale von spezifischen Eintrittsarbeitsplätzen, eine hierarchische Stufung der Arbeitsplätze nach Qualifikation, Verantwortung und Verdienst sowie dementsprechende Mobilitäts- und Aufstiegsmuster aus. Damit der interne Arbeitsmarkt aber auch betriebszentriert ist, müssen zwei weitere Kriterien erfüllt sein: Erstens eine hohe Verbindlichkeit von betrieblichen Allokationsregeln; dadurch wird die betriebliche Dispositionsfreiheit eingeschränkt. Zweitens muß eine wechselseitige Bindung von Betrieb und Beschäftigten und damit ein geringes Entlassungsrisiko bestehen (Lutz 1987, S.12f).

Betrieb bemerkbar: "'Gelernt' oder 'ungelernt' bildet ein herausragendes Selektionskriterium, das im wesentlichen auch von den betrieblichen Arbeitnehmervertretungen getragen wird" (Sengenberger 1987, S.311).

Daß die wichtigsten Abgrenzungen zwischen den primären und sekundären Arbeitsmärkten *innerhalb der Betriebe* verlaufen, ist hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: zum einen auf relativ geringe *Produktivitätsunterschiede* zwischen den Betrieben und Branchen; und zum anderen auf die Bedeutung der *überbetrieblichen Qualifikation* und dem hohen Grad in der *Verrechtlichung* und *Verstaatlichung* der Arbeitsbeziehungen; beide Momente arbeiten den zwischenbetrieblichen Spaltungstendenzen entgegen. Die große Bedeutung der Qualifikation ist, da sie sich innerhalb des gegebenen gesellschaftlichen Umfelds vermittelt, für Frauen und "Ausländer"⁴⁷ häufig aber auch mit negativen Konsequenzen verbunden. Erfahrungsgemäß besitzen sie einen schlechteren Zugangs zu den Berufsausbildungsplätzen und sind anhaltenden Diskriminierungen bei der Arbeitsplatzzuweisung ausgesetzt. Hierbei werden ökonomische Kalküle durch soziale Werthaltungen bei Führungskräften sowie Personal- und Betriebsräten noch verstärkt (Sengenberger 1987, S.311).

Seit den achtziger Jahren traten die vormalis vergleichsweise schwach ausgeprägten Segmentierungen durch die Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategien stärker hervor. Tarifvertraglich geschützte Stammarbeitnehmerschaften sonderten sich deutlicher von den Randbelegschaften ab (Felder 1991, S.50). Diese Entwicklung intensivierte sich nicht zuletzt unter dem Druck der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Ein härterer Kampf um Marktanteile, größere Unsicherheiten in der betrieblichen Kalkulation, die Deregulierung und die Reorganisation der Produktionsstrukturen führten zur Bildung größerer "Puffer"; auf sie versucht man die vermeidbaren Produktionskosten und Risiken abzuwälzen. Zugleich gehen damit Tendenzen einher, die die Struktur der Arbeitsmarktsegmentierung modifizieren: *zum einen* werden die alten Spaltungslinien, die durch das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit definiert waren, zunehmend durch neue (z.B. das Alter und die Betriebszugehörigkeit) ergänzt und überlagert; *zum anderen* scheinen sich im Zuge der arbeitsorganisatorischen Restrukturierung der Produktionsstrukturen die indirekten, d.h. zwischenbetrieblichen Segmentierungen zu verstärken (Köhler/Grüner 1989, S.197ff).

Ogleich viele ausländische Beschäftigte in industriellen Großbetrieben zum Teil in Angelerntenpositionen und in die qualifizierte Fertigungsarbeit aufrückten, ihre Beschäftigungssicherheit damit verbesserten, sind für eine nicht unerhebliche Zahl gegenteilige Tendenzen festzustellen: Außerhalb der industriellen Großproduktion scheinen untergeordnete Beschäftigungsformen zuzunehmen (ebd., S.195ff). Aus Sicht der Großbetriebe sind von den niederen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen neben Teilen der eigenen Belegschaft in zunehmendem Maße also die Beschäftigten anderer Betriebe betroffen: Zulieferer, Subunternehmer, Verlagshändler, Zweigbetriebe usw. In der Bundesrepublik verstärkten sich außerdem die regionalen Disparitäten (Sengenberger 1987, S.306f). Zwar war die Konzeption eines zwei- bzw. dreigeteilten Arbeitsmarktes bereits immer schon eine idealtypische Abstraktion, aber erst nachdem sich in den achtziger Jahren die Spaltungen fortgesetzt haben, wird dies immer offensichtlicher: "Fragmente des

47 Innerhalb der sekundären Arbeitsmarktsegmente sind in hohem Maße ausländische Frauen anzutreffen. "Ihre Arbeitssituation charakterisiert sie als eine besonders diskriminierte Gruppe innerhalb der ohnehin benachteiligten 'Randbelegschaften' mit niedrigem Status, hoher Arbeitsbelastung, wenig Lohn, mangelnden Aufstiegschancen und unsicherem Arbeitsplatz" (Manteuffel 1992, S.23). Zur Beschäftigungssituation der Migrantinnen vgl. auch Treibel (1990), S.91ff, Kontos (1988) sowie Bach u.a. (1987), S.280. Alle Betrachtungen stellen fest, daß Frauen in Beschäftigungsverhältnissen mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen anzufinden sind und nur geringe Möglichkeiten bei der Jobsuche besitzen.

Arbeitsmarktes verselbständigen sich und sind zunehmend international organisiert" (Blaschke 1992a, S.25; ebenso Schwarz 1992, S.25).

Auf den ersten Blick wirkt die ökonomisch-soziale Spaltung und individuell-biographische Verkettung⁴⁸ von "einem industriegesellschaftlich einheitlichen Normalarbeitsmarkt und einem risikogesellschaftlich flexibel-pluralen Arbeitsmarkt" (Beck 1986, S.232) noch überzeichnet. Wird jedoch berücksichtigt, daß die "dritte industrielle Revolution" bislang noch in den Kinderschuhen steckt und die weltmarktorientierte Modernisierung den Druck auf die betriebliche Verwertungsbedingungen erhöht, so scheinen derartige Veränderungen im Beschäftigungssystem und auf dem Arbeitsmarkt relativ wahrscheinlich zu sein. "Mit der gesamtwirtschaftlichen Ausreifung der produktionstechnologischen Umstrukturierung, die sich jetzt noch in der Phase der Inkubation befindet, wird sich die schon beobachtbare Entkopplung der Investitions- und Beschäftigungsentwicklung ausweiten" (Hickel 1987, S.84). Hierdurch wird nicht zuletzt einer *verschärften Arbeitsmarktkonkurrenz*, einem stärker polarisierten Beschäftigungssystem sowie der "Refeudalisierung" der Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb der Weg bereitet (Beck 1986, S.248; Hirsch 1990, S.108).

Wegen anhaltender Engpässe auf dem Arbeitsmarkt - Ausbildungszertifikate sind nur noch eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Arbeitsplatz - greifen erneut und verstärkt Kriterien der Arbeitsplatzzuweisung, die jenseits der Qualifikation liegen und die insbesondere spezielle "Problemgruppen" stark benachteiligen (Beck 1986, S.248). Sie drohen ausgegrenzt und in "Nischen", die sich möglicherweise im peripheren Dienstleistungsbereich ergeben, abgedrängt zu werden. Dies könnte vor allem dann eintreten, wenn sich in der Entwicklung des *Dienstleistungsbereichs* eine ähnliche Struktur - d.h. eine ausgeprägte Polarisierung - wie in den USA ergeben sollte. Hierzu hat die neokonservative Deregulierungspolitik mit dem Abbau von arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen, die die Expansion "prekärer" Beschäftigungsverhältnisse fördern, die ersten Voraussetzungen geschaffen. In den USA ging mit dem Beschäftigungsanstieg bei den mittleren und höheren Angestellten sowie Managern zugleich die Ausdehnung eines vergleichsweise größeren Teils an "bad jobs", d.h. unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, einher (Bischoff/Menard 1992, S.88ff; Häußermann/Siebel 1991, S.364f; Sassen 1993).

Auch in der Bundesrepublik droht, wenn auch in abgeschwächter Form, eine derartige Entwicklung. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen wird der Dienstleistungssektor aller Voraussicht nach eher als die negative Kehrseite weiterer Technologisierung, Deregulierung und Flexibilisierung expandieren. Sie begünstigen vornehmlich solche Betriebe, "die nicht zu den wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitischen Hoffnungsträgern gerechnet werden können" (Semlinger 1991, S.32). Abgesehen von den mittleren Betrieben im Baugewerbe haben sich hauptsächlich "im Bereich der einfachen Dienstleistungen, insbesondere des Gastronomie-, Reinigungs-, Körperpflege- und privaten Verkehrsgewerbes" fluktuationsintensive Unternehmen entwickelt (Büchtemann 1991, S.146). Aber nicht nur die Nachfrageseite kurbelt die Fragmentierung und Polarisierung des Arbeitsmarktes an. Weil sich trotz des steigenden Bedarfs an infrastrukturellen und sozialen Diensten, die staatliche Unterstützung und Gestaltungsinitiative verminderte, nahmen vor allem die Arbeitskräfte zu, die im Dienst-

48 Derartige Verkettungen, d.h. die Überwindung schlechter Beschäftigungsverhältnisse, sind allerdings nicht allen Arbeitskräften möglich. In der Regel sind es Gruppen einer höheren Berufslaufbahnen - z.B. Studenten -, die sich nur vorübergehend - Nebenjobs, kurze finanzielle Durststrecken etc. - in niedere Beschäftigungsbedingungen begeben haben, und für die der berufliche Aufstieg mit dem Abschlusszertifikat zumeist vorprogrammiert ist.

leitungssektor notfalls auch nach schlecht bezahlten und unsicheren Jobs Ausschau halten. Viele Migranten und ethnische Minderheiten, die in Anbetracht ihrer gesellschaftlichen Stellung schon jetzt starken beruflichen, sozialen und politischen Diskriminierungsmechanismen ausgesetzt sind, stehen für diese prekären und z.T. illegalen Arbeitsverhältnisse in wachsendem Maße zur Verfügung (Hirsch/Roth 1986, 133).

4.4.1. Verengung, Schließung und Öffnung von Arbeitsmärkten - Industriearbeit in der "Dienstleistungsgesellschaft"

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich eine fast kontinuierliche Entwicklung hin zur *Dienstleistungsgesellschaft*. Von 1959 bis 1989 stieg "der Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor von 32,7% auf 56,5%" (Franke/Buttler 1991, S.42).⁴⁹ In gewisser Weise präsentiert sich der sektorale Strukturwandel als eine Konstante in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Spätestens nachdem seit Mitte der siebziger Jahre die Zahl der im Dienstleistungssektor beschäftigten Personen die des Produktionsbereichs übertrafen, mehren sich die Diskussionen um die Bedeutung der "Dienstleistungsgesellschaft".

Will man die Ursachen der Dienstleistungsexpansion bestimmen, so liefert ihre staats-, unternehmens- oder haushaltsbezogenen Zuordnung erste Anhaltspunkte. Während die *staatsbezogenen Dienste* zumeist politisch vermittelt sind (Erziehung, Ausbildung, Wissenschaft, Gesundheitssystem, Kultur etc.), unterliegen die *unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen* den Imperativen der kapitalistischen Verwertung (Handel, Transport, Kreditinstitute, Werbung, Marketing, Kommunikationsindustrien, private Forschungsinstitute, Anwaltskanzleien etc.). In erster Linie fragen die Unternehmen daher produktive Dienstleistungen nach, die den Prozeß der Kapitalverwertung effektivieren. Auch die Nachfrage der Haushalte unterliegt den harten Kriterien des Marktes; etliche konsumptive Dienste (Reinigung, Friseur, Personenverkehr, Gaststätten, persönliche Dienste aller Art), bestimmen sich durch das Verhältnis von Preis und verfügbarem Einkommen. Trotz der Dominanz von Profitstreben und Konsumpräferenzen, bleibt die staatliche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf die unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen nicht ohne Einfluß. Stets ist die Entwicklung der Marktverhältnisse sowie der Umfang und die Qualität der Dienstleistungen in übergreifende gesellschaftliche Konstellationen eingebettet (Bischoff/Detje 1989, S.83). Immer wirken die *Einkommensverteilung* sowie die Art der *wirtschafts- und sozialpolitischen Regulation* sowohl auf die Struktur der Dienstleistungen als auch auf die Qualität der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze ein (Bischoff 1988, S.38ff).

In den achtziger Jahren schritt der *sektorale Strukturwandel* weiter voran. Die neokonservative Deregulierungs- und Privatisierungsstrategie trug wesentlich dazu bei, daß sich das Entwicklungsmuster der Dienstleistungsexpansion wandelte (Bischoff/Detje 1989, S.99f). Zuvor, in den sechziger und siebziger Jahren, ging das Wachstum⁵⁰ des Dienst-

49 Der Dienstleistungsanteil kann auf Basis unterschiedlicher Daten gemessen werden. Hier bilden die institutionellen Kriterien, d.h. die Zuordnung der Betriebe zu den entsprechenden Sektoren, die Grundlage. Bei der funktionalen Gliederung, die die Erwerbstätigen entsprechend der Arbeitsinhalte zuordnet, kommt man zu einem um ca. 10% höheren Dienstleistungsanteil. Zur Unterscheidung beider Gliederungsweisen und den entsprechenden Daten der funktionalen Zuordnung vgl. Franke/Buttler (1991) S.58f und Krupp (1986), S.145.

50 Die Produktivitätsentwicklung der Dienstleistungen in der Bundesrepublik liegt leicht über der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung (Bischoff/Menard 1992, S.83). Da aber im Bereich der einfachen Dienstleistungen die Teilzeitquote höher liegen dürfte, müßte das Wachstum der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in etwa mit der Entwicklung des Beitrags zum Bruttoinlandprodukt übereinstimmen.

leistungssektors primär auf den Ausbau des Sozialstaates zurück. Staatlich unterstützt, stabilisierte sich die gesellschaftliche Infrastruktur; die Ausweitung öffentlich-staatlicher Dienste expandierte (Bischoff 1988, S.39f). Seit Anfang der achtziger Jahre haben sich die Prioritäten gewandelt. Staatliche Dienstleistungen werden zunehmend privatisiert, d.h. den Marktgesetzen überantwortet. Ihre soziale Orientierung entfällt. Hinzu kommt, daß sich selbst Betriebe, die weiterhin der Verwaltung von Staat, Bundesländern oder Kommunen unterliegen, zusehends kommerzialisieren: Ausgaben werden gekürzt, Einnahmen erhöht und die wirtschaftlichen Förderprogramme sind stark unternehmensfixiert, um die Gewerbesteuereinnahmen zu sichern. Die Reduktion sozialer Leistungen, die Gebührenanhebung, der Verkauf von Gebäuden und Grundstücken ist gerade auf der kommunalen Ebene darauf ausgerichtet, die Kostendeckungsrate zu verbessern. Dienstleistungen werden also in zunehmendem Umfang *ökonomisiert* (Häußermann 1991, S.74ff).

Heute bilden die produktionsorientierten Dienstleistungen eindeutig die dominante Kraft der Tertiarisierung. Ihre Expansion war zwar vorher schon von Bedeutung, nunmehr tragen sie aber fast allein den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft (Bischoff/Detje 1989, S.102ff). Neue, durch sie geschaffene Arbeitsplätze sind daher in hohem Maße marktbezogen und -beschränkt. Hauptsächlich expandieren daher Dienste, die ökonomisch rentabel und flexibel sind. Im Zuge mikroelektronischer Prozeßinnovationen beschleunigt sich das Wachstum produktionsorientierter Dienste: *zum einen* verlagern sich viele Arbeitsplätze aus der Produktion in den Bereich von Verwaltung und Maschinenwartung; *zum anderen* werden sie arbeitsorganisatorisch ausgelagert, d.h. an Zulieferer, Abnehmer, Leihfirmen etc. abgetreten. Die Reorganisation des kapitalistischen Reproduktionsmodus wird dabei in erheblichem Umfang von der Beschleunigung der ökonomischen Zirkulation sowie Veränderungen in der inner- und zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung geprägt (ebd., S.90ff). Mittlerweile sind etwa 80% der Dienstleistungen marktbestimmt, nur ein Fünftel der Dienste folgt sozialen Prinzipien und wird gegen geringe Gebühren oder gratis geleistet (ebd., S.101). "Besonders auffällig ist die dynamische Entwicklung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Relativ und absolut hat sich darüber hinaus auch die Zahl derjenigen Erwerbstätigen spürbar erhöht, die innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes in Dienstleistungsberufen beschäftigt sind (Tertiarisierung des sekundären Sektors)" (Franke/Buttler 1991, S.46).

Weil sich der Trend zur "Dienstleistungsgesellschaft" nicht losgelöst von der ökonomischen Akkumulation und der Produktivkraftentwicklung vollzieht, ist auch die zukünftige Arbeitswelt keineswegs als "postindustriell" anzusehen. Sicherlich sind Aussagen über ihre konkrete Gestalt umstritten. Alle Prognosen weisen jedoch darauf hin, daß sich die Tertiarisierung weiterhin fortsetzt. "Im Jahr 2010 dürften fast drei Viertel der Erwerbstätigen überwiegend Dienstleistungstätigkeiten im weitesten Sinne ausüben im Vergleich zu rd. 65 Prozent 1985" (Klauder 1990, S.32). Demgegenüber ging im verarbeitenden Gewerbe die Anzahl der Arbeitsplätze und Beschäftigten stark zurück. Waren 1970 hier noch knapp 49% der Erwerbstätigen beschäftigt, so ist bis 1989 ihr Anteil auf unter 40% gesunken (Franke/Buttler 1991, S.43). Längerfristig ist mit einem weiteren Rückgang der im sekundären Sektor vorhandenen Arbeitsplätze zu rechnen. Wird die sektorale Gliederung der US-Ökonomie, die einen enorm hohen Dienstleistungsanteil aufweist, zum Maßstab genommen, so ergeben sich für die weitere Tertiarisierung der Bundesrepublik enorme Potentiale (Krupp 1986, S.146ff).

1989 waren 56,5% im tertiären Sektor beschäftigt und trugen 56,9% zur Bruttowertschöpfung bei (Franke/Buttler 1991, S.42).

Trotz seiner Ausdehnung hat der Dienstleistungsbereich kaum Erwerbstätige aus der Gruppe der *ethnischen Minderheiten* absorbiert. Noch 1989 arbeiten von den ca. 1,7 Mio. sozialversicherungspflichtig beschäftigten "Ausländern" 62,6% im sekundären Sektor. Von den deutschen Erwerbstätigen waren es 45,8%. Deutliche Unterschiede lassen sich dabei zwischen Männern und Frauen feststellen. Während "ausländische" Männer zu 70% im sekundären Sektor beschäftigt sind, liegt der Anteil der Frauen bei 45% (55% im tertiären Sektor) (Buttler/Dietz 1990, S.104). Diese Relationen deuten bereits an, daß die positiven Effekte des Strukturwandels - die neugeschaffenen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich - weitestgehend an den "ausländischen" Beschäftigten vorbei gegangen sind. Zwar konnte der expandierende Dienstleistungsbereich einen Großteil der Arbeitsplätze, die zwischen 1974 und 1985 im produzierenden Bereich verloren gingen (ca. 1,6 Millionen), partiell ausgleichen; etwa 1,26 Millionen Arbeitsplätze, davon viele auf Teilzeitbasis, wurden neu geschaffen (Dohse 1986, S.630). Insgesamt haben die "ausländischen" Erwerbstätigen aber große Schwierigkeiten, sich am Wachstum des Dienstleistungsbereichs zu beteiligen: Arbeitsplatzverluste "im produzierenden Bereich wurden nicht durch Arbeitsplatzgewinne im Dienstleistungsbereich kompensiert. Ausländer haben im Dienstleistungssektor geringere Chancen als Deutsche, insbesondere dort, wo die Anforderungen an die Kompetenz zur Informationsverarbeitung und an die deutschen Sprachkenntnisse wachsen" (Erichsen 1988, S.18; ebenso Bach u.a. 1987, S.278).

Ungeachtet dieser offensichtlichen Schwierigkeiten war das Ausmaß von Förderprogrammen für die "ausländischen" Beschäftigten, speziell in Form von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, relativ gering (Schäfer 1988, S.42). Ihre weitere Arbeitsmarktintegration überließ man fast ausschließlich der ökonomischen Entwicklung, den entsprechenden Marktzwängen sowie der repressiven staatlichen Ausländerpolitik. Für die ethnischen Minderheiten ergibt sich daraus eine doppelt negative Beschäftigungsentwicklung:

Erstens sind sie im Vergleich zu den deutschen Beschäftigten in stärkerem Maße von der *Verengung des industriellen Arbeitsmarktes* betroffen.

Zweitens partizipieren sie unterproportional an der *Ausweitung des Dienstleistungssektors*.

Ihre Arbeitsmarktintegration ist daher blockiert. "Im verarbeitenden Gewerbe, dem Bau- und Energiesektor, also den Domänen der Ausländerbeschäftigung, werden Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet" (Schäfer 1988, S.39). Überwiegend fördert der technologische Umbruch den Abbau von einfachen industriellen Arbeitsplätzen. Häufig werden die verbleibenden Stellen zugleich umstrukturiert und qualifikatorisch aufgewertet. Auch in Zukunft ist damit zu rechnen, daß von der ökonomischen Umstrukturierung vor allem die Arbeitsplätze für ungelernete und angelernte Tätigkeiten betroffen sind, "darunter insbesondere ein großer Teil der heute von Frauen und Ausländern besetzten Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen" (Klauder 1986, S.12).

Dieser Trend soll nicht über die Zunahme der beruflichen Integration eines Teils der *zweiten und dritten Einwanderergeneration* hinwegtäuschen. Dennoch gleicht sich die Beschäftigungsstruktur der "Ausländer" nur ganz allmählich derjenigen der Deutschen an (Buttler/Dietz 1990, S.119). Bedeutsamer sind demgegenüber Entwicklungen, die die berufliche und gesellschaftliche Benachteiligung festschreiben. Für die zukünftige Arbeitsmarktintegration zeichnen sich dabei zwei Basistrends ab:

1. Wie bereits erwähnt, sind vornehmlich ethnische Minderheiten von der *Verengung des industriellen Arbeitsmarktes* betroffen. "Die Beschäftigungseinbrüche Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre trafen die Ausländer überproportional" (Bach u.a. 1987, S.278).

Von den Mechanismen der ethnischen Diskriminierung einmal abgesehen, ist ihre Verdrängung vor allem auf ihre geringe Qualifikation und die Struktur der von ihnen eingenommenen Arbeitsplätze zurückzuführen. Nicht selten befanden sie sich auf besonders konjunkturabhängigen und stark rationalisierungsgefährdeten Arbeitsplätzen (Schäfer 1988, S.41; Treibel 1990, S.94). Einmal arbeitslos geworden, konnten sie sich zudem nur schwierig wieder in das Beschäftigungssystem integrieren. In den achtziger Jahren ist "der Kompensationsmechanismus einer raschen Wiederbeschäftigung beinahe unwirksam geworden: Ihre Arbeitslosigkeit stabilisiert sich auf hohem Niveau" und liegt kontinuierlich um 50% über derjenigen der bundesdeutschen Kollegen (Schäfer 1988, S.40f). Fast schon überflüssig zu erwähnen ist, daß die ethnischen Minderheiten auch länger arbeitslos sind. Derartig negative Entwicklungen sind umso auffälliger, als das Erwerbspotential der ethnischen Minderheiten erheblich abgenommen hat: *erstens* aufgrund der Rückwanderungsschübe und *zweitens* weil viele "ausländische" Erwerbstätige, vor allem Frauen, in die stille Reserve abgedrängt wurden somit nicht als arbeitslos registriert sind (Buttler/Dietz 1990, S.112).

2. Im Vergleich hierzu sind die gegensätzlichen Entwicklungen schwach. Zu erwähnen ist allenfalls, daß die Zahl der selbständigen "Ausländer" in den letzten Jahren bis auf über 150.000 anwuchs (Schmidt 1991, S.407). Zumeist gelang ihnen der Sprung in die Selbständigkeit auf dem Gebiet kulinarischer Dienste, kleinerer Geschäfte, Taxiunternehmen etc.⁵¹ Gegenüber diesem Lichtblick verdunkeln sich die Perspektiven, wenn man die Integration in den tertiären Sektor insgesamt betrachtet: "Den 'Weg in die Dienstleistungsgesellschaft' beschreiten die ausländischen Arbeitskräfte aber - wenn überhaupt - auf untergeordneten Positionen" (Treibel 1990, S.93). Die ihnen angebotenen Arbeitsplätze sind zumeist einfache Dienste im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes sowie in der Kranken- und Raumpflege. Aufstiegsperspektiven eröffnen sich damit nur äußerst selten. In der Regel sind den Migranten und ethnischen Minderheiten die relativ sicheren und besser gestellten Arbeitsplätze in den Bereichen des Kreditwesens, des Versicherungsgewerbes, des Immobilienhandels oder in höheren Verwaltungs- und Dispositionstätigkeiten verwehrt: "Weder in den technologisch fortgeschrittenen Industrien noch im Dienstleistungssektor werden ihnen nennenswerte Chancen eingeräumt" (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.73).

Insgesamt verbessert sich die Arbeitsmarktposition der ethnischen Minderheiten nicht. Die hohe Arbeitslosigkeit, niedrige berufliche Qualifikationen und eine unsichere rechtliche Situation belasten ihre Verhandlungsmacht auf dem Arbeitsmarkt. Auf den Charakter der neu entstehenden Arbeitsplätze könnte sich dies negativ auswirken: "Die Folge dieser Benachteiligung sind Abdrängungseffekte vom offiziellen Arbeitsmarkt, d.h. der Aufbau einer überdurchschnittlich hohen stillen Reserve und möglicherweise auch eine verstärkte Beteiligung im Bereich der Schwarzarbeit und ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse" (Bach u.a. 1987, S.282).

51 Bei genauerer Betrachtung zeigt sich recht schnell der labile Charakter der Selbständigkeit. Da die Betriebe häufig auf die Bedürfnisse der ethnischen Minderheit zugeschnitten sind - und dabei als "Ergänzungsoökonomie" zur Wirtschaftsstruktur des Einwanderungslandes fungieren - müssen durch die Unternehmensgründungen nicht unbedingt gesellschaftliche Integrationsimpulse freigesetzt werden. Allerdings entwickeln sich viele der Betriebe zunehmend zu einer "Nischenökonomie", die sich gesamtgesellschaftlich ausrichtet (Heckmann 1992, S.89). Für den Schritt zur Selbständigkeit sind hauptsächlich zwei Motive verantwortlich: 1. ein "transitorisches Lohnarbeiterbewußtsein", d.h. der Traum von der Selbständigkeit, die den beruflichen Erfolg symbolisiert; und 2. der Versuch, einer unsicheren Existenz und der Arbeitslosigkeit zu entinnen (ebd., S.89f). Da es sich fast durchweg um Kleinbetriebe handelt, die Qualifikation der Betriebsgründer und die Kapitalausstattung in der Regel niedrig sind, stehen viele dieser Kleinunternehmen auf einem wirtschaftlich schwachen Fundament (ebd., S.90).

4.4.2. Differenzierungsprozesse innerhalb des Dienstleistungsbereichs - "top jobs" und "bad jobs"

Die vorangegangenen Abschnitte sollten verdeutlicht haben, daß der Übergang in die "Dienstleistungsgesellschaft" keinem einfachen und gleichförmigen Schema folgt, sondern in verschiedene nationale und regionale Kontexte eingebunden ist. Allerdings werden die Unterschiede von der globalen Restrukturierung des ökonomischen Reproduktionsprozesses überlagert. In allen Ländern des kapitalistischen Zentrums steht die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Strukturen im Zeichen der voranschreitenden Internationalisierung des Kapitals. Vor allem die großen Metropolen entwickeln sich zu weltweit vernetzten *Agglomerationszentren* (Blaschke 1992, S.96; Cohen, R. 1987, S.41f; Feagin/Smith 1990; Sassen 1993). Aufstrebende High-Tech-Industrien und das moderne Dienstleistungs- und Finanzkapital geben einen Hinweis darauf, daß sich in den "modernen" Metropolen viele gutbezahlte, dispositive Management- und Kontrollfunktionen konzentrieren (Mayer 1991, S.39). Aus Sicht der ethnischen Minderheiten ist dieser Sachverhalt aus zwei Gründen wichtig: zum einen, weil sich mit der städtischen Umstrukturierung das sektorale Arbeitsmarktgefüge verändert, wodurch hundertausende industrieller Arbeitsplätze verloren gehen; und zum anderen, weil der Anteil der "ausländischen" Bevölkerung in der Großstädten⁵² besonders hoch ist.

Regionen und Städte sind aber nicht in gleicher Weise in die weltweite Reorganisation der neuen flexiblen Produktions- und Distributionsstrukturen eingebunden. Die ungleiche ökonomische Entwicklungsdynamik führt im internationalen Maßstab zur *Neudefinition regionaler und städtischer Hierarchien*, ohne allerdings völlig neue Strukturen zu schaffen. Auch wenn sich die Resultate dieses Prozesses erst allmählich durchscheinen, ist unverkennbar, daß die Reorganisation der Städtebeziehungen an alte Hierarchien anknüpft. Viele der heute herausragenden Metropolen besaßen bereits im Fordismus Kommando- und Kontrollfunktionen. In der derzeitigen Umbruchphase bestimmen sich zu meist "nur" ihre Funktionen neu: so definiert sich ihre Rolle stärker im Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Vernetzungen, d.h. die politischen Institutionen orientieren sich noch mehr an ökonomischen "Erfordernissen", wodurch sich die städtischen "Schaltzentralen" gegenüber demokratischen Kontrollmechanismen tendenziell verselbständigen (Krätke 1991, S.38). Nicht zuletzt beschleunigte die Deregulierung des Finanz- und Kapitalverkehrs diesen Prozeß; das "worldwide sourcing" und die Zentralisierung des Kapitals erhielten einen zusätzlichen Antrieb (Krätke 1990, S.21f).

Bis zur Vereinigung prägten die interregionalen Disparitäten nur in geringem Maße die Gestalt der Bundesrepublik. So beschreibt das "Nord-Süd-Gefälle" eine allenfalls schwach verfestigte räumliche Gliederung. Wachstums- und Schrumpfungsbereiche lassen sich in allen (alten) Bundesländern finden (Esser/Hirsch 1987, S.44f). Auffälliger ist hingegen, daß die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen und Städten durch wachsende Ungleichheiten innerhalb der Metropolen selbst überlagert werden. Immer stärker machen sich in ihnen ökonomische - vor allem sektorale - Umstrukturierungen

52 Gegenüber den "traditionell" geprägten ländlichen Gebieten - der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt hier höher - übernehmen die Städte in gewisser Weise eine dynamische Vorreiter- und Signalfunktion. Die dortigen politischen Auseinandersetzungen und ideologischen Diskurse besitzen ein ungleich größeres Gewicht und übertragen sich nachfolgend auf die ländlichen Regionen. Das soll nicht heißen, daß hier geringere Integrationsschwierigkeiten bestehen. Im Gegenteil, Rassismus und Gewalt entwickeln sich hier oftmals in besonders aggressiven Formen. Unter anderem auch deswegen, weil die ländlichen Gebiete die Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierung - d.h. Enttraditionalisierung und wachsende Unsicherheiten - oft nur unzureichend kompensieren können. Überdies bleiben grundlegende gesellschaftliche Zusammenhänge und die eigenen Lebensformen häufig unhinterfragt. Asylsuchende und andere Migranten bilden daher leicht eine imaginäre Bedrohung.

bemerkbar. Häufig unterliegen diese Trends starken Weltmarktzwängen und entbehren der politischen Regulierung.

Unter den Bedingungen deregulierter Arbeits- und Sozialbeziehungen führt daher der neue Modernisierungs- und Dienstleistungsschub zu einer stärkeren Heterogenisierung und Polarisierung des Stadtgefüges. Die "postfordistische Stadt" ist mehrfach geteilt; in ihr sind in der Regel fünf Quartiere zu unterscheiden:

1. die "*Stadt der Herrschaft und des Luxus*" bezeichnet den Ort der Herrschaftsausübung, der Umsatzsteigerung und Profitaneignung;
2. in der "*gentrifizierten Stadt*" pflegen die Führungskräfte, Manager, Techniker und sogenannten Yuppies ihren demonstrativen Konsumstil;
3. die "*mittelständische Stadt*" ist das "Sicherheit" symbolisierende Wohn- und Lebensquartier der besserverdienenden Arbeiter und Angestellten;
4. die "*Mieter-Stadt*", in der die niedrig entlohnten Arbeiter und Dienstleistungsbeschäftigten wohnen. Viele von ihnen sind im 1. und 2. Quartier beschäftigt;
5. die "*aufgegebene Stadt*", in der die Verarmten und sozial Ausgegrenzten, insbesondere ein Großteil der ethnischen Minderheiten, ihren Lebensraum finden (Krätke 1991, S.74f).

Die Tatsache, daß sich direkt neben die Paläste der Reichen Raumzonen für die Armen, sozial Marginalisierten und große Teile der ethnischen Minderheiten gesellen, stellt heraus, daß die Tertiarisierung der nachfordistischen Stadt nicht in Form einer allgemeinen Aufstiegsbewegung und beruflichen Höherqualifikation erfolgt. Sicherlich profitiert eine große Gruppe von Beschäftigten vom Verlauf der ökonomischen Restrukturierung. Unbestritten ist auch, daß mit der Ausweitung der Dienstleistungen, der wachsenden Bedeutung des kommerziellen Kapitals und der weiteren Verwissenschaftlichung der Produktion viele hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Gleichfalls sind aber auch die negativen Schattenseiten des sektoralen Strukturwandels nicht zu verschweigen:

1. fallen in den Kontrollzentren Wartungs-, Reinigungs- und persönliche Bedienungsarbeiten für die gut bezahlten Angestellten an;
2. steigt die Nachfrage nach konsumbezogenen Dienstleistungen - Stichwort: "fast-food-economy";
3. nimmt auch in den schrumpfenden Industrie- oder expandierenden High-Tech-Bereichen die Leih-, Heim- und Teilzeitarbeit zu; ebenso steigt die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse und Werkverträge (Mayer 1990, S.194; ebenso Mayer 1991, S.39).

In den wichtigen "Dienstleistungsmetropolen" ist somit eine *Polarisierung des Arbeitsmarktes* festzustellen: "auf der einen Seite entstehen hochrangige und hochbezahlte Arbeitsplätze in den Bereichen Unternehmensführung, Organisation und Marketing, Finanzen und Versicherungen, Rechts- und Unternehmensberatung, EDV-Dienste, Forschung und Entwicklung, auf der anderen Seite wachsen zugleich die 'niederen' Dienstleistungs-jobs, entstehen massenhaft gering entlohnte und meist 'prekäre' Arbeitsplätze im Bereich von Bürohilfstätigkeiten, Reinigungs- und Botendiensten, und im Bereich der Gastronomie, Hotels und urbanen Freizeiteinrichtungen" (Krätke 1991, S.87).

In der Regel geht diese Polarisierung des Arbeitsmarktes in "hochrangige" und "niedere" Arbeitsplätze mit einer weiteren Spaltung einher: Damit sich der Arbeitsmarkt in dieser Form polarisieren kann, bedarf es eines hohen Arbeitskräfteangebots für gering bezahlte und unsichere Arbeitsplätze, mithin eines *hohen Sockels an Arbeitslosigkeit*. Insofern

korreliert die umrissene Arbeitsmarktpolarisierung mit der Aufteilung in Beschäftigte und Arbeitslose (Krätke 1991, S.87). Allerdings erfaßt die Aussage von der *doppelten Spaltung* des Arbeitsmarktes nur die groben Konturen sozialer Spaltungsprozesse in den modernen Finanz- und Dienstleistungsmetropolen. In welcher konkreten Form sie sich entfalten ist stets auch von sozialen und qualifikationspolitischen Maßnahmen sowie regionalen Besonderheiten abhängig.

Insgesamt sind die zwischen- und innerstädtischen Disparitäten in der Bundesrepublik nicht so stark wie in England oder den USA (Häußermann/Siebel 1987, S.146; Tränhardt 1991, S.346). Deren Entwicklungsmuster könnte sich aber durchaus auf einige deutsche Städte übertragen, denn auch hier bestehen Voraussetzungen dafür, daß für die gehobenen "Dienstleistungs"-Beschäftigten niedere persönliche Dienste erbracht werden. Bereits jetzt lassen sich Ansatzpunkte einer "*Dienstbotengesellschaft*" erkennen: "Zur Versorgung der neuen Mittelschichten sind private Dienstleistungen wie Kinderaufsicht, Wohnungsreinigung und -pflege wiedererstanden, ethnische Restaurationsbetriebe und andere Kleinstbetriebe florieren. Die Kleingewerbebereiche wiederum bauen selbst komplizierte Netze von Zulieferern und Vertreibern auf. Man kann also nicht mehr nur von einer Renaissance des alten Kleinbürgertums sprechen, sondern von neuen Produktionsverhältnissen, in denen Kleinbetriebe und Dienstleister eine andere organische Bedeutung haben. Die gesamte Produktionsweise ist auf die Vielfalt dieser Arbeitsmarktsegmente angewiesen" (Blaschke 1992a, S.26).

In dem Maße, wie der internationale Devisen- und Immobilienhandel, Warentermingeschäfte, Kreditinstitute und Versicherungsanstalten an Bedeutung gewinnen, verknüpft sich auch in Deutschland das internationale Finanzkapital mit der "Einwanderung von Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern" (Feagin/Smith 1990, S.74; Häußermann/Siebel 1991, S.363). Gleichzeitig schreitet die Deregulierung arbeits- und sozialrechtlicher Sicherheiten und die Flexibilisierung der Produktionsorganisation weiter voran. Ferner mehren sich im Zuge des Vereinigungsprozesses die Stimmen, die die Verbindlichkeit von tariflichen Vereinbarungen aufheben wollen (Düwell 1992, S.86).⁵³ Wachsende soziale Regulierungsprobleme und Verteilungskonflikte sind insofern der oberflächliche Ausdruck einer "*schleichenden Amerikanisierung*" der deutschen Großstädte. Härtere ethnische Konflikte und eine zunehmende - fast schon "alltägliche" - Brutalität lassen vermuten, daß die "Angst- und Haßgesellschaft" (O'Conner 1992, S.474) kein Privileg der USA ist. In der Bundesrepublik bereiten drei Tendenzen dieser Perspektive den Weg:

1. die Internationalisierung der Ökonomie, aufgrund derer sich Kapital und hohe Einkommen in den städtischen Dienstleistungszentren konzentrieren;
2. die neokonservative Deregulierung, in deren Folge sich soziale Sicherheiten verringern bzw. kostspieliger werden (Abbau gesetzlicher Schutzmaßnahmen, von Sozialleistungen etc.);
3. die hohe Arbeitslosigkeit und verschärfte Arbeitsmarktkonkurrenz im Bereich niedrig entlohnter und gering qualifizierter Dienstleistungsjobs. Aus zwei Gründen drängeln sich immer mehr Arbeitsmigranten, Arbeitslose, Aussiedler und Asylberechtigte auf diesem Arbeitsmarkt: *erstens* sind im industriellen Sektor ihre Beschäftigungsmög-

53 Die Diskussion über "unverbindliche" Tarifverträge - der Vorschlag stammt von einer von der Bundesregierung eingesetzten Deregulierungskommission - wird vor allem von den mittelständischen Unternehmern und Teilen der Bundesregierung lanciert. Siehe hierzu auch die FR vom 6.11.92 "Tarifverträge sollen nur noch 'flexible Preisempfehlung' sein" sowie die FR vom 1.12.92 "Experte nennt Öffnungsklauseln für Tarifverträge verfassungswidrig".

lichkeiten stark eingeschränkt; und *zweitens* übernehmen zumeist nicht-qualifizierte Arbeitskräfte die einfachen Dienste (Blossfeld/Mayer 1991, S.688). Somit kommen hierfür primär die Angehörigen ethnischer Minderheiten in Frage.⁵⁴

Dem peripheren Dienstleistungsbereich sind nicht nur persönliche und verbrauchsorientierte, sondern ebenso die niederen, häufig aus der Produktion ausgelagerten Dienstleistungen zuzurechnen: risikobesetzte Kleinbetriebe, Reinigungsfirmen, Wachdienste etc. Dies in Rechnung gestellt, sind im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktveränderungen sowie den arbeitsrechtlichen und migrationspolitischen Regulierungsmaßnahmen erste Ansätze und Konturen eines neuen flexibilisierten Gastarbeitersystems erkennbar (Blaschke 1992a, S.26): "Ein ganzes Regelwerk hat die Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren verhandelt und erlassen, um dem erwarteten Wanderungsdruck aus Mittel- und Osteuropa mittels einer 'Kanalisation durch gesteuerte, befristete und begrenzte Zulassung' zu begegnen" (Fischer, A. 1992, S.53). Die Hauptelemente des Regelwerks bilden die Arbeitserlaubnis für Grenzgänger, quantitativ unbedeutende Gastarbeiter-Kontingente in Verbindung mit Qualifikationsprogrammen sowie Werkverträge und Saisonarbeit (ebd., S.54ff; siehe auch Abschnitt 3.3.2.).

Der zuerst genannte Faktor - der große Reichtum der "oberen Dienstleister - fördert die wachsende Nachfrage nach persönlichen Diensten. Hausmädchen und Dienstboten entwickeln sich für die wohlhabenden Bevölkerungsgruppen zusehends zum "postmodernen Schick". Vielfach gehören sie zum festen Bestand neureicher Lebensstile und kultureller Distinktionsmechanismen. Aber nicht nur hoch bezahlte Dienstleistungsbeschäftigte leisten sich diesen Luxus. Auch "Yuppies" und "Dinkies", die über ein geringeres Einkommen verfügen, wollen Reichtum symbolisieren und kopieren diesen Lebensstil: "Sie beschäftigen Haushaltshilfen, die sie aber nicht tarifgemäß bezahlen." Sie "essen in ethnischen Restaurants, kaufen in kleinen Ökoläden, heizen den Baumarkt an und nutzen eine Vielzahl von Freizeit- und Kultureinrichtungen" (Blaschke 1992a, S.26). Zwei Effekte sind hiermit verbunden: 1. entstehen Arbeitsplätze in einem *neuen Kleingewerbe*, das zumeist mit einem hohen Beschäftigungsrisiko, geringen Gewinnspannen und einem flexiblen Personaleinsatz operiert (ebd.); 2. stärken die neuen Arbeitsplätze im unteren Dienstleistungssektor die *Pull-Faktoren für weitere Einwanderungsprozesse*.

Der zweite Faktor - die Deregulierungspolitik - liefert sowohl für einen Teil dieser Dienste als auch für die niederen produktionsorientierten Dienstleistungen die notwendigen *sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen*. Ähnlich wie in einigen Regionen der "Dritten Welt" bilden sich auch in den Metropolen des kapitalistischen Zentrums in zunehmendem Maße arbeitsintensive und informalisierte Produktionsformen heraus. Es wird "ein ganz analoges Sortiment prekärer Arbeitsverträge geschaffen; sog. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Versicherungspflicht"; vorgesehen sind weder Sozial- und Krankenversicherung noch eine gewerkschaftliche Interessenvertretung (Mayer 1990, S.194). Die Deregulierung ist für die Expansion der peripheren Dienstleistungen, speziell der konsumorientierten Dienste, deswegen so wichtig, weil sie dazu beiträgt, die schwache Produktivität dieser Bereiche durch niedrige Löhne und flexible Arbeitseinsätze zu kompensieren (Häußermann/Siebel 1991, S.363).

Der dritte Faktor - die neue Einwanderung - schafft auch von der Angebotsseite des Arbeitsmarktes her die Bedingungen für die Expansion einfacher Dienste. Durch sie stehen

54 Zwar kann auf der Grundlage empirischer Daten, die sich auf die deutschen Beschäftigten beziehen, die Herausbildung eines neuen Dienstleistungsproletariats bislang noch nicht bestätigt werden. Unter den "Ausländern" nimmt die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten jedoch leicht zu (Blossfeld/Mayer 1991, S.692f).

für die niedrig entlohnten und unsicheren Beschäftigungsverhältnisse genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Druck der "stillen Reserve" - vormals überwiegend "un"-beschäftigte Hausfrauen - erhöht sich. Eingewanderte Arbeitskräfte verstärken die *Arbeitsmarktkonkurrenz* und werden zunehmend für *Deregulierungsbestrebungen* instrumentalisiert. Ihre hohe und lange Arbeitslosigkeit, instabile Beschäftigungsverhältnisse und schrumpfende Arbeitsmarktchancen in der Industrie betreffen auch die nachfolgenden Generationen der Arbeitsmigranten (Seifert 1992, S.687).

Alle drei Bedingungen deuten darauf hin, daß sich mit der neuen Migration eine "zweite Unterschichtung" des Arbeitsmarktes anbahnt. Denn trotz der hohen Arbeitslosigkeit gehen von den Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes Sogwirkungen auf weitere Einwanderungsprozesse aus. Durch sie werden Arbeitsmigranten angezogen, "die nur über geringe Qualifikationen verfügen und im Bereich einzelner Dienstleistungen, vor allem in der sog 'Untergrundwirtschaft' eingesetzt werden. Dies fördert wiederum - zumindest indirekt - Formen der 'irregulären' oder 'illegalen' Immigration, den Abbau von Rechtsicherheit, die Entwicklung von Bevölkerungsgruppen ohne soziale Schutzrechte und eine 'neue' Unterschichtung" (Schulte 1992, S.32f). Zu erwarten ist dabei, daß prekäre Beschäftigungsverhältnisse, disparate Arbeitsplatzstrukturen, heterogene ethnische Gruppen unterschiedlichster Herkunft etc. den bereits bestehenden Tendenzen *gesellschaftlicher Desintegration* zuarbeiten.

Allerdings bestehen hinsichtlich der zunehmenden Migration und deren Wirkung auf die Arbeitsmarktentwicklung für die Bundesrepublik gegenwärtig noch mehr Vermutungen als gesicherte Erkenntnisse. *Erstens* verlaufen diese Prozesse innerhalb statistisch schwer erfaßbarer Gesellschaftsbereiche. Weitestgehend unreguliert, spielen sie sich zum Teil in der Schattenökonomie ab, besitzen häufig einen informellen Charakter und bleiben dadurch unregistriert. *Zweitens* sind die Wirkungen der neuen Migration nur ansatzweise zu erkennen. Der längerfristige Verlauf der beruflichen Entwicklung und gesellschaftlichen Integration neuer Migranten ist nicht unmittelbar aus dem Eintritt in bestimmte Arbeitsmarktbereiche abzuleiten. *Drittens* hängt die Arbeitsmarktintegration nicht bloß von ökonomischen Faktoren (z.B. der konjunkturellen Entwicklung), sondern auch von institutionellen, rechtlichen, politischen etc. Entwicklungen ab. Diese sind aber umkämpft, somit prinzipiell offen und mit vielen Vorbehalten versehen.

4.4.3. Soziale Polarisierung in deutschen Großstädten - die Beispiele Berlin und Frankfurt

Mit der massenhaften Immigration entsteht in den Metropolen der USA und Europas ein Reservoir billiger und leicht manövrierbarer Arbeitskräfte (Feagin/Smith 1990, S.73; Mayer 1990, S.194). Noch findet die Entwicklung zu einer marktgesteuerten Dienstleistungsgesellschaft, in der sich "top jobs", "bad jobs" und Einwanderungsprozesse wechselseitig stützen, vornehmlich in den USA statt. Entsprechend konzentriert sich die Literatur über den gespaltenen Dienstleistungssektor mit harten sozialen Polarisierungen auf US-amerikanische Zustände (Bischoff/Menard 1992; Capelleveen 1989; Ehrenreich 1992; Feagin/Smith 1990; Sassen 1993).

Vor nicht allzu langer Zeit - Ende April, Anfang Mai 1992 - offenbarten sich in Los Angeles die Konsequenzen der sozialen Verarmung und gesellschaftlichen Desintegration in aller Schärfe. Ethnische Konflikte und gesetzloses Handeln eskalierten bis hin zur brutalen Gewalt (Keil 1992; Mayer 1992). Unübersehbar, alte und neue Einwanderergruppen

haben sich nur äußerst mangelhaft in die US-Gesellschaft integriert.⁵⁵ Konnte der liberale Wohlfahrtsstaat in den Jahrzehnten zuvor die größten Konflikte noch überdecken, so wurden ihm in den achtziger Jahren diese Möglichkeiten durch die Privatisierung staatlicher Aufgabenbereiche und Strategien einer unternehmerischen Stadtpolitik sukzessive beschnitten. In der Folge treten markante gesellschaftliche Spaltungen und Destabilisierungen hervor (Häußermann/Siebel 1993, S.16ff).

Zwar kann die skizzierte Stadtentwicklung - besonders die exzessiven ethnischen Konflikte und die brutale Gewalt - nicht einfach auf westeuropäische und deutsche Verhältnisse übertragen werden; sie ist aber auch nicht auf die US-amerikanische Gesellschaft beschränkt. In manchen europäischen (London, Paris) und deutschen Großstädten bahnen sich ähnliche Prozesse an (Häußermann/Siebel 1987, S.90; Krätke 1990, S.15ff).⁵⁶ Mit der Migration aus dem Süden "entgrenzt" sich die "Dritte Welt" und erreicht zunehmend auch Westeuropa: "Es besteht bereits Anlaß, vor einer 'schleichenden Apartheid' im 'Dickicht der Großstädte' zu warnen, vor einer Ethnisierung sozialer Spannungen, die durch die traditionellen Integrationsagenturen, die Kirchen, Gewerkschaften und liberalen Parteien, nicht mehr aufgefangen werden können. Dies gilt für Paris, Brüssel oder London, die Hauptstädte der letzten Kolonialreiche, in besonderem Maße. Aber auch in anderen Ländern Westeuropas, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, zeigt sich, daß zur Zeit eine Internationalisierung der Landflucht in der Dritten Welt, ihre Verlängerung in den Norden hinein, in vollem Gange ist" (Brock 1992, S.21).

Das warnende Beispiel amerikanischer Großstadtverhältnisse greift für die Bundesrepublik nur in modifizierter Perspektive. Hier propagiert die neokonservative Modernisierung nicht einfach den staatlichen Rückzug von sozialintegrativen Aufgaben. Zugleich tritt sie für die Stärkung staatlicher Zwangselemente ein und wertet tradierte Orientierungen auf. Ethnische und nationale Identitäten vermitteln sich damit stärker über den Staat: Zunächst instrumentalisiert die Regierungspolitik die neue Einwanderung für die Transformation des *korporativen Wohlfahrtsstaates*. Sozialregulative Institutionen lösen sich auf; unsichere Berufsbiographien, prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse nehmen zu. Anschließend tragen diese Entwicklungen zusammen mit dem schwindenden gesellschaftlichen Gerechtigkeitsgefühl und fehlenden alternativen Reformansätzen mit dazu bei, daß sich die Ohnmacht der Verlierer vermehrt in Gewaltakzeptanz und "aggressiver Apathie" entlädt. Häufig sind Einwanderer, Ausländer und Asylsuchende die Opfer; für viele sind die Ursache der Problemkumulation (Jaschke 1992, S.1439).

Harte soziale Polarisierungen sind in deutschen Großstädten bislang allenfalls ansatzweise festzustellen. Noch ist das arbeits- und sozialrechtliche Regulierungssystem recht dicht geknüpft. In Bezug auf die Integration der Migranten wirkt die staatliche Regulierungsdichte - korporativer im Gegensatz zum liberalen Wohlfahrtsstaat wie in den USA, in Kanada oder Australien (Heinelt/Lohmann 1992, S.20ff) - jedoch *ambivalent*: *Einerseits* schränkt die ethnisch hergeleitete Staatsbürgerschaft die sozialen Ansprüche ein; der korporative Wohlfahrtsstaat *schottet sich* gegenüber der Einwanderung *also tendenziell ab* (ebd, S.22). Andererseits wandelt sich die Situation aber dann, wenn die nationale Be-

55 Die US-amerikanische Migrationspolitik zeichnet sich durch Kurzsichtigkeit aus: Grenzöffnung bei fehlenden gesellschaftlichen Integrationskonzepten ebnet scharfen sozialen und ethnischen Konflikten den Weg. Innovationsfördernden Effekten der Einwanderung stehen hohe soziale Kosten gegenüber. Zumeist werden sie den Marginalisierten selbst aufgebürdet. Der universelle Anspruch der "liberalen Einwanderungspolitik" (Tenbrock 1991) erweist sich somit vielfach als Trugbild; vielfältige Ausgrenzungs- und Gewaltverhältnisse beherrschen die Szenerie (Häußermann/Siebel 1993, S.12).

56 Für die japanischen Großstädte gelten vergleichbare Entwicklungen. Auch dort drängen immer mehr legale und illegale Einwanderer in die unteren Bereiche des stark segmentierten und deregulierten Arbeitsmarktes (Sassen 1991, S.241ff).

schränktheit sozialstaatlicher Regulierungsinstrumentarien aufgegeben wird. Im Vergleich zu den "liberalen" Einwanderungsländern wären aufgrund der stärkeren Ausprägung sozialstaatlicher Regulationsformen bessere Ausgangsbedingungen für eine *sozial-integrative Migrationspolitik* gegeben (Oberndörfer 1991, S.88).

Allerdings kommen die positiven Elemente korporativer Nationalstaaten derzeit nicht zur Geltung, da die ethnischen Inklusions- und Exklusionkriterien sich weiter verhärten. Paradoxerweise hat dies zur Konsequenz, daß die Erosion des Wohlfahrtsstaates weiter voranschreitet. Denn die gesellschaftliche "Amerikanisierung" wird durch das Zusammenspiel von sozialpolitischer Deregulierung und anhaltender - wachsend illegaler - Migration fortgesetzt (Heinelt/Lohmann 1992, S.25f). Nachteilige Konsequenzen liegen auf der Hand: durch primär marktbezogene Vergesellschaftungs- und Integrationsprozesse schwächt sich die Segregation von Einwanderern und ethnischen Minderheiten keineswegs ab. Im Gegenteil, sie verfestigt sich.

Am Beispiel von *Berlin* und *Frankfurt* lassen sich die Wirkungen, die mit der gesellschaftlichen Restrukturierung und Immigration einhergehen, exemplarisch umreißen. Besonders rasant dürfte sich in den nächsten Jahren die städtische Neuordnung in Berlin entwickeln. "Der Ausbau der Stadt zu einer wirtschaftlichen und politischen Direktionszentrale ('Dienstleistungszentrum' und Regierungssitz)", wird mit einer ungeheuren Dynamik betrieben (Borst 1992, S.25; Fischer, M. 1992; Krätke 1991, S.81). Vor der Vereinigung bildete die Region noch ein *Industriezentrum* mit einem relativ geringen Anteil privatwirtschaftlicher und produktionsorientierter Dienstleistungen. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der deutschen Vereinigung gewinnt Berlin für die osteuropäischen Märkte nun aber eine strategisch wichtige Funktion, so daß die *Tertiarisierung* und *Deindustrialisierung* der Stadt forciert wird (Krätke 1991, S.83ff). Zugleich hinterläßt der deutsche Umbruch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit; in den Lohnrelationen entsteht ein starkes West-Ost-Gefälle. Parallel zur Tertiarisierung formiert sich daher ein starker Strom von Arbeitspendlern. Außerdem verlagern viele ihren Wohnort ganz in die westlichen Landesteile.

Beide Elemente zusammen, der *städtische Umbau und Strukturwandel* sowie die wachsende *Migration* aus Gebieten der ehemaligen DDR oder Osteuropas, fördern die soziale Polarisierung innerhalb der Stadt: "Die sog. Armutswanderung aus Osteuropa hat in Berlin das schnelle Aufblühen eine 'Schattenwirtschaft' bereits deutlich sichtbar werden lassen. 'Hütchen'-Spieler, Straßenverkäufer, Bettler und Schwarzhändler gehören in der Innenstadt längst zur normalen Straßenszene. Aktuelle Schätzungen besagen, daß sich in Berlin künftig 100-200.000 Personen (revolvierend) mit 'informellen' Wirtschaftsaktivitäten bzw. Gelegenheitsjobs aller Art durchschlagen werden, d.h. ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis für Niedriglöhne z.B. im Reinigungs- und Gaststättengewerbe und in privaten Haushalten 'schwarz' arbeiten. Hauptsächlich im Dienstleistungssektor wurden in den letzten Jahren Vollarbeitsplätze zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen abgebaut, von denen etwa die Hälfte den sog. ungeschützten, sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen zuzurechnen ist" (ebd., S.87). Obwohl diese Schilderung amerikanisch klingt (eindrucksvoll nachzulesen bei Ehrenreich 1992, S.196ff), bezieht sie sich doch auf die deutsche Realität. Dabei schlägt sich der Umbruch Berlins (ökonomische Dynamisierung, Tertiarisierung und Deregulierung) nicht nur auf die Situation der Migranten negativ nieder. Auch anderen Gruppen, vor allem vielen Frauen, droht die soziale Marginalisierung. Denn indem sich der Arbeits- und Wohnungsmarkt ökonomisiert, richtet er sich demonstrativ auf die reiche Bevölkerung aus und grenzt soziale Randgruppen noch stärker aus als zuvor (Borst 1992, S.26ff; Fischer, M. 1992, S.159ff).

Berlin ist kein Einzelfall. Unter Berücksichtigung zumeist verschwiegener Dimensionen der Verarmung in der deutschen Wohlstandsgesellschaft weisen Studien und Berichte von Sozialexperten "auf die Wahrscheinlichkeit von Slums und Armutsgghettos in deutschen Großstädten" hin (Schworck 1992, S.530). Gleichartige Tendenzen lassen sich demnach auch in anderen deutschen Großstädten, z.B. in Frankfurt beobachten (Freyberg 1992; Koch 1992). Auch hier wandelten sich gravierend die Arbeitsplatzstrukturen und damit auch die Qualifikationsanforderungen. Vor allem zwischen den Sektoren haben sich die Gewichte verschoben: das verarbeitende Gewerbe nahm einen starken Verlust von Arbeitsplätzen niederer Qualifikation hin, während sich der tertiäre Sektor polarisierte (Koch 1992, S.46f). In Branchen mit bereits bundesweit niedrigen Löhnen und Gehältern - z.B. Einzelhandel, Heimbetreuung, Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung, Gesundheitsberufen etc. - liegt das Einkommensniveau in Frankfurt "ungeachtet der höheren Lebenshaltungskosten um oder unter dem Landesdurchschnitt. Zudem lassen sich gerade in den Branchen mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen hohe Anteile an extrem ungeschützter Beschäftigung vermuten" (Bartelheimer 1992, S.32).

Es nahmen also nicht nur die höher qualifizierten Dienstleistungsjobs zu; primär expandierte der Bereich niederer Dienste. Nicht nur der Zuwachs an Teilzeitarbeit spricht hierfür, auch der Anstieg ungeschützter Beschäftigungsformen unterhalb der Sozialversicherungspflicht legt eine solche Einschätzung nahe (Freyberg 1992, S.55). Obwohl diese Jobs statistisch nicht erfaßt werden, ist zu vermuten, daß viele von ihnen von ausländischen Arbeitskräften erfüllt werden: Denn während ihr Anteil an der Wohnbevölkerung zwischen 1980 und 1990 auf von 21,4 auf 24,3 Prozent anwuchs, sank im gleichen Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten "Ausländer" (Freyberg, S.55; Hausmann 1991, S.441). Sicherlich fördern auch andere Faktoren die Expansion einfacher Dienste, so die demographische "Normalisierung", die Zunahme von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve etc.. Für die Befriedigung der wachsenden Arbeitskräftenachfrage in diesem Bereich scheint die eingewanderte Bevölkerung aber wie geschaffen.

Wie die Arbeitsmarktdaten sind auch die des Wohnungsmarktes nicht immer eindeutig zu interpretieren. Insgesamt legen aber auch hier die empirischen Befunde den Schluß nahe, daß sich der Wohnungsmarkt zunehmend polarisiert (Freyberg 1992, S.62ff). Veränderte Wohnpräferenzen (mehr Single-Haushalte und größere Wohnungen für Besserverdienende), die neue Einwanderung und der regierungspolitische Totalausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau von 1986 (Riege 1992; Schworck 1992, S.531) führten zu einer allgemeinen Verknappung an preisgünstigen Wohnungsangeboten. Obdachlosigkeit, privater Unterschlupf sowie Not- und Sammelunterkünfte sind an der Tagesordnung. Vor allem Um- und Aussiedler, anerkannte Asylbewerber und "Ausländer" haben es schwer, sich auf dem Wohnungsmarkt durchzusetzen (Schworck 1992, S.532f). Für bestimmte Bevölkerungsgruppen kumuliert sich in wichtigen Lebensbereichen *die Unterversorgungslage*: zu den Problemen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt gesellen sich geringere staatliche Leistungen und somit eingeschränkte kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Situation in Frankfurt wirft ein Licht auf den *Charakter* der neuen sozialen Polarisierung. Sie breitete sich trotz einer Phase anhaltender - wenn auch schwach ausgeprägter - ökonomischer Prosperität selbst in den modernsten Dienstleistungszentren aus: z.B. im Rhein-Main-Gebiet, immerhin "eine Region, die auf Platz 1 in Europa gesetzt wurde" (Jordan 1992). Gerade Frankfurt "diente in den letzten Jahren der alten Bundesrepublik als Leitbild für eine erhoffte neue Phase 'modernen' städtischen Wachstums, das sich auf die 'Zukunftsbranchen' Verkehr, Kredit, unternehmensorientierte Dienstleistungen und High-Tech-Forschung stützt" (Bartelheimer 1992, S.30). Kennzeichen der neuen städti-

schen Ungleichheiten ist also, daß hinter dem Lack der Fassaden, hinter Glamour und postmoderner Ästhetik schreiende Widersprüche aufscheinen: soziale Verelendung, slumartige Zustände, Aussichtslosigkeit und Gewalt prägen den Alltag einer wachsenden Bevölkerung, aus deren Perspektive der glitzernde städtische Reichtum zur zynischen Kosmetik verkommt.

Angesichts der wirtschaftlichen Rezession droht die soziale Polarisierung nunmehr noch krasser hervorzutreten. Risikogruppen können bereits heute relativ leicht ausgemacht werden: "Jugendliche der unteren sozialen Schichten mit geringen Ausbildungschancen finden immer weniger adäquate Berufsmöglichkeiten in Frankfurt - der Strukturwandel der Frankfurter Wirtschaft hat für diese Gruppe den sozialen Aufstieg über eine mittlere berufliche Qualifikation deutlich verschlechtert. Die Frankfurter Jugendlichen aus den Familien der ehemaligen 'Gastarbeiter' sind sicher eine Gruppe, bei der sich deshalb Armutsrisiken häufen. Gleiches gilt für die im sekundären Sektor beschäftigten ausländischen Erwachsenen, da die Fertigungsbereiche weiter schrumpfen werden" (Freyberg 1992, S.65). Im Zuge des weltmarktorientierten Umbruchs werden die ethnischen Minderheiten zunächst aus verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes verdrängt. Anschließend folgt die Ausgrenzung aus bestimmten Stadt- und Wohngebieten: "Ballungsräume sind Einwanderungsräume. Doch in ihnen verwandelt sich Immigration in Segregation, und da viele ImmigrantInnen nicht arbeiten können oder nicht arbeiten dürfen, wird sie zum Armutspotential. Es findet also ein Konzentrationsprozeß nichterwerbsfähiger AusländerInnen statt, der sich auch in der Sozialhilfestatistik niederschlägt" (Bartelheimer 1992, S.33).

Offen bleiben muß jedoch die Frage, ob die Polarisierung einer *Eskalationslogik* folgt, oder ob sie *politisch begrenzt* werden kann, ihr also entgegengewirkt wird. Die Antworten hierauf dürften wesentlich davon abhängen, ob die andauernde Umstrukturierung des Arbeitsmarktes durch ein festgestricktes Netz der sozialen Regulation begleitet wird, oder ob sie weiterhin im Zeichen von Deregulierung und Flexibilisierung steht. Der *Arbeitsmarkt* ist deswegen entscheidend, weil der Zugang zu ihm und die dort gegebenen Berufschancen das Grundmuster der Sozialstruktur umreißen; unter anderem auch die Gestalt der sozialen Polarisierung und die Verteilung der Armut: "Die jeweilige Stellung auf dem Arbeitsmarkt und die Veränderungen des Arbeitsmarktes sind für die in abhängiger Stellung Arbeitenden zentrale Instanz ihrer Zuteilung von Ressourcen, Risiken, 'Lebenschancen' und insgesamt ihrer Position in der Hierarchie gesellschaftlicher Ungleichheit" (Heckmann 1992, S. 78).

Kommt es im Bereich der prekären Arbeitsverhältnisse und in den unteren Dienstleistungen zu politischer Gegenwehr, so bleibt sie zumeist isoliert. Gerade in diesem Beschäftigungsbereich sind unter dem Einfluß der nachlassenden Reichweite gewerkschaftlicher Organisationsmacht, solidarische Strategien kaum umsetzbar (Schneider 1991, S.452). Nur selten werden Individualisierung und Konkurrenz überwunden. Wenn doch, dann setzen sich häufig ausschließende, d.h. ethnische "Solidaritäten", durch. Zum Teil direkt (Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc.), oftmals aber nur indirekt von den negativen Folgen der Modernisierung betroffen (diverse Unsicherheiten und Risiken), verarbeiten immer mehr Menschen die drängenden Probleme ethnisch, ausländerfeindlich oder rassistisch. Zunehmend machen Ausländer "die Erfahrung, daß die Übersiedler und die deutschstämmigen Aussiedler, die nicht selten besonders ausländerfeindlich sind, ihnen bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche vorgezogen werden" (ebd.).

4.4.4. Integration und Konkurrenz - zu den Perspektiven der "alten" und "neuen" Migrationspopulation

Der gesellschaftliche Strukturbruch betrifft die diversen Migrantengruppen und ethnischen Minderheiten auf unterschiedliche Art und Weise. Zugleich bestehen zwischen den ausgegrenzten Gruppen wachsende soziale Spannungen und Konkurrenzbeziehungen. In Anbetracht der anhaltenden gesellschaftlichen Umstrukturierung und der neuen Migration ist davon auszugehen, daß sich der Kampf um die besseren Integrationsmöglichkeiten zuspitzt (Bade 1992d, S.444). Schon seit längerem schließen die verschiedenen in die Bundesrepublik eingewanderten Bevölkerungsgruppen "gegeneinander die Reihen: italienische gegen türkische Einwanderer, ehemalige Gastarbeiter gegen DDR-Flüchtlinge, Übersiedler aus der DDR gegen polnische Übersiedler, Aussiedler gegen Spätaussiedler. Dies erfolgt in der Hoffnung, durch eine Abgrenzung die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft zu demonstrieren - was aber nicht immer funktioniert, wie die Anfeindungen gegenüber der türkischen Minderheit in West-Berlin durch Ost-Berliner zeigt. In deren Augen zählt das Kriterium 'Deutsch-Sein' mehr als das der Langansässigkeit" (Treibel 1990, S.165). Neben dem Kriterium der *ethnischen Zugehörigkeit* prägen auch Fragen des *ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzens* die Hierarchie zwischen den verschiedenen Migrantengruppen (Just 1991, S.76ff). Im folgenden sollen für die *Arbeitsmigranten, Asylsuchenden, Aussiedler* und in geringerem Umfang auch für die Migranten und Pendler aus Ostdeutschland die Perspektiven ihrer gesellschaftlichen Integration grob umrissen werden.

Zwar sind die Kriterien, nach denen sich der Integrationsgrad bemißt, nicht einfach zu bestimmen, in der Regel werden aber zwei Dimensionen des Integrationsprozesses unterschieden: zum einen die *sozialstrukturelle Position*, die sich aus der materiellen Arbeits- und Lebenssituation - d.h. aus den Chancen im Schulsystem, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bezüglich der sozial- und rechtsstaatlichen Partizipationsmöglichkeiten - ergibt; zum anderen die *kulturellen und kommunikativen Annäherungen* zwischen der einheimischen und eingewanderten Bevölkerung. Das "Minoritätenparadigma" hob stark die Bedeutung von Alltagskulturen und Gruppenidentitäten hervor, um das konkrete Selbstverständnis handelnder Menschen als ein wichtiges Element ihres Eingliederungsprozesses integrationstheoretisch zu erfassen (Berger 1990, S.127ff). Während sich also die sozialstrukturelle Dimension auf die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Vorleistungen seitens der Aufnahmegesellschaft bezieht, berücksichtigt die zweite Dimension die aktive Rolle, die die Einwanderer - aber auch die einheimische Bevölkerung - im Integrationsprozeß einnehmen (Auernheimer 1990, S.90).

Auf der kulturellen Ebene können mehrere Formen der Integration unterschieden werden: 1. die Akkomodation (funktionale Lern- und Anpassungsprozesse, z.B. die Aneignung von Sprache, Verkehrsregeln etc.); 2. die Akkulturation (Vorlieben, Werte, Überzeugungen, Selbstidentitäten, Lebensstile etc.); und 3. die Assimilierung (völlige Angleichung). Viele Integrationsmodelle sehen die sprachliche, kulturelle und identifikative Eingliederung - die Assimilationsdimension - zumeist nur als eine Angleichungsleistung seitens der Migranten (Auernheimer, S.91). Zwar scheint diese Einschätzung auf den ersten Blick voll den realen gesellschaftlichen Verhältnissen zu entsprechen; letztlich erweist sie sich jedoch als verkürzt und reproduziert nur das bestehende Dominanz- oder Unterdrückungsverhältnis. Die kulturalistische Oberflächlichkeit dieser Perspektive besteht darin, daß die bestehenden Integrationsprobleme falsch eingeordnet werden: sie erscheinen als Orientierungs- und Identifikationsdefizit der Migranten und ethnischen Minderheiten.

Eine größere Erklärungskraft entfalten demgegenüber Betrachtungen, die die mangelnde Integration nicht primär aus der fehlenden Bereitschaft der Migranten, sondern aus den Ausgrenzungs- und Repressionsformen der Aufnahmegesellschaft herleiten. Endlich sind nämlich deren Strukturen, einschließlich des Verhaltens der autochthonen Bevölkerung, für die Integration von entscheidender Bedeutung.⁵⁷ Verstärkt müssen deshalb die Veränderungen ins Auge gefaßt werden, die sich im Zuge des Einwanderungsprozesses im *Selbstverständnis* der einheimischen Bevölkerung vollziehen. Im Vergleich zu deren relativ selbstbewußter Grundhaltung, transformieren sich die Identitäten und Orientierungen der Migranten in starkem Maße fremdbestimmt. Freilich lassen sich die individuell-subjektiven Identitäten nicht aus der gesellschaftlichen Situation "ableiten"; genauso wenig entwickeln sie sich aber unabhängig von ihr. Kulturformen, Werthaltungen, Orientierungen und Identitäten sind stets materiell fundiert. Neben spezifisch individuellen Verarbeitungsweisen fließen vielfältige diskursive Praktiken und der Verlauf sozialer und politischer Konflikte in sie ein.

Bereits zu Beginn des Kapitels wurde die Situation für die Gruppe der Arbeitsmigranten einschließlich ihrer zweiten und dritten Generation umrissen. Von einigen abweichenden Tendenzen und einer stärkeren inneren Differenzierung der *ethnischen Minderheiten* einmal abgesehen, hat sich ihre berufliche, rechtliche und gesellschaftliche Stellung im wesentlichen verfestigt. Auf absehbare Zeit dürfte es nur vereinzelt zu beruflichen Aufstiegsprozessen kommen. Immer noch besteht gegenüber der deutschen Bevölkerung ein enormes Qualifikationsgefälle (Buttler/Dietz 1990, S.119). Überdies drohen die neue Einwanderung und der beschleunigte gesellschaftliche Strukturwandel, die alten, bereits schmalen Integrationswege weiter zu verengen. Die Arbeitsmigranten bekommen mit der neuen Migration - "Übersiedler" aus Ostdeutschland und Aussiedler - eine starke Konkurrenz im Bereich von Arbeitsplätzen, Wohnraum, Kindergartenplätze etc. Viele der neuen Migranten besitzen gegenüber den ethnischen Minderheiten bessere berufliche Qualifikationen. Gute deutsche Sprachkenntnisse in Wort und Schrift sind entweder bereits vorhanden, oder werden schnellstens über Intensivsprachkurse vermittelt. Dies ist umso wichtiger, als auf dem Weg in die "Dienstleistungsgesellschaft" kommunikative Fähigkeiten zum Teil aufgewertet werden (Hausmann 1991, S.443).

Zu vermuten ist also, daß sich für die "alten" Arbeitsmigranten mit der Belastung des Arbeitsmarktes, des Sozialstaats und mit der verstärkten sozialen Polarisierung, der härteren Konkurrenz und dem wachsenden Rassismus die beruflichen Aufstiegschancen und gesellschaftlichen Integrationsmöglichkeiten in den nächsten Jahren eher verringern. Sie sind damit einem größeren Verdrängungsdruck ausgesetzt. Allerdings steht der *Verdrängungsthese* auch eine andere Position gegenüber, die im Zusammenhang mit der neuen Migration von Aus- und Übersiedlern *komplementäre Beschäftigungseffekte* feststellt (Klös 1991; Barabas u.a. 1992; Gieseck u.a. 1993). Danach trägt die neue Migration mit dazu bei, Arbeitsmarktengpässe zu überwinden und das wirtschaftliche Wachstum, somit auch die Beschäftigung, positiv zu stimulieren. Diese Bewertung stand jedoch stark im Zeichen des Vereinigungsbooms. Ob längerfristige Arbeitsmarktenwicklungen diese Einschätzung bestätigen, ist zumindest zweifelhaft.

Noch schlechter als für die ethnischen Minderheiten stellt sich die Situation in der Regel für die *Flüchtlinge* dar. Rechtlich ist für sie zunächst nicht wie für die ethnischen Minderheiten das Ausländergesetz, sondern das Asylverfahrensgesetz zuständig. Dieses teilt

57 Zwar bildet die Offenheit der Einwanderungsgesellschaft nur ein notwendiges Kriterium für die Integration der Einwanderer. Ohne ihre rechtlich-politische, materiell-ökonomische und soziale Aufnahmebereitschaft, ist die kulturelle Identifikation der Immigranten aber nur durch starken Zwang zu erreichen (Heckmann 1992, S.186ff).

den Flüchtlingen - je nach Ausgangslage und Stand ihres Anerkennungsverfahrens - einen entsprechenden rechtlichen Status zu: *Asylbewerber, Asylberechtigte, de-facto- oder Kontingentflüchtlinge* (Auernheimer 1990, S.56f; Rein 1990, S.95ff). Auf der Grundlage ihres rechtlichen Status sind die einzelnen Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß deprivilegiert und besitzen demnach voneinander abweichende Integrationsperspektiven. Am günstigsten stellt sich die Situation zunächst für die Kontingentflüchtlinge dar. Indem sie die sofortige Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis erhalten (Tichy 1990, S.44), gleicht ihre rechtliche Situation in etwa der der Arbeitsmigranten und ethnischen Minderheiten.

In einer ähnlichen rechtlichen Lage befinden sich die Asylberechtigten. Bevor sie in den Genuß einer "unbefristeten Aufenthaltserlaubnis" und "besonderen Arbeitserlaubnis" kommen, haben sie allerdings schon eine lange - bis zu fünf Jahre dauernde - Anerkennungsprozedur durchlaufen: Sammellager, soziale Isolation, eine eingegrenzte regionale Mobilität, restriktive behördliche Auflagen und Kontrollen, eine schlechte soziale Betreuung und mangelhafte Sprachförderung, Konflikte mit Asylbewerbern aus anderen Herkunftgebieten etc. prägen während dieses Zeitraums den anstaltsförmig organisierten Lebensalltag der Flüchtlinge (Auernheimer 1990, S.53). Angesichts dieser Umstände ist es wenig verwunderlich, wenn ärztliche Untersuchungen bei den Asylbewerbern häufig Depressionen, allgemeine Niedergeschlagenheit, Schlaflosigkeit, Antriebshemmungen und völlige Apathie diagnostizieren (ebd.).

Zwischenzeitlich war den Asylbewerbern der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Das Arbeitsverbot sollte die materiellen Anreize der Antragstellung mindern und "Wirtschaftsflüchtlinge" abschrecken. Erst neuerdings öffnete man den Arbeitsmarkt wieder, zunächst ab Anfang 1991 mit einer Wartefrist von einem Jahr; sechs Monate später hob man sie ganz auf. "Ob diese Neuregelung aber tatsächlich eine weiterreichende Wirkung hat, erscheint fraglich. Asylbewerber dürfen nämlich nur in solchen Bereichen eine Beschäftigung aufnehmen, in denen - wie zum Beispiel der Landwirtschaft oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe - vorrangig zu vermittelnde deutsche oder ausländische Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen" (Münch 1992, S.123); Asylbewerber kommen also nur in den Genuß der "allgemeinen Arbeitserlaubnis" (Heinelt/Lohmann 1992, S.34). Ohne Zweifel steht hinter dieser Regelung die Absicht, den Sozialhilfeaufwand zu reduzieren, zumal weitere politische Schritte in die gleiche Kerbe schlagen: mit der veränderten sozialhilferechtlichen Stellung von Asylsuchenden wird die soziale Unterstützung gekürzt und zum Großteil in Form von Sachleistungen gewährt.⁵⁸

Auch wenn solche Vorstöße aufgrund der pauschalen Kürzungsanweisungen zumindest rechtlich umstritten sind, prägen sie schon seit längerem die tägliche Praxis (Appel 1992, S.19f): "Parallel zur Verschärfung des Asylrechts wurde eine lange Reihe von gesetzlichen Änderungen im Sozialhilfe- und Arbeitsförderungsgesetz zu Lasten der ausländischen Flüchtlinge umgesetzt. Mit der Festschreibung der Unterbringung in Sammellagern, mit Sozialhilfekürzungen und erweiterten Arbeitsverboten, mit der auf das jeweilige Kreisgebiet beschränkten Freizügigkeit des Aufenthalts und - damit verbunden - dem faktischen Verbot politischer Betätigung der Immigranten wird eine Politik der Abschreckung systematisch vorangetrieben" (Feldhoff 1990, S.99). Obwohl die Ziele dieser Politik nicht sonderlich neu sind und grundsätzlich in der Kontinuität vorangegangener Jahre liegen, erreichen sie mittlerweile ein *qualitativ neues Stadium*: das asylpolitische

58 Weil ein Großteil des Lebensunterhalts für Asylbewerber dem Sozialhilfefonds entnommen ist, werden auf den Umweg über die Kreise vor allem die Kommunen finanziell belastet. In der Regel sind sie für die Unterbringung, die Infrastruktur und für bestimmte Verwaltungsaufgaben zuständig (Steglich 1992).

Gesetzespaket - Grundgesetzänderung, Asylverfahrensrecht und Sozialrecht - führt in der Praxis dazu, daß das Grundrecht auf Asyl nahezu abgeschafft ist.

Beide Momente - der *Abschreckungseffekt* per restriktiver Eingliederungspraxis (z.B. "Arbeitsverbot") und die *Kostenminimierung des Aufenthalts* von Asylbewerbern - erweisen sich bei leichten Modifikationen und Schwerpunktverlagerungen spätestens ab Mitte der siebziger Jahre als *durchgehende Konstanten* der deutschen Asylpolitik (Münch 1992, S.63ff). Mit der steigenden Zahl von Asylbewerbern geraten sie allerdings teilweise miteinander in Konflikt. So macht das Arbeitsverbot die Asylsuchenden "von staatlichen Hilfeleistungen abhängig, wodurch sich die Belastung der örtlichen Träger von staatlichen Hilfeleistungen rapide erhöht" (ebd., S.97). Umgekehrt schafft die kostengünstigere Arbeitsmarktzulassung Voraussetzungen zur gesellschaftlichen Integration der Asylbewerber. Diese soll bis zu ihrer Anerkennung jedoch verhindert werden. Besonders krass sind die Konsequenzen für die Kinder der Asylbewerber. Da ihre Betreuung weitestgehend dem Zufall überlassen bleibt, scheint ihr Weg in die soziale Marginalität vorgezeichnet (Auernheimer 1990, S.54f).

Nicht nur diejenigen, die sich im laufenden Asylverfahren befinden, sind erheblichen Strapazen und gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Auch nach Abschluß des Anerkennungsprozedur verbleibt über die Hälfte der nicht anerkannten Asylbewerber in der Bundesrepublik. Es handelt sich um die Gruppe der *de-facto-Flüchtlinge*. Sie werden, da ihnen in ihrem Herkunftsland kollektive Verfolgung droht oder weil sie aus Gebieten mit innenpolitischen Unruhen, Bürgerkriegen oder sonstigen Katastrophen stammen, in der Regel nicht abgeschoben (Bade 1992a, S.417f; Münch 1992, S.46ff). Im Laufe der Zeit werden viele von ihnen daher zu Einwanderern.

Mit dem neuen Ausländergesetz verbesserte sich der Rechtsstatus für Flüchtlinge mit einer vorübergehenden Aufenthaltsduldung in Richtung eines Bleiberechts. Einige sind nun nicht mehr allein vom guten Willen und dem Ermessen der Ausländerbehörden abhängig (Auernheimer 1990, S.52). Umgekehrt sind die abgelehnten Asylbewerber, die keine Duldung genießen, aber einer forcierten Abschiebep Praxis ausgesetzt. Für sie verschärfen sich die Konsequenzen der rechtlosen Situation. In diesem Zusammenhang ist daher anzunehmen, daß mit der Zahl abgelehnter und von Abschiebung bedrohter Asylbewerber sich auch die *Anzahl der untergetauchten Flüchtlinge* vermehrt: Nach der Abänderung des Asylrechts ist davon auszugehen, daß die Gruppe der "illegalen" Flüchtlinge, die "ungeschützter ökonomischer Ausbeutung und gesellschaftlicher Ächtung" ausgesetzt ist, unweigerlich an Gewicht gewinnt (Jaschke 1992, S.1443). Zudem wird der Weg in die Illegalität "durch Unternehmen gefördert, die in diesen Menschen billige und willige Arbeitskräfte sehen, für die sie weder Sozialabgaben noch einen angemessenen Lohn zahlen müssen" (Münch 1992, S.45f).

Die *unsichere Lage der Flüchtlinge* ergibt sich zum einen aus den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, aufgrund derer die Asylsuchenden gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung und den Deutschstämmigen klar zurückgesetzt sind; sie nehmen unter den neuen Migranten nur den dritten Rang ein (Münch 1992, S.110). Nicht zu vergessen sind zum anderen die ideologischen Effekte dieser "Herr-im-Hause"-Politik. Die kleineren "alltäglichen" Beleidigungen, Gemeinheiten, Diskriminierungen und Gewalttätigkeiten bis hin zu Brandstiftung und Mord haben einen politisch geförderten, materiellen Kern: "Durch die Verbannung der meisten Asylbewerber vom (legalen) Arbeitsmarkt drängte man diese Menschen automatisch in die Rolle von Sozialhilfeempfängern, machte sie zu Bittstellern der staatlichen Fürsorge und lieferte sie dem öffentlichen Vorurteil aus, lediglich aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen zu sein" (ebd., S.99).

Indem behördliche Praktiken und Schikanen das Vorurteil des illegalen und kriminellen Flüchtlings bestätigen, bilden diese angesichts ihrer räumlichen Separierung, schändlichen Behandlung, fehlenden Integration (Sammellager, Sozialhilfekürzungen, Versorgung mittels Naturalien, die schlechten Beschäftigungschancen etc.) das "ideale" Angriffsobjekt. Zudem erklärt die öffentliche Diskussion in Politik und Medien (Appel 1992, S.30ff; Bade 1992a, S.413ff) sowie die alltägliche asylpolitische Praxis die Flüchtlinge zu wesentlichen Ursachen der anwachsenden gesellschaftlichen Probleme: allgemein dominiert der Eindruck, die Flüchtlinge nützten die deutsche Großzügigkeit in Form des bestehenden Rechts- und Sozialsystems aus (ebd., S.175).

Auch wenn die Öffentlichkeit ihr Augenmerk vorrangig auf die Flüchtlinge richtet, bildeten bis einschließlich 1991 die *Aus- und Übersiedler* - später die innerdeutschen Ost-West-Migranten - das Gros der neuen Migration (Heinelt/Lohmann 1992, S.11ff).⁵⁹ Sicherlich ist nicht damit zu rechnen, daß diese Einwanderungsgruppen in nächster Zeit einen ähnlich großen Bevölkerungszuwachs herbeiführen wie die Immigration der Nachkriegsjahrzehnte. Obwohl also die Aus- und Übersiedlung quantitativ relativ undramatisch ist, bringt ihre Integration dennoch einige soziale Probleme mit sich. Zwar gehen volkswirtschaftliche Kalkulationen davon aus, daß die auftretenden Belastungen nur vorübergehender Art sind und mittel- wie längerfristig viele Vorteile entstehen (Reese/Weyrather 1990, S.141ff); vorerst stellen sich aus Sicht der Aussiedler jedoch viele der Integrationsprobleme ähnlich dar wie für die Asylbewerber und ethnischen Minderheiten. Bei allen Differenzen bestehen *demnach gleichartige Schwierigkeiten*: "die Familientrennung bei hohem kulturellen Stellenwert der Familie und bei besonderer Belastung durch die erzwungene Neuorientierung, der Verlust früherer Sozialbeziehungen und die Sprachschwierigkeiten, die Diskriminierung durch Einheimische und die teilweise soziale Isolation, schließlich die Konfrontation mit einer noch unbekanntem Sozialstruktur und Lebensweise, eine mangelhafte Verinnerlichung entsprechender Handlungsorientierungen mindestens bei der ersten Generation und spezifische Konflikte zwischen der ersten und zweiten Generation" (Auernheimer 1990, S.63).

Im Vergleich zu den ethnischen Minderheiten und Flüchtlingen besitzen die Aussiedler allerdings auch *deutliche Vorteile*, z.B. eine *bessere berufliche Qualifikation*. Oft bezieht sich diese jedoch nur auf die formalen Zertifikate. Die tatsächlichen Fähigkeiten erweisen sich für das bundesdeutsche Beschäftigungssystem vielfach als untauglich (Reese/Weyrather 1990, S.134f). Unbestritten haben die Aussiedler aufgrund ihrer *deutschen Staatsbürgerschaft* - mit ihr erhalten sie die gleichen politischen Rechte wie die einheimische Bevölkerung - eine relativ gute Integrationsperspektive. Gegenüber den Flüchtlingen und ethnischen Minderheiten, denen nur beschränkte politische Organisations- und Partizipationsmöglichkeiten zukommen, sind sie staatsrechtlich klar bevorzugt. (Heinelt/Lohmann 1992, S.32ff). Das gleiche gilt für ihre soziale Versorgung. Auch hier sind Ausgrenzungs- und Absonderungsprozesse, wie sie der ausländischen Bevölkerung zugemutet werden, im Grundsatz nicht möglich (Puskeppeleit 1990, S.173). Spezielle Eingliederungshilfen und -leistungen, die über die Ansprüche auf die üblichen staatlichen *Sozialhilfe- und Versorgungsleistungen* hinausreichen, privilegieren die Aussiedler gegenüber anderen Migrantengruppen. Beispielsweise stehen ihnen Leistungen aus der Sozialversicherung zu, obwohl sie keine Beiträge gezahlt haben; ganz entgegen

59 Nach der Einführung des neuen Aufnahmeverfahrens - die Antragstellung erfolgt im Herkunftsland; erst nach dem Aufnahmebescheid wird die Einreise erlaubt - pendelt sich die Zahl der jährlich einreisenden Aussiedler bei ca. 200.000 ein. Die Kontrollbemühungen seitens der Bundesrepublik erweisen sich somit als erfolgreich. Aber auch die Anträge haben sich von über 500.000 im Jahr 1991 auf etwa 360.000 (bis November 1992) reduziert (so die FAZ vom 2.12.1992).

dem Versicherungsprinzip wird so getan, als ob sie zuvor in der Bundesrepublik gelebt und sozialversicherungspflichtig gearbeitet hätten.

Für sie gilt also der "Grundsatz einer arbeitsvermittelten sozialen Teilhabe" und das "Beitrags-Leistungs-Proportionalitäts-Prinzip" nicht (Heinelt/Lohmann 1992, S.84). Ihre Leistungseinkünfte sind politisch motiviert und werden im Vergleich zu den nicht-deutschen Migranten ethnisch begründet. Noch vor kurzem bildete der zuvor im Herkunftsland ausgeübte Beruf - die dortigen Einkünfte wurden auf westdeutsche Verhältnisse umgerechnet - das Zuteilungskriterium. Mittlerweile erhalten die potentiell erwerbstätigen Aussiedler - d.h. die, die der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen oder an sozialen und beruflichen Maßnahmen teilnehmen - ein pauschalisiertes Eingliederungsgeld. Es liegt 30 Prozent unter dem Einkommen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem mittleren Lebensstandard (ebd., S.88ff). Die Staatsangehörigkeit, die politischen Rechte und das relativ hoch bemessene Eingliederungsgeld sind aber nicht die einzigen Faktoren, die den Aussiedlern vergleichsweise günstige Integrationsperspektiven bereiten. Es sind vor allem die *sprachlichen* und *berufsqualifizierenden Fördermaßnahmen* (Fortbildung oder Umschulung), die *bessere Wohnraumversorgung*, die günstigere *schulische Situation* der Aussiedlerkinder und sich allmählich entwickelnde *Sozialkontakte* zur einheimischen Bevölkerung (ebd., S.84ff und S.115ff).⁶⁰

Eigentlich könnte sich eine zukünftige gesellschaftliche Integrationspolitik von Migranten am sozialintegrativen Leistungssystem orientieren, das den Aussiedlern zur Verfügung steht. Obwohl nach wie vor gravierende Schwachpunkte bestehen - es erfolgt nicht automatisch ein selbstbestimmter Integrationsprozeß -, käme dies unter integrationspolitischen Gesichtspunkten einem erheblichen Fortschritt gleich. Dennoch zeigen sich gerade bei der Eingliederung der Aussiedler deutlich die Grenzen der sozialintegrativen Maßnahmen. Finanzielle staatliche Zuwendungen können durchaus auch zu einer Quelle von *Mißgunst* und *Vorurteilen* werden (Heckmann 1992, S.28). So überrascht es nicht, daß angesichts härterer Konkurrenzbeziehungen und einer wachsenden sozialen Unsicherheit mittlerweile auch die Aussiedler zum Objekt fremdenfeindlichen Denkens werden. Unter dem Einfluß dominanter gesellschaftlicher Diskurse erfolgt die Definition von "Deutsch-Sein" in immer engerer Form. Das Kriterium "ethnischer Herkunft" gilt nicht für alle, die es für sich in Anspruch nehmen. Unübersehbar tritt in den Auseinandersetzungen um sozialstaatliche Leistungen hervor, daß die ethnischen Orientierungen häufig instrumentell geleitet sind (Radtke 1990, S.79). Aller jahrelang betriebenen Deutschtümelei zum Trotz werden die Aussiedler "von vielen Einheimischen als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt betrachtet und sehen sich einer ähnlichen Diskriminierung ausgesetzt wie die sonstigen Einwanderer" (Auernheimer 1990, S.60; ebenso Schmalstieg 1990). Es ist daher in längerfristiger Perspektive nicht auszuschließen, daß die positiven Wirkungen, die von der Gewährung materieller Integrationshilfen ausgehen, durch ideologische Ausgrenzungsprozesse zum Teil konterkariert werden.

Zwei Problemverlagerungen charakterisieren die aktuellen Integrationsschwierigkeiten: Erstens reorganisierte sich die Bedeutung der *Integrationsbereiche*. Im Vergleich zum Arbeitsmarkt traten stärker gesellschaftliche, kulturelle aber auch sozialstaatliche und infrastrukturelle Integrationsfelder in den Vordergrund. Hierbei zeigen sich die zuständigen politischen Institutionen gegenüber den Ansprüchen, die an sie herangetragen werden, allerdings häufig überlastet. Zweitens veränderten sich die mit der Integrationsproblematik

60 Eingeschränkt werden muß hier allerdings, daß diese Tendenzen sich zum Teil auf eine Region in Niedersachsen beziehen. Außerdem stellt sich die dortige Integrationssituation als stark differenziert dar. Dennoch scheint mir mit Blick auf die anderen Migrantengruppen eine pauschalisierende und optimistische Interpretation gerechtfertigt. Siehe hierzu auch die Beiträge in Otto (1990).

befähigten Akteure. In stärkerem Maße sind lokale, d.h. kommunale und im engeren Sinne nichtstaatliche Akteure wie Gewerkschaften, Kirchen, Wohltätigkeitsverbände etc. - häufig unfreiwillig - mit Integrationsaufgaben konfrontiert (Heinelt/Lohmann 1992, S.235ff). Der Zentralstaat hingegen hat sich in vielen Bereichen zumindest partiell von Kosten und Verantwortlichkeiten entledigt. Verstärkt müssen nunmehr die Bundesländer und Kommunen für die sozialintegrativen Aufgaben des Einwanderungsprozesses aufkommen (Puskepeleit 1990; Schmalstieg 1990, S.156). Darüber hinaus wurde per Novellierungen des Arbeitsförderungsgesetzes die Finanzierung der Sprachförderung für Aussiedler umgestellt. Nicht mehr die Steuermittel des Bundes, sondern die "Eigenmittel" der Bundesanstalt für Arbeit dienen seitdem als Finanzierungsquelle. Zur Kompensation mußte daraufhin die Bundesanstalt andere soziale Dienstleistungen (Arbeitsbeschaffung, berufliche Qualifizierung) einschränken (Puskepeleit 1990, S.167).

4.5. Die "Neugründung" der Bundesrepublik und die "Überlastung" von Sozialstaat und Infrastruktur

Schon vor der deutschen Vereinigung reduzierte sich die Integration von Migranten im wesentlichen auf die Einpassung in die gegebenen Verhältnisse. Harte Anpassungs-, Ausgrenzungs-, und Unterwerfungszwänge bestimmten ihren Alltag. Selbstbestimmte Entfaltungs-, Veränderungs- und Gestaltungsmöglichkeiten blieben ihnen in der Regel versperrt. Mit dem *Umbruch der fordistischen Gesellschaftsstrukturen* scheinen sich - wie oben ausgeführt - die Integrations- und Entfaltungschancen nicht unbedingt zu verbessern, sondern sich im Gegenteil vielfach zu verschlechtern. Politisch hauptverantwortlich ist der Neokonservatismus, dessen soziale Konsequenzen (soziale Polarisierung, Vereinzelung, vielfältige Unsicherheiten etc.) solidarische Verarbeitungsweisen untergraben und ethnischen Konflikten den Boden bereiten. Auch die politischen Umbrüche des Jahres 1989 (der Wegfall der Systemkonkurrenz und der Verlauf der deutschen Vereinigung) erschweren die Integration ethnischer Minderheiten. Mit der Ethnisierung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verengen sich ihre Freiräume (Heinrich 1992, S.1434ff).

Zudem entstehen mit der gesellschaftlichen Transformation Mittel- und Osteuropas auch für die westeuropäischen Gesellschaften ungeheure sozioökonomische Kosten. Die Folgen sind unübersehbar: es kommt zu härteren Verteilungskämpfen, einem verringerten staatlichen Handlungsspielraum und wachsenden sozialen Desintegrationsprozessen. Mit dem Vereinigungs-crash⁶¹ nimmt die *gesellschaftliche Destabilisierung* besonders krasse Formen an. Auch die stotternde Weltmarktkonjunktur schafft keine Abhilfe; dynamische Wachstumsimpulse sind nicht in Sicht. Alles in allem tragen die Krise der Staatsfinanzen, erhöhte steuerliche Belastungen, Kürzung von Sozialleistungen etc. wesentlich dazu bei, daß sich die negativen Seiten des gesellschaftlichen Wandels und der deutschen Vereinigung vornehmlich bei den bereits marginalisierten, d.h. sozial, politisch und kulturell entrechteten Bevölkerungsgruppen kumulieren. Nicht zuletzt wird die soziale und strukturelle Integration der Einwanderer nachhaltig belastet.

Den Ausgangspunkt der deutsch-deutschen Integrationsprobleme bildete die Wirtschafts- und Währungsunion. Nachdem der gesellschaftliche Druck auf eine schnelle Vereinigung zunahm, sollte mit der gemeinsamen Währung der Transformationsprozeß der ehemali-

61 An dieser Stelle kann auf den Ablauf der Vereinigung und der sie bestimmenden politischen Strategien nicht ausführlicher eingegangen werden. Vgl. hierzu Bonder u.a. (1992), S.168ff; Habermas (1990), S.205ff; Heinrich (1992); Offe (1990); Priewe/Hickel (1991); Schneider (1991).

gen DDR eingeleitet werden. Das "*Modell Deutschland*" diene hierzu als Referenzrahmen. Erst später stellte man fest, daß die monetäre Einheit "nicht gleichbedeutend mit der Ausdehnung der übrigen Elemente einer spezifischen, historisch gebildeten Regulationsweise auf das Beitrittsgebiet" ist (Altvater 1991a, S.704). Unter den Bedingungen freigesetzter Marktkräfte und ohne adäquaten institutionellen Rahmen mußte ein günstiges Investitionsklima schließlich ausbleiben. Stattdessen bekam die ostdeutsche Wirtschaft - sie war von nun an den gleichen Weltmarktbedingungen wie die westdeutsche Ökonomie ausgesetzt - die zerstörerischen Wirkungen der internationalen Konkurrenz in voller Härte zu spüren. Unbelehrbar verfolgten die politisch Verantwortlichen aber auch weiterhin den Kurs einer knallharten Schocktherapie; schöpferische Neuordnungsansätze blieben hingegen auf der Strecke. So verwundert es eigentlich nicht, wenn die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft in Verschuldung, Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, etc. mündete (Bonder u.a. 1992, S.174ff). Bereits jetzt sind die ersten *Rückwirkungen* auf das westdeutsche Wirtschaftsgebiet, das sich schwer tut, die steigenden staatlichen Transferleistungen in den Osten aufzubringen, sichtbar. Da der größte Teil der Transfers über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte abgedeckt wurde, kann der deutsche Staat in den nächsten Jahren Einsparungen, Steuererhöhungen und einer anhaltend hohen Neuverschuldung wohl kaum entkommen (Altvater 1991a, S.705).

Obwohl das Beitrittsgebiet *enorme Transferzahlungen* erhält - 67 Mrd. DM (1990), 140 Mrd. DM (1991) und ca. 167 Mrd. DM (1992) (Döhnhoff u.a. 1992, S.36) - sind die Bedingungen für die ökonomische Konsolidierung nach wie vor nicht besonders günstig. Wenn auch nur eine annähernd gleiche Wirtschaftsstruktur⁶² wie im Westen der Bundesrepublik (Orientierungspunkt ist das Jahr 1991) erzielt werden soll, sind riesige Investitionen nötig. Vorsichtige Schätzungen sprechen von ca. 1.000 Mrd. DM, die bis zum Jahr 2000 in den Sachkapitalbestand des Unternehmens- und öffentlichen Sektors zu investieren wären. Von den ehemals knapp 10 Mio. Arbeitsplätzen könnten dadurch etwa 7,5 Mio erhalten bzw. neu geschaffen werden (Priewe/Hickel 1991, S.122). Zur Erhöhung des Sachkapitals kommen allerdings noch weitere Ausgabenbereiche: der Wohnungsbau, der Umweltschutz, die Energieversorgung, der Verkehr, die Telekommunikation und das Bildungs- und Gesundheitswesen. "In der Summe ergibt sich ein Investitionsbedarf - gerechnet in konstanten Preisen des Jahres 1992 - von gut 2 Billionen DM" (ebd., S.124). Tatsächlich bleiben die Investitionen aber deutlich unter den jährlich benötigten 200 Mrd. DM; die Größe von nur 60 Mrd. DM (im Jahr 1991) verdeutlicht die relativ schlechten Aussichten des Unterfangens.

Am härtesten schlagen sich die Folgen der unbewältigten sozialen und wirtschaftlichen Einheit auf dem *ostdeutschen Arbeitsmarkt nieder*. Anfang 1992 lag dort die offizielle Arbeitslosenquote bei 17% (Männer: 12,6% und Frauen: 21,8%). Allerdings sind diese Angaben unzureichend. Das gesamte Ausmaß der Unterbeschäftigung erschließt sich nur, wenn man die Zahl der verbliebenen regulär Beschäftigten (5,7 Mio.) heranzieht (Adamy u.a. 1992, S.290). Von den ehemals fast 10 Mio Beschäftigten bezieht heute ein Großteil Altersübergangsgeld, ist also in den Vorruhestand getreten (772.000); fast ebensoviele sind in den Westen abgewandert (654.000) oder Pendeln (482.000); einige haben in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Unterschlupf gefunden (393.487); andere halten sich mit Kurzarbeit über Wasser (519731) oder nehmen an Fortbildungs- und Umschulungsmaß-

62 Sollte sich die Transformation der DDR-Ökonomie von sozialen und ökologischen Kriterien leiten lassen - die neu zu schaffende Wirtschaftsstruktur würde dann von derjenigen der alten Bundesrepublik abweichen - wäre ein noch größerer Kapitaltransfer und umfangreichere Investitionen notwendig (Priewe/Hickel 1991, S.121).

nahmen teil (435.000) (ebd., S.290f). In diesem Zusammenhang kann durchaus von einer *Beschäftigungskatastrophe* gesprochen werden. Angesichts der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte bahnt sich schlimmes an: "Zu befürchten ist ein sich langsam verfestigender Prozeß hoher Arbeitslosigkeit, der zur De-Industrialisierung und soziokulturellen Verödung ganzer Regionen führen kann" (Memorandum 1992, S.63). Vielerorts ist diese Perspektive mittlerweile schon Realität.

Zunächst fungierte die deutsche Einheit als Konjunkturprogramm für die westdeutsche Industrie und den westdeutschen Arbeitsmarkt (Schneider 1991, S.450). Für die Zeit nach der Vereinigung galt also zunächst: "Der Westen boomt, der Osten kracht" (Bonder u.a. 1992, S.177). Die West-Wirtschaft lief zwar ohnehin schon auf Hochtouren, dennoch praktizierte die Bundesregierung wider den ökonomischen Sachverstand eine Art "*Einigungs-Keynesianismus*", dessen Wachstumseffekte ohne strukturpolitische Flankierung allerdings sinnlos verpufften (Priewe/Hickel 1991, S.18). Schon bald häuften sich die Schwierigkeiten in der politischen Regulierung und sozialen Ausgestaltung des Vereinigungsprozesses. Indem immer offensichtlicher wurde, daß der Vereinigungsboom auslief, machten sich im Westen die Folge- und Rückwirkungen, die sich aus dem marktradikalen Kahlschlag im Osten ergaben, mit Nachdruck geltend. Besonders dramatisch ist dies nunmehr, weil schon längst nicht mehr damit zu rechnen ist, "daß aus der Zerstörung von Produktions- und Verflechtungsstrukturen allein durch den waltenden Markt in den neuen Bundesländern ein sich selbst tragendes Produktionssystem entsteht" (Bonder u.a. 1992, S.182). Nicht umsonst mehren sich die Stimmen, die vor dem Resultat der weiterhin praktizierten marktliberalen Kahlschlag- und Deindustrialisierungspolitik warnen und einen bundesdeutschen "*mezzogiorno*" befürchten (Mahnkopf 1992, S.33f; Schneider 1991, S.441).

Selbst viele derjenigen, die der schnellen Umsetzung der Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Umweltunion (WWSU) anfangs nichts entgegensezten, ziehen mittlerweile eine kritische Bilanz: "Es hat sich als Irrglaube erwiesen, daß die Kosten der deutschen Vereinigung durch wachstumsbedingte Mehreinnahmen, Ausgaben- und Subventionskürzungen und aus einer relativ geringen zusätzlichen Staatsverschuldung finanziert werden könnten" (Döhnhoff u.a. (1992, S.36).⁶³ Selbst kritische Einschätzungen entschuldigten die Währungsunion häufig noch durch die besonderen gesellschaftlichen Umstände: die einzigartige historische Chance, der Zeitdruck, das Verlangen der Bevölkerung und der Druck der innerdeutschen Ost-West-Migration (Priewe/Hickel 1991, S.81ff). Weil eine abgestufte Einigung politisch nicht gewollt und gesellschaftlich nur schwierig durchsetzbar war, können dem Klima eines hektischen tagespolitischen Opportunismus vielleicht noch Konzessionen gemacht werden. Faktisch gehören aber sowohl das Argument des Flüchtlingsstroms als auch das von der "Gunst der historischen Stunde" in das regierungspolitische Opportunitätskonzept. Letztlich gilt: "Wie es keine berechtigten prinzipiellen Einwände gegen die Vereinigung gibt, so gibt es auch keine schlagenden Argumente für die Eile und die Form ihrer Durchführung" (Bonder u.a. 1992, S.179).

Eine kritisch-reflektierende Betrachtung der Ereignisse kommt zumindest nicht umhin, den bornierten ökonomischen Dogmatismus, die politische Kurzsichtigkeit und Leichtfertigkeit sowie die allgemein vorherrschende Konzeptionslosigkeit bloßzulegen (Priewe/Hickel 1991, S.125ff). Anstatt die Folgen und Risiken des harten Transformationskurses strukturpolitisch abzumildern und die Entwicklung aktiv zu gestalten, verlie-

63 Trotz dieser Feststellung sind die Ansätze zu einem gesellschaftlichen Reformprogramm äußerst mager. Über den Status eines großangelegten Verzichtprogramms kommen die "alternativen" Vorschläge nicht hinaus.

ßen sich die politisch Verantwortlichen auf das Hazardspiel der zerstörerischen Marktkräfte. Deren "Versagen" wiegt umso schwerer, als das wirtschaftspolitische Steuerungsreserven im Vereinigungsboom verschleudert wurden. Strukturpolitische Alternativen stehen daher vor einem *Dilemma*: Wie die leeren Staatskassen die dringend notwendige Modernisierung Ostdeutschlands verzögern oder gar verhindern, blockiert die ostdeutsche Rückständigkeit die Wirtschaftspolitik. "Sind wir zu lange gezwungen, Ostdeutschland als bloßen Konsum- und Subventionsraum auszuhalten, droht nicht nur eine Überforderung der Wirtschaft, sondern auch ein Verlust der finanziellen Handlungsspielräume" (Bonder u.a. 1992, S.185). Sollten strukturpolitische Maßnahmen nicht zum erhofften Erfolg führen, dann beißt sich die Katze in den Schwanz.

Wie *strukturpolitische Ansätze*, sollte auch die Übertragung jenes *komplexen Netzes sozialer Institutionen* aus der alten Bundesrepublik Anlaß zu Hoffnungen geben. Ob die sozialintegrativen Formen des "deutschen Modells" - gemeint sind die stark verrechtlichten industriellen Beziehungen, die Systeme der Sozialversicherung, der Arbeitsverwaltung, des Umweltschutzes sowie der beruflichen Aus- und Weiterbildung - allerdings greifen, ist zumindest fragwürdig. Da ihre Funktionsfähigkeit auch im westlichen Teil der Republik ohnehin schon angegriffen ist, werden sie "- über einen Mechanismus negativer Rückkopplung - durch die territoriale Ausweitung einem beschleunigten Erosionsprozeß unterworfen" (Mahnkopf 1992, S.34; ebenso Lühje/Scherrer 1993, S.10)

Besondere Probleme und Gefahren zeichnen sich dabei für die *gewerkschaftliche Interessenvertretung* ab. Mehrfach gespaltene Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland treffen sich mit bereits bestehenden Interessendifferenzierungen und Individualisierungstendenzen. Zukünftig dürfte es ihnen "noch wesentlich schwerer fallen, die Interessen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten, von ausländischen Arbeitskräften und teilzeitarbeitenden Frauen, von Leiharbeitnehmern und qualifizierten (männlichen) Stammebeschäftigten in Einklang zu bringen" (Mahnkopf 1992, S.39). Die Bundesregierung und Arbeitgeberverbände fahren einen Konfrontationskurs, der den abhängig Beschäftigten sozialen Verzicht abverlangt: unbestreitbar zeigt die Verteilung der Vereinigungsbelastungen bislang, daß die Arbeiter und Angestellten überproportional betroffen sind (Dönnhoff u.a. 1992, S.43ff). Das Auffällige an den Diskussionen um den nationalen "Solidarpakt" ist dabei, daß sich immer noch kein wirtschaftspolitischer Kurswechsel vollzieht, keine Konzessionen gemacht werden und die Gewerkschaften in eine Situation geraten, in der ihre gesellschaftsintegrative Funktion und das korporative Modell der Interessenaushandlungen von schwindender Bedeutung ist (Bonder u.a. 1992, S.191). Mit der Vereinigung erhöht sich zudem der Druck auf die Flexibilisierung von Arbeitszeitformen und Arbeitsvertragstypen. Angesichts der Situation in Ostdeutschland ist die Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen, daß ein Arbeitskräftepotential entsteht, "das - diszipliniert durch Massenarbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit - zu jeder Art arbeitsrechtlicher und arbeitsvertraglicher Flexibilität bereit ist" (Mahnkopf 1992, S.41). Einschneidende Konsequenzen für das *System der Arbeitsbeziehungen* in der gesamten Bundesrepublik wären dann kaum zu vermeiden (Priewe/Hickel 1991, S.251ff).

Zunächst schien sich der *Vereinigungspopulismus* als ein kurzes Intermezzo und nationales "Strohfeuer" zu entpuppen. Einige rechneten damit, daß schon bald seine bloß taktische und machtpolitische Motivation⁶⁴ überflüssig werde und die alte gesellschaftliche

64 Offe charakterisiert den Nationalismus in der Vereinigung folgendermaßen: "Die Strategie der nationalen Fusion resultierte aus einem Bündel von Akteuren und Interessen, die sich auf das Ziel einer nationalen Einheit der Deutschen leicht einigen konnten und diesen Konvergenzpunkt ihrer Interessen dann mit nationalen Hilfsargumenten und Rechtfertigungen nur ausschmückten. So entstand ein eigentümlich artifizieller, von strategischen Eliten ins Leben gerufener und taktisch eingesetzter Nationalismus, der weder hüben

Normalität einkehre. Mittlerweile dürfte aber unbestritten sein, daß die "*zweite Gründungsphase*" (Ziebura 1991, S.138) der Bundesrepublik eine andere Qualität besitzt. Ebenso wie sich die Koordinaten des Weltmarktes und der Weltpolitik gewandelt haben, befinden sich auch die europäischen und innergesellschaftlichen Verhältnisse im Umbruch. Es handelt sich um einen grundlegenden Prozeß der gesellschaftlichen Neuordnung und der politischen Neuorientierung: alte Bezüge brechen weg, neue werden geschaffen. Innerhalb dieses Umbruchs formieren sich selbstverständlich auch die *gesellschaftlichen Identitäten* neu. Anfangs bestand der Eindruck, die "alte" Bundesrepublik sei nach der Vereinigung nur etwas größer geworden, doch bereits kurze Zeit später wird der Glauben an die bundesdeutsche Kontinuität angesichts der realen internationalen und gesellschaftlichen Veränderungen desillusioniert.

Mit einem besonders nachhaltigen Identitätsbruch müssen dabei die *Menschen der ehemaligen DDR* fertig werden. Im Verlauf der Vereinigung hatten sie sich mehr und mehr als Objekte, denn als die Subjekte der politischen Ereignisse erfahren. Gerade für sie, die vor kurzem noch als Akteure welthistorischer Prozesse ihre Geschicke selbst in der Hand hatten, mußte der Vereinigungsmodus einer politischen Entmündigung gleichkommen. Dennoch schienen fast alle Betroffenen, obwohl die Ereignisse mittels nationaler Symbolik von oben inszeniert wurden, mit der Entmündigung einverstanden zu sein. Erfolgreich wurde über die Medien das Bild einer lange ersehnten und gut funktionierenden Gesellschaft vermittelt (Claussen 1992, S.88f). Nachdem ein Großteil der ostdeutschen Bevölkerung dem Wunsch nach einem Leben im "goldenen Westen" erst einmal Ausdruck verliehen hatte, reduzierten sich die weiteren politischen Mitsprachemöglichkeiten auf die Wahl zwischen Akklamation und Protest. Ein Drittes, d.h. aktive politische Partizipationsformen, war ausgeschlossen. Weil im Medienspektakel die tiefliegenden gesellschaftlichen Brüche überdeckt sowie diskursiv ausgebildete Identitäten und eine intensive Aufarbeitung der Vergangenheit verhindert wurden, konnte der Übergang zur "neuen" Bundesrepublik nicht demokratisch fundiert werden. Nicht zuletzt deswegen sind viele Menschen der ehemaligen DDR mannigfaltigen Identitätsbrüchen und Traumatisierungen ausgesetzt (Auernheimer 1991, S.231ff), deren Folgen noch lange nachwirken können.

Bereits heute zeigt sich deutlich, daß die Ethnisierung von Politik zeitlich nicht auf den Vereinigungspopulismus begrenzt bleibt. Als Ressource sozialer und politischer Ansprüche erhält *Ethnizität einen größeren Stellenwert*. Unter den Bedingungen von Vereinigung und Einwanderung erwies sich die Selbst-Ethnisierung der Deutschen in dreifacher Hinsicht als funktional: "für die Bürger der ehemaligen und neuen Bundesrepublik als Versprechen des Privilegs, an ökonomischem Wachstum und sozialstaatlichen Sicherungen teilhaben zu dürfen, ohne der Konkurrenz durch internationalisierte Arbeitsmärkte ausgesetzt zu werden; für die Gruppe der Aus- und Übersiedler als Legitimation für ihre Zuwanderungsinteressen, die nicht mit zustimmungsfähigen Gründen in Frage gestellt werden können; für die Strategien der politischen Machteliten, die sich im Prozeß der Umstrukturierung der politischen Verhältnisse als Akteure der Zusammenfindung der Deutschen inszenieren können" (Bommes/Scherr 1991, S.313).

Die ersten Konsequenzen der Vereinigungskrise machen deutlich, daß sich angesichts der wachsenden sozialen, ökonomischen und politischen Probleme - Einkommensminderung, wirtschaftliche Rezession, hohe Arbeitslosigkeit, arbeitsrechtliche Deregulierung, Politikverdrossenheit, Rechtsradikalismus und Fremdenhaß - die Re-nationalisierung zum ge-

noch drüben von einem verbreiteten Nationalgefühl, einem Konsens über den Eigenwert nationaler Einheit unterfüttert war"(Offe 1990).

sellschaftlichen Mainstream formiert (Heinrich 1992). Ihre Kraft zieht die Aufwertung des Nationalen aus einem doppelten Resonanzboden, der wesentlich in der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen sozioökonomischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland begründet liegt: "Die unerwartet schwere Transformationskrise und die Brisanz der sozialen Frage erklären die Militanz des Rechtsextremismus im Osten, die wirtschaftliche Vormachtstellung und die Abwehrhaltung gegenüber globalen Herausforderungen wie dem Weltflüchtlingsproblem seine Resonanz bei bürgerlichen Kreisen im Westen" (Butterwegge 1992, S.52).

Stabilität gewinnt der Ethnisierungsprozeß durch die Kombination zweier Dimensionen: zum einen durch die *Ab- und Ausgrenzung* gegenüber anderen Ethnien und Kulturen, d.h. gegenüber Ausländern und Asylbewerbern; zum anderen durch die *mehrfache kurzfristige Funktionalität* der Ideologie sozialer Integration: "Wo das Deutsch-Sein wieder als Qualifikationsnachweis gilt, als Ab- und Ausgrenzungskriterium, wo 'die Deutschen' und 'das deutsche Volk' wieder als politische Akteure die Bühne der Welt betreten, wo 'Volk' nicht als Staatsbürger-, sondern als Schicksaalsgemeinschaft aufgefaßt wird, da ist kein Platz mehr für den sozialen Antagonismus und divergierende Interessen" (Jaschke 1992, S.1439f). Insgesamt wird also deutlich, daß die wachsende Bedeutung ideologischer Ab- und Ausgrenzungen sich immer auf zwei Ebenen konstituiert: die herrschaftliche Funktionalität von Ideologien (d.h. die Reproduktion der bestehenden Machtverhältnisse und Herrschaftsstrukturen) kann nur dann Bestand haben, wenn sie aus Sicht der Individuen, die die Ideologie ins Alltagsbewußtsein und ihre Handlungsdispositionen aufgenommen haben, subjektiv funktional ist und zumindest einen kurzfristigen Nutzen verspricht (Leiprecht 1992, S.23f).

Zum Abschluß können aus dem Verlauf der deutschen Vereinigung zwei Schlußfolgerungen abgeleitet werden:

Erstens reduzieren sich die sozialen Verteilungsspielräume und Interventionsmöglichkeiten des Staates; zwangsläufig schwindet seine sozialregulative Integrationsfähigkeit. Die Leidtragenden sind in erster Linie soziale Randgruppen und ethnische Minderheiten. Es muß damit gerechnet werden, daß die spärlichen Förderprogramme und Integrationsangebote für Migranten zunehmend gekappt werden.

Zweitens beweist der enorme Ressourcentransfer nach Ostdeutschland aber auch zugleich, zu welchen ökonomischen Anstrengungen die deutsche Volkswirtschaft prinzipiell fähig ist. Die Unterstützung gering entwickelter Länder ist also weniger eine Frage der ökonomischen Kraft als vielmehr eine des politischen Willens.

Da die herrschenden ökonomischen Interessen diesem Willen aber entgegenstehen, können alternative Aufgaben und Ziele (der Primat sozialer, demokratischer, ökologischer, friedenspolitischer etc. Erfordernisse) ohne gravierende Veränderungen des bestehenden Vergesellschaftungsmodus nicht umgesetzt werden. Letztlich müssen, wenn die dringenden gesellschaftlichen Aufgaben - so auch die Migrationsursachen - bewältigt werden sollen, drei Elemente verknüpft werden: 1. die inhaltliche Neubestimmung der politischen Aufgaben; 2. die Erweiterung nationalstaatlicher Handlungsspielräume; und 3. die durchgreifende Sozialisierung und Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche.

4.6. Zur Resistenz und Renaissance ethnischer Vergemeinschaftungen⁶⁵

Angesichts vielfältiger Differenzierungen (je nach Alter, Geschlecht, Generation, Schulabschluß, beruflicher Qualifikation, etc.) vermittelt sich von der Integration diverser Migrantengruppen ein recht komplexes Bild. Dennoch lassen sich übergreifende Entwicklungen herausstellen:

1. reproduziert sich bis heute die ethnische "Unterschichtung" des Arbeitsmarktes;
2. immigrieren neue, quantitativ umfangreiche Migrantengruppen (Aus- und Übersiedler sowie Flüchtlinge);
3. dehnt sich das integrationspolitische Aufgabenfeld vom Arbeitsmarkt auf weitere Gesellschaftsbereiche aus (Schule, Freizeit, Kultur, Politik etc.);
4. verschlechtern sich im Rahmen des gesellschaftlichen Umbruchs und Strukturwandels die Integrationsperspektiven (Massenarbeitslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen, Erosion des sozialen Systems, Ethnisierung gesellschaftlicher Beziehungen etc.);
5. hat sich das System der politischen Regulation immer noch nicht auf die veränderte Konstellation eingestellt.

Nach wie vor begegnet man der anwachsenden Migration nach Westeuropa mit dem Versuch der Abschottung während die Alternative einer entwicklungsorientierten Regulation der Weltmarktbebewegungen verdrängt und nicht diskutiert wird. Ähnliches gilt für die Integrationspolitik; auch sie orientiert sich noch an Bedingungen einer längst überholten Welt. Mehr denn je sollte heute bekannt sein, daß die nötigen Integrationsleistungen weder allein vom Arbeitsmarkt zu erbringen sind, noch der völkisch hergeleitete (deutsche Staatsangehörigkeit und Ausländergesetz) Anpassungs- bzw. Ausgrenzungszwang die Integrationskonflikte entschärft. Abhilfe kann allein die *Stärkung und Restrukturierung, d.h. Dezentralisierung und Demokratisierung, des sozialen Systems* leisten. Sicherlich reichen diese Maßnahmen nicht aus und bieten auch keine Gewähr für einen reibungslosen Integrationsprozeß. Aber nur mit der Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die weitere Überforderung der sozialen Institutionen und ein Anwachsen ethnisch definierter Sozialansprüche vermieden werden.

Auch für die *zweite und dritte Migrantengeneration* scheint sich insgesamt an der sozialen Marginalisierung nur wenig zu ändern: "Obwohl ein - als exemplarisch gedachter - Jugendlicher mit türkischer Staatsangehörigkeit wahrscheinlich schon weit mehr als die Hälfte seines Lebens in der Bundesrepublik verbracht hat, macht er mit fast absoluter Sicherheit keinen höheren Schulabschluß, mit fast fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit keinen Hauptschulabschluß und ebenso selten verfügt er über eine Berufsausbildung. Dafür erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, daß man ihm negative Merkmale zuschreiben kann" (Bielefeld 1989, S.401). Ungeachtet der formell gleichen Zugangsbedingungen zu Schule und Beruf, verbleiben den jugendlichen "Ausländern" zumeist nur die unteren Plätze in der gesellschaftlichen Sozialstruktur. Jenseits des Bildungssystems haben sie sich mit mannigfachen sozio-kulturellen, lebensweltlichen und institutionellen Diskriminierungen auseinanderzusetzen; soziale Entwicklung, individuelle Entfaltung und beruflicher Aufstieg bleiben für die meisten von ihnen Fremdwörter.

⁶⁵ Auf die subjektive Dimension ethnischer Vergemeinschaftung und die Herausbildung kultureller Identitäten kann hier nicht näher eingegangen werden. Zusammenfassende Ausführungen finden sich bei Auernheimer (1989); Auernheimer (1990), S.113ff; Bommes/Scherr 1992, S.300ff; Heckmann (1992), S.196ff; Kalpalka/Räthzel (1990), S.50ff, Leiprecht (1992a).

Immer öfter werden die bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten und Hierarchien kulturell, ethnisch oder national begründet. In der alltäglichen Praxis finden sich hierfür vielfältige Belege: Reportagen in Rundfunk und Fernsehen oder Leserbriefe liefern bestes Illustrationsmaterial. Gleichfalls reproduzieren, transportieren und verbreiten sich diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen in mehr oder weniger offensichtlicher Form über gesellschaftliche Institutionen, die Strukturen der Arbeitswelt, öffentliche Diskussionen, Alltagskulturen etc. (Heckmann 1992, S.146).

Auf Basis der ethnisch begründeten *Staatslegitimation* gelten oberflächliche, latent rassistische Wahrnehmungen und Interpretationen als durchaus erlaubt. Sie setzen sich im Alltagsbewußtsein fest und zementieren mittels ideologischer Diskurse die bestehenden Strukturen ethnischer Unterdrückung. Dabei bildet die andauernde *Arbeitsmarktsegmentierung* zwar den Kern der systematischen Benachteiligung von Minderheiten. Deren Diskriminierung erstreckt sich letztlich aber auf alle gesellschaftlichen Bereiche: über das politische System, insbesondere aber über die verschiedenen *Sozialisationsinstanzen* (Schule, Freundeskreis, Familie und Freizeit) reproduzieren sich die Benachteiligungen. Schon seit Beginn der Arbeitskräftemigration wird deren sozialstrukturelle Marginalisierung durch die vorherrschenden gesellschaftlichen Einstellungen und Verhaltensweisen - einschließlich der Selbstethnisierung von Migranten (Bommes/Scherr 1991, S. 306ff)⁶⁶ - tendenziell stabilisiert: die Selektion in Schule und Betrieb wirkt dieser Tendenz keinesfalls entgegen; nicht selten nutzt sie die ideologisch erzeugten Spaltungen sogar bewußt aus (Rützel 1988, S.113f).

In Anbetracht dieses Sachverhalts erschöpft sich recht schnell die Erklärungskraft aller einfachen Integrationstheorien, d.h. vor allem der Sequenzmodelle und vieler Generationensequenz-Modelle. Diese begreifen den gesellschaftlichen Integrationsprozeß von Migranten nach einem Muster voranschreitender Angleichung. Entgegenlaufende Entwicklungen, z.B. das "ethnic revival" bei später nachfolgenden Generationen, können von den Sequenzmodellen nicht adäquat erfaßt werden, da sie die reale Vielschichtigkeit, Komplexität und Widersprüchlichkeit des Integrationsprozesses idealtypisch ignorieren (Auernheimer 1990, S.81ff; Heckmann 1992, S.171). Folgt man dieser Logik - vor allem modernisierungstheoretische Ansätze sind hierfür anfällig (siehe Esser 1988) - so erscheinen die gegenwärtigen Dimensionen kultureller und ideologischer Vergesellschaftung lediglich als tradiertes Ballast vergangener Zeiten. Wichtige Dimensionen der gesellschaftlichen Integration gehen in dieser Perspektive verloren. Mechanismen, aufgrund derer sich gesellschaftliche Orientierungen vermitteln und Identitäten herausbilden, bleiben weitestgehend verschlossen.

Für Minderheiten können Fragen der kulturellen Identität mitunter von entscheidender Bedeutung sein. Kulturelle und ethnische Identitäten sind allerdings nicht automatisch progressiv und selbstbestimmt. Im Vergleich zu *ethnischen Identitäten*, bei denen ideologische Dimensionen im Vordergrund stehen, bildet die *Kultur* eine übergeordnete Kategorie, die sowohl mit progressiven und aufklärerischen als auch mit ideologischen Inhalten gefüllt werden kann. Je nach sozialer Funktion ist der Inhalt von Ethnizität unterschiedlich einzuordnen. Generell handelt es sich bei der Ethnizität "um einen Ursprungsmythos, der nicht über ein genetisch festgelegtes Schicksal spekuliert, sondern sich - im Unterschied zu 'Rasse' - auf einen realen Prozeß geschichtlicher Individuation

66 Selbstethnisierung erfolgt dann, wenn Minderheiten die ihnen zugeschriebenen Verhaltensweisen aufnehmen und positiv umwerten. Oft sind sie nicht nur auf kulturelle Eigenheiten und Gebräuche stolz, sondern verschaffen sich unter Umständen auch über kriminelle Delikte (Diebstahl, Erpressung, Körperverletzung etc.) Selbstbestätigung; leicht können derartige Handlungen als Widerstand oder als besonders "männlich" interpretiert werden.

bezieht, insbesondere auf die durch Sprache und Kultur vermittelten Praxisformen, die ein Gefühl für kollektive Identität oder 'Heimat' hervorbringen, welches von Generation zu Generation überliefert wird und sich im Prozeß der Überlieferung verändert" (Cohen, Ph. 1990, S.97). Entsprechend kann Ethnizität den unterdrückten Minderheiten Rückhalt bieten und ihren sozialen Widerstand mobilisieren. Der Mehrheit hingegen kann sie zur Legitimation der bestehenden Ausgrenzungsformen dienen. Es ist also grundsätzlich falsch, Ethnizität einfach unter Aspekten formaler Rationalität und Aufklärung zu beurteilen und sie damit pauschal zu verwerfen. Immer muß auch die Perspektive der Sinnstiftungs- und Orientierungsprozesse mit berücksichtigt werden.⁶⁷

Die gegenwärtige Phase ist durch einen Bedeutungszuwachs ethnischer Zuschreibungen und Identifikationen geprägt. Gesellschaftliche Umbrüche haben eine Konstellation herbeigeführt, in der die wechselseitige Wahrnehmung und Einschätzung des "selbst" wie des "anderen" einen stärker ab- und ausgrenzenden Charakter gewinnen. Die *Re-Segmentierung* und *Re-ethnisierung* vollzieht sich im Kontext einer historisch-konkreten Entwicklung, in der sich das Verhältnis zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den ethnischen Minderheiten zwar reproduziert, zugleich aber auch signifikant verändert. Der Wandel im Reproduktionsmodus der "ethclass"⁶⁸ basiert nicht zuletzt auf den neuen Schließungen, Spaltungen und ethnischen Bevorzugungen des Arbeitsmarktes. Hinzu kommen die höchst aktuellen Auseinandersetzungen über die Verteilung der Wohlstandstransfers. Sie bilden gleichsam den "Humus" für die ethnisch akzentuierte Schichtung der Gesellschaft: "Gemeinsames Element der Erklärungen für die Entstehung ethnischer Schichtungen ist die Kombination von *Machtunterschieden* der in Kontakt tretenden Gruppen (in Hinsicht auf Kenntnisse, Ressourcen-Kontrolle, Vernetzungen, Kompetenzen, Wettbewerbsfähigkeit, Konflikterfahrung), von *Wettbewerb* und von *Knappheiten der Ressourcen* sowie die schließliche *Durchsetzung von Schließungen* (für Interaktion, Märkte, Positionen) aufgrund bestimmter, gut identifizierbarer, d.h. in der Regel sichtbarer 'Marken' und mit diesen Marken verbundenen Definitionen von Innen- und Außengrenzen" (Esser 1988, S.241).

Immer verknüpfen sich im Ethnisierungsprozeß strukturelle, tradierte und aktuelle Entwicklungen. Ethnische Abgrenzungen entstehen daher nicht nur aus momentanen Krisen- und Konfliktsituationen, sondern besitzen eine längere Vorgeschichte. In der Bundesrepublik wirken bis heute die diskriminierenden Praktiken während der Arbeitsmigration und Niederlassung in leicht modifizierter Form als ideologischer "Traditionsbestand" fort: Gesetze zur Staatsangehörigkeit, das Ausländergesetz, das "Gastarbeitersystem" etc. Fast immer finden sich in ihnen Elemente der *Konkurrenz*, *Privilegierung* und eines *Überlegenheitsgefühls*. Damit sich die ethnischen Grenzziehungen im Laufe der Zeit dann nicht "abschleifen", bedarf es *aktiver* Vergemeinschaftungsformen; wechselseitige Identitätszuschreibungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppierungen erzeugen ihre Stabilisierung.

Einwanderer unterliegen nicht nur harten politischen, institutionellen und sozialen Ab- und Ausgrenzungen. Auch im sozialen und kulturellen Bereich sind sie in der Regel - so auch in der Bundesrepublik - einem starken *Assimilierungs- und Akkulturationsdruck*

67 Zu den damit verbundenen Schwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten vgl. Kalpaka/Räthzel (1990); Auernheimer (1989); Auernheimer (1992); Heckmann (1992).

68 Der Begriff "ethclass" bezeichnet eine besondere Form der ethnischen Schichtung. Es ist damit eine relativ festgefügte soziale Gruppenstruktur gemeint, die sich aus der Verknüpfung von sozialstrukturellen und ethnischen Merkmalen formiert. "Beispiele für solche 'ethnclasses' in der Bundesrepublik wären etwa die 'Subgesellschaft' türkischer Facharbeiter, italienischer oder griechischer Selbständiger oder portugiesischer unqualifizierter Arbeiter" (Heckmann 1992, S.93).

ausgesetzt. Zudem bemüht sich die Einwanderungsgesellschaft zumeist nicht, die Anforderung zur Integration materiell zu unterstützen. Die Migranten und ethnischen Minderheiten partizipieren weder an der Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, noch erhalten sie eine ausreichende Eingliederungsförderung. Da ihnen also wenig Raum für eine selbstbestimmte Integration - ihre Kultur- und Sozialformen sind in hohem Maße durch äußeren Zwang bestimmt - gewährt wird, sind soziale und ethnische Konflikte vorprogrammiert.

Aus Sicht der Einwanderer formiert sich Ethnizität häufig als Resultat der "dauernd erfahrbaren Diskriminierung in den Betrieben und Behörden, in den Schulen, in der Öffentlichkeit und auf der Straße. Die Inhalte der ihnen entgegenschlagenden aggressiven ethnisch-rassistisch gefärbten Ideologien werden selbst zu Instrumenten des Widerstands - das Bewußtsein der Minderwertigkeit schlägt in Stolz auf Andersartigkeit um. Dieser Prozeß der ethnischen Rückbesinnung kann auch um Generationen verschoben sein. Kinder und sogar Enkel von schon als assimiliert geltenden Einwanderern entdecken ihre Herkunft und entwickeln ihr besonderes ethnische Bewußtsein und Milieu" (Blaschke 1984, S.27).

Neben dieser eher offensiven Reaktionsform und einer deutlichen Gegenwehr - bis hin zur "Bandenbildung" bei Jugendlichen - sind Ethnisierungsprozesse z.T. stärker selbstbezogen. Die Getto- oder Koloniebildung⁶⁹ bezeichnet den Rückzug von Migranten in das gemeinschaftliche Institutionen- und Beziehungssystem der ethnischen Gruppe. In der Regel findet dieser Vorgang eher in der unmittelbaren Einwanderungsphase statt, um die sozialen Unsicherheiten, die den Verlauf der "Enttraditionalisierung" begleiten, zu kompensieren. Als Ort des Übergangs von der Herkunfts- zur Einwanderungsgesellschaft bilden die Kolonien eine Art "Zwischengesellschaft". Die Kettenmigration und die Verwandtschaftsbeziehungen lassen ein Kommunikationsnetz entstehen, auf dem sich mit dem weiteren Nachzug dann allmählich Strukturen der Selbstorganisation und ein ganzes Netz von Institutionen entwickeln: z.B. Elternvereine, Kultur- und Kommunikationszentren, Regionalvereine, ethnische Sportvereine, religiöse Vereinigungen, politische Gruppen etc. Vielfach besitzen die Kolonien zudem sogar eigene ökonomische Strukturen, insbesondere umfangreiche Dienstleistungen (Heckmann 1992, S. 98ff). Für die Einwanderer besitzt die Kolonie eine Reihe positiver Funktionen: sie bietet für Neuankömmlinge Anpassungshilfen an, vermittelt den sozial Verunsicherten ein Zugehörigkeitsgefühl, stellt materielle Unterstützungen bereit, schafft kulturelle Freiräume etc. "Sie gewährt den nötigen Rückhalt für Lernprozesse, bewahrt vor Überforderung durch die Mischung von Vertrautem und Fremdem" (Auernheimer 1988, S.82).

Beide Ethnisierungsformen - die aktive Gegenwehr und die ethnischen Kolonien - deuten in der gegenwärtigen Umbruchphase also auf eine Stabilisierung ethnisch geprägter Gesellschaftsbeziehungen hin: "Es gibt gute Gründe dafür, daß das Konzept der Ethnizität in modernen multi-ethnischen Gesellschaften wieder politische Bedeutung gewinnt, zumal wenn in diesen sich urbane Ghettos herausbilden und die Konflikte zwischen ethnischen Gruppen zunehmen" (Hobsbawm 1992a, S.615). In dem Maße wie Unsicherheiten, wachsende Probleme, entfremdete Kommunikationsformen ("Videoclips", Kurznachrichten, "small-talks" etc.), Konkurrenzverhältnisse und Machtkämpfe zugenommen haben, wächst der Einfluß ideologischer Bindekräfte wie "Ethnie", "Nation" und "Rasse".

69 Die Kolonie ist nicht gleichbedeutend mit Ghetto. Das Ghetto entsteht durch äußeren Zwang; die Kolonie hingegen beruht auf der eigenen Leistung einer ethnischen Minderheit, die freiwillig Elemente ihrer sozial-kulturellen Lebensweise reproduziert (Heckmann 1992, S.97f; ders. 1981, S.209). In der Realität verschwimmen zwischen beiden Lebensformen jedoch immer wieder die Grenzen (Auernheimer 1990, S.98).

5. "Postfordistische" Regulation, Rassismus und Gewerkschaften

Nachdem der Vereinigungspopulismus verfliegen ist, wird allenthalben deutlich, daß Nationalismus, Ethnozentrismus und Rassismus weder bloß vorübergehende Phänomene, noch einzig ein Produkt der politischen Eliten sind. Offensichtlich sind die Ursachen und Bezugspunkte rechter Ideologien *mehrdimensional*. So umfaßt ihr Konstitutionsprozeß die Ebenen der relativ kohärenten politischen Ideengebäude, der politischen Organisationsformen und die Ideologisierung der gesellschaftlichen Institutionen. In vollem Maße werden die Ideologien aber erst dadurch wirksam, daß sie die Massen ergreifen und sich im Alltagsbewußtsein verankern: "Sowohl 'von unten', in den Alltagserfahrungen und -orientierungen wie auch 'von oben', aus der Perspektive der politischen Akteure, sind sozialstrukturell, klassen- und milieuspezifisch definierte Probleme und Interessenlagen mittlerweile überlagert durch ethnische Deutungsmuster. Ethnische Herkunft, Selbst-Zuordnung und Zugeordnet-Werden bestimmen mehr und mehr den gesellschaftlichen Status und das Ausmaß an sozialen, kulturellen und materiellen Gratifikationsmöglichkeiten. Nicht mehr nur soziale Herkunft und Elternhaus sind heute mitentscheidend für die erreichbaren Lebenschancen, sondern auch ethnische, nationale Herkunft" (Jaschke 1992, S.1441).

Die weiterhin unbewältigte Fordismuskrisis im Westen und der gesellschaftliche Zerfall im Osten ermöglichen rechtsextremen Argumentationsmustern vielfache Artikulationsmöglichkeiten. Infolge unbewältigter Schwierigkeiten und der schwindenden Problemlösungskompetenz etablierter politischer Akteure nehmen soziale Unsicherheiten zu, während gleichzeitig *Bedrohungsszenarien* an Einfluß gewinnen. Indem die rechtsextremen Politikangebote einfache Antworten, scheinbare Sicherheiten und greifbare Feindbilder präsentieren, scheint Politik wieder zur "Sache der Bevölkerung" zu werden. Es entsteht das Gefühl, gegen die alltägliche Fremdbestimmung, Abhängigkeit und mangelnde Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen anzugehen: nicht zuletzt dann, wenn man sich daran beteiligt, die in Deutschland lebenden Ausländer zu vertreiben. Die wachsende Unübersichtlichkeit wird demnach mit einer Politik beantwortet, die "Schuldige" benennt und einprägsame Lösungswege aufzeigt. Klar faßbare Orientierungen wie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gewähren der verunsicherten Bevölkerung einen ideologischen Halt (Kühnl 1992, S.740).

Ganz Europa ist auf unterschiedliche Weise von den sozialen Desintegrationsprozessen sowie dem Aufschwung nationalistischer und rassistischer Bewegungen erfaßt worden. Nicht nur die osteuropäischen Länder erleben gegenwärtig eine "neue Welle" des Nationalismus. Auch in Westeuropa befinden sich Bewegungen und Parteien auf dem Vormarsch, die sich "bloß" als regionalistisch, als eindeutig rechtsgerichtet oder gar als faschistisch verstehen (Bischoff/Menard 1992, S.102f; Kühnl 1992). Gegenwärtig dominiert in Westeuropa ein "defensiv" abwehrendes Wohlstandsdenken, das jedoch keinesfalls mit "Friedfertigkeit" gleichzusetzen ist. Die Ereignisse von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln etc. haben gezeigt, daß auch ein "Wohlstandschauvinismus", der sich äußerlich als "reine" Abwehrhaltung darstellt, in der Konsequenz zu Gewalt und Brutalität führen kann. Eine "deutsche Identität", die sich im Kern auf die Verteidigung des erzielten Reichtums stützt, setzt sich gegebenenfalls auch gewaltsam "zur Wehr".

Zunächst haben Teile der *politischen Eliten* und einige der staatlichen Institutionen die Pogrome für ihre Ziele instrumentalisiert, d.h. die Stimmung für härtere Gesetze und polizeiliche Befugnisse geschürt. "Auf das massenhafte Auftreten von Schlägerbanden in beiden Teilen Deutschlands hat der Apparat der Repression, von der Polizei bis zu den

Gerichten, mit einer bis dahin unerhörten Enthaltensamkeit reagiert" (Enzensberger 1992, S.16). Wenn die staatlichen Institutionen ihre passive Haltung mittlerweile aufgegeben haben, so sind hierfür hauptsächlich zwei Gründe verantwortlich: einerseits wurden wichtige politische Ziele erreicht (die faktische Aufhebung des Asylrechts, die Ablenkung von schwierigen sozialen Problemen, z.B. den Vereinigungsfolgen etc.); andererseits droht sich das ausländerfeindliche Klima weiter zu verschärfen und machtstrategisch dysfunktional zu werden. So hat in den Augen der Herrschenden das "Ansehen Deutschlands im Ausland Schaden gelitten"; Imagepflege ist daher angesagt. Vor allem die etablierten Parteien versuchen, die außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen der Gewalteskalation möglichst klein zu halten und zeigen sich bemüht, den Zustand des "inneren Friedens" und der gesellschaftlichen Ordnung wiederherzustellen.⁷⁰

Die meisten Aktionen (Demonstrationen, Aufrufe, Lichterketten, Rockfestivals, Fernsehspots, Werbeanzeigen etc.) zielen auf einen breiten Konsens, setzen sich aber kaum mit den Ursachen rassistischer Gewalt auseinander. Bekämpft wird allenfalls der offene und aggressive Rassismus. Doch nur vorübergehend bricht mit dem wachsenden öffentlichen Druck den Gewalttätern ein Gutteil ihres politischen Rückhalts in der Bevölkerung weg; rassistische Diskurse werden lediglich überlagert. Letztlich erweist sich eine Sichtweise, die den Rassismus auf die augenscheinlichen Phänomene - z.B. die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, die Brandanschläge rechter Randalierer und lautstark krakeelender Gruppen - reduziert, jedoch als verengt. Von einigen gewollt, von anderen ungewollt wird damit "das breite Feld alltäglicher Fremdenfeindlichkeit" aus den Diskussionen verdrängt und verschleiert (Freyberg 1992a, S.74).

Der oberflächlichen Verortung des Rassismus entsprechen auf der politischen Ebene kurzsichtige Reaktionsweisen. Demnach wird in den meisten anti-rassistischen Bekundungen des etablierten politischen Umfelds (Parteien, Organisationen und Institutionen) der Rassismus zumeist nur als eine Frage der Moral und zivilen Benehmens behandelt. Es wird auf die "Macht bürgerlicher Respektabilität" (ebd.) gesetzt, ohne die grundlegenden Ursachen rassistischer Einstellungen und Verhaltensweisen auch nur ansatzweise zu bedenken, geschweige denn anzugehen. Wesentliche Momente dieses Ursachenbündels - die sozialen Machtbeziehungen, diverse Unsicherheiten und diffuse Bedrohungen, die "völkische Ideologie", insbesondere die Vertiefung der sozialen Spaltungen und Disparitäten - bleiben unhinterfragt und unverändert. Folglich "verpufft" die Wirkung der meisten - zumeist rein kulturellen - Maßnahmen, die den Rassismus primär als ein individuelles und pädagogisches Problem behandeln. Sicherlich darf das aggressive rassistische Handeln nicht verharmlost oder gar entschuldigt werden. Falsch wäre es aber auch, die gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen außer acht zu lassen: "Fremdenfeindliche, rassistische Diskriminierung ist unter Bedingungen moderner bürokratischer Industriegesellschaften immer weniger zu fassen durch die 'Erfassung' subjektiver Einstellungen von Individuen. Nicht der Rassist ist das erste Problem des Rassismus, sondern die Art und Weise, wie gesellschaftliche Organisationen und Institutionen die Probleme von sozialer Ungleichheit und Marginalisierung, von Anomie und Armut bearbeiten" (ebd., S.76).

Beim Versuch einer Einordnung des Aufschwungs rassistischer und ethnozentristischer Argumentationsmuster können vorerst *drei Merkmale* hervorgehoben werden:

70 Aus Sicht der bürgerlichen Rechten gerät die Ideologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse spätestens dort an ihre Grenzen, wo das Gewaltmonopol des Staates "von unten" durchbrochen wird. Auch deswegen ist die Empörung verlogen und scheinheilig (Freyberg 1992a, S.73).

1. Für die Phase des Übergangs in die postfordistische Gesellschaft kommt *ideologischen Vergesellschaftungsprozessen* eine im Vergleich zum Fordismus ungleich wichtigere, wenn nicht eine zentrale Funktion zu. Bis zum Beginn der achtziger Jahre kann bezüglich des Rassismus eine derartige Entwicklung zurückverfolgt werden (Auernheimer 1984, S.53f; Butterwegge 1992, S.51; Kühnl 1992, S.738). Im wesentlichen entfaltet sich der neue Rassismus als Begleiterscheinung zunehmender sozialer Spaltungs- und Desintegrationsprozesse; sie bilden gleichsam die Kehrseite von Weltmarktkonkurrenz und bedingungsloser Modernisierung (Deppe 1991, S.212f). In der Weltmarktrezession gewinnt diese Widerspruchskonstellation dramatische Züge: Denn während sich nach außen die weltwirtschaftlichen Konflikt- und Krisenszenarien verstärken und wichtige Märkte wegbrechen, spüren nach innen immer mehr Menschen die negativen sozialen Konsequenzen der Durchkapitalisierung (Heitmeyer 1992, S.625f). Ähnlich wie die sozialen Probleme, erfassen ebenso Unsicherheiten, Aggression und also rassistische Ideologien zusehends das Zentrum der Gesellschaft.

2. Die politischen und wirtschaftlichen *Eliten* stehen primär in einem taktischen Verhältnis zum postfordistischen Rassismus. Ihr grundlegendes Interesse richtet sich auf die Eindämmung seines Einflusses. Demgegenüber stehen große Bevölkerungsgruppen - nicht zuletzt viele *abhängig Beschäftigte* - dem latenten und institutionalisierten Rassismus affirmativ gegenüber: Die Wähler der neuen rechtsextremen Parteien sind "überdurchschnittlich häufig in der Gruppe der einfachen und angelesenen Arbeiter, aber auch der Facharbeiter, der kleinen und mittleren Beamten und der Selbständigen vertreten. Sie sind überdurchschnittlich häufig in Gewerkschaften organisiert und ihr Haushaltseinkommen deckt sich mit der Verteilung in der Gesamtbevölkerung. Sie konkurrieren also nicht selbst und gehören als Gruppe auch nicht zu denjenigen, die von der Zweidrittelgesellschaft ausgegrenzt würden. Plausibel erscheint jedoch, daß ihnen in den letzten Jahren mit Verweis auf die Ausländer Angst gemacht wurde vor der Notwendigkeit, die Leistungen des Sozialstaates einzuschränken" (Radtke 1990, S.81). S.622). Für die Gewerkschaften sind diese Entwicklungen besonders besorgniserregend, weil die ethnische Spaltung ihrer Klientel ihnen auf Dauer erhebliche Probleme bereiten kann und die Solidarität der abhängig Beschäftigten grundlegend untergräbt (Heitmeyer 1992, S.630).

3. Zu Beginn der neunziger Jahre lassen vier Entwicklungen den wachsenden Rassismus als besonders dramatisch erscheinen: *erstens* ist mit schlechten Beschäftigungsperspektiven und einer weiteren Reduktion der sozialen Absicherungen infolge der weltwirtschaftlichen Rezession zu rechnen; *zweitens* werden diese Probleme durch die Schwierigkeiten bei der Bewältigung der deutschen Vereinigung nochmals verstärkt (Butterwegge 1992, S.52f); *drittens* deuten im Verlauf der EG-Integration einige der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf eine Krise der EG hin; und *viertens* zeichnet sich mit der voranschreitenden Erosion des neokonservativen Blocks eine instabile innenpolitische Situation ab, von der linke politische Alternativen allerdings kurz- bzw. mittelfristig nicht profitieren können. Der Formierungsprozeß neuer gesellschaftlicher Blöcke spielt sich gegenwärtig weiter rechts ab (Bischoff/Menard 1992, S.125ff).

5.1. Umriss und Entwicklungslinien der postfordistischen Vergesellschaftung

Indem die Akkumulationsdynamik nachließ und sich die sozialpolitischen Verteilungsspielräumen verengten, erodierte seit den siebziger Jahren wichtige gesellschaftliche Institutionen und Übereinkünfte. Der Neokonservatismus bildete daraufhin den Versuch,

der ökonomischen Stagnation und gesellschaftlichen Destabilisierung entgegenzuwirken und die wirtschaftlichen Wachstumskräfte zu "revitalisieren". Obwohl ihm dies partiell sogar gelang, ist nach einem Jahrzehnt die Bilanz des Neokonservatismus unter dem Aspekt der sozialen Kohäsion und gesellschaftlichen Stabilität insgesamt negativ: Das "in nahezu allen kapitalistischen Metropolen gestartete neokonservative Projekt brachte nicht die versprochene Revitalisierung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, sondern mündete nach einem Jahrzehnt praktischer Erprobung in einer Depression, die sich in den USA und in Großbritannien mittlerweile zur längsten Nachkriegskrise ausgeweitet hat" (Deppe 1992, S.212). Mit Ernüchterung wird registriert, daß die meisten ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme nach wie vor ungelöst sind und sich im Weltmaßstab sogar noch potenziert haben; d.h. unter den Bedingungen einer *tendenziell instabilen Weltordnung* sind weitere Probleme hinzugetreten. Dabei erweist sich nicht nur die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften als ein äußerst schwieriges Unterfangen mit unsicherem Ausgang. Auch der Fortgang der EG-Integration erfolgt angesichts der jüngsten weltwirtschaftlichen Krisenprozesse und politischen Spannungen keineswegs mehr so reibungslos wie zum Ende der achtziger Jahre. Von den Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung wurde bereits gesprochen.

Sowohl in den politischen Problemfeldern als auch im Prozeß der sozioökonomischen Restrukturierung bündeln sich alte und neue Aufgabenstellungen, die sich auf die Sozialbeziehungen und auch auf den Prozeß der politischen Blockbildung auswirken. Die Veränderungen in den Sozialbeziehungen dürfen dabei nicht als ein linearer Entwicklungsprozeß gefaßt werden, denn Brüche, Zufälle, Widersprüchlichkeiten, Verspätungen und unvollendete Projekte sind ein bestimmendes Charaktermerkmal der gegenwärtigen Epoche. Auch wenn die postfordistischen Gesellschaftsmerkmale vorerst nur sehr allgemein und etwas unscharf benannt werden können, ist ihre Auflistung imposant: "ein wachsendes Gewicht der neuen 'Informationstechnologien'; flexiblere, dezentralisierte Formen des Beschäftigungsprozesses und der Arbeitsorganisation; den Niedergang der alten industriellen Basis und das Wachstum der neuen, computergestützten 'sunrise'-Industrien; das Auslagern von Funktionen und Dienstleistungen oder ihre Delegation an Vertragsfirmen; eine stärkere Betonung der Auswahl und der Produktvielfalt, von Marketing, Verpackung und Design, einer 'Zielansprache' auf die Verbraucher, die sich eher an Lebensstil, Geschmack und Kultur als an den Klassenmerkmalen der amtlichen Statistik orientiert; ein Rückgang des Anteils der männlichen Facharbeiter an der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Zunahme der Dienstleistungs- und white-collar-Beschäftigten, eine "Feminisierung" des Arbeitskräftepotentials; eine Wirtschaft, die von den Multis mit ihrer internationalen Arbeitsteilung und ihrer größeren Autonomie gegenüber nationalstaatlicher Kontrolle dominiert wird; die 'Globalisierung' der neuen Finanzmärkte, die durch die Revolutionierung der Kommunikationsmittel miteinander verbunden sind; schließlich neue Formen der räumlichen Reorganisation sozialer Prozesse" (Hall 1989a, S.413f).

Dennoch, eine längerfristige und dynamische Akkumulationsdynamik bleibt vorerst aus; in gewisser Weise ist der Übergang in eine neue stabile Gesellschaftsformation blockiert. Neue ökonomische und soziale Unsicherheiten können politisch-institutionell nicht reduziert und ausbalanciert werden. Stattdessen schreitet die Destabilisierung und Fragmentierung der Institutionen und Sozialbeziehungen voran. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin begründet, daß sich der Postfordismus unter dem Regiment des Marktes und gemäß den Erfordernissen der Kapitalakkumulation durchsetzt (Murray 1989, S.427). Diese entwickelt sich jedoch extrem ungleichgewichtig. Zwischen Finanzsphäre und industrieller Produktion sowie zwischen vagabundierendem Kapital und Massennachfrage bestehen gravierende Disproportionen (Bischoff/Menard 1993).

In der dritten einschneidenden Weltwirtschaftskrise nach 1974/75 und 1980-1982 werden die schon brüchigen gesellschaftlichen Institutionen noch härteren Belastungen ausgesetzt. Die Desintegration nationalstaatlicher Akkumulations- und Regulationszusammenhänge und der Verlust sozialregulativer Kapazitäten verstärkt sich ebenso wie sich das politisch-soziale Konfliktniveau erhöht. Offen gewaltsame Formen der Herrschaftsausübung und sozialen Auseinandersetzung wachsen somit an (Hirsch 1990, S.107). Die *gesellschaftlichen Überbauten* - das Institutionensystem, die vorherrschenden Ideologien und Wertvorstellungen, die Kulturformen etc. - sind also nicht in der Lage, den sozioökonomischen Umbruch sozialregulativ zu stabilisieren. Mit Blick auf die Deindustrialisierung Ostdeutschlands diskutiert man zwar ansatzweise industrie- und technologiepolitische Maßnahmen; eine grundsätzliche Umkehr von der Deregulierungs-, Privatisierungs- und Flexibilisierungspolitik ist aber nicht zu erkennen. Weiterhin wird das soziale System redimensioniert und die Arbeits-, Produktions-, Geld-, Kredit- und Konkurrenzverhältnisse flexibilisiert.⁷¹

Unbestritten ist, daß sich viele gesellschaftliche Institutionen als zunehmend unzeitgemäß erweisen: "Die gesellschaftlichen Institutionen - politische Parteien, Gewerkschaften, Regierungen, Sozialämter usw. - werden zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt" (Beck 1986, S.158). Ebenso wird aber auch immer deutlicher, daß der eingeschlagene Weg ihrer Transformation nicht aus den *Blockierungen* und *Sackgassen* herausführt. Solange nämlich eine den Zwängen des Weltmarktes unterworfenen Modernisierungs- und Flexibilisierungspolitik dominiert, verstärkt sich die innergesellschaftliche Desintegration, die ihrerseits das Institutionensystem unter einen starken Transformationsdruck setzt (Deppe 1991a, S.200). Das politische System erodiert, da sich die zur Verfügung stehenden ökonomischen und politischen Steuerungsressourcen den marktwirtschaftlichen Parametern unterordnen und dadurch mit dem Anstieg der Problemlagen nicht Schritt halten können. Angesichts dieser Diskrepanz scheint für den "postfordistischen" Regulationsmodus die Aufwertung von kulturellen, medialen und ideologischen Integrationsstrategien charakteristisch zu sein. Die keineswegs verschwundenen Fragen sozialer Ungleichheit (Vester 1993, S.5ff), aber auch die "neuen" gesellschaftlichen Probleme - Geschlechterverhältnis, Ökologie, Frieden etc. - werden häufig nur symbolisch bearbeitet, institutionell ausgegliedert und demzufolge privatisiert. Zudem sorgt die Heterogenisierung, Pluralisierung, Individualisierung und Privatisierung der sozio-ökonomischen, politischen, kulturellen und ideologischen Verhältnisse dafür, daß das korporativ strukturierte institutionelle Geflecht der fordistischen Formation von dezentralen und flexibilisierten Strukturen ersetzt wird. Und schließlich tritt an die Stelle des fordistischen "Klassen-Deals" eine Art von "Gentryfication-Deal", "der stärker und selektiver als zuvor nur noch privilegierte Teile der Lohnabhängigen und neue Selbständige ('Yuppies' und 'Boutiquen-Bourgeoisie') einbindet und der im postfordistisch re-strukturierten Parteiensystem seine Basis haben könnte" (Hirsch 1990, S.112).

Die Fragmentierung der sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Institutionen prägt nicht nur die Regulationsweise. Sie überträgt sich auch auf den Prozeß der *politischen Blockbildung*. Dabei gelangt deutlich zum Ausdruck, daß sich soziale und politische Koalitionen immer weniger auf Grundlage gleicher Erfahrungen ergeben. Selbst wenn sich die Berührungspunkte nicht vollständig auflösen, vermitteln sich Erfahrungen seltener gleichsam "naturwüchsig"; kaum mehr werden sie als Gemeinsamkeit erlebt. Der

71 Um die Haushaltslöcher zu stopfen, beschneidet die Bundesregierung rigoros das Sozialsystem; im Zentrum des Angriffs steht die Arbeitslosenversicherung. So sollen das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe ebenso reduziert werden, wie die Sozialhilfe sowie das Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulung; das Schlechtwettergeld in der Bauwirtschaft soll ganz entfallen (FAZ vom 24.6. 1993, S.15).

Verlust gemeinsamer Milieuerfahrungen entzieht den sozialen Beziehungen und politischen Organisationsformen ein wichtiges *Bindemittel*. Zwangsläufig sind politische Formationen in stärkerem Maße das Ergebnis der "bewußten" - allerdings keineswegs ideologiefreien - Selbsterzeugung von sozialen Gruppen und Individuen. Lebensweltliche Zusammenhänge müssen heute auf der Basis individualisierter Sozialbeziehungen oftmals selbst erst geschaffen werden, gewinnen für die "selbstgewählte" Lebensgestaltung zugleich aber an Bedeutung (Hirsch/Roth 1986, S.193ff). Insgesamt wird "erkennbar, wie im Zuge von Individualisierungsprozessen Konfliktlinien und -themen eine eigentümliche Pluralisierung erfahren und der Boden für neue, bunte, die bisherigen Schematisierungen sprengende Konflikte, Ideologien und Koalitionen bereitet wird: indem sich die Politisierung mehr oder weniger themenspezifisch, keineswegs einheitlich, sondern situations- und personenbezogen vollzieht, wird die umbrechende Sozialstruktur anfällig für massenmedial forcierte Modethemen und Konfliktmoden" (Beck 1986, S.159).

Im Übergang zum Postfordismus modifizieren sich auch die vorherrschenden politischen Kulturformen, d.h. die "alten", weitestgehend standardisierten und hegemonial eingebundenen Orientierungen, Identitäten⁷² und Interessen lösen sich auf und soziale, politische und kulturelle Mehrheiten zerfallen in Minderheiten. Vor allem sticht ins Auge: es wächst die Bedeutung von ideologischen und populistischen, insbesondere von rassistischen, ethnozentristischen und nationalistischen Orientierungen. "Dauerhafte Konfliktlinien entstehen mehr und mehr entlang 'zugewiesener' Merkmale, die nach wie vor mit Benachteiligungen verbunden sind: Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit (Gastarbeiter), Alter, körperliche Behinderungen. Derartige 'quasi-naturvermittelte' soziale Ungleichheiten erhalten unter den Bedingungen fortgeschrittener Individualisierung besondere Organisations- und Politisierungschancen aufgrund ihrer Unentrinnbarkeit, ihrer zeitlichen Konstanz, ihrer Widersprüchlichkeit zum Leistungsprinzip, ihrer Konkretheit und direkten Wahrnehmbarkeit und der damit ermöglichten Identifikationsprozesse" (Beck 1986, S.159f).

Zugewiesene Merkmale gewinnen im Vergesellschaftungsprozeß vor allem auch deswegen an Gewicht, weil das Feld der alten politischen Diskurse (Sozialstaat, die traditionelle Außenpolitik, der Systemgegensatz etc.) die neuen Problemlagen und Bedrohungen kaum bzw. unangemessen erfaßt; Es fehlt demnach ein ausstrahlungsfähiges "politisches Projekt", das die disparaten gesellschaftlichen Strukturen und divergierenden Interessen mit einer überzeugenden demokratischen Antwort hegemonial stabilisiert und einbindet. Nach wie vor bleiben wichtige gesellschaftliche Aufgaben unbeachtet und unbewältigt. Rechtspopulistische Bewegungen können sie daher politisieren und für ihre Zwecke nutzen. In der Regel stützt sich deren Mobilisierung "auf jene Ressentiments, Vorurteilsstrukturen und Angstaffekte, die durch den Ausschluß der unteren Schichten von Macht und Bildung selbst erst erzeugt worden sind. Die kulturellen Merkmale der Klassenherrschaft werden zum Vehikel ihrer Verlängerung" (Institut für Sozialforschung 1992, S.14).

Zusammenfassend können beim derzeitigen Stand der Umbruchkrise also folgende Elemente festgehalten werden: Weil infolge des internationalen Drucks auf die kapitalistischen Verwertungsbedingungen die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse vor-

72 Identitäten müssen in doppelter Hinsicht als dynamische Prozesse betrachtet werden. Da sie sich sozial strukturieren, sind sie im Fortlauf der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits einem permanenten Wandlungsprozeß unterworfen, formieren sich andererseits aber immer auch im Prozeß der individuellen Vergesellschaftung, d.h. der Sozialisation. Die Schule, der Beruf, die Familie, die Medien etc. spielen dabei eine ebenso große Rolle wie die Bezüge zu politischen Parteien und Organisationen. Identitäten vermitteln sich sowohl über bestimmte Kulturformen, als auch über politische und ideologische Diskurse.

anschreiten, stehen der Sozialstaat und das politische System im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stark unter Druck. Durch globale Risiken, den Zusammenbruch des Realsozialismus, Migrationsprozesse, die sicherheitspolitische Neuordnung Europas und den auflebenden Nationalismus und Rassismus werden die seit längerem bestehenden gesellschaftlichen Probleme überlagert und nochmals verstärkt (ebd., S.12). Hierdurch erhalten die Diskussionen um die soziale Sicherung und die Verarbeitung von individuell erfahrenen "Fortschritts-" und Lebensweiskonflikten zusätzliches "Material" - Unsicherheiten, Zukunftsängste, Konkurrenzbeziehungen, Feindbilder etc. - das sich rechtspopulistisch verwerten läßt.

5.2. Der Rassismus als gesellschaftliches Integrationshemmnis - zum sozialen Ausschluß von Migranten und ethnischen Minderheiten

Auf den ersten Blick scheint die Definition von Rassismus nicht schwer: Demnach bildet er eine Ideologie, die soziale Unterschiede und Hierarchien biologisch herleitet, d.h. "Rassen" als von Natur aus höher- oder minderwertig einschätzt. In dieser Perspektive ist die Ausgrenzung oder Ausrottung sozial unterlegener Gruppen durchaus legitim, wenn nicht sogar notwendig. Dennoch bleibt diese Definition in mancherlei Hinsicht inhaltsleer und berührt nur einen Teilbereich des rassistischen Diskurses.

Zunächst fällt auf, daß obwohl die biologisch begründete Existenz von "Rassen" politisch desavouiert und wissenschaftlich unhaltbar ist, der Prozeß der Rassenkonstruktion auch weiterhin stattfindet. Heute dominiert der "kulturalistisch" oder "differentialistisch" argumentierende Rassismus. Er unterscheidet sich vom biologischen oder genetischen Rassismus nur durch die Art und Weise, auf die eine naturgegebene Unterschiedlichkeit von sozialen Gruppen konstruiert wird: bei ihm tritt an die Stelle der genetischen eine kulturelle "Substanz". Entsprechend plädiert der differentielle Rassismus für die kulturelle Verschiedenheit von Völkern und propagiert das Gebot der "Nichtvermischung" unterschiedlicher "ethnisch" oder "national" definierter Lebensweisen. Zugleich wandelt er den antirassistischen Slogan des "Rechts auf Differenz" in die "Pflicht auf Differenz" um (siehe hierzu Balibar/Wallerstein 1990, S.23ff; Taguieff 1991). Vordergründig präsentiert sich der "neue" Rassismus in einem sanften, moderaten und kulturelrelativistischen Outfit. In letzter Konsequenz ruft aber auch er Gewalt hervor, denn ohne Gewaltanwendung wird sich die Vorstellung "völkisch reiner Kulturen" wohl kaum realisieren lassen. Die "Metamorphose" des Rassismus - von der biologischen zur kulturalistischen Begründung (Taguieff 1991) - vermittelt nicht nur einen Eindruck davon, wie vielfältig der Rassismus auftritt, sie zeigt vor allem auch, daß "Rasse"⁷³ sozial konstruiert wird. Zusammen mit der biologistischen *Abgrenzung* und *negativen Bewertung* anderer sozialer Gruppen bildet der *soziale Konstruktionsprozeß* demnach den Kern des ideologietheoretischen Rassismusbegriffs (Leiprecht 1992, S.14ff).

Konkret erschließt sich der Charakter dieses Konstruktionsprozesses nur im Kontext des gesellschaftlichen Reproduktionsmodus. Je nach sozialer und subjektiver Funktion, je nach Bedeutung verschiedener historischer Bezüge - der institutionellen Verankerung, der medialen Darstellung etc. - erscheint sein Wirkungszusammenhang in einem anderen

73 Auf den ersten Blick scheint die rassistische Unterteilung von Menschen gemäß ihrer Hautfarbe von Natur aus gegeben zu sein. Sie wird aber fragwürdig, sobald begründet werden soll, warum nicht andere körperliche Merkmale zur Rassenbildung herangezogen werden: z.B. die Augen- oder Haarfarbe, die Fußgröße etc. Die soziale Konstruktion der "Rasse" wird besonders deutlich, wenn religiöse, kulturelle und andere soziale Verhaltensweisen naturalisiert werden: z.B. im Antisemitismus.

Licht. Weil der rassistische Diskurs also viele Facetten besitzt⁷⁴, ist seine theoretische Erfassung nicht einfach. Das Grundproblem besteht vor allem darin, den Rassismus nicht verengt und dennoch trennscharf zu bestimmen. Hierzu soll zunächst die ideologietheoretische Erörterung von rassistischen und ihnen "verwandten" Diskursen beitragen.

Mit den "verwandten" Diskursen sind hauptsächlich Nationalismus, Ethnozentrismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit gemeint. "Xenophobie, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind sozusagen vom selben Schläge, entstammen demselben Feld von großen Diskursformationen. Sie bilden daraus jedoch verschiedene 'Ausschnitte' und unterscheiden sich nach ihrem bestimmenden Gegensatz und nach ihrer aggressiven Dynamik" (Elfferding 1989, S.107). Gemeinsam ist allen genannten Ideologien, daß sie verschiedene Lebensweisen und Kulturformen nicht aus ihrem sozialen Entstehungskontext begreifen, sondern unhinterfragt als gegeben interpretieren. Die Wirkungsweisen der diversen Ideologien liegen nahe beieinander; häufig überlagern, ergänzen oder verstärken sie sich; wegen ihrer gemeinsamen Stoßrichtung lassen sie sich oftmals nur analytisch trennen. Allesamt sind sie dem "*Diskurs der Differenz*" zuzurechnen. Ausnahmslos formieren sie - übrigens auch der Sexismus - ideologische Klassifikationssysteme, die dazu dienen, "soziale politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen" (Hall 1989b, S.913). Neben den Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die Ideologien aber auch: zum einen, weil sie das Produkt bestimmter sozialer Verhältnisse und Kämpfe sind, durch die sie konkret geprägt werden; zum anderen, weil sie in der Realität nie in reiner Form existieren, sondern sich meist mit anderen Ideologien verknüpfen. Insofern müßte korrekt immer von der konkreten Konfiguration mehrerer ideologischer Diskursfragmente gesprochen werden.

Die nun skizzierte Typologie deutet die jeweiligen Richtungen der einzelnen Diskurse nur an. Wie in der weiteren Darstellung wird der *Rassismusbegriff* recht weit gefaßt; er umschließt alle Formen der Abgrenzung von sozialen Gruppen, die sich auf zugeschriebene genetische oder kulturalistische Differenzen begründen. Die weite Fassung hat den Vorteil, den Blick nicht nur auf die offensichtlichen, d.h. aggressiven rassistischen Varianten zu beschränken, sondern auch strukturelle, institutionelle und latente Formen mit einzubeziehen (Balibar/Wallerstein 1990, S.50ff; Hall 1989, S.150ff). Sie klammert folglich die zweifellos harten Konsequenzen des unauffälligen, aber allgegenwärtigen Rassismus - z.B. die staatlich verordnete Ausweisung oder die soziale und politische Rechtlosigkeit der "ausländischen" Bevölkerung - nicht aus. Dennoch kann es für bestimmte Fragestellungen (für kurzfristige und aktuelle Probleme sowie die Art und Weise, auf die soziale Unterschiede ideologisiert werden) wichtig sein, innerhalb der weitgefaßten "Diskurse der Differenz" einen enger gefaßten Rassismusbegriff zu verwenden. Dessen Inhalte und Argumentationen stützen sich ebenso wie die des weiten Rassismusbegriffs auf eine Ideologie der Ungleichheit. Im Unterschied zum weiten deckt sich der enge Rassismusbegriff mit dem des Rechtsextremismus. Durch die Verbindung von Rassismus und Gewaltakzeptanz - beide bilden die wesentlichen Merkmale des Rechtsextremismus (Heitmeyer 1993, S.5) - wird ersichtlich, daß es sich beim Rassismus im Vergleich zu den anderen Ideologien um eine besonders aggressive Variante handelt.

Etwas anders artikulieren sich die *Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit*. Die erstgenannte bezieht sich primär auf die Staatsangehörigkeit als Abgrenzungskriterium; die

74 Da selbst seine aktuellen Bedeutungen an dieser Stelle nur unzureichend erfaßt werden können, konzentrieren sich die weiteren Ausführungen auf den "Arbeiterklassenrassismus". Inwiefern dieser das gewerkschaftliche Selbstverständnis herausfordert, steht anschließend zur Debatte.

Fremdenfeindlichkeit stützt sich vornehmlich auf kulturell-religiöse Gemeinschaftsbildungen. Beide sind dem *Ethnozentrismus* - eher eine Ab- als Ausgrenzungsideologie - zuzurechnen. Der Ethnozentrismus ist eine sanftere Ideologie, da er anderen Gruppen, die er als minderwertig erachtet, die Möglichkeit offenhält, sich an die dominierende "höherwertige Kultur" anzupassen (Kalpaka/Räthzel 1990, S.17). Diese "Chance" macht den Unterschied zum engen Rassismusbegriff aus. Oft stellt sich allerdings die im Ethnozentrismus angelegte Chance zur "Entwicklungsfähigkeit" als äußerer Schein dar. Zumeist werden die Migranten und Minderheiten, die dem Zwang zur Angleichung nicht nachkommen, als "integrationsunfähig" eingeordnet und ausgegrenzt. Der scheinbar harmlose Ethnozentrismus schlägt damit leicht in Rassismus um (ebd., S.18).

Die aufgeführten Ideologien - Rassismus, Ethnozentrismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit - beeinflussen maßgeblich die Reproduktion oder Transformation der inneren gesellschaftlichen Ordnung. Sie konstruieren die Fiktion eines "rassisch" oder kulturell homogenen Volkes, das sich nach außen zugleich als Nation darstellt (Balibar/Wallerstein 1990, S.107ff; Miles 1991, S.146ff). Im Vergleich hierzu "schießt" die *nationalistische Ideologie* - sie bezieht sich auch auf die Errichtung und Festigung nationaler politischer Institutionen und territorialer Grenzen - tendenziell über den Rassismus hinaus. Der Nationalismus formiert sich stärker in Bezug auf das internationale Staatensystem⁷⁵; in der Regel versucht er die internationale Geltung und den Einfluß des eigenen Nationalstaates zu steigern. Unter diesem Aspekt bildet der Nationalismus eine äußere Ergänzung "innerer" Ideologien. Seine Verknüpfung mit dem Rassismus bildet sicher den Regelfall, ist aber nicht unbedingt notwendig (Miles 1991, S.116ff). Durchaus sind Konstellationen denkbar, in denen sich der Rassismus fast ohne nationale Bezugspunkte artikuliert (z.B. die "Rassen"-Kämpfe in Los Angeles) und sich der Nationalismus stark politisch begründet (z.B. demokratische Befreiungsbewegungen).

5.2.1. Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis - Versuch einer ideologietheoretischen Bestimmung

Die *materialistische Ideologietheorie*⁷⁶ setzt sich deutlich von Ansätzen ab, die den Rassismus nur als Ausdruck von Vorurteilen oder als Sozialisationsproblem betrachten. Zweifelsohne spielen bei der Herausbildung rassistischer Einstellungen und Verhaltensweisen die Sozialisationsinstanzen Familie, Kindergarten, Schule, Berufsausbildung etc. (Leiprecht 1992a, S.113) und die Inhalte gesellschaftlich, politisch und medial vermittelter Informationen eine wichtige Rolle. Allerdings dürfte auch klar sein, daß der Rassismus weder durch fehlende oder falsche Kommunikations- und Informationsformen, noch durch eine schlechte Erziehung, d.h. durch negative Werte, Normen und Orientierungen, erklärt werden kann. Die Ideologietheorie vermeidet derartige Verkürzungen, indem sie den Rassismus als ein umfassendes, strukturell verankertes gesellschaftliches Verhältnis analysiert. Hiernach sind Ideologien immer dann am Werk, wenn produzierte Deutungen sich mit Machtstrategien verknüpfen (Hall 1989b, S.913). Auch wenn dies im kapita-

75 Es darf hierbei nicht vergessen werden, daß sich der Rassismus auch im internationalen Maßstab artikuliert. Dies gilt nicht nur für die vergangene koloniale Ära. "Im Gefolge der Entkolonialisierung hat - teilweise unbemerkt - ein Funktionswandel des Rassismus stattgefunden: Durch rassistische Deutungsmuster wird nicht mehr der ökonomische, politische und militärische Expansionsdrang weniger europäischer Großmächte gerechtfertigt, sondern der ungleiche Tausch, die Terms of trade und die Abschließung (Exklusion) Westeuropas gegenüber Fertigwaren und Menschen aus den sog. Entwicklungsländern" (Butterwegge 1992a, S.195; ähnlich Haug 1992, S.39).

76 Eine Zusammenfassung wichtiger Beiträge zur marxistischen Ideologietheorie liefert Auernheimer (1990), S.146ff. Weitere zentrale Texte aus der neueren Diskussion finden sich in Autrata u.a. (1989), Balibar/Wallerstein (1990), Bielefeld (1991), Hall (1989), Kalpaka/Räthzel (1990), Miles (1991).

listischen Reproduktionsprozeß fortlaufend geschieht, ergeben sich ideologische Formierungsprozesse keinesfalls automatisch, denn: einerseits ist ihre Gestalt, ihr Charakter und ihre Wirkung umkämpft; und andererseits sind die Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Bedeutungsproduktionen nicht notwendig miteinander verbunden (ebd.). Ihre Verknüpfung wird vielmehr politisch erzeugt.

Im modernen Kapitalismus sind weder der Mechanismus der Herrschaftssicherung noch oppositionelle Machtkämpfe ohne ideologischen Rückhalt denkbar. In diesem Sinne bilden ideologische Diskurse einen *konstitutiven Bestandteil* der sozialen Reproduktion, ohne jedoch aus der ökonomischen Kernstruktur der kapitalistischen Gesellschaft, d.h. aus der Produktionsweise, "ableitbar" zu sein. Der Kapitallogik wohnt sogar eine Tendenz inne, sich über die ethnisch oder rassistisch dominierten Verhältnisse hinwegzusetzen (ebd., S.915). Dennoch verhält sich der Kapitalismus - der stets mehr als nur die Ökonomie umfaßt - gegenüber den rassistischen Grenzziehungen nicht neutral oder "farbenblind". Er nutzt vielmehr die vorgefundenen sozialen, kulturellen und ideologischen Unterschiede innerhalb der abhängig Beschäftigten aus und verfestigt sie. "Der moderne Kapitalismus funktioniert entgegen der nivellierenden Tendenz des Weltmarkts gerade aufgrund und nicht etwa trotz geschlechtsspezifisch und 'rassistisch' definierter Arbeitskraft" (ebd.).

Wenn der Rassismus für die Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse funktional ist, bedeutet dies nicht, den rassistischen Diskurs "ausschließlich als Resultat bewußter Strategien von Kapital und Staat zu begreifen" (Kalpaka/Räthzel 1990, S.19). Die beherrschten Klassen sind an ihrer inneren Spaltung und Schwächung nicht unbeteiligt. Folglich klammern die ideologietheoretischen Überlegungen die Frage nach der subjektiven Funktionalität rassistischer Ausgrenzungspraxen nicht aus. Wäre die subjektive Funktionalität unbedeutend, wären also Ideologien mit "von oben" initiierten Manipulationsvorgängen gleichzusetzen, dann wäre der Rassismus wegen seiner mangelnden Verankerung im Alltagsbewußtsein politisch leicht aufzubrechen. Oft ist dies jedoch nicht der Fall. Einiges - z.B. die aktive Zustimmung größerer Bevölkerungsgruppen zu zentralen rassistischen Argumentationen (Jäger 1992) - deutet bei den aktuellen rassistischen Diskursen auf die Herausbildung einer "organischen" Ideologie hin.

Organische Ideologien zeichnen sich durch eine relativ große Kohärenz und Stabilität der sie tragenden Diskurse aus, d.h. wichtige Momente der von Intellektuellen, Politikern und Medien geformten Diskurse stimmen mit dem Alltagsbewußtsein überein (Hall 1989, S.79ff). Vereinfacht gesagt, formulieren die Intellektuellen die ideologischen Leitgedanken umfassend, systematisch und kohärent als "philosophisches" Ideengebäude. Die Funktion von Politikern und Massenmedien besteht darin, die Denkangebote aufzunehmen und ideologisch zu vermitteln. Anschließend prägen sich die Ideologien in fragmentierter und widersprüchlicher Form ins Alltagsbewußtsein ein. Gleichfalls kann - durch Politik und Medien unterstützt - der ideologische Formierungsprozeß durchaus auch "von unten" vorangetrieben und dynamisiert werden. Ideologien lassen sich insgesamt "also verstehen als mehr oder weniger konsistente Weltbilder, aber auch als Konglomerate von Bildern, Alltagsvorstellungen, religiösen und anderen Praktiken, mit denen die Menschen ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen darstellen, ja 'leben'; denn sie codieren damit nicht nur ihre Erfahrungen, sondern beziehen daraus auch ihr Selbstverständnis als Akteure" (Auernheimer 1990, S.160).

Innerhalb der *ideologischen Kämpfe* wirken die *staatlichen Institutionen* als wichtiger Macht- und Gestaltungsfaktor, denn dem Staat kommt unter anderem die Aufgabe zu, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft - z.B. durch ein dichtes Regelsystem - zu garantieren. Er bindet die beherrschten Klassen konsensual ein und befriedet soziale

Widersprüche. Diesen Prozeß kann er nur organisieren, weil er den Gesellschaftsmitgliedern als selbständige, gleichsam "neutrale" Herrschaftsstruktur erscheint. Nichts desto trotz materialisieren sich in den staatlichen Institutionen immer auch soziale Machtbeziehungen; die staatliche Autonomie ist demnach lediglich relativ. Um die übergeordnete Staatsfunktion - die Reproduktion der bestehenden sozialen Verhältnisse und Machtstrukturen - zu erfüllen, verknüpfen sich die staatlichen Aktivitäten häufig mit ideologischen Diskursen (Kalpaka/Räthzel 1990, S.19ff). Dennoch wäre es falsch, den Rassismus nur als herrschaftsfunktionale Strategie zu betrachten. "Der spontane plebejische Rassismus kann den Herrschenden Sorge bereiten, erst recht seine politische Verwertung durch oppositionelle Machtanwärter" (Haug 1992, S.33). Die rassistische Rebellion stört "Recht und Ordnung, führt zu Unruhen, die das Privateigentum, überhaupt die Bewegungsformen der bürgerlichen Gesellschaft verletzen" (ebd., S.34). Ihre Grenze findet die staatliche Unterstützung von Ideologien spätestens dort, wo sie für die Herrschaftsstrukturen dysfunktional und bedrohlich werden: z.B. in Gestalt eines neuen Machtblocks, gravierender volkswirtschaftlicher oder diplomatischer Nachteile, gesellschaftlicher Instabilitäten etc.

Selbst wenn sich der Rassismus gegen den Staat richtet, tritt er nicht für die Abschaffung von Herrschaft ein. Im Gegenteil, die staatlichen Institutionen sollen nur von neuen Blockformationen in Besitz genommen und inhaltlich neu ausgeformt werden. Fast immer gewinnen die rassistischen oder "völkischen" Bewegungen ihr politisches Profil aus einer *"doppelten Frontstellung"*. Sie entwickeln "eine reaktionäre Gegenutopie sowohl zum bürgerlichen Liberalismus bzw. zur bürgerlichen Demokratie als auch zu den verschiedenen Spielarten der Sozialreform und des Sozialismus. Zugespitzt: Kapitalismus und Sozialismus werden als gegensätzliche Systeme zu Spielarten ein und desselben Weltzustandes zusammengeschlossen, den das völkische Denken insgesamt zu bekämpfen vorgibt" (Kellershohn 1992, S.91). Im politischen Programm steht somit die "imaginäre Alternative" eines ethnisch homogenen Kapitalismus, in dem Klassengegensätzen keine Bedeutung mehr zukommt.

Zustimmung findet die rassistische Ideologie in der Regel dann, wenn sie die bestehenden Probleme, Unzufriedenheiten, Unsicherheiten, Ängste und ungelösten Fragestellungen thematisiert und praktikable "Lösungen" anbietet. Faktisch verschiebt sie die politischen Handlungen aber in andere Gesellschaftsbereiche und greift leicht stigmatisierbare Bevölkerungsgruppen an: Migranten, Asylbewerber, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte, Schwule, Lesben, Langhaarige etc. Obwohl der Rassismus die eigentlichen Ursachen des Unbehagens also nicht bewältigt, ist er für die Reproduktion der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse doppelt funktional:

Erstens verortet er die Wurzeln der gesellschaftlichen Probleme "jenseits" der Verantwortlichkeit der herrschenden Klassen. Diesen wird allenfalls eine partielle "Schuld" zugesprochen, weil ihre politischen Strategien nicht repressiv und autoritär genug sind.

Zweitens bindet er die subalternen Bevölkerungsgruppen konsensual ein, indem er dringende kurzfristige Interessen teils real und teils imaginär bedient, so z.B. die soziale Sicherheit durch die Deprivilegierung von Einwanderern.

Der *materielle Kern* rassistischer Ausgrenzungen tritt nicht immer klar hervor; oftmals vermittelt er sich über das abweichende Verhalten der "Fremden". Hierauf nehmen die Diskurse der populären Moral Bezug, indem sie an die unmittelbare Erfahrung, die Ängste und Unsicherheiten der normalen Leute appellieren. "Dies führte zur Eingliederung des 'Rufs nach Disziplin' von unten in den Ruf einer gewaltsamen Wiederherstellung der sozialen Ordnung und Autorität 'von oben'. Diese Artikulation bildet die Brücke

zwischen den wirklichen materiellen Ursachen der populären Unzufriedenheit und ihrer Repräsentation durch spezifische ideologische Kräfte und Kampagnen wie das allgemeine Bedürfnis nach einer 'disziplinierten' Gesellschaft" (Hall 1986, S.93). So fungiert die rassistische Praxis als ein ideologisches Bindemittel, das die "von unten" artikulierten Wünsche und Vorstellungen konsensual einbindet. Zugleich ermöglicht der Rassismus aus Sicht der Herrschenden die Verlagerung gesellschaftlicher Probleme und ihrer Ursachen und damit die Veränderung politischer Konfliktfronten, d.h. die Verschiebung von Klassegegensätzen in "Rassengegensätze" (Elfferding 1989, S.101ff). In der Konsequenz spaltet er die beherrschte Bevölkerung, entsolidarisiert sie und mindert ihren gesellschaftlichen Einfluß.

Neben der herrschaftsstrategischen Funktion enthält die Konstruktion von Rassengegensätzen aber auch eine *aktuelle praktische Seite*: Minderheiten werden in der Regel als minderwertig erachtet, ausgegrenzt, auf den Status von passiven Objekten herabgesetzt und verfolgt. Für die rassistischen Verfolger ist die Entsolidarisierung und Spaltung zunächst belanglos. Sie identifizieren sich mit den herrschaftskonformen Ideologien, integrieren sich verstärkt in den herrschenden Machtblock und stützen die staatliche Ordnung. Solange sie ausreichende Gegenleistungen erhalten, können sie bequem in ihrer subalternen Position verharren und weiter der Vorstellung anhängen, daß sie an der Macht partizipieren. Mit dieser Imagination unterwerfen sie sich freiwillig den herrschenden Prinzipien und bekämpfen alle stabilitätsgefährdenden Veränderungen (Kalpaka/Räthzel 1990, S.41). Sie verdrängen ihre eigene Machtlosigkeit, um die bisherige Handlungsbasis aufrecht zu erhalten.

Bestimmte *Lebensweisen* und *Kulturformen*, die dem *herrschenden und internalisierten Verhaltenskodex* zuwider laufen, bieten sich als Zielscheibe rassistischer Ausgrenzungen an. Indem "das Andere" das bestehende Rechts- und Ordnungsverständnis real oder auch nur scheinbar stört, Unruhe stiftet, "überhaupt die Bewegungsformen der bürgerlichen Gesellschaft verletzt", ruft der Rassismus nach der Justiz, der Polizei und dem starken Staat (Haug 1992, S.34). Gerade Einwanderer und ethnische Minderheiten werden häufig als etwas "Fremdes" wahrgenommen und für die gesellschaftlichen Verunsicherungen und Bedrohungen verantwortlich gemacht. Relativ leicht - sie leisten nur geringen Widerstand - lassen sich an ihnen die Eigenschaften und Merkmale konstruieren, die die Entwicklung eines "von unten" getragenen Feindbildes ermöglichen. Allerdings ist dieser Konstruktionsprozeß nicht gleichbedeutend mit einer einfachen Erfindung, sondern vielmehr ein Produkt, das sich aus der gesellschaftlich vermittelten Bearbeitung realer Erfahrungen, Praxen und Konflikte ergibt. Die Träger der konstruierten Feindbilder müssen nicht im geringsten hierfür verantwortlich sein. Immer ist es auch der Schutz vor der Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse - der Herrschaft von Kapital und Staat -, durch den die beherrschten Klassen die eigene Machtlosigkeit und den Rassismus reproduzieren (Cohen, Ph. 1990, S.107f; Cohen, Ph. 1991, S.318ff). Der Rassismus richtet sich vor allem deswegen gegen die Migranten, weil viele sie als die vermeintlichen Störenfriede des sozialen Konsenses und eines "ingeschliffenen Arrangements zwischen Herrschenden und Beherrschten" wahrnehmen (Demirovic' 1992, S.49f).

Für die Wirkungsweise des Rassismus sind aber nicht nur seine aufgeführten Funktionalitäten von Bedeutung. Auch aus seiner inneren Struktur ergeben sich interessante Aufschlüsse: So formiert sich die innere Struktur des rassistischen Diskurses als ein "System binärer Gegensätze" (Hall 1989b, S.919f), das die eigene Identität in Abgrenzung zum Bild von "Anderen" konstruiert. "Die ausgeschlossene Gruppe verkörpert das Gegenteil der Tugenden, die die Identitätsgemeinschaft auszeichnet. Das heißt also, weil wir rational sind, müssen sie irrational sein, weil wir kultiviert sind, müssen sie primitiv sein, wir

haben gelernt, Triebverzicht zu leisten, sie sind Opfer unendlicher Lust und Begierde, wir sind durch den Geist beherrscht, sie können ihren Körper bewegen, wir denken, sie tanzen usw. Jede Eigenschaft ist das umgekehrte Spiegelbild der anderen. Dieses System der Spaltung der Welt in ihre binären Gegensätze ist das fundamentale Charakteristikum des Rassismus, wo immer man ihn findet" (ebd., S.919). Zugleich weist man die "angsterregende Bedrohung", das Andere könnte möglicherweise ein Teil der eigenen Identität sein, zurück und verdrängt sie. Weil die Aufhebung der Differenz unkalkulierbare Folgen haben kann und als nicht mehr beherrschbar erscheint, hält man "das Andere" an seinem fernen Platz fest oder vernichtet es (ebd., S.920).

Knapp zusammengefaßt ergibt sich folgende *ideologietheoretische Rassismusdefinition*: Der Rassismus ist eine auf binären Denkstrukturen beruhende Ideologie, die mittels der Rassenkonstruktion soziale Verhaltensweisen naturalisiert und dementsprechend Bevölkerungsgruppen ein- und ausgegrenzt. Er ist hierbei nicht an die Existenz biologisch bestimmter "Rassen" gebunden; häufig konstruiert er den Mythos einer ursprünglichen substantziellen Verschiedenheit von Menschengruppen auch kulturell. Dieser Vorgang der Rassenkonstruktion vollzieht sich im Kontext der Produktion und Reproduktion von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Im rassistischen Diskurs wird die naturalisierte Kultur der ausgegrenzten Gruppen als minderwertig, rückständig oder mit anderen negativen Bedeutungen versehen. Die Vielfältigkeit, Mehrdimensionalität und Flexibilität der ideologischen Diskurselemente verleiht dem Rassismus dabei etwas chamäleonhaftes, das ihn gegenüber vielen antirassistischen Strategien resistent macht: deutlich wird dies z.B. im Wandel vom biologischen zum kulturellen Rassismus. Darüber hinaus stellen die Variationsmöglichkeiten, die der konkreten Ausprägung rassistischer Ideologien offenstehen, heraus, daß der Rassismus nicht losgelöst von seiner konkreten sozialen Formierung zu erfassen ist. Immer ist es der historische Kontext, in dem seine Form, Struktur und Funktionsweise Bedeutung erlangen und sich aufschlüsseln lassen.

5.2.2. Zum aktuellen rassistischen Diskurs - zwischen kultureller Dominanz und gesellschaftlicher Desintegration

Gebannt, erschreckt und erstaunt starren die politischen Eliten und die Medien auf den "Radaurassismus". Zugleich neigen sie dazu, den Rassismus als ein gesellschaftliches Randphänomen zu behandeln: Je nach Bedarf ist er ein Problem der Jugend, der männlichen Arbeiterklasse, gewaltbereiter "extremistischer" Gruppen, der ostdeutschen Landesteile etc. Diese Einordnung macht es der Politik und der Öffentlichkeit einfach, den Rassismus aus dem eigenen Verantwortungs- und Handlungsbereich gleichsam zu verbannen, d.h. die strukturellen und institutionellen Grundlagen der aggressiven rassistischen Praxis auszublenden. Tatsächlich beruhen die Verbindungen zwischen der rassistischen Gewalt und der offiziellen Politik bloß darauf, daß rechtsextreme Jugendliche "nur" das in die Tat umzusetzen versuchen, was die politischen Eliten seit Monaten propagieren: die Abwehr von Asylbewerbern und "Ausländern". Darüber hinaus hat selbst die angewendete Gewalt ihre *Wurzeln im Zentrum der Gesellschaft*: "Die Gewalt ist kein willkürlicher bzw. Verzweiflungsakt enttäuschter Minderheiten, wurzelt vielmehr in den herrschenden Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen, bestimmt das politische System, spiegelt sich in den Fußballstadien fort, wo sich die Frustration jugendlicher Fans über schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen als Randal der Hooligans entläßt" (Butterwegge 1992a, S.184). Die Gewalt greift also über ihre sozioökonomischen Grundlagen und die strukturell wirksamen Machtbeziehungen hinaus und verästelt sich in diversen Lebensbereichen. So darf "der Blick auf Brandflaschen werfende Skinheads (...) nicht darüber hinwegtäuschen, daß Gewalt in der Erwachsenen-

gesellschaft allgegenwärtig ist. Sie wird tabuisiert, verdeckt und verschwiegen und doch zugleich als 'effizientes Problemlösungsmittel' eingesetzt. Gewalt ist erfahrbar als Medienereignis, als Aggression auf der Autobahn, als unmittelbar spürbare Sanktion, als indirekte Gewalt von Ausgrenzung und Benachteiligung, als Ohnmacht gegenüber der strukturellen Gewalt von 'Selbstvernichtungsgefahren' etc. (Dörre 1992, S.10).

Zwar stimmen kritische Untersuchungen weitestgehend überein, daß es sich beim Rassismus keineswegs um ein gesellschaftliches Randphänomen handelt, bei seiner sozialen Verortung, der Ergründung seiner Ursachen und seiner konkreten Struktur treten aber bereits deutliche *analytische Differenzen* hervor:

1. Einige Erklärungen betonen die gesellschaftlichen *Umbrüche*, *Unsicherheiten* und *sozialen Marginalisierungsprozesse*. Hiernach bilden relevante Teile der Arbeiterklasse - vor allem die Modernisierungsverlierer - die soziale Trägerschaft des derzeitigen Rassismus. Stark verallgemeinert und vereinfacht stellt diese Argumentation folgende Merkmale des rassistischen Formierungsprozesses heraus: Die umfassende gesellschaftliche Modernisierung löst die Individuen aus bisherigen sozialen Bindungen heraus, wodurch ihre Verunsicherungen, Ängste, Bedrohungen und Ohnmachtgefühle ansteigen. Hierfür machen die betroffenen Individuen zumeist Bevölkerungsgruppen verantwortlich, die nicht der "nationalen Gemeinschaft" zuzurechnen sind. Wegen ihrer ungewohnten Lebensweisen (tatsächliche oder auch nur imaginär) werden die eingewanderten Minderheiten bei Teilen der einheimischen Bevölkerung schnell zur Inkarnation negativer Modernisierungsfolgen. Der reale Kern dieser Beschuldigung liegt auf der Hand: "Aufgewachsen in einer Konkurrenzgesellschaft, in der der Kampf um einen 'Platz an der Sonne' in Schule, Betrieb und im Privatleben zum 'alltäglichen Brot' gehört und in der Leistung und Disziplin die obersten Tugenden darstellen, bekämpfen viele Deutsche die Mitkonkurrenten und lehnen sie ab" (Jäger 1992, S.247). Ihre Verdichtung erhalten die rassistischen Wahrnehmungsweisen und Interpretationen durch die Erfahrungen in der alltäglichen Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Bezüglich der sozialstaatlichen und politischen Regulierung sind derartige Erfahrungen zwar weniger offensichtlich, aber auch dort findet ein Kampf um knappe Ressourcen statt, der mit in den rassistischen Diskurs einbezogen wird. Die Medien und politischen Debatten heizen die ideologischen Kontroversen entweder an, oder beschwichtigen sie (Butterwegge 1992a, S.196ff).

2. Andere Erklärungsansätze deuten die rassistischen Tendenzen demgegenüber "eher als subjektiv funktionale Zuspitzungen gesellschaftlich hegemonialer Wertorientierungen, Klassifikationssysteme und Verhaltensmuster" (Dörre 1992, S.13). Demzufolge würde der rassistische Diskurs wesentlich von den aufstiegsorientierten Gruppen getragen, die sich in besonderem Maße mit den *vorherrschenden Ideologien*, vor allem der Leistungs-ideologie, identifizieren. "Denk- und Redeweisen in der Form des Wohlstandschauvinismus führen den Reichtum der Bundesrepublik auf die natürliche Intelligenz, den Erfindungsreichtum, die Disziplin, die Leistungsfähigkeit und den Fleiß 'der Deutschen' zurück. Ein gewissermaßen gerechter Konkurrenzkampf der Völker hat - diesem Ideologen zufolge - Deutschland mit auf die Seite der Wohlhabenden geführt. EinwanderInnen und Flüchtlinge werden als Menschen gesehen, die ungerechtfertigterweise - ohne gewissermaßen 'selbst' etwas geleistet zu haben - vom Wohlstand der Deutschen profitieren wollen" (Leiprecht 1992a, S.115).

Letzlich kann sich die Untersuchung der Herausbildung rassistischer Alltagsdiskurse nicht nur auf einen Begründungszusammenhang beschränken. Beide Erklärungen - sowohl die, die den Rassismus aus der *Dominanzkultur* ableitet, als auch die, die ihn als eine *Begleiterscheinung gesellschaftlicher Umbrüche* deutet - können Plausibilität beanspruchen. Die These der Dominanzkultur scheint evident, weil sich die rechtsextremen

Wähler relativ gleichmäßig über alle Einkommensschichten verteilen. Unter den Jugendlichen sind sogar nicht die aus den unteren Schichten, sondern die aus den mittleren Schichten besonders anfällig (Rommelspacher 1992, S.83). Auf der anderen Seite kann die These, die die sozialen Probleme und gesellschaftlichen Umbrüche hervorhebt, darauf verweisen, daß vor allem jüngere Männer zum offenen und aggressiven Rassismus neigen. Insbesondere die arbeitslosen Jugendlichen sind mit sozialer Unsicherheit und beruflicher Perspektivlosigkeit konfrontiert. "Sie befinden sich noch am ehesten in direkter Konkurrenz zu Einwanderern der zweiten und dritten Generation" (Butterwegge 1992a, S.198).

In Abhängigkeit davon, welche Ausprägungen des Alltagsrassismus und welche *sozialen Trägergruppen* im Mittelpunkt stehen, steigt oder sinkt die Erklärungskraft der genannten Ansätze. "Je nach sozialer Plazierung ist Alltagsrassismus denkbar als ideologisches Instrument zur Selbstbehauptung in der unmittelbaren Konkurrenz mit Ausländern; als Ventil für aus gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen resultierendem Leistungsdruck; als Überreaktion auf Fremdes, Unbekanntes; als Bemäntelung einer Instrumentalisierung bestimmter Gruppen; als Legitimation von Wohlstandschauvinismus und Ausdruck kultureller Selbstüberhöhung; als Abschottungsstrategie zur Behauptung privilegierter sozialer Positionen oder auch als - mit umgekehrten Vorurteilen operierender - 'positiver Rassismus'" (Dörre 1992, S.14). Letztlich stehen die Ansätze in einem *Ergänzungsverhältnis* zueinander: Einerseits wird die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt im rassistischen Diskurs stets mit den dominanten Kulturformen und Ideologien aufgeladen. Permanent sorgen rechtliche und institutionelle Übereinkünfte für eine breite Plattform des ethnischen Dominanzgefühls, auf der sich dann soziale Ansprüche artikulieren können. Andererseits benötigt die Dominanzthese, wenn sie den Anstieg rassistischer Verhaltensweisen erklären soll, den Hintergrund sich zuspitzender gesellschaftlicher Widersprüche und sozialer Problemlagen. Beide Ansätze nehmen somit nur eine unterschiedliche Gewichtung von gesellschaftsstrukturellen und materiellen Ursachen einerseits sowie ideologischen Diskursen und kulturellen Faktoren andererseits vor (ebd., S.13).

Unter Berücksichtigung der Mehrdimensionalität des rassistischen Diskurses läßt sich für die Arbeiterklasse vorerst also festhalten: "Die untergeordneten Klassen neigen weder mehr noch weniger als irgendjemand sonst auf der Welt zum Rassismus" (Hall 1989b, S.916). Weder ist der Rassismus ihr Privileg, noch sind sie ihm gegenüber immun. Wie die übrigen Bevölkerungsgruppen sind auch die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse auf jeweils spezifische Art und Weise in den rassistischen Diskurs eingebunden. Erst bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen machen den Rassismus zur vorherrschenden Verhaltensweise in der Arbeiterklasse. Daher ist der Eindruck - statistische Erhebungen und Wahlanalysen weisen in diese Richtung-, daß vor allem die männlichen Produktionsarbeiter rassistisch sind, oberflächlich. Sollte sich dieser Eindruck durchsetzen, so würden hierdurch die Abgrenzungen nur auf einer anderen Ebene, zumeist zwischen "gebildeten" und "weniger gebildeten", deren rassistische Haltungen oft nur besonders offensichtlich anzutreffen sind, reproduziert (Cohen Ph. 1990, S.131f). Ohne die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Situation, die für das jeweilige Handeln der sozialen Gruppen und Individuen den Rahmen absteckt, sind die Ursachen für die verschiedenen Formen des Rassismus nicht zu erklären. Entscheidend ist also die Frage, "wie Gruppen, die von den Reichtümern unserer Wohlstandsgesellschaften ausgeschlossen sind, die aber gleichwohl zur Nation gehören, sich mit ihr identifizieren wollen, im Rassismus eine authentische Form der Identitätsgewinnung und des Selbstbewußtseins finden können" (Hall 1989b, S. 916). Die ideologietheoretische Erklärung hebt dabei auf die subjektive Funktionalität des Rassismus ab. Danach artikuliert sich der Rassismus der Arbeiterklas-

se im wesentlichen als eine abwehrende Reaktionsform auf die Bewußtwerdung der eigenen Machtlosigkeit.

Grundlegend ist für diese Verarbeitungsweise die Tatsache, daß sich die abhängig Beschäftigten in den bestehenden Verhältnissen eingerichtet haben. In verschiedenen Lebensbereichen (Stadtviertel, Arbeitsplätze, staatliche Institutionen, öffentliche Einrichtungen etc.) *fühlen sie sich als Eigentümer*. Sie haben die dort vorherrschenden Regeln internalisiert und sehen sich innerhalb der vertrauten sozialen Umgebung in gewisser Weise als Kontrollinstanz. Da die diversen Lebensbereiche gegenüber äußeren Einflüssen mehr oder weniger sozial abgeschottet sind, können sich die subalternen Klassen teilweise sogar als herrschende Klasse entwerfen (Cohen, Ph. 1991, S.321). Sie sehen sich deswegen legitimiert, abweichendes Verhalten selbstherrlich zu sanktionieren. Dies geschieht insbesondere dann, wenn Einwanderer auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt drängen, sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen und der einheimischen Bevölkerung die Illusion von der Partizipation an den bestehenden Macht- und Besitzstrukturen rauben.

Nur wenn sich die Migranten gesellschaftlich unterordnen, anpassen, instrumentell verfügbar, d.h. sozioökonomisch ausnutzbar sind, kann seitens der einheimischen Arbeiterklasse das "Erlebnis" der eigenen Ohnmacht verhindert oder wenigstens abgeschwächt werden: dann wird die eigene Lebensweise bestätigt und die imaginäre Partizipation an den bestehenden Herrschaftsstrukturen aufrecht erhalten. Der Rassismus dient also dazu, mittels imaginierter Gemeinschaftsbildungen potentielle Gefahren und Bedrohungen abzuwehren und die eigenen Besitzansprüche auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder im Bereich des Sozialstaats zu untermauern. Zwischen *realer Ohnmacht* und *Allmächtsphantasien* hin und her gerissen erzeugt der Rassismus "von unten" eine "duale Struktur", die die moralische Ordnungsliebe ("respektabler Rassismus") mit aggressiven Varianten ("ungehobelter Rassismus") kombiniert (Cohen, Ph. 1990, S.107).

In gesellschaftlichen Krisenkonstellationen wird die Anwesenheit der Einwanderer aber als unerträglich erfahren, "weil sie unbewußt als Repräsentanten der Macht wahrgenommen werden - jener realen, verdrängten Macht von Kapital oder Staat, deren Produktivität auf sie projiziert wird und sie zur fremden, zerstörerischen Kraft macht" (Cohen, Ph. 1991, S.321). Dies kann sich bis zur rassistischen Verschwörungstheorie steigern, als deren extremste Form der nationalsozialistische Antisemitismus bekannt ist. Folgt man der darin angelegten Logik, so wird das "Andere" zu einer allmächtigen aber unfaßbaren Macht hochstilisiert, deren "Heimtücke" sich mit der tatsächlichen Abweichung von den zugeschriebenen Verhaltensweisen sogar noch steigert: treffen die Klischees und "Vorurteile" nicht zu, oder ist "der Feind" tolerant und zurückhaltend, gilt dies als Beweis seiner Arglist und verborgenen Gefährlichkeit. Oftmals ist in den rassistischen Diskursen eine "*self-fulfilling prophecy*" angelegt, die mehr als hartnäckig ist und deren Logik die Verfolgten kaum entrinnen können.

Gegenwärtig finden in abgemilderter, brüchiger und ideologisch weniger gefestigter Form rassistische Grundhaltungen bei vielen Menschen Unterstützung (Jäger 1992). Da die wachsende Bedeutung von rassistischen Ideologien in der gesellschaftlichen Umbruchsituation wurzelt, ist dies wenig verwunderlich. Auch bei Teilen der *Arbeiterklasse* streift der vormals eingebundene Rassismus angesichts verengter wohlfahrtstaatlicher Verteilungsspielräume zunehmend seine Fesseln ab. "Vom Standpunkt des neuen Kapitalismus" sind die "in der fordistischen Phase erkämpften korporatistischen Sozialzustände" nämlich hinderlich (Haug 1992, S.41). Die materielle Basis der sozialen Partnerschaft zwischen Kapital, Arbeit und Staat scheint sich mehr und mehr zu verdünnen, wodurch der *Korporatismus* nicht nur selektiver wird, sondern auch einen klareren zutage

trehenden ethnischen Einschlag erhält (Räthzel 1992, S.753). Zudem verstärkt sich innerhalb der subalternen Klassen der offen geführte rassistische Wettbewerb; die politischen Fronten verlagern sich. Der Protest derer, die vom Sozialabbau bedroht sind, "verschiebt sich mit einer gewissen fragmentarischen Rationalität auf hinzukommende Konkurrenten im Verteilungskampf um verringerte oder bestenfalls stagnierende Sozialfonds. Diese Besitzstände scheinen desto mehr bedroht, je mehr potentielle Nutznießer sich geltend machen. Dabei geht es nicht nur um Zahlungen, sondern mehr noch um Ressourcen wie Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, Krankenversorgung, Bildungschancen, dazu andere Parameter der Lebensqualität, auch die Sicherheit vor Übergriffen anderer" (Haug 1992, S.41).

Mit der Krise der fordistischen Regulationsweise artikuliert sich also auch die ideologische Form des Rassismus neu (Demirovic' 1992, S.47). Er gedeiht auf der Basis zunehmender Unsicherheiten, Ängste und Bedrohungen, die ihre weitere Zuspitzung und "Verarbeitung" in Lebensweisekonflikten finden. Die Migration scheint die gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse, die sich aus den vielfältigen Umbrüchen ergeben, folglich zu *verstärken*. Auch wenn sie unter volkswirtschaftlichen Aspekten längerfristig immense Vorteile bringen sollte, ist die kurzfristige ökonomische Belastung verschiedener Bevölkerungsgruppen zu offensichtlich und nicht zu bestreiten.⁷⁷ Die Migration belastet diverse Arbeitsmärkte, Lebensbereiche und das gesellschaftliche Institutionensystem. Aufgrund der sich anbahnenden Überlastung nimmt die rassistische Verarbeitung vorhandener oder auch nur imaginiertes Konkurrenzverhältnisse und Unsicherheiten zu. "Heute konkurrieren die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft nicht mehr um einen gerechten Anteil der gemeinsamen Ressourcen, sondern immer häufiger um dieselben Ressourcen auf dem einen Arbeits-, Wohnungs- oder Bildungsmarkt" (Hobsbawm 1992a, S.615). Auf die Bundesrepublik bezogen bedeutet dies konkret: die im rechtlichen Regelsystem angelegten ideologischen Grundlagen - z.B. im "Inländer-Primat" oder im Staatsangehörigkeits- und "Ausländerrecht" - gewinnen an Bedeutung. Für immer mehr Menschen wird die deutsche "Volkszugehörigkeit" zum ausschlaggebenden Kriterium für die Teilhabe an den "Segnungen" der "Wohlstandsgesellschaft". Unübersehbar kehren in der "neuen" sozialen Frage "vormoderne Konfliktlinien wieder, die auf den Mechanismen sozialer Privilegierung und Schließung beruhen" (Vester 1993, S.8).

Die Art und Weise, wie die verschiedenen sozialen Klassen in den rassistischen Diskurs eingebunden sind, muß in - diskursiv vermittelter - Abhängigkeit von ihrer *Versorgungslage* gesehen werden. Erst wenn diese gesichert ist, steigt die Bereitschaft, die Einwanderung zu akzeptieren. Verschlechtert sich aber die soziale und wirtschaftliche Situation, so wird die Abwehr von Einwanderern zu einer Möglichkeit, die auftretenden Schwierigkeiten zu mindern: in der öffentlichen Meinung bildet sich schnell ein Konsens heraus, der die "Ausländer" selbst als die Ursache des "Ausländerproblems" sieht. Zu dessen Lösung ist es dann nur noch folgerichtig, die Zahl der "Ausländer" zu begrenzen (Kalpaka/Räthzel 1990, S.62). Die ethnisch-pragmatische Grundhaltung, nach der der wirtschaftliche Nutzen der Einwanderung den entscheidenden Maßstab bildet, ist also sehr labil und kann leicht in einen aggressiven Rassismus umschlagen. Ist dieser nicht mehr zu leugnen, spannen viele den Bogen noch weiter: die Migration erscheint dann

77 Die indirekten längerfristigen Vorteile der Einwanderung können nur selten über die aktuellen Bedrohungsgefühle hinweg helfen. Denn die Wirkung der Einwanderung ist für viele Menschen ungewiß und nicht direkt erfahrbar. Sie muß der einheimischen Bevölkerung außerdem nicht gleichmäßig zugute kommen. Zudem ignoriert die wirtschaftsrationalen Argumentation die dringenden Nöte und Sorgen sozial verunsicherter Menschen; eine aufklärende Informationspolitik allein reicht also nicht aus.

nicht mehr "nur" als Grund der sozialen Probleme, sondern wird sogar selbst noch zum Verursacher des aggressiven Rassismus. Teile der Bevölkerung, aber auch der Politiker und der Medien argumentieren nach dem Motto: "Wären keine Ausländer da, wäre auch niemand rassistisch, würde Steine werfen und Häuser anzünden."

5.2.3. Rassismus im Betrieb

Bisher wurde der Rassismus innerhalb des gesellschaftlichen Umbruchs ideologietheoretisch erörtert. Daran anknüpfend geht es nun um die Frage, in welcher Form sich der rassistische Diskurs innerhalb der betrieblichen Strukturen artikuliert. Hierbei ist der Betrieb mehr als Beispiel eines konkreten Konfliktfeldes: als zentraler Ort der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist er die *Schlüsselinstantz* für die Zuweisung individueller Lebenschancen. Immer noch wird am Faktor "Arbeit" die Frage der gesellschaftlichen Lebensperspektive maßgeblich entschieden. Seine Bedeutung als politische Sozialisationsinstanz hat zwar nachgelassen, dennoch sind die spezifischen Arbeitsbiographien, die konkreten Arbeitserfahrungen und auch Arbeitsorientierungen für die Fragen der Integration oder rassistischen Ausgrenzung nicht zu unterschätzen (Heitmeyer 1992, S.626).

Der Betrieb bildet somit den Ausgangs- und *Kristallisationspunkt* gesellschaftlicher Basistrends: in ihm bündeln sich entscheidende Gestaltungsaufgaben für die Strukturierung des Arbeitsmarktes; die staatlichen Regulierungsstrategien nehmen auf seine Erfordernisse Bezug; und auch die ideologischen und kulturellen Verhältnisse formieren sich nicht unabhängig von ihm; zumindest wirken sie auf seine Strukturen zurück. Da sich der Rassismus auf viele der eingewanderten Gruppen - nicht zuletzt auf die Arbeitsmigranten - bezieht, liegt die Relevanz der betrieblichen Sphäre auf der Hand. "Im Mikrokosmos Betrieb ist beispielsweise sichtbar, ob Internationalismus und Solidarität konkret praktiziert werden oder in den interethnischen Beziehungen Entsolidarisierung und Egoismus vorherrschen" (Hergesell 1992, S.747).

Untersuchungen des betrieblichen Alltags bestätigen, daß die Selbst- und Fremdzuschreibungen von "deutschen" und "ausländischen" Beschäftigten oftmals dem Muster einer relativ klaren rassistischen Binnenstruktur entsprechen (Gillmeister u.a. 1989, S.307f; Freyberg 1992a, S.82; Hergesell 1992, S.750ff): ständige rassistische Übergriffe von deutschen Kollegen; rassistische Sprüche und die Zuweisung negativer Merkmale; Diskriminierungen innerhalb der Arbeitsbeziehungen; "Ausländer" verbleiben in der Regel auf Arbeitsplätzen mit geringem Prestige; ungleiche Chancen in Konfliktsituationen; ihre unzureichende Berücksichtigung in den Strukturen der Interessenvertretung etc. (Freyberg 1992a, S.82). Diese Beziehungen sind nun keineswegs neu, sondern bestehen im Prinzip seit der ersten Phase der Arbeitsmigration. Durch neuere Entwicklungen geraten sie nun aber unter dreifachen Druck und spitzen sich zu:

1. Mit der *Restrukturierung* der kapitalistischen Produktion und Distribution entstehen innerhalb und zwischen den Betrieben, gesamtgesellschaftlich und auf der internationalen Ebene grundlegend neue Produktions- und Austauschbeziehungen. Durch das veränderte sozioökonomische und politisch-ideologische Umfeld geraten alte "Errungenschaften" und soziale Sicherheiten unter Druck.

2. Auch die "*neue*" Migration verändert die Arbeitswelt. Das Arbeitskräfteangebot steigt an und übt unter den Bedingungen einer anhaltend hohen, wenn nicht sogar steigenden Arbeitslosigkeit auf die unteren Bereiche des Arbeitsmarktes Druck aus. Einige Folgen sind absehbar: eine verschärfte Arbeitsplatzkonkurrenz, geringere Löhne und ein weiterer Abbau tarifvertraglicher und sozialrechtlicher Sicherheiten. Selbst wenn sich die erhöhte Konkurrenz auf die unteren Beschäftigungsverhältnisse konzentriert, bleibt die übrige

Gesellschaft davon nicht unberührt. Durch die soziale Verunsicherung und Marginalisierung drohen die Fundamente des selektiven Korporatismus zu brechen. Gravierende Konsequenzen dieses Prozesses stehen der Bundesrepublik erst noch bevor.

3. Die zweite und dritte "Ausländergeneration" setzt die alten betrieblichen Berufs- und Einflußstrukturen unter Druck. Die "ausländischen" Kollegen lassen sich nicht mehr alles gefallen, klagen ihre Rechte ein, sind immer weniger gewillt, die ihnen abverlangte soziale und ökonomische "Pufferfunktion" zu übernehmen und verfügen z.T. über bessere berufliche Qualifikationen. Mit anderen Worten: sie sind nicht mehr länger bereit, "die von den deutschen Kollegen ihnen zugewiesene unterste Ebene der Hierarchie widerstandslos zu besetzen" (Freyberg 1992a, S.82).

Vor allem die nachfolgenden Generationen der Arbeitsmigranten wehren sich gegen offenen rassistische Diskriminierungen. Verstärkt beanspruchen sie nicht nur die formal, sondern faktisch gleichen Rechte und Fördermaßnahmen wie die deutschen Beschäftigten. Dies gilt sowohl für die Positionen im Betriebsrat und in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, als auch hinsichtlich der qualifizierten Arbeitsplätze (Gillmeister 1989, S.313). Was von Seiten der "Ausländer" als legitimer Anspruch formuliert wird, erscheint den "Deutschen" häufig als Beschneidung ihrer Privilegien, die sie aufgrund ihrer Herkunft und der erbrachten Leistungen - sichtbar in der tendenziell besseren beruflichen Qualifikation, betrieblichen Position und dem allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand - als legitim ansehen. In dieser Perspektive ist es dann nur konsequent, wenn die "deutschen" Beschäftigten - z.T. sogar die Facharbeiter und Betriebsräte (Freyberg 1992a, S. 82) -, die *bedrohten Privilegien* gegenüber den Einwanderern verteidigen. Die ethnischen Spannungen innerhalb der abhängig Beschäftigten beruhen also sowohl auf einer imaginären Konstruktion als auch auf wirklichen Unterschieden und sehr handfesten Konflikten. Beide Gruppen können auf reale Erfahrungen hinweisen: z.B. "verbale und andere Mißverständnisse, abweichendes Autoritätsverhalten, verschiedene Formen des Sexismus und Chauvinismus, unterschiedliche Interessenlagen und Lebensstile usw." (ebd., S.83).

Ob sich innerhalb der *betrieblichen Statuskämpfe* und Konflikte um bestimmte Ressourcen (Urlaub, Arbeitsplatzgestaltung, Fort- und Weiterbildung, betrieblicher Aufstieg etc.) rassistische Praxen etablieren, ist immer vom konkreten betrieblichen Umfeld abhängig. "Zahlreiche Faktoren der Arbeitssituation - allgemeine Diskriminierung der Arbeit, autoritäre hierarchische Strukturen, Mißmanagement, Personalunterbesetzung, Deregulierung der Arbeitsleistung, extreme Streßphasen, geringe Standardisierung der Arbeitsabläufe, breite Eingriffsmöglichkeiten der Vorgesetzten in die Arbeitsbelastungen - sind geradezu ein optimaler Nährboden für die Entwicklung oder Aktualisierung fremdenfeindlicher Einstellungs- und Handlungsmuster bei den deutschen Kollegen" (ebd., S.84). Die aufgeführten Ursachen kennzeichnen gegenwärtig die Situation vieler Betriebe, so daß zu Beginn der neunziger Jahre die soziale Unsicherheit nicht mehr nur eine Bürde marginalisierter Gruppen ist. Wichtige sozioökonomische Entwicklungen arbeiten den rassistischen Ausgrenzungspraxen in die Hände: zum einen werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe härter; zum anderen sehen viele der abhängig Beschäftigten ihre beruflichen Perspektiven und Lebenschancen infrage gestellt.

Allerdings ist zu bedenken, daß sich die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen und das politisch-ideologische Klima auf der betrieblichen Ebene nur vermittelt auswirken; so ist der *innerbetriebliche Arbeitsmarkt* nicht überall nach ethnischen Kriterien struktu-

riert.⁷⁸ Ethnische und rassistische Praxen sind für das Handeln der Akteure (Unternehmensleitung, Betriebsrat und Beschäftigte) unter Umständen relativ belanglos. Aber selbst, wenn der innerbetriebliche Arbeitsmarkt ethnisch segmentiert ist, können rassistische Verhaltensweisen ausbleiben, wenn negative Konsequenzen absehbar sind: unter den Bedingungen zu hoher Kosten (soziale Isolierung, moralischer Druck der Kollegen, Gespräche mit dem Betriebsrat und der Personalleitung etc.) oder zu niedriger und ungewisser Prämien (der berufliche und betriebliche Aufstieg hängt von festen formellen Qualifikationskriterien ab, der Prestigegewinn ist begrenzt etc.) bilden rassistische Praxen eine dysfunktionale Handlungsoption (Freyberg 1992a, S.85).

Sicher lassen sich die rassistischen Praxen aus den Konkurrenzbeziehungen und rationalen Entscheidungen nur unvollkommen erklären. Ihre Verbreitung korrespondiert stets mit anderen ideologischen Diskursen, ist daher immer auch von der gesellschaftlichen Hegemonialkonstellation abhängig. Durch die Anknüpfung an fordistische und neokonservative Werte - z.B. die Leistungsideologie, den Fortschrittsglauben, die Aufwertung von Familie, Tradition und Nation etc. - reproduzieren sich bestimmte Formen des Alltagsbewußtseins: "*Herrenmentalitäten*" und andere Überlegenheitsattitüden sind gegenüber den "Ausländern" weitverbreitet. Immer noch sieht man sie als "Andere" an, die eigentlich nicht dazugehören und allenfalls ökonomisch "zu vernutzen" sind. Ihre Probleme und Diskriminierungen geraten deswegen nur selten in den Blick. Viele betrachten ihre subalterne betriebliche Position als nur allzu "natürlich" und legitim (Klose 1989, S.166f). Obwohl die "Ausländer" formalrechtlich weitgehend gleichgestellt sind, ist es für sie schwierig, an den betrieblichen Entscheidungen aktiv und selbstbestimmt zu partizipieren (Blank 1988; Gillmeister u.a. 1989, S.306ff).

Ob die ideologische und materielle Diskriminierung wenigstens partiell durchbrochen wird, hängt in starkem Maße von den Zielen, Vorgaben und Reaktionsweisen der betrieblichen Entscheidungsstrukturen ab: Zentral ist die konkrete praktische Ausformung der unternehmerischen Personalpolitik und das Engagement des Betriebsrats (Blank 1988, S.76ff; Klose 1989, S.165ff). Wird einmal unterstellt, daß in den meisten größeren Betrieben Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute vorhanden sind, so ist dies nicht gleichbedeutend mit einer antirassistischen und antinationalistischen Politik. Oft verhalten sich die Organe der Interessenvertretung "neutral" und geben den verbreiteten ethnozentristischen oder rassistischen Stimmungslagen nach (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.300).

Zweifelsohne ist es für eine solidarische Interessenvertretung schwierig, auf der betrieblichen Ebene Alternativen zu entwickeln. Der ethnisch segmentierte Arbeitsmarkt und die allgemeinen gesellschaftlichen Diskurse setzen ihr deutliche Grenzen. Auf der Basis ethnisch strukturierter Arbeitsmärkte reproduzieren sich rassistische Diskurse, die nur schwierig aufzubrechen sind. Mehr noch, in zugespitzten gesellschaftlichen oder betrieblichen Konfliktkonstellationen können sie sich leicht offen und aggressiv entladen. Weil die ethnische Spaltung der abhängig Beschäftigten innerhalb der betrieblichen Hierarchien und Einflußmöglichkeiten weiterhin fortbesteht, können sich die beruflichen und sozialen Sicherheitsinteressen leicht auf rassistische Weise artikulieren (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.301). Vorwiegend geschieht dies dann, wenn es um die Verteilung knapper betrieblicher Ressourcen geht: z.B. um Einstellungen, betriebliche Aufstiege, Fortbil-

78 In vielen Bereichen verlagern sich die ethnischen Arbeitsmarktgrenzen auf die zwischenbetriebliche Struktur: sichere, qualifiziert und gutbezahlte Arbeitsplätze in den Großbetrieben für die "deutschen" Beschäftigten; viele Zulieferbetrieben und personenbezogene Dienstleistungsunternehmen mit unsicheren, schmutzigen und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen greifen hingegen verstärkt auf "ausländische" Arbeitskräfte zurück.

dungsmaßnahmen, Urlaub, Entlassungen etc. Die Personalleitung und auch der Betriebsrat verleihen den "von unten" artikulierten Interessen der deutschen Beschäftigten zu meist nur noch eine konkrete Form, denn im ethnisch geprägten korporatistischen Arrangement grenzen die deutschen abhängig Beschäftigten ihre "ausländischen" Kollegen aus, üben Druck auf den Betriebsrat aus und verbünden sich mit der Unternehmensleitung. Solidarische Lösungen, die zumindest längerfristig die Kampfkraft und auch die Durchsetzungsfähigkeit der abhängig Beschäftigten stabilisieren und fördern, weichen einer "*gruppenegoistischen*" *Vorteilsnahme*.

Die Betriebsleitungen sind aber nicht einfach nur "Opfer" der rassistischen Bestrebungen seitens der betrieblichen Basis. Als Exekutoren der kapitalistischen Marktgesetze treffen sie einerseits sozial unverträgliche Entscheidungen und fördern dadurch den Kampf um knappe Ressourcen; andererseits betreiben sie auf Grundlage unhinterfragter Stereotype, Gewohnheiten und betrieblicher Traditionen häufig eine Praxis ethnonationaler und rassistischer Ausschließung. In der Regel sind für diese Form der "nichtintendierten Diskriminierung" rein formelle Auslese- und Entscheidungsverfahren, die sich als vermeintliche "betriebliche Sachzwänge" darstellen, verantwortlich: z.B. erhöhte Sicherheits-, Sprach- und Qualifikationsanforderungen infolge technologischer und organisatorischer Innovationen, unausweichliche personalstrukturelle Umschichtungen und Umsetzungen, Senioritätsverpflichtungen etc. (Gillmeister 1989, S.308f).

Derartige "*unbeabsichtigte*" *Diskriminierungen* können sich in Phasen problematischer betrieblicher Entwicklungsperspektiven, in denen die allgemeine innerbetriebliche Unzufriedenheit wächst, weil sich z.B. Entlassungen anbahnen, aber sehr wohl zu einer bewußten Unternehmensstrategie verdichten. Um den Betriebsfrieden zu wahren, werden nicht selten die kurzfristigen, d.h. die direkten materiellen Interessen der deutschen Mehrheit bevorzugt bedient. Während die betrieblichen Maßnahmen ethnischer Ausgrenzung gewöhnlich limitiert bleiben, scheint sich "von unten" eine härtere "rassistische Front" zu formieren. Hierauf reagieren nicht wenige, insbesondere exportabhängige Kapitale verstärkt mit Aktionen, die sich gegen den aggressiveren Rassismus wenden. Zum Teil arbeiten sie mit den Gewerkschaften zusammen, um wichtige Grundlagen der bestehenden Herrschaftsstruktur - die bestehende Einbindung in Weltmarkt und Weltordnung - gegen den "rassistischen Mob" zu verteidigen.

Zusammengefaßt können auf der betrieblichen Ebene fünf Formen rassistischer Praxen, die sich durchaus überlagern und wechselseitig verstärken, typologisiert werden:

1. Innerhalb des Betriebes werden die Migranten als "Andere" konstruiert. Gemäß der Logik eines Systems binärer Gegensätze sieht man sie z.B. als eine Gruppe an, die nicht Willens ist, "sich gegen Leistungsverdichtungen zu wehren und solidarisch zu sein" (Hersell 1992, S.750). Mit Vorliebe wird ihnen die "Schuld" zugewiesen, wenn die Unternehmensleitung die *kollektive Gegenwehr* und *Solidarität* der abhängig Beschäftigten durchbricht. Zugleich wertet diese Konstruktion die eigene Verhaltensweise auf; gleiches geschieht mit anderen Gegensatzpaaren: z.B. "faul" und "fleißig", "dumm" und "intelligent", "offen" und "hinterhältig" etc.
2. Die ideologischen Konstruktionen werden von den diskriminierten Gruppen aufgenommen und umgedeutet, d.h. sie benutzen nach dem gleichen Muster der "Wir-Die-Dichotomie" z.B. den Rassismusvorwurf, um den Zugang zu bislang verwehrten betrieblichen Positionen, Ressourcen und Entwicklungschancen einzuklagen. Im Kern geht es also um *harte materielle Konflikte*, die, weil sie in den Reproduktionsmodus der betrieblichen Hierarchie eingebettet sind, dem "strukturellen Rassismus" zugerechnet werden können (Freyberg 1992, S.84f; Hergesell 1992, S.751).

3. Als "*institutioneller Rassismus*" sind die Ausgrenzungspraxen zu verstehen, die den ethnischen Gruppen den Zugang zu besseren Positionen, zu höheren Qualifikationen, zu wichtigen betrieblichen Entscheidungsebenen etc. aufgrund formeller Kriterien verweigern. Unterschwellig werden die Grenzziehungen symbolisch aufgeladen, wodurch "ausländische" Konfliktpartner als "'steinzeitlich', 'halbirre' und 'schwul'" erscheinen können (Hergesell 1992, S.752). Primär wird diese Form des Rassismus von der betrieblichen Personalpolitik und den Betriebsräten erzeugt und getragen.
4. Wenn sich die Migranten, anders als ihnen unter 1. zugeschrieben wird, besonders solidarisch und konfliktfreudig zeigen, d.h. in hohem Maße zu klassenbewußtem Handeln befähigt sind, so erscheinen sie der einheimischen Arbeiterklasse als Bedrohung. Oftmals werden durch die Konfrontation mit alternativen Lebens- und Handlungsmöglichkeiten die eingeschliffenen ideologischen Strukturen hinterfragt und die *uneingestandene Unterwerfung bloßgelegt* (Hergesell 1992, S.752).
5. Abschließend kann mit dem "*positiven*" *Rassismus* noch eine weitere Form benannt werden, die bei den "Anderen" die guten und lobenswerten Eigenschaften hervorhebt, die den "Deutschen" jedoch versagt sind. Derartige Projektionen können für die betreffenden Personen eine entlastende Funktion haben, wenn sie sich mit ihrer Distanzierung von den "Deutschen" der eigenen Verantwortung für bestehende Ausgrenzungspraxen entledigen (ebd., S.753). Auch hier bleiben die alte Lebensweisen und diskriminierenden Praxen unhinterfragt, unter umgekehrten Vorzeichen nehmen die ideologischen Verhältnisse - gemäß der Aussage: "die Deutschen sind nun einmal so" - leicht den Schein einer natürlichen Gegebenheit an.

5.3. Historische Entwicklungen: zum Wandel des integrationspolitischen Selbstverständnisses der Gewerkschaften

Der DGB und der ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften begriffen in der Vergangenheit die Immigration stets "als Herausforderung an die Integrationskraft der Einheitsgewerkschaft" (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.298). Seine Migrations- und Integrationspolitik folgte einem *ambivalenten Muster*. Sie bewegte sich im ständigen Widerspruch zwischen emanzipatorischen Ambitionen, die wenigstens Ansatzweise in programmatischen Verlautbarungen erkennbar waren, und den partikularen, kurzfristigen Interessen der einheimischen Mitglieder, d.h. Arbeitsplatzkonkurrenz, Besitzstandsdenken, nationale Ideologien etc. (Kühne 1991, S.1). Kam es dennoch zu Fortschritten, so waren sie das "Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses geduldiger Überzeugungsarbeit, vielfältiger gemeinsamer Aktionen und auch organisationsinterner Auseinandersetzungen" (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.298). Prinzipiell setzen zwei politische Größen den gewerkschaftlichen Handlungsoptionen Grenzen: die Politik der Bundesregierung und die Integrationsbereitschaft der eigenen Mitglieder. Positiv entwickelte sich demgegenüber aber die gewerkschaftliche Organisationsbereitschaft vieler Einwanderer (Kühne 1992, S.108).

Analog zur staatlichen läßt sich auch die gewerkschaftliche Migrations- und Integrationspolitik insgesamt in drei Phasen unterteilen: erstens in die Phase der Anwerbung; zweitens in die der Konsolidierung - sie fand ihren Ausdruck in der Familienzusammenführung und Niederlassung -; und drittens in die Phase der Verdrängungspolitik (Kühne 1988, S.21ff). In allen drei Phasen prägten in starkem Maße instrumentelle Zielsetzungen die gewerkschaftliche Integrationspolitik. Zumeist stand die Frage im Vordergrund, wie die Einwanderung die Interessenlage der einheimischen Beschäftigten berührte. Abhängig davon, ob sich die Konkurrenz verschärfte, die Kampffähigkeit verbesserte oder ver-

schlechterte, der Wohlstand vermehrte, die Unterschichtung den beruflichen Aufstieg ermöglichte etc., wandelte sich die einwanderungspolitische Haltung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder.

Über einen langen Zeitraum trugen die Gewerkschaften die Grundzüge der bundesdeutschen Regierungspolitik mit (Castles 1987, S.140f). Der DGB sah die Arbeitsmigration als ein vorübergehendes Phänomen an und konzentrierte seine Anstrengungen auf die Interessen der deutschen Mitglieder, d.h. auf die Sicherung sozialer Standards. Unter anderem erreichte er dies durch das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit. Desweiteren eröffnete sich der DGB gewisse Informations- und Kontrollrechte, und "für die Angeworbenen setzte er die tarifliche sowie arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Gleichstellung durch" (Kühne 1988, S.21). Während er nach innen also die Gleichbehandlung aller abhängig Beschäftigten anstrebte, bemühte er sich nach außen, durch das Arbeitsvermittlungsmonopol für die Bundesanstalt, den Inländerprimat und das Ausländergesetz die Konkurrenz abzuschwächen; die *gewerkschaftlichen Funktionsbedingungen* - d.h. eine einheitliche und verbindliche Regulation der Arbeitsbeziehungen - sollten nicht bedroht werden (Castles 1987, 139ff).

Die Zustimmung zur Anwerbung von Arbeitskräften beschränkte sich nicht auf die offizielle Gewerkschaftspolitik. Trotz der Zuwanderung schwächte sich angesichts der expansiven ökonomischen Entwicklung die Arbeitsmarktkonkurrenz weiter ab. Weil die Löhne stiegen - für viele verbesserte sich zudem der *berufliche Status* - stieg die gesellschaftliche Akzeptanz der Arbeitsmigration. Rückblickend erwies sich die Einwanderung also als ein wichtiger Bestandteil des dynamischen Wachstums von Wirtschaft und Sozialleistungen. Sie trug dazu bei, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen und die ökonomische Entwicklung anzutreiben (Hoffmann, L. 1991, S.1474f). Auf Grundlage stabiler ökonomischer Verhältnisse entwickelte sich von Seiten des Kapitals, des Staats und der Gewerkschaften eine recht stabile migrationspolitische Übereinkunft (Bielefeld 1989, S.396). Der wachsende ökonomische Reichtum und die gefestigte soziale Sicherheit sorgten dafür, daß die Einwanderung nur wenigen als Belastung erschien.

Entsprechend der Einschätzung, daß es sich bei der Arbeitsmigration um eine kurze Episode handeln würde - in der Krise 1967 bestärkte die starke Rückwanderung diese Sicht - hatte sich zwischen Migranten und Gewerkschaften bis in die siebziger Jahre hinein nur ein "äußerliches" Verhältnis entwickelt. Wegen ihres untergeordneten Status und ihrer scheinbar nur vorübergehenden Anwesenheit wurden die Migranten nicht als ein konstitutives Moment gewerkschaftlicher Kampfkraft betrachtet. Zwar ging es den Gewerkschaften vornehmlich darum, die ethnische Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse zu verhindern; die besonderen Interessen und Schwierigkeiten der Migranten blieben aber zumeist unberücksichtigt. Unter anderem kam dies darin zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich in wichtigen Fragen passiv verhielten: vor allem, wenn es um die gesellschaftliche Integration und spezielle Förderung der Arbeitsmigranten ging.

Erst 1971 thematisierte der DGB-Bundesvorstand die Lage der "ausländischen" Beschäftigten. Die Verabschiedung von Leitsätzen sollte der inländischen Mitglieder Mehrheit verdeutlichen, daß sich der Vertretungsanspruch des DGB nicht auf die deutschen Beschäftigten beschränkt, sondern auch auf die ausländischen Kollegen erstreckt (Kühne 1991, S.1). Ein Jahr später brachte der DGB einen Antrag zur Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ein, in dem die "Ausländer" bei der Betriebsratswahl gleichgestellt werden sollten. Desweiteren bekräftigten er die Forderung eines Rechtsanspruches auf Aufenthalt für Migranten, die sich mehr als fünf Jahre ununterbrochen und legal in der Bundesrepublik aufhielten. Für die, die einen zehnjährigen Aufenthalt nachweisen konnten, sollte ein Ausweisungsverbot gelten (Kühne 1988, S.21f). Trotzdem

blieben die Ansätze zu einer liberalen migrations- und integrationspolitischen Kehrtwende seitens der Gewerkschaften nur schwach. Schon kurz darauf (ab 1972) sprach sich der DGB für einen Anwerbestopp aus, den die sozialliberale Koalition im Jahr 1973 dann durchsetzte (Castles 1987, S.140). Die Tatsache, daß der DGB "zur Zeit der sozialliberalen Koalition noch relativ viele restriktive ausländerpolitische Entscheidungen der Regierung" mittrug, ist nicht zuletzt dem damaligen *Fortbestand und der Verfestigung des korporatistischen Bündnisses von Staat, Kapital und Gewerkschaften geschuldet* (Klose 1989, S.160).

In der ab 1974 einsetzenden Beschäftigungskrise traten zwischen den Arbeitsmigranten und den deutschen Beschäftigten unterschiedliche und zum Teil sogar gegensätzliche Interessenlagen hervor (Kühne 1988, S.22). Das nachlassende Wachstum verschärfte die Arbeitsmarktkonkurrenz und die "Konsolidierung" löste die migrationspolitische Phase der Anwerbung ab. Kennzeichnend war von nun an die nach außen gerichtete Abschließung des Arbeitsmarktes (Anwerbestopp von 1973): Nachgereiste Familienangehörige mußten Wartezeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt in Kauf nehmen und das Nachzugsalter "ausländischer" Jugendlicher wurde auf 16 Jahre herabgesetzt. Neben diesen Bestimmungen trug der DGB noch weitere restriktive Regelungen mit: z.B. den "Erhalt von Sozialhilfe" als Ausweisungstatbestand und die Ablehnung des Wahlrechts (ebd.).

Der nunmehr verstärkt einsetzende Familiennachzug bildete eine wichtige Grundlage für die Aufwertung der gesellschaftlichen Integrationspolitik; neben dem Einwanderungsstopp wurden sie zum zweiten Grundpfeiler dieser Migrationsphase. Die Gewerkschaften gingen von ihrer den Arbeitsmigranten gegenüber passiven bis ablehnenden Haltung ab und bemühten sich verstärkt um die organisationspolitische Einbindung der Einwanderer.⁷⁹ Obgleich sie sich für integrationsfördernde Maßnahmen einsetzten, blieben ihre damaligen Vorstellungen von Integration relativ restriktiv. So sprach sich der DGB "gegen eine dauerhafte Niederlassung von Ausländern" aus, forderte Rückkehrprogramme, lehnte das kommunale Wahlrecht für "Ausländer" ab und wies auch "die Forderungen des Europäischen Gewerkschaftskongresses nach sozialer Gleichstellung und gleichen Rechten auf dem Arbeitsmarkt für ausländische Arbeiter und ihre Angehörigen" zurück (Castles 1987, S.141). Erst seit 1982, dem Beginn der konservativ-liberalen Koalition, entwickelten die Gewerkschaften in Abgrenzung zur Politik der Bundesregierung umfangreiche Integrationsforderungen. Sie *profilieren* sich vor allem, wenn es um das Aufenthaltsrecht und eine politische Partizipationsrechte ging (Kühne 1992, S.109); innerhalb dieses Bemühens werteten sie auch die Fragen der Selbstbestimmung ethnischer Minderheiten auf.

Die Verbesserung des migrations- und integrationspolitischen Images fiel den DGB-Gewerkschaften nach der neokonservativen Wende relativ leicht. *Zum einen* sahen sie sich aus der Pflicht zur politischen Unterstützung der SPD/FDP-Regierung entlassen; *zum anderen* praktizierte das neokonservative Regierungsbündnis ungeachtet der Tatsache, daß die Migranten mittlerweile fester Bestandteil der bundesdeutschen Beschäftigungs-

79 Einen knappen Überblick der organisationinternen Einbindung und Repräsentation von "ausländischen" Beschäftigten liefert Kühne (1991). Sicherlich ist in diesem Zusammenhang herauszustellen, daß in den großen deutschen Industriegewerkschaften die Einwanderer eine zunehmend wichtigere Rolle spielen: ihr Organisationsgrad, ihr Anteil an Betriebsräten und Vertrauensleuten, ihr Einsatz in Arbeitskämpfen etc. ist tendenziell angestiegen. Ebenso wurden in den achtziger Jahren eine Reihe von Ausschüssen, Konferenzen und Arbeitskreisen eingerichtet, die sich mit der gesellschaftlichen und beruflichen Integration der Migranten befassen. Trotz aller Bemühungen, die Artikulationsmöglichkeiten der Einwanderer auch im Bereich von gewerkschaftlichen Funktionstätigkeiten zu verbessern, ist ihre Repräsentation auf höherer Stufenleiter nach wie vor aber nur sehr schwach.

und Sozialstruktur waren, weiterhin eine äußerst restriktive Integrationspolitik. Der Regierung ging es vorwiegend darum, den Einwandereranteil in der Bundesrepublik zu reduzieren. Mit der "Erweiterung der Ausweisungstatbestände und -möglichkeiten", den "Einschränkungen der Nachzugsmöglichkeiten von Familienangehörigen" und den "Einschränkungen politischer Betätigungsmöglichkeiten" leitete sie gegenüber den Migranten eine offene Verdrängungspolitik ein (Kühne 1988, S.22ff).

Hiergegen und auch gegen fortlaufend monotone Bekundungen führender Unionspolitiker, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, ging der DGB auf Distanz. Er blieb dabei nicht nur defensiv, sondern setzte sogar *neue Akzente*. Mittlerweile sind für ihn die Fragen eines Niederlassungsrechts, des kommunalen Wahlrechts und des Ausweisungsverbots keine Tabus mehr; er tritt zudem für einen verbesserten Aufenthaltsstatus ein und forderte eine Wiederkehroption für diejenigen, die in ihr Herkunftsland zurückgekehrt waren (Klose 1989, S.161ff; Kühne 1988, S.25f). Endlich scheint sich also die gewerkschaftliche Einwandererpolitik tatkräftig für zentrale integrationspolitische Ziele einzusetzen. Doch der oberflächliche Schein der integrationsfreundlichen Beschlußlage täuscht. In der alltäglichen Praxis reproduzieren und verschärfen sich die Auseinandersetzungen um Fragen der Migration und des Rassismus, ohne daß von Seiten der Gewerkschaften positive eigenständige Beiträge erkennbar wären:

Das gilt *erstens* für eine antirassistische Praxis, die sich nicht nur auf die reine Moral, den ökonomischen Nutzen oder die harte Repression stützt: faktisch findet derzeit "eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus nicht statt" (Heitmeyer 1992, S.633; Heitmeyer 1993, S.7f).

Zweitens fehlt den Gewerkschaften aber auch in den Diskussionen über das Asyl- und Einwanderungsrecht - wie die nur sehr zaghaften Stellungnahmen erkennen lassen - eine eigenständige Position (Kühne 1992).

Beide Bereiche verraten, daß sich die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre zum Teil von den Mitgliedern unter Druck gesetzt fühlen bzw. nicht die nötige Unterstützung erhalten und viele Aufgaben in Form einer antiquierten Arbeitsteilung ihrem politischen "Zwilling", der SPD, überlassen. Ihrer realen betrieblichen und organisationspolitischen Probleme können sich die Gewerkschaften dadurch aber nicht entledigen.

5.4. Aktuelle gewerkschaftliche Problemfelder: zwischen Antirassismus und ethnischem Korporatismus

Die vorangegangenen Abschnitte untersuchten die Integration von Einwanderern und das Aufkommen rassistischer Verhaltensweisen primär unter dem Aspekt gesellschaftsstruktureller Umbrüche. Nun verlagert sich die Fragestellung, indem die Wirkungen der aufkommenden Ideologien auf die Anforderungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung bezogen werden.⁸⁰ In gewisser Weise bettet sich damit die Integrations- und Rassismusproblematik allgemein in die *Dialektik von Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse* ein (siehe hierzu Deppe 1981).

Dies macht auch deutlich, daß der Rassismus kein gänzlich neues Phänomen darstellt; seit den Anfängen kapitalistischer Entwicklung artikulierte er sich in jeweils unterschied-

⁸⁰ Wenn hierzu einzelne Anregungen für mögliche Gegenstrategien erfolgen, so geschieht das nicht im Sinne eines Maßnahmenkatalogs. Derartige Listen finden sich z.B. bei Gillmeister u.a. (1989), S.320ff und Kühne (1991), S.8f. Vielmehr soll unter dem Aspekt einer "effektiven" antirassistischen Strategie das gesellschaftliche und gewerkschaftspolitische Aktionsfeld sondiert werden.

lichen Formen. Schon Marx hatte in einem Brief aus dem Jahre 1870 die rassistische Klassenspaltung als das "Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse" herausgestellt: "Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor whites zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer pays him back with interest in his own money. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland. Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebote stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt" (MEW 32, S.668f).

Sicherlich gleicht der heutige Rassismus weniger einer einfachen kapitalistischen Manipulationsstrategie. Vor allem das internationalisierte Kapital ist eher darauf ausgerichtet, den rassistischen Auseinandersetzungen - d.h. ihren extremen und gewaltätigen Formen - entgegenzuwirken. Andersherum ist hieraus jedoch keinesfalls die Schlußfolgerung abzuleiten, daß rassistische und chauvinistische Orientierungen die Macht und den Einfluß der subalternen Klassen steigern. Die rassistische Ideologie liegt *quer zu den sozialen Gegensätzen*, ist mit ihnen nicht deckungsgleich und schwächt sie ab. Politisch-strategisch hat dies zur Konsequenz, daß in der gegenwärtigen Phase nicht nur für relevante Kapitale, sondern auch für die Gewerkschaften der Rassismus zu einem schwerwiegenden Problem wird. Die organisatorischen und politisch-ideologischen Destabilisierungen, die von rassistischen Verhaltensweisen ausgehen, reduzieren die gewerkschaftliche Kampfkraft. Der Verlauf sozioökonomischer (die Betriebsweise), aber auch politischer und volkswirtschaftlicher (die deutsche Vereinigung und Staatsverschuldung) Entwicklungen schwächt entscheidend die einheitliche solidarische Interessenvertretung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Branche.

5.4.1. Die Gewerkschaften im Umbruch: Zersetzung oder Reorganisation

Bereits die sozioökonomischen, kulturellen und politisch-ideologischen Umbrüche machen den Gewerkschaften stark zu schaffen. Die Verschärfung von Konkurrenzverhältnissen, die wachsende Bedeutung von Gruppenegoismen (berufliche, nationale, betriebliche etc.) und das Ausbleiben ausstrahlungsfähiger politischer Alternativen fördern die Fragmentierung und Heterogenisierung der abhängig Beschäftigten. Es ist also längst keine Enthüllung mehr, wenn konstatiert wird: die "politische und kulturelle Auflösung der Arbeiterklasse geht jedenfalls einher mit der Zunahme besitzindividualistischer Wertorientierungen und eben auch autoritär-nationalistischer Einstellungen" (Kellersohn 1992, S.92). Hinter diesen "Auflösungsprozessen" der gewerkschaftlichen Handlungsbasis verbirgt sich eine Vielzahl Faktoren, die sich wechselseitig zu verstärken drohen. "Die Gewerkschaften werden nicht nur durch Massenarbeitslosigkeit, sondern stärker noch durch die Tertiarisierungs-, Flexibilisierungs- und Heterogenisierungsprozesse in den Arbeitsverhältnissen, betriebssyndikalistische Tendenzen und die damit verbundenen Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigen geschwächt, büßen ihren umfassenden Vertre-

tungsanspruch immer mehr ein und sind durch erhebliche innere Auseinandersetzungen über Strategien der Anpassung an das veränderte Akkumulationsregime politisch zerrissen" (Hirsch 1990, S.110). Insgesamt verfestigt sich mehr und mehr der Eindruck, daß die diversen *Segmentierungs- und Differenzierungsprozesse* kaum noch politisch-ideologisch einzubinden sind.⁸¹

Verstärkt werden diese Tendenzen durch den Verlust einer relativ klar umrissenen politischen Tradition, an deren Stelle sich eher ein *geschichtsloses Selbstverständnis* zu setzen scheint (hiergegen siehe Negt 1989, S.189ff). Dies impliziert ein grundlegendes Problem der gewerkschaftlichen Interessenvertretung: in einer Phase zunehmender sozialer und lebensweltlicher Unsicherheiten ist die Fähigkeit zur Solidarisierung nur noch schwach ausgeprägt; Kampferfahrungen sind verblaßt. Obwohl die tägliche Realität angesichts reduzierter Verteilungsspielräume eines besseren belehren müßte, dominiert nach wie vor ein Bewußtsein, das die sozialen Probleme als technokratisch regulierbar erachtet. Die Einsicht, daß die abhängig Beschäftigten, wollen sie ausreichende soziale Sicherheiten erlangen, solidarische Handlungsformen schaffen und politisch aktiv werden müssen, ist unter den Bedingungen tiefgreifender Individualisierungs- und Fragmentierungstendenzen in Vergessenheit geraten. Damit wirkt die "Enttraditionalisierung" des politischen Selbstverständnisses letztlich desorganisierend (Heitmeyer 1992, S.624). Vorherrschend sind "instrumentelle Orientierungen", die aufgrund der bestehenden "Systemzwänge" und des Bruchs mit der expansiven Verteilungslogik ständig "gekränkt" werden. Vor allem die Beschäftigten in traditionellen Industriebereichen sehen sich bei Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung gegenüber den modernen Beschäftigten des High-Tech-Sektors, des Finanzbereichs etc. zurückgesetzt. Linke Modernisierungsdiskurse und Strategiedebatten berücksichtigen sie nur noch unzureichend, so daß sich für viele von ihnen der rechtspopulistische Protest als "Sprachrohr" aufdrängt.

In den Tarifaueinandersetzungen, vor allem in den Lohnkämpfen, aber auch in den Diskussionen um den "Solidarpakt" tritt deutlich hervor, daß der "geläuterte gewerkschaftliche Pragmatismus" (Deppe 1992, S.223) seinen politischen Rückhalt verliert und verzweifelt nach Antworten sucht. Von zwei Seiten aus gerät er unter *Druck*:

Erstens durch die von *Arbeitgeberverbänden* und der regierungspolitisch "vereinnahmten" Öffentlichkeit vorgenommenen Weichenstellungen. So haben die Arbeitgeberverbände "deutlich gemacht, wie Arbeitskämpfe künftig zu bewerten sind: nämlich als Sabotage der 'großen nationalen Aufgabe', um derentwillen alle zurückstecken müßten, zuallererst natürlich die Gewerkschaften. Wo die nationalen Interessen im Mittelpunkt stehen, haben die Arbeitnehmer und Gewerkschaften noch stets den kürzeren gezogen" (Schneider 1991, S.451).

Zweitens mehrt sich aber auch bei den *abhängig Beschäftigten* und den Gewerkschaftsmitgliedern der Unmut über die von den Gewerkschaften tolerierten sozialen Kürzungen. Sie wehren sich gegen die Auflösung des Entsprechungsverhältnisses von Versicherungsmentalität und bürokratischer Befriedung sozialer Bedürfnisse. Doch unverkennbar fand hier ein Bruch statt; der pragmatische gewerkschaftliche Grundkonsens, der sich auf

81 Lütjhe/Scherrer legen eindrucksvoll dar, wie die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen in den USA - gleichwohl unter besonderen nationalen Ausgangsbedingungen - die gewerkschaftlichen Handlungsgrundlagen stark beschnitten, fast sogar gänzlich aufgelöst hat. Insbesondere "erwiesen sich die Gewerkschaften unfähig, der zunehmenden Spaltung unter den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen entgegenzuwirken. Durch das Senioritätsprinzip traf der krisenbedingte Beschäftigungsabbau oftmals vor allem Frauen und nicht-weiße Arbeitskräfte, die über eine geringe Betriebszugehörigkeit verfügten" (Lütjhe/Scherrer 1993, S.25).

das Wachstum von Produktivität und Produktion sowie umfangreiche materiellen Gratifikationen stützte, ist passe.

Die *strikt tagespolitisch orientierte Gewerkschaftspolitik* ist also in eine politisch-strategische Sackgasse geraten. Zwar ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung in den verschärften Verteilungskämpfen - selbst aus Sicht der Enttäuschten - wichtiger denn je; dennoch hat sie, da sie die Ziele ihrer Mitglieder immer weniger realisieren kann, bei ihrer Klientel an Unterstützung eingebüßt. Viele sind von den erzielten Tarifabschlüssen enttäuscht und haben sich frustriert abgewendet. Die Schwierigkeiten einer wirksamen Interessenvertretung scheinen selbst von denkbaren gewerkschaftspolitischen Alternativen kaum überwindbar zu sein: weder durch die illusionäre Vorstellung von der "Reaktivierung eines gewerkschaftlichen Radikalismus", noch durch die Strategie einer "zivilgesellschaftlich-ökologischen Ausgestaltung des Binnenraumes entwickelter kapitalistischer Gesellschaften", deren Politik sich von den Interessen der "einfachen Mitglieder" abzukoppeln droht (Deppe 1992, S.223). Beide sind wenig überzeugend und attraktiv, da sie jeweils wichtige Interessen der abhängig Beschäftigten nicht berücksichtigen. Vereinfacht gesagt, bleiben entweder die "Modernisierungsverlierer" oder die "Modernisierungsgewinner" außen vor.

Immer offensichtlicher tritt also ein *inhaltliches Grundproblem* hervor: Das an die Gewerkschaften herangetragene Anforderungsprofil erfordert einen ungeheuren Spagat - die Probleme der deutschen Vereinigung vergrößern ihn nochmals (Bäcker 1992, S.607ff) -, den sie allein aber kaum leisten können. Denn die Vermittlung von traditionellen Fragen der sozialen Gerechtigkeit und den vielfältigen Aufgaben der qualitativen Arbeitsplatzgestaltung einerseits, mit den Problemen der neueren politischen Aktionsbereiche (Ökologie, Frieden, Geschlechterverhältnisse, internationale Interessenvertretung etc.) andererseits, kann nur gelingen, wenn die Entwicklungen im politischen System und die öffentlichen Diskurse den gewerkschaftlichen Aktionsraum stützend politisieren. Nur durch die Verknüpfung mehrerer Aktionsebenen, die über den nationalen Handlungsrahmen hinausweisen und sich nicht auf die akuten Tagesprobleme beschränken, deren Dringlichkeit aber auch nicht zurückweisen, kann die Formierung alternativer linker Projekte, einer langfristig zukunftssträchtigen Strategie vorangetrieben werden. Die Gewerkschaften "sind mehr als irgendeine andere gesellschaftliche Instanz darauf angewiesen, anstelle des gewissermaßen blinden historischen Projekts individueller Wohlstandsmehrung, das die Nachkriegszeit bestimmte, ein neues übergreifendes Gesellschaftsprojekt zu konzipieren und in der Öffentlichkeit zu verbreiten, das einerseits mit den realhistorischen Notwendigkeiten korrespondiert, und in dem sich andererseits die breite Masse ihrer Mitglieder in der einen oder anderen Form wiederfindet" (Lutz 1993, S.28).

Wie und ob diese Fragestellung aufgegriffen wird, hängt wesentlich von der Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aber nicht minder vom gewerkschaftlichen Selbstverständnis ab. Demzufolge wird es für die politische Strategiewahl von ausschlaggebender Bedeutung sein, "ob die Veränderungen unserer Zeit als ein Modernisierungsprozeß begriffen werden, in dem die Gewerkschaften keine andere Wahl haben, als sich den obwaltenden 'Sachzwängen' zu unterwerfen und innerhalb der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nach Gestaltungsspielräumen (die vielleicht das eigene Überleben sichern) zu suchen - oder, ob die Politik der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Kontext eines gesellschaftlichen und politischen Umbruchs bestimmt wird" (Deppe 1992a, S.33). Sollte sich die politische Option des ersten Weges durchsetzen, bleiben die gewerkschaftlichen Handlungsformen begrenzt und politisch isoliert. Sie würden auf ein pragmatisches "Sich-durchwursteln" zurückgeworfen, könnten aber selbst

für die akuten Probleme nur unzulängliche Antworten liefern und nur kärgliche Aktionsformen und Hilfestellungen bieten. Allenfalls die Interessen privilegierter Beschäftigtengruppen mit stabilen Arbeitsplätzen könnten in ein neo-korporatives Beziehungsgeflecht von Kapital und Arbeit eingebunden werden (Schneider 1991, S.456). Von der weiteren Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft blieben die Gewerkschaften dann nicht mehr ausgespart. Zugleich würden sie sich zu einer konservativen Kraft entwickeln, denn dieser Weg führt "zur *Subordination der Gewerkschaften*, zum Verzicht auf Autonomie. Er weist ihnen letztlich die Rolle eines Modernisierungsopfers zu. Der zweite Weg ist keineswegs einfach und klar zu bestimmen; aber er beginnt dort, wo die Gewerkschaften als gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen der herrschenden Logik, die von der weltmarktorientierten Modernisierung und der gesellschaftlichen Desintegration bestimmt wird, *Widerstand entgegensetzen*" (Deppe 1992a, S.33; ähnlich Bierbaum 1992, S, 75).

Allenthalben ist relativ klar, daß zu Beginn der neunziger Jahre der Übergang zur "postfordistischen" Gesellschaft blockiert ist (Krüger 1992; Lutz, B. 1993). Die Krisenprozesse haben eine Konstellation geschaffen, deren Überwindung nach Antworten jenseits herkömmlicher Alternativen von sozialpolitischer Reformpolitik⁸² und der Stärkung kapitalistischer Marktkräfte verlangt. Mit anderen Worten: Längerfristig stabile ökonomische Entwicklungen, eine hohe gesellschaftliche Kohäsion sowie flexible und dennoch stabile Institutionen, sind mit den strategischen Optionen aus der fordistischen Ära nicht zu erreichen. Die Wahl zwischen den Varianten der markt- oder sozialstaatlichen Orientierung klingt wenig überzeugend, denn beiden fehlt die politisch-ideologische Ausstrahlung und Anziehungskraft; eher grundsätzliche Alternativen sind gefragt. Da sozialistische Strategien aber gleichsam "verbannt" sind, zeichnet sich eine Rechtsverlagerung im gesellschaftlichen Herrschaftssystem ab: Populismus und Rassismus gewinnen an Einfluß und setzen den herrschenden Machtblock von rechts unter Druck (Hirsch 1990, S.113f).

Rechtsextreme und rassistische Verhaltensweisen entstehen in einem umfassenden Kontext und entfalten mehrdimensionale Wirkungen. Nicht wenige Bereiche und Akteure, die zunächst meinen, von den Konsequenzen rassistischen Praxen unberührt und verschont zu bleiben, sehen sich oft eines besseren belehrt. Für die Gewerkschaften liegt die Dringlichkeit einer antirassistischen Politik jedoch auf der Hand, da der Rassismus die innerorganisatorischen Spaltungen verstärkt und die gewerkschaftliche Gestaltungsmacht blockiert. Er dringt gleichsam in die allgemeinen politisch-ideologischen Determinanten der gesellschaftlichen Beziehungen ein und formiert wichtige Konfliktlinien neu. Weil er die Grundlagen solidarischen Handelns desorganisiert, verschlechtern sich im Prinzip für alle wichtigen Fragestellungen und Aufgabenfelder die Chancen einer effektiven gewerkschaftlichen Gegenwehr. Für gestaltende Optionen, die angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche und neuen Problemkonstellationen eigentlich auf der Tagesordnung stehen müßten (Deppe u.a. 1989; Forum Gewerkschaften 1992; Hensche 1992; Hoffmann, J.

82 Reformpolitische Strategien wurden stets auch durch den äußeren Druck von der Vision einer politisch-emanzipativen Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft getragen. Indem diese Option durch die Art und Weise, wie die Ereignisse der Jahre 1989/90 verarbeitet wurden, als politisches Ziel weitestgehend zerstört oder in weite Ferne gerückt ist, fehlt nun auch der Reformpolitik eine wichtige Stütze. Zunächst schwächt der schwindende politisch-ideologische Rückhalt nur die klassenkämpferischen Positionen. Im Anschluß daran schmälert sich nun aber auch die reformpolitische Handlungsbasis: Da sich die ökonomischen Verteilungsspielräume verengen und politisch-ideologisch keine ausstrahlungsfähigen Ziele in Sicht sind, verdünnt sich die Reformpolitik auf eine rein pragmatische und sozialtechnokratische Politikoption.

u.a. 1990; Lutz, B. 1993), schmälert sich mit der Zunahme rassistischer Einstellungen die Durchsetzungsfähigkeit.

5.4.2. Innere Widersprüche einer antirassistischen Gewerkschaftspolitik

Zu Anfang der neunziger Jahre scheinen sich im Bewußtsein vieler abhängig Beschäftigter zwei Grundhaltungen zu verfestigen und zu kombinieren: zwischen *rassistischen* und *instrumentellen Orientierungen* läßt sich eine *enge Korrespondenz* feststellen (Heitmeyer 1992, S.630). Sie geht wesentlich aus dem Scheitern der instrumentell-pragmatischen Organisationspolitik hervor. Ideologisch stützte sie sich primär auf das fordistische Fortschrittsmodell, das die Demokratiefestigkeit in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Wohlergehen definierte. Die Gewerkschaften trugen diese Einstellung über weite Strecken grundsätzlich mit. Nunmehr erweist sich die "These vom materiellen Demokratiegewinn" aber als äußerst brüchig (ebd., S.625). Krisenprozesse untergraben das gesellschaftliche Wohlstandsfundament; soziale Unsicherheiten und Zukunftsängste verändern das gesellschaftliche Klima. Auch in den Gewerkschaften wächst die Neigung, durch rassistisch strukturierte Konkurrenzverhältnisse die bisherigen Lebensformen und sozialen Anspruchshaltungen aufrecht zu erhalten; zumindest sollen dadurch die materiellen Einbußen begrenzt werden.

Hat sich der Rassismus erst einmal festgesetzt, so wird es für die Gewerkschaften schwer, die dadurch hervorgerufenen Spaltungsprozesse aufzuheben. Fast allen gewerkschaftlichen Funktionsträgern und einem Großteil der Mitgliedschaft ist die desorganisierende Wirkung rassistischer Praxen bewußt. Dennoch mobilisieren die Gewerkschaften nur schwach gegen den Rassismus; ihre Aktionen legen sie recht behutsam an. Es besteht die Befürchtung, daß wegen der "rein kalkulatorischen Verbindung mit den Gewerkschaften" sonst Mitgliederverluste eintreten könnten (Heitmeyer 1993, S.8). Unter dem Druck, eine zusätzliche Schwächung der Organisation zu vermeiden, befinden sich die Gewerkschaften deshalb in einem *Dilemma*: "Einerseits stützen sie durch eine ausgeprägte, auf Lohnzuwachs ausgerichtete Politik die Hinwendung zu instrumentalistischen Arbeitsorientierungen, die sie aus Gründen der Entwicklung problematischer politischer Orientierungsmuster eher vermeiden müßten. Andererseits können sie dies nicht (mehr) tun, weil fehlende finanzielle Mittel von Teilen der Arbeitnehmerschaft zu Statusverlusten und damit zusammenhängenden Ängsten führen würde, auf die bekanntlich ebenfalls politisch problematisch reagiert wird" (ebd.).

Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand. Eine wirkliche, d.h. konsequente antirassistische Gewerkschaftspolitik betreiben nur wenige; außerdem ist sie stark vom persönlichen Engagement einzelner Personen abhängig (Klose 1989, S. 163) und wird aufgrund ihrer thematischen "Isolierung" in der Regel nur mit geringem Erfolg belohnt. Zumeist bleiben die Maßnahmen und Aktionsformen recht unverbindlich und beschränken sich auf *proklamatorische* Bekundungen. Selbstverständlich beziehen einige Funktionäre und Mitglieder sehr harte und scheinbar durchgreifende Positionen, z.B. die Befürwortung repressiver Staatseingriffe gegen den Rechtsextremismus, Gewerkschaftsausschluß etc. Im Kern reduzieren sich die antirassistischen Maßnahmen aber auf rein symbolische Aktionsformen. Sie dringen kaum in die alltäglichen Konflikte ein. Nur selten vermitteln sie sich mit anderen gewerkschaftspolitischen Debatten. Die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen über rassistische Verhaltensweisen und Gegenstrategien werden allenfalls isoliert geführt, im Zweifelsfall unterlassen.

Allerdings kann der Ausweg aus diesem Dilemma, dies sollten die ideologietheoretischen Ausführungen deutlich gemacht haben, nicht allein in Appellen an die Moral, die Prokla-

mation solidarischer Grundsätze sowie in einer umfassenden Informations- und Aufklärungspolitik bestehen. Derartige Reaktionsweisen - das gleiche gilt im übrigen auch für die Argumentation, die sich auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der Einwanderung beruft - beseitigen weder die materiellen Grundlagen und Voraussetzungen des Rassismus, noch brechen sie die Stärke seiner Deutungsmuster und Sinnangebote auf (Auernheimer 1990, S.169; Cohen 1990, S.131ff). Gefragt ist also eine antirassistische Strategie, die die realen und materiellen Interessen der Bevölkerung berücksichtigt, die aber auch die ideologische Desartikulation des Rassismus vorantreibt, d.h. praktische Orientierungshilfen gibt und mit politisch-strategischen Alternativen verbindet.

Neben diesen grundlegenden Maßnahmen, die auf eine alternative Logik gesellschaftlicher Entwicklung abzielen, können aber auch im "*sozialen Nahbereich*" praktische anti-rassistische Lebens- und Kulturformen entwickelt werden. Jedoch dürfen solche Aktionen nicht einem pädagogisierenden und missionarischen Eifer erliegen. Im Vordergrund sollte vielmehr das Ziel stehen, rechtsextreme Konflikte dadurch zu vermeiden, daß potentiell gewaltbereite Personen dazu befähigt werden, Widersprüche besser auszuhalten und Probleme umfassender und selbstreflexiver anzugehen. Nicht zuletzt sollten die Maßnahmen das Einfühlungsvermögen, die Konfliktfähigkeit und das Solidarisierungsvermögen fördern werden (zur Herleitung dieser Maßnahmen siehe Auernheimer 1990, S.200f). Mit anderen Worten: es geht darum, mittels einer intensiveren Durchdringung und einer komplexeren Einordnung gesellschaftlicher Probleme, Handlungsalternativen zu eröffnen, die jenseits brachialer rassistischer Gewalt und dem "Zauber" einfacher Antworten liegen.

Hierzu können *interkulturelle Strategien* - sie müssen nicht auf die Schule und andere pädagogische Institutionen beschränkt bleiben - herangezogen werden. So ist es im Prinzip nicht ausgeschlossen, daß in den Gewerkschaften - z.B. in der Bildungsarbeit, am Arbeitsplatz und im Betrieb -, eine interkulturelle Paxis Einzug hält: das wechselseitige Kennenlernen "fremder" Kulturformen, die Aufnahme und Verarbeitung widersprüchlicher Erfahrungen, die Entwicklung einer selbstreflexiven Identität, das Einfühlen in die Situation anderer Menschen etc. hat zweifelsohne seine Berechtigung. Praktisch stehen dem aber einige politische Hindernisse und auch inhaltliche Grenzen entgegen, die die Möglichkeiten und die Wirkungen einer solchen Praxis relativieren. So bleibt, selbst wenn sich die "*Lernprozesse*" nicht auf die einfache Kommunikation und den folkloristischen Kulturaustausch beschränken, ein grundlegendes Manko bestehen: in die Konflikte des sozioökonomischen und des politisch-ideologischen Bereichs reicht der interkulturelle Austausch kaum hinein. Trotz dieser Schranken sind die positiven Ansatzpunkte einer kulturell inspirierten und reflexiven Identitätsbildung aber nicht einfach beiseite zu schieben.

Effektiv sind der Rechtsextremismus und Rassismus letztlich nur zu bekämpfen, wenn die Gewerkschaften jenseits sozialpädagogischer, polizeistaatlicher und technokratischer Maßnahmen die *materielle Grundlage* der ideologischen Praxen verändern: So "bedarf es demokratischer und sozialer Reformen, einer spürbaren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, einer Minderung und Linderung der Angst vor Erwerbslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg durch eine allgemeine Grundsicherung⁸³, Vermehrung

83 Es ist zumindest zu fragen, ob das Modell einer Grundsicherung nicht auf analytischen Fehlannahmen beruht und politisch in eine Sackgasse führt. Demnach ist es verkürzt, die Bedingungen, unter denen der gesellschaftliche Reichtum erwirtschaftet wird, von seiner Verteilung abzukoppeln. Denn die Grundsicherung tastet weder die kapitalistischen Entscheidungsbefugnisse und Verfügungsrechte an, noch thematisiert sie die Art und die Ausgestaltung des Arbeitsplatzes. Stattdessen deutet sie die berufliche Ausgrenzung in eine Errungenschaft um, d.h. die Grundsicherung gerät leicht zum Almosen (Bischoff/Menard 1992, S.134ff).

der Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (Runde Tische, Volksinitiative, -begehren und -entscheid) unter dem Motto: Mehr Demokratie wagen! Soziale Gerechtigkeit und politische Chancengleichheit sind Gift für die extreme Rechte, plebiszitäre Formen nicht nur eine Möglichkeit, mehr Bürger/innen für Politik zu interessieren, sondern auch ein probates Mittel im Kampf gegen Rassismus, Rechtsradikalismus und Neofaschismus" (Butterwegge 1992, S.199). Einschränkend ist hier festzuhalten, daß diese Ansätze eines politisch-ideologischen Projektes recht schwach ausgeprägt sind und etwas "hausbacken" klingen. Außerdem soll nicht suggeriert werden, daß die Gleichung: "mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnungen, mehr Sozialstaat bedeutet weniger Rassismus" die Lösung präsentiert. Im Gegenteil, "es gibt keine einfache Korrelation zwischen Marktbedingungen und ideologischen Verhältnissen. Mehr noch: rassistischen Positionen ein rational choice-Verhalten zugrundelegen, läuft darauf hinaus, ihren Argumenten den Status realistischer Aussagen zuzubilligen, ohne deren Konstruktion überhaupt in Frage zu stellen" (Cohen 1990, S.135).

Die Gewerkschaften müssen sich also umfassend, d.h. nicht allein sozialtechnisch, sondern auch politisch-ideologisch, der Frage nähern, worin ihr originärer Beitrag zur Entwicklung eines linken politischen Reformprojekts bestehen kann. Oder anders formuliert: wie ist es ihnen möglich, dringende sozialpolitische Maßnahmen und Verteilungskämpfe in eine Strategie einzubetten, die die "Vertiefung des demokratischen Lebens" und die "Ausweitung des popular-demokratischen Kampfes" auf die Tagesordnung gesetzt hat (Hall 1986, S.86). "Allein in diesem Weg liegt die Möglichkeit, die Klassen entlang der Linie Ausgebeutete/Ausbeuter zu spalten, was wiederum allein die Bedingungen für einen sozialistischen Vorstoß mit breiter Unterstützung herstellen könnte" (ebd.). Nur wenn die Gewerkschaften die Bedürfnisse der subalternen Klassen aufgreifen, stärken sie ihre Kampfkraft und eröffnen demokratische Alternativen. Notwendig ist eine konsequente Politik, die soziale Rechte und lebensweltliche Ansprüche einklagt und durchsetzt, d.h. eine Politik, die sich gegen die innere *Fragmentierung und Entsolidarisierung* der Arbeiterklasse - auch und vor allem in Gestalt der rassistischen Ausgrenzung - zur Wehr setzt.

Aktuell bieten sich hierfür nur wenige Ansatzpunkte. Die Konflikte, die sich um die Bewältigung der sozialen Probleme und vielfältigen Unsicherheiten gruppieren, werden relativ deutlich von rechtspopulistischen und rassistischen Argumentationsmustern dominiert. Im Zeichen einer heraufziehenden "*cäsaristischen Ausgangslage* - die subalternen Klassen wollen und der herrschende Machtblock kann die alten Verhältnisse nicht mehr tragen - kämpft und verhandelt ein *populärer Nationalismus* "von oben" mit einem rebellierenden *populären Rassismus* "von unten". Während sich der Nationalismus "aufgeklärt" und "geläutert" gibt und mit den "Zwängen" der internationalen Vernetzung, Verantwortung und Verpflichtung argumentiert, stützt sich der Rassismus auf die materiellen Sicherheitsinteressen der vom sozialen Abstieg bedrohten Bevölkerung und mobilisiert Ressentiments gegen diverse Migrantengruppen. Damit konkurrieren zwei rechte ideologische Alternativen offensiv um gesellschaftlichen Einfluß bei der Neubestimmung des "bundesdeutschen" Selbstverständnisses. Die Träger der bislang vorherrschenden "deutschen Identität" - symbolisiert im "Modell Deutschland" - und noch mehr die linke Opposition, scheinen sich hingegen in ihrer Defensivposition eingerichtet zu haben und weiter an gesellschaftlicher Deutungs- und Gestaltungsmacht zu verlieren.

5.4.3. Zum Abschluß: der gewerkschaftliche Beitrag zum "neuen Internationalismus"

Als zuerst nur das *autonome Selbstverständnis* der Gewerkschaften in die Krise geriet, zweifelte kaum jemand an der Notwendigkeit einer pragmatisch orientierten Gewerkschaftspolitik, die sich auf den allgemeinen Schutz der abhängig Beschäftigten konzentrierte. Nachdem sich jedoch die gesellschaftliche Desintegration weiter vertieft und der soziale Besitzstand im Zeichen der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise in Gefahr gerät, macht sich auch für die *sozialreformistische Position* der Wegfall umfassender linker Projekte negativ bemerkbar. Einer wirklich umfassenden und effektiven Sozialpolitik fehlt mehr und mehr ein äußeres ideologisches Druckpotential. Die pragmatische Gewerkschaftspolitik klammert sich immer stärker an den herrschenden Block, ist faktisch zu demokratischen, sozialen und ökologischen Reformen nicht mehr in der Lage, operiert herrschaftstechnisch und vermag kaum noch die Ängste und Bedürfnisse der subalternen und zunehmend marginalisierten Gruppen zu berücksichtigen.⁸⁴ Da sich der Sozialreformismus politisch-ideologisch - und auch praktisch - zunehmend entleert, zieht es ihn aufgrund des fehlenden gesellschaftlichen Rückhalts letztlich auch in die Krise. Das Grundproblem der aktuellen Gewerkschaftspolitik besteht also darin, daß sich viele der DGB-Gewerkschaften zum "Verwalter eines defensiven Pragmatismus" (Deppe 1992a, S.26) herablassen und damit ihre gesellschaftliche Rolle politisch entwerten.

Zur Krisenerklärung der sozialtechnischen Gesellschaftspolitik reicht es allerdings nicht aus, auf den Verlust linker Ideologien zu verweisen. Über diesen Zusammenhang hinaus ist nämlich noch ein weiterer Faktor zentral: der *Funktionswandel des Nationalstaats*. Er bildete in der Vergangenheit den Ort, auf den sich die Politik sozialer Reformen primär bezog. Angesichts der weiteren Internationalisierung von Ökonomie und Politik hat sich dessen Aufgabenzuschnitt jedoch verändert: erstens ordnen sich seine Aktivitäten verstärkt den "Zwängen" von Weltmarkt und Weltordnung unter; und zweitens hat die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben zugenommen. Während der zweite Punkt unkommentiert bleiben kann, soll der erste nicht so verstanden werden, daß sich diese staatliche Entwicklung gleichsam zwangsläufig ergab. Immer ist sie auch Folge der ideologischen Anerkennung von "Weltmarktzwängen", d.h. der "freiwilligen" Unterordnung der Politik unter die Kräfte des freien Marktes. Da sich der Reformismus ebenso wie der Neokonservatismus dieser Ideologie fügt - politische Steuerungsressourcen ordnen sich den kapitalistischen Standortkriterien unter -, verbleiben ihm kaum mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Linke Politikoptionen können sich deswegen nicht darauf beschränken, bereits hinlänglich bekannte soziale Forderungskataloge zu aktualisieren, sondern müssen sich grundlegende Gedanken über die Reorganisation der gesellschaftlichen Strukturen machen. Komplementär zu den alternativen nationalstaatlichen Strategien sind sie außerdem mit der Herausforderung konfrontiert, in vielen politischen Regulierungsbereichen - in sozialen Verteilungskämpfen, der Arbeitszeitpolitik, der Arbeitsgestaltung, der Demokratisierung der Wirtschaft, der ökologischen Produktion und Lebensweise etc. (Henschel 1992) - Ansätze für eine neue internationalistische Politik zu entwickeln.

84 Trotz aller verbalen Akrobatik haben sich inzwischen auch die Autoren des Gutachtens "Jenseits der Beschlußlage" in die Phallanx derer eingereiht, die im Prozeß kapitalistischer Modernisierung die besseren "Gestalter" sein wollen. Nach dem jüngsten Nachwort (Hoffmann, J. u.a. 1993) erscheint die mit interessanten Ideen gespickte Schrift in einem anderen Licht, d.h. politisch entleert. In Entgegensetzung zu einer Politik, die gesellschaftliche Transformationsprozesse als eine wesentliche Triebkraft der politischen Gestaltung begreift, dominieren nunmehr allgemeine Plattitüden, Marktapologie und das Bekenntnis, daß wir in einer alternativlosen Gesellschaft leben, von der ein positives Bild zu entwerfen sei; Kritik ist verpönt.

Im Zentrum der Debatten um einen "*neuen Internationalismus*" stehen im wesentlichen zwei Fragen, die sich auf das engste miteinander verknüpfen: 1. die nach dem "Vermittlungszusammenhang zwischen einem 'Internationalismus nach außen' und einem 'Internationalismus nach innen'" (Schulten 1992, S.158); und 2. die nach der Herausbildung gemeinsamer internationaler Interessen und ihrer politischen Fundierung, aber auch nach der Errichtung internationaler Organisationsformen, mit deren Hilfe die nur spontane internationale Kooperation überwunden werden kann (Deppe 1989, S.260).

Um die Problematik und auch die Chancen einer internationalistisch orientierten Gewerkschaftspolitik zu erfassen, macht es zunächst einmal Sinn, sich den Charakter des "*alten Internationalismus*" vor Augen zu führen. Dieser war eher moralisch fundiert und blieb letztlich in eine Wahrnehmungsstruktur internationaler Politik eingebunden, "bei der der Bezug zu den internationalen und globalen Formationen des Klassenkampfes durch die je spezifischen nationalen Ausprägungen des Kräfteverhältnisses der Klassen, also durch eine auf den Nationalstaat bezogene Politik bestimmend geblieben war" (Deppe 1991, S.215). Seinen Ausdruck fand diese internationalistische Grundstruktur in der Entwicklung zweier Handlungsdimensionen:

1. Die ihn stützende gemeinsame Interessenlage war in starkem Maße *spontan* und *tradeunionistisch* vermittelt (Deppe 1989, S.259f), was dazu führte, daß die internationalistischen Initiativen der Arbeiterbewegung (Weltkonzernausschüsse) nur auf einem labilen und der Weltmarktbevægung unterworfenen Fundament beruhten. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 und der Druck weltweit steigender Arbeitslosenzahlen ließ die geschaffenen internationalen Vertretungsstrukturen wieder auseinanderbrechen. "Gewerkschaften und Betriebsräte wurden schnell zu Trägern eines 'nationalen Protektionismus', indem sie ihre Macht- und Verhandlungspotentiale dazu einsetzten, die Interessen ihrer Betriebsbelegschaften (durch die Abwehr von Betriebsschließung oder von Massenentlassungen) zu vertreten - auch dann, wenn der relative Erfolg dieser Politik dazu führen mußte, daß Betriebe in anderen Ländern geschlossen wurden" (ebd., S.259). Da die neu im Aufbau begriffenen westeuropäischen Vertretungsstrukturen dieses Stadium nur unwesentlich - d.h. aufgrund der allgemeinen politischen und ökonomischen Verflechtung - überschritten haben, sind sie nicht sonderlich stabil. Ohne ihre politisch-ideologische Einbettung bleibt auch für sie die Gefahr bestehen, im Fall einer tieferen ökonomischen Rezession destabilisiert zu werden (Schulten 1992, S.163).

2. Der "alte Internationalismus" besaß auch eine *politische Seite*, die sich allerdings stark von der Ebene der materiellen Zusammenarbeit abgekoppelt hatte. Seine durchaus sinnvolle Losung "global denken, lokal handeln" entwickelte dadurch nur einen appellativen Charakter und beschränkte sich weitestgehend auf den nationalstaatlichen und örtlichen Aktionsrahmen. Da sich auf der internationalen Ebene hingegen kaum Organisations- und Handlungsstrukturen entwickelten, verkümmerte die internationale Solidarität tendenziell zum symbolischen Beiwerk. Nur in Ausnahmesituationen konnten Aktionsformen vor Ort (Demonstrationen, Boykottaktionen etc.) oder punktuell in anderen Ländern (Unterstützungsbrigaden) eine relevante internationale Wirkung entfalten. Im Bewußtsein dieser Begrenzung konzentrierte sich der linke Internationalismus in der Bundesrepublik stark auf die Unterstützung von hierzulande nicht umsetzbaren politischen Projekten. Die Politik einer stellvertretenden Befreiung führte häufig zu einer Überidentifikation mit revolutionären Bewegungen. Viele der zentralen internationalen Probleme und berechtigten Fragestellungen wurden dadurch tabuisiert und zurückgedrängt: z.B. der Charakter von Befreiungsbewegungen, die innere Organisation und Militarisierung sozialistischer Gesellschaften, die Perspektiven ihrer sozioökonomischen Entwicklung etc. (Hübner 1992b, S.10).

Ein "*problembewußter Internationalismus*" (ebd.) hat heute andere Prioritäten zu setzen. Er gründet sich stärker auf eine internationale Solidarität, die über weltweite Reproduktions- und Abhängigkeitsstrukturen aufklärt, die die Verantwortlichkeiten der kapitalistischen Zentrumsökonomien aufzeigt und die daraus entsprechende Konsequenzen ableitet. Es handelt sich damit um einen "Internationalismus, der im Zentrum ansetzt, dort die politischen Projekte - und zwar alle, auch die der eigenen Gruppierung - hinsichtlich ihrer globalen Wirkungen untersucht und debattiert und der sich um keinen Preis von universalistischen Werten abbringen läßt" (ebd.). Schlichter Eigennutz macht ihn notwendig, da alle anderen Wege letztlich die Zunahme der internationalen Turbulenzen und Konflikte fördern und damit in die Sackgasse autoritärer Politik führen. Mit anderen Worten: zur Beschneidung vieler Freiheiten, zur forcierten Entdemokratisierung von Entscheidungsstrukturen und auch zu erheblichen Wohlstandsverlusten.

Bezieht man diese Feststellungen auf das schwierige Verhältnis von Gewerkschaften, Migration, Integration und Rassismus, so lassen sich einige allgemeine Überlegungen formulieren:

1. Für die Gewerkschaften ist es wichtig, darüber Klarheit zu gewinnen, welche internationalen Institutionen sie fördern und inhaltlich ausgestalten wollen. Über die akuten tagespolitischen Geschäfte hinaus ist es dringlich, ihre bisherige Politik strategisch neu bestimmen. Sie müßten sich dabei über einige international gemeinsame Essentials (z.B. Überwindung neokonservativer und marktradikaler Politikmuster, die Aufwertung sozialer, ökologischer, demokratischer und friedenspolitischer Fragestellungen etc.) ihrer *politisch-ideologischen Reorganisation* auseinandersetzen und wenn möglich einigen. Eine zentrale Aufgabe besteht also darin, die Ergänzungen des internationalen Rahmens zur Entwicklung von gesellschaftlichen Reformprojekten nutzbar zu machen (Schulten 1992, S.162f). Nur eine internationalisierte Betriebs- und Gesellschaftspolitik läßt die Vision einer emanzipativen, "selbstbestimmt" gestaltenden Gewerkschaftspolitik wieder am Horizont erscheinen.

2. Migrationspolitisch stützten sich die Gewerkschaften wenigstens ansatzweise von den restriktiven, öffentlich diskutierten Regulierungsvorschlägen ab. Aber auch wenn sich einzelne Gruppen für eine *aufgeklärte und offenere Einwanderungspolitik* stark machen, kann dies nicht über die migrationspolitische Enthaltensamkeit der Gewerkschaften hinwegtäuschen (Kühne 1992, S.108ff). Ihnen muß klar sein, daß sie ohne Parteinahme und Einmischung keine effektive und glaubwürdige antirassistische und internationalistische Politik betreiben können. Demnach muß es in Fragen der sozialen, rechtlichen und politischen Integration von Migranten (ethnische Minderheiten, Flüchtlinge, Asylsuchende und Aussiedler) für sie zukünftig verstärkt darum gehen, sich unmißverständlich für diskriminierte und verfolgte Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Damit die positiven gewerkschaftlichen Stellungnahmen zur Migrations- und Integrationspolitik den Charakter einer "Schönwetterrede" abstreifen, müssen die Gewerkschaften diese Aufgaben allen Widerständen zum Trotz auch auf der besonders betrieblichen Ebene in Angriff nehmen (Klose 1989, S.164ff).

3. Die Einwanderung hat dazu geführt, daß die "Dritte Welt" nicht mehr nur außerhalb des europäischen Kontinents zu suchen ist, sondern in den europäischen Metropolen selbst beginnt. Aus Gründen einer *universalistischen Moral*, aber auch aus dem längerfristigen *originären Eigeninteresse* (Reduktion der Arbeitsmarktkonkurrenz, Stärkung der politischen Kampfkraft etc.) müssen sich die Gewerkschaften für die Integration der Migranten stark machen: "Die Verlängerung einer arbeitsmarktpolitischen Segmentierung in die gewerkschaftliche Interessenvertretung widerspricht dem universalistischen Verständnis von Solidarität" (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.301). So ist eine stärkere inhalt-

liche, interessenbezogene und auch personelle Integration und Gleichberechtigung von Arbeitsmigranten im Betrieb, im Betriebsrat und in der Gewerkschaft von zentraler Bedeutung (Blank 1988, S.92): das gleiche gilt für die Vergabe von Stellen und Werkswohnungen, die Ausbildung und Übernahme, überbetriebliche Förderungsmaßnahmen wie z.B. die berufliche Weiterbildung, Sprachkurse, Urlaubsregelungen etc. (Hoffmann, J. u.a. 1990, S.302f).

4. Darüberhinaus sollte es ein Anliegen der Gewerkschaften sein, auf die Förderungsprogramme des *Ausbildungssystems* - einschließlich Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung - Druck auszuüben, d.h. ihre Ausweitung zu fordern und auch die eigenen Mitspracherechte verstärkt einzuklagen. Wenn der *Prozeß der Tertiarisierung* weiterhin allein den Marktkräften überlassen bleibt, könnte sich aller Voraussicht nach die ethnische "Unterschichtung" des Arbeitsmarktes nicht nur wiederholen, sondern aufgrund der größeren Polarisierung innerhalb dieses Sektors sogar noch extremer auswirken. Der Zwang zur strukturpolitischen Gestaltung führt den Gewerkschaften immer klarer vor Augen, daß beim Fortlauf des unregulierten marktradikalen Umbruchs - der Rassismus bildet hierbei nur einen wichtigen Aspekt - das gewerkschaftliche Organisations- und Handlungsfundament radikal infrage gestellt wird.

5. Unter dem Aspekt einer umfassenden Integration ethnischer Minderheiten kommt den politischen und kulturellen Aktivitäten in den Wohnvierteln immer stärker mehr eine Schlüsselstellung zu. Kommunale Integrationsangebote können bei der Thematisierung und bei der Bekämpfung diskriminierender rassistischer Strukturen hilfreich sein. Auch die Gewerkschaften sollten daher denkbare Ansatzpunkte, Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer *"internationalistischen Politik vor Ort"* durchleuchten. Die Notwendigkeit einer kommunalen Integrationspolitik (z.B. im Stadtviertel) gewinnt nicht zuletzt auch deswegen an Bedeutung, weil sich die Frage der Integration vom Arbeitsmarkt stärker in die sonstigen lebensweltlichen Gesellschaftsbereiche verlagert hat: Wohnung, Schule, Freizeit, Sport etc. Nehmen die Gewerkschaften das Ziel der gesellschaftlichen Integration wirklich ernst, so müssen sie sich verstärkt im außerbetrieblichen Bereich engagieren. Von besonderer Bedeutung ist neben der Kooperation mit anderen linken Organisationen vor allem die Stärkung politischer Zusammenhänge, d.h. der DGB müßte sich zu einem politisch orientierten Diskussions- und Aktionszusammenhang entwickeln (Bierbaum 1992, S.78).⁸⁵ Mit dieser Aufgabe sind auch wichtige organisationsinterne Reformen und die Entwicklung einer neuen politischen Kultur "von unten" verbunden, d.h. die Herausbildung solidarischer, gleichwohl kritischer Kommunikationsformen.

6. Eine neukonzipierte Einwanderungspolitik hat prinzipiell zwei Aufgaben zu bewältigen: erstens muß sie ihre Einbindung in den "nationalen Modernisierungskonsens" aufbrechen; zweitens muß sie die ideologische Ablagerung dieses politischen Kurses - die Aktivierung nationalistischer und rassistischer Ressentiments - offensiv bekämpfen. Beide Anforderungen können die Gewerkschaften nur erfüllen, wenn sie zur Entwicklung alternativer "politischer Projekte" beitragen. Ihre weitere Schwächung kann nur verhindert werden, wenn es den Gewerkschaften gelingt, sowohl die Vernetzung mehrerer Handlungsebenen voran zu treiben, als auch die Diskussion über die politisch-strategische Orientierung - Stichwort: "politisches Mandat" - einzuleiten. Als wichtige gewerkschaftliche Handlungsbereiche müssen sich demnach die Struktur-, Betriebs-, Wohn-, Sozial-

85 Welche Konzeptionen bezüglich der Integration im einzelnen zu entwickeln sind, muß sich aus dem allgemeinen Kontext der Diskussion um eine erneuerte lokale Gewerkschaftspolitik ergeben (siehe hierzu Forum Gewerkschaften 1992, S.105).

und Tarifpolitik zu einer umfassenden Gesellschaftspolitik verdichten (Bierbaum 1992, S.76ff).

Insgesamt sollten die Gewerkschaften also die äußerst schwierige Aufgabe angehen, die universalistische Verantwortung und das "aufgeklärte" Eigeninteresse in einer weitgefaßten antirassistischen Strategie miteinander zu verknüpfen. Es gilt für sie, einen politisch relevanten Beitrag zu einer Integrationspolitik zu leisten, die sich gegenüber den Migranten nicht ab- und ausgrenzend verhält. Folgende Zusammenhänge sollten sie sich vor Augen halten:

1. Die Abschottung fördert den Anstieg der illegalen Migration, die ihrerseits die sozialrechtliche Absicherung von Arbeitsplätzen infrage stellt. Eine "Festung Europa" hieße also Repression, schwindende internationale Vernetzung und Wohlstandseinbußen.
2. Der Migration muß durch eine aktive, nicht bevormundende Integrationspolitik begegnet werden, um die weitere Deregulierung und den Sozialabbau abzuwehren. Es ist daher eine soziale und demokratische Re-Regulation voranzutreiben, in die die gesamte - nicht nur die "deutsche" - Bevölkerung aktiv einbezogen werden muß; politische Partizipationsmöglichkeiten sind auszuweiten und unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit zu gewähren.
3. Die gewerkschaftspolitische Alternative hierzu liegt nur in einer verstärkten Spaltung der Beschäftigten. Sie liegt in einem weiter verengten selektiven Korporatismus, der letztlich aber selbst die Positionen der korporatistisch integrierten Kerngruppen geschwächen würde.

Obwohl sich die gesellschaftlichen Verhältnisse und gewerkschaftspolitischen Strategien in diese Richtung bewegen und sich die gesellschaftliche "Entsolidarisierung" weiter Bahn bricht, ist die Umkehr dieses Trends nicht gänzlich ausgeschlossen; noch ist die Vision der "Angst- und Haßgesellschaft" (O'Conner 1992) keine Realität.

6. Literatur

- Abelshauer, Werner* (1983): Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980), Frankfurt/Main
- Adamy, Wilhelm/Bosch, Gerhard* (1991): Arbeitsmarkt, in: Kittner, Michael (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1991. Daten - Fakten - Analysen, Köln, S.301ff
- Adamy, Wilhelm* (1992): Die Arbeit im Untergrund blüht, in: Die Mitbestimmung 6/92, S.21ff
- Adamy, Wilhelm/Bosch, Gerhard/Knuth, Matthias* (1992): Arbeitsmarkt, in: Kittner, Michael (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1992. Daten - Fakten - Analysen, Köln, S.286ff
- Altmann, Norbert/Deiß, Manfred/Döhl, Volker/Sauer, Dieter* (1986): Ein "Neuer Rationalisierungstyp" - neue Anforderungen an die Industriosozologie, in: Soziale Welt, Jg. 37, Heft 2-3/86, S.191ff
- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi* (1980): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin
- Altwater, Elmar* (1983): Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells. die gegenwärtige Krise ist ein Prozeß gesellschaftlicher Transformation, in: Hoffmann, Jürgen (Hrsg.), Überproduktion Unterkonsumtion Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg, S.217ff
- Altwater, Elmar* (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg
- Altwater, Elmar* (1988): Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott fordristischer Industrialisierung, in: Mahnkopf, Birgit (1988): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster, S.144ff
- Altwater, Elmar/Hübner, Kurt* (1988): Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht - Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: Prokla 73, Jg. 18, Dezember 1988, S.6ff
- Altwater, Elmar* (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus", Münster
- Altwater, Elmar* (1991a): Ist das Wirtschaftswunder wiederholbar? Ein Leistungsvergleich zwischen Währungsreform 1948 und Währungsunion 1990, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 6/91, S.695ff
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit* (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht, Münster
- Angenendt, Steffen* (1992): Ausländerforschung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland: gesellschaftliche Rahmenbedingungen und inhaltliche Entwicklung eines aktuellen Forschungsbereiches, Frankfurt/Main; New York
- Appel, Roland* (1992): Die AsylLüge: Was tun, wenn ein Grundrecht demontiert wird?, in: Appel, Roland/Roth, Claudia (Hrsg.), Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln, S.12ff

- Arnold, Hans* (1992): Süd-Nord-Migration und Nord-Süd-Konflikt, in: Vierteljahresberichte. Problems of international Cooperation Nr. 127, Jg. 33, März/1992, S.19ff
- Auernheimer, Georg* (1984): Ausländerfeindlichkeit/Fremdenfeindlichkeit, in: ders. (Hrsg.), Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim und Basel, S.53ff
- Auernheimer, Georg* (1988): Türkische Arbeitsmigranten in einem ländlichen Industriezentrum Mittelhessens. In: Fremdsein. Minderheiten und Gruppen in Hessen. Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung. N.F. 23, S.81ff
- Auernheimer, Georg* (1989): Kulturelle Identität - ein gegenaufklärerischer Mythos?, in: Das Argument 175, Jg. 31, Heft 3/1989, S.381ff
- Auernheimer, Georg* (1990): Einführung in die interkulturelle Erziehung, Darmstadt
- Auernheimer, Georg* (1991): Nachdenken über Deutschland als Nation, in: Das Argument 186, Jg. 33, Heft 2/1991, S.227ff
- Auernheimer, Georg* (1992): Ethnizität und Modernität, in: Rassismus und Migration in Europa, Argument Sonderband 201, Hamburg, S.118
- Bach, Hans-Uwe/Brinkmann, Christian/Kohler, Hans* (1987): Zur Arbeitsmarktsituation der Ausländer in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 20, Heft 3/87, S.277ff
- Bäcker, Gerhard* (1992): Gespaltene Gewerkschaften in einem gespaltenen Land, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 5/92, S.605ff
- Bade, Klaus J.* (1992): Einheimische Ausländer: "Gastarbeiter" - Dauergäste - Einwanderer, in: ders. (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, München, S.393ff
- Bade, Klaus J.* (1992a): "Politisch Verfolgte genießen...": Asyl bei den Deutschen - Idee und Wirklichkeit, in: ders. (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, München, S.411ff
- Bade, Klaus J.* (1992b): Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter... Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart, in: Winkler, Beate (Hrsg.), Zukunftsangst Einwanderung, München, S.17ff
- Bade, Klaus J.* (1992c): Öffnung und Abwehr: Ausländerpolitik in der BRD, in: Die Mitbestimmung 8/92, S.37ff
- Bade, Klaus J.* (1992d): Politik in der Einwanderungssituation: Migration - Integration - Minderheiten, in: ders. (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland, München, S.442ff
- Baden, Christian/Kober, Thomas/Schmid, Alfons* (1992): Technischer Wandel und Arbeitsmarktsegmentation, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 25, Heft 1/92, S.61ff
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel* (1990): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin
- Balibar, Etienne* (1991): Es gibt keinen Staat in Europa: Racism and Politics in Europe Today, in: New left review, 186/1991, S.5ff
- Balibar, Etienne* (1992): Europa nach dem Kommunismus, in: Das Argument 191, Jg. 34, Heft 1/1992, S.7ff

- Barabas, György/Gieseck, Arne/Heilemann, Ullrich/Loeffelholz, Hans Dietrich von* (1992): Auswirkungen der Ost-West-Migration auf die deutsche Wirtschaft, in: IIP, Arbeitspapier Nr. 17, Ost-West-Migration in Europa. Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa, Wuppertal, S.63ff
- Bartelheimer, Peter* (1992): "neue Urbanität": Vom sozialen Anspruch zur Wachstums- politik. Armut in der Dienstleistungsmetropole Frankfurt, in: AKP Fachzeit- schrift für Alternative Kommunal Politik, Jg. 13, Heft 1/92, S.30ff
- Bauböck, Rainer* (1991): Einwanderungs- und Minderheitenpolitik. Ein Plädoyer für neue Grundsätze, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 16, 3/1991, S.42ff
- Bauböck, Rainer* (1991a): Zur Zukunft des Nationalismus in Europa, in: ami (antimilitarismus information), Jg. 21, Heft 12/91, S.43ff
- Beck, Ulrich* (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frank- furt a.M.
- Bereciartu, Gurutz Jáuregui* (1991): Nationale Selbstbestimmung und Krise des Natio- nalstaats, in: Das Argument 188, Jg. 33, Heft 4/1991, S.577ff
- Berger, Hartwig* (1987): Arbeiterwanderung im Wandel der Klassengesellschaft - für ei- nen Perspektivenwechsel der Migrationsforschung, in: Migration 1/87, S.7ff
- Berger, Hartwig* (1990): Vom Klassenkampf zum Kulturkonflikt - Wandlungen und Wendungen der westdeutschen Migrationsforschung, in: Dittrich, Eckhardt J./Radtke, Frank-Olaf (Hrsg.), Ethnizität, Opladen
- Bergsten, C. Fred* (1990): The World Economy After the Cold War, in: Foreign Affairs, Jg. 69, Heft 3/1990, S.96ff
- Bielefeld, Uli* (1989): Zum Strukturwandel des "Ausländerproblems" in der Bundesre- publik: Gesellschaftlich-politischer Ausschluß und Gemeinschaftsbildung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 40, Heft 7/89, S.393ff
- Bierbaum, Heinz* (1992): Korporatistische und autonome Gewerkschaftspolitik - Zum politischen Mandat der Gewerkschaften, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneue- rung, Jg. 3, Nr. 11, S.73ff
- Biermann, Rafael* (1992): Migration aus Osteuropa und dem Maghreb, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/92, S.29ff
- Biller, Martin* (1989): Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung: ein Bei- trag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobil- industrie, Frankfurt/Main; New York
- Bischoff, Detlev/Teubner, Werner* (1991): Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. Aus- länderpolitik und Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- Bischoff, Joachim* (1988): Dienstleistungsgesellschaft - Ende des Industriezeitalters, in: Sozialismus, Jg. 14, Heft 9/88, S.31ff
- Bischoff, Joachim/Dejje, Richard* (1989): Massengesellschaft und Individualität. Krise des Fordismus und die Strategie der Linken, Hamburg
- Bischoff, Joachim/Menard, Michael* (1992): Weltmacht Deutschland, Hamburg

- Bischoff, Joachim/Menard, Michael* (1993): Weltwirtschaft ohne Schwung, in: Sozialismus, Jg. 19, Heft 1/93, S.20ff
- Blank, Michael* (1988): Alltagsprobleme der betrieblichen Interessenvertretung, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/Ziegler-Schultes, Hildegard (Hrsg.), "Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier..." Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft, Hamburg, S.74ff
- Blaschke, Jochen* (1984): Arbeitsimmigranten, in: Auernheimer, Georg (Hrsg.), Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim und Basel, S.25ff
- Blaschke, Jochen* (1992): Ethnizität und Migration - Wissenschaft und Politik vor einem internationalen Problem, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 43, Heft 2/92, S.90ff
- Blaschke, Jochen* (1992a): Gewerkschaften als Akteure einer "Politik der Wanderarbeit und ethnischer Beziehungen", in: Die Mitbestimmung 8/92, S.25ff
- Blaschke, Dieter/Buttler, Friedrich/Karr, Werner/Klauder, Wolfgang/Leikeb, Hanspeter* (1992): Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern - Zwischenbilanz und Herausforderungen, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 25, Heft 2/92, S.119ff
- Blossfeld, Hans-Peter/Mayer, Karl Ulrich* (1988): Arbeitsmarktsegmentation in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Überprüfung von Segmentierungstheorien aus der Perspektive des Lebenslaufs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40, Heft 2/1988, S.262ff
- Blossfeld, Hans-Peter/Mayer, Karl Ulrich* (1991): Berufsstruktureller Wandel und soziale Ungleichheit. Entsteht in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Dienstleistungsproletariat?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, Heft 4/1991, S.671ff
- Bobke-von Carmen, Manfred/Unterhinninghofen, Herrmann* (1991): Arbeitsrecht, in: Kittner, Michael (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1991. Daten - Fakten - Analysen, Köln, S.453ff
- Böhm, Andrea* (1992): Festung Europa, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.140ff
- Bollinger, Doris/Cornetz, Wolfgang/Pfau-Effinger, Birgit* (1991): "Atypische" Beschäftigung - Betriebliche Kalküle und Arbeitnehmerinteressen, in: Semlinger, Klaus (Hrsg.), Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Interessen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt/Main; New York, S.177ff
- Bommes, Michael/Scherr, Albert* (1991): Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdehnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit, in: Prokla 83, Jg. 21, Juni 1991, S.291ff
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert* (1992): Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert* (1993): Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla 91, Jg. 23, Juni 1993, S.327ff

- Boos-Nünning* (1990): Einwanderung ohne Einwanderungsentscheidung: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 23-24/90, S.16ff
- Boris, Dieter* (1992): Gibt es noch den "Nord-Süd"-Gegensatz?, in: *IMSF (Hrsg.), Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung*, Frankfurt a.M., S.117ff
- Borst, Renate/Krätke, Stefan/Mayer, Margit/Roth, Roland/Schmoll, Fritz (Hrsg.)* (1990): *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel, Boston, Berlin
- Borst, Renate* (1992): Berlin: Metropole der Frauenarmut?, in: *Vorgänge* 118, Jg. 31, Heft 4/92, S.25ff
- Brock, Lothar* (1992): Die Dritte Welt in ihrem fünften Jahrzehnt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50/92, S.13ff
- Büchtemann, Christopf F.* (1991): Betriebliche Personalanpassung zwischen Kündigungsschutz und befristetem Arbeitsvertrag, in: *Semlinger, Klaus (Hrsg.), Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Interessen, Wirkungen, Perspektiven*, Frankfurt/Main; New York, S.135ff
- Budzinski, Manfred/Clemens, Karin* (1991): *Rausland oder: Menschenrechte für alle*, Göttingen
- Burkhardt, Günter* (1992): Europa - Festung gegenüber Zuwanderern?, in: *Fuchs, Katrin/Schuster, Joachim (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik. Bausteine für einen neuen Internationalismus*, Köln, S.69ff
- Busch, Heiner* (1991): Schengener Abkommen - Ausdehnung, Umsetzung und Folgen, in: *Bürgerrechte und Polizei* 40, Jg. 13; Heft 3/91, S.9ff
- Busch, Klaus* (1992): *Umbruch in Europa: die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes*, 2. erweiterte Auflage, Köln
- Butterwegge, Christoph* (1992): Rechtsruck in Deutschland - Eurorassismus im Binnenmarkt?, in: *Sozialismus*, Jg. 18, Heft 11/92, S.49ff
- Butterwegge, Christoph* (1992a): Der Funktionswandel des Rassismus und die Erfolge des Rechtsextremismus, in: *Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hrsg.), Rassismus in Europa*, Köln, S.181ff
- Buttler, Friedrich/Dietz, Frido* (1990): Die Ausländer auf dem Arbeitsmarkt, in: *Höhn, Charlotte/Rhein, Detlev B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Boppard am Rhein, S.99ff
- Capelleveen, Remco van* (1989): Give me your tired, your poor, and your huddled masses? "Dritte Welt"-Migration in die USA, in: *Prokla* 74, Jg. 19, März 1989, S.55ff
- Casella, Alexander* (1988): Das Asylproblem - eine Herausforderung für Europa, in: *Europa-Archiv*, Jg. 43, Heft 13/1988, S.371ff
- Castles, Stephen* (1987): *Migration und Rassismus in Westeuropa*, Berlin
- Castles, Stephen* (1991): Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats, in: *Bielefeld, Uli (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?*, Hamburg, S.129ff

- Castles, Stephen* (1992): Verunsicherte Bevölkerung, Migranten und wachsender Rassismus, in: FR, vom 12. Oktober 1992, S.12
- Claussen, Detlev* (1992): Die gebrochene Kontinuität, in: Bruno Schoch (Red.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M., S.79ff
- Cohen, Phil* (1990): Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung einer multirassistischen Kultur in Großbritannien, in: Kalpalka, Annita/Räthzel Nora (Hrsg.), Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, 2., völlig überarbeitete Auflage, Leer, S.81ff
- Cohen, Phil* (1991): Wir hassen Menschen, oder: Antirassismus und Antihumanismus, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg, S.311ff
- Cohen, Robin* (1987): The "New" International Division of Labour: A Conceptual, Historical and Empirical Critique. in: Migration 1/87, S.21ff
- Cox, Robert W.* (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, In: Millenium: Journal of International Studies, Jg. 12, Heft 2/1983, S.162ff
- Demirovic', Alex* (1987): Staat und Technik. Zum programmatischen Charakter politischer Theorie bei Carl Schmitt und Ernst Forsthoff, in: Kreuder, Thomas/Loewy, Hanno (Hrsg.), Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt a.M., S.100ff
- Demirovic', Alex* (1992): Vom Vorurteil zum Neorassismus. Das Objekt "Rassismus" in Ideologiekritik und Ideologietheorie, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit: Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt a.M., S.21ff
- Demirovic', Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.)* (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und als Prozeß, Münster
- Deppe, Frank* (1981): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg
- Deppe, Frank* (1987): Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln
- Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Roßmann, Wittich (Hrsg.)* (1989): Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln
- Deppe, Frank* (1989): Alter und neuer Internationalismus. Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Integrationsdynamik und linker Politik in Europa, in: Deppe, Frank/Huffschnid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Köln, S.249ff
- Deppe, Frank* (1990): Der Verfall der US-amerikanischen Hegemonie, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 1, Nr. 4, S.6ff
- Deppe, Frank* (1990a): Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG-Marburg), Arbeitspapier Nr.1, Marburg
- Deppe, Frank* (1991): Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg

- Deppe, Frank* (1991a): Ist die Imperialismustheorie wieder aktuell?, in: Deppe, Frank/Kebir, Sabine u.a., Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg, S.188ff
- Deppe, Frank* (1991b): Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im EG-Prozeß, in: Deppe, Frank/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes'92, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG- Marburg), Arbeitspapier Nr. 4, Marburg, S.9ff
- Deppe, Frank* (1992): Politische Gestaltung in Zeiten globaler Konkurrenz. Herausforderungen jenseits der Systemkonkurrenz, in: Schmitthenner, Horst (Hrsg.), Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Hamburg, S.212ff
- Deppe, Frank* (1992a): Gewerkschaften '92 und die Renaissance der sozialen Frage. Überlegungen, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 3, Nr. 11, S.22ff
- Diederichs, Otto* (1991): TREVI - ein standardbildendes Pilotprojekt?, in: Bürgerrechte und Polizei 40, Jg. 13, Heft 3/91, S.35ff
- Die Grünen* (1989): Für eine Politik der offenen Grenzen - Für ein Recht auf Zuflucht - Flüchtlings- und Asylkonzeptionen, in: Rosen, Klaus-Hennig (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1989, S.174ff
- Döhnhoff, Marion/Miegel, Meinhard/Nölling, Wilhelm/Schmidt, Helmut/Schröder Richard/Thierse, Wolfgang* (1992): Ein Manifest. Weil das Land sich ändern muss, Reinbek bei Hamburg
- Dohse, Knuth* (1984): Massenarbeitslosigkeit und Ausländerpolitik, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern, S.657ff
- Dohse, Knuth* (1985): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat: Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht; vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland, Korrigierter Nachdruck der 1981 erschienenen Ausgabe, Berlin
- Dohse, Knuth* (1986): Ausländische Arbeiter 1974 bis 1985 - Beschäftigungsentwicklung und staatliche Regelungszusammenhänge, in: WSI Mitteilungen 9/1986, S.626ff
- Dolata, Ulrich* (1992): Weltmarktorientierte Modernisierung. Die ökonomische Regulierung des wissenschaftlich-technischen Umbruchs in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main; New York
- Dörre, Klaus* (1987): Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Becks "Weg in eine andere Moderne", Marburg
- Dörre, Klaus* (1989): Die Gewerkschaften im "Risikokapitalismus", in: Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Roßmann, Wittich (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln, S.16ff
- Dörre, Klaus* (1992): Rassismus - ein Jugendproblem?, in: Sozialist 4/92, S.10ff
- Düwell, Franz Josef* (1992): Deregulierung des Arbeitsmarktes - ein Rundumschlag gegen unsere Arbeits- und Sozialordnung?, in: Politik und Recht. Zeitschrift für Recht und Verwaltungspolitik, Jg. 28, Heft 2/92, S.84ff

- Ehrenreich, Barbara* (1992): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München
- Elferding, Wieland* (1989): Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze, in: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus, Argument Sonderband 164, 2. Auflage, Hamburg, S.101ff
- Enzensberger, Hans Magnus* (1992): Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.14ff
- Erichsen, Regine* (1988): Zurückkehren oder bleiben? Zur wirtschaftlichen Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24/88, S.14ff
- Esser, Hartmut* (1984): Integration, in: Auernheimer, Georg (Hrsg.), Handwörterbuch Ausländerarbeit, Weinheim und Basel, S.179ff
- Esser, Hartmut* (1988): Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 17, Heft 4, Juni 1988, S.235ff
- Esser, Josef* (1982): Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen, Frankfurt a.M.
- Esser, Josef* (1992): Transnationale Unternehmen und politische Regulierung. Die kapitalistische Durchdringung der Welt, in: Perspektiven Nr. 13, Juli 1992 (Frankfurt), S.30ff
- Esser, Josef* (1993): Die Suche nach dem Primat der Politik. Anmerkungen zu einer Pseudodebatte über der Parteien Machtversessen- und Machtvergessenheit, in: Unsel, Siegfried (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a.M., S.409ff
- Esser, Josef/Hirsch, Joachim* (1987): Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrise zur "postfordistischen" Regional- und Stadtstruktur, in: Prigge, Walter (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch, Basel, Boston, Berlin, S.31ff
- Feagin, Joe R./Smith, Michael Peter* (1990): "Global Cities" und neue internationale Arbeitsteilung, in: Borst, Renate/Krätke, Stefan/Mayer, Margit/Roth, Roland/Schmoll, Fritz (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel, Boston, Berlin, S.62ff
- Felder, Michael* (1991): Hort der Stabilität? Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deppe, Frank/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg, S.38ff
- Felder, Michael* (1992): Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, FEG Studien Nr. 1, Marburg
- Feldhoff, Jürgen* (1990): Immigrationsanspruch zwischen völkisch-nationalem und republikanischem Verfassungsverständnis, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deutschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.91ff

- Fijalkowski, Jürgen* (1990): Neue ethnische Minderheiten und Nationalstaatstraditionen in Deutschland, in: Bernbach, Udo/Blanke, Bernhard/Böhret, Carl (Hrsg.): Spaltungen der Gesellschaft und die Zukunft des Sozialstaats, Opladen 1990, S.201ff
- Fischer, Andrea* (1992): Migrationspolitik für den deutschen Arbeitsmarkt, in: IIP, Arbeitspapier Nr. 17, Ost-West-Migration in Europa. Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa, Wuppertal, S.53ff
- Fischer, Martina* (1992): Berlin: Ein Mikrokosmos im Übergang zur Neuordnung Europas, in: Bruno Schoch (Red.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M., S.150ff
- Forum Gewerkschaften* (1992): Angst vor dem Individuum?, Hamburg
- Foster, John B.* (1989): Fordismus als Fetisch, in: Prokla 76, Jg. 19, September 1989, S.71ff
- Franke, Heinrich/Buttler, Friedrich* (1991): Arbeitswelt 2000. Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf, Frankfurt a.M.
- Franz, Fritz* (1992): Das Prinzip der Abstammung im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, in: Rassismus und Migration in Europa, Argument Sonderband 201, Hamburg, S.237ff
- Frey, Martin* (1986): Direkte und indirekte Rückkehrförderung seitens der Aufnahme-länder - Überblick -, in: Körner, Heiko/Mehrländer, Ursula (Hrsg.), Die "neue" Ausländerpolitik in Europa, Bonn 1986, S.15ff
- Freyberg, Thomas von* (1992): Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Frankfurt/Main, in: Widersprüche, Jg. 12, Heft 44 Oktober 1992, S.51ff
- Freyberg, Thomas von* (1992a): Anmerkungen zur aktuellen Welle von Fremdenhaß, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit: Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt a.M., S.71ff
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto* (1986): Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek bei Hamburg
- Gaitanides, Stefan* (1992): Die Multikulturelle Gesellschaft - Realität, Utopie und Ideologie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 39, Heft 4/1992, S.316ff
- Garson, Jean-Pierre* (1992): International Migration: Facts, Figures, Policies, in: the OECD Observer 176, June/July 1992, S.18ff
- Geiger, Klaus F.* (1990): Gesellschaft ohne Ausländerfeinde oder multikulturelle Gesellschaft, in: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus, Argument Sonderband 164, 2. Auflage, Hamburg, S.135ff
- Geißler, Heiner* (1991): "Wir können nicht wieder unter uns sein", in: FR, vom 10.7.1991, S.14
- Geißler, Heiner* (1992): Deutschland - ein Einwanderungsland, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.202ff

- Gerlinger, Thomas* (1992): Ökologische Probleme der Ost-West-Migration, in: Weiner, Klaus-Peter u.a., Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg, S.21ff
- Gieseck, Arne/Heilemann, Ullrich/Loeffelholz, Hans Dietrich von* (1993): Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung in die Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/93, S.29ff
- Gillmeister, Helmut/Kurthen, Herrmann/Fijalkowski, Jürgen* (1989): "Ausländerbeschäftigung in der Krise?" Die Beschäftigungschancen und -risiken ausländischer Arbeitnehmer am Beispiel der West-Berliner Industrie, Berlin/West
- Gilpin, Robert* (1987): The Political Economy of International Relations, Princeton, New Jersey
- Globale Trends* (1991): Daten zur Weltentwicklung 1991, Herausgegeben von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Düsseldorf
- Glitz, Peter* (1990): Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Stuttgart
- Glyn, Andrew* (1992): The costs of stability: the advanced capitalist countries in the 1980s, in: New left review, 195/1992, S.71ff
- Goldberg, Andreas* (1991): Ausländische Selbständige auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8. 1991, S.411ff
- Goldberg, Jörg* (1988): Von Krise zu Krise. die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik im Umbruch, Köln
- Goldberg, Jörg* (1991): Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 2, Nr. 8, S.102ff
- Goldberg, Jörg* (1992): "Springquell des Reichtums" oder Sozialfall? Der Süden in der Weltwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 9/92, S.1057ff
- Götzmann, Birgit/Seifert, Vera* (1991): Räumliche Disparitäten und EG-Regionalpolitik, in: Heine, Michael/Kisker, Klaus Peter/ Schikora, Andreas (Hrsg.), Schwarzbuch EG-Binnenmarkt: die vergessenen Kosten der Integration, Berlin, S.41ff
- Gramsci, Antonio* (1967): Philosophie der Praxis (hrsg. von Christian Riechers), Frankfurt
- Groenendijk, Kees* (1992): Europa 1992: Realitäten, Mythen und Chancen, in: Rassismus und Migration in Europa, Argument Sonderband 201, Hamburg, S.515ff
- Habermas, Jürgen* (1985): Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen* (1990): Die nachholende Revolution, Frankfurt a.M.
- Hailbronner, Kay* (1992): Wenn immer mehr kommen. Fragen einer europäischen Harmonisierung des Asylrechts, in: FAZ, vom 21.4.1992, S.12f
- Hall, Stuart* (1986): Populardemokratischer oder autoritärer Populismus, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt a.M., S.84ff

- Hall, Stuart* (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von "Rasse" und "Ethnizität", in: ders., *Ausgewählte Schriften*, Berlin, S.56ff
- Hall, Stuart* (1989a): Schöne neue Welt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 34, Heft 4/89, S.413ff
- Hall, Stuart* (1989b): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: *Das Argument* 178, Jg. 31, Heft 6/1989, S.913ff
- Hall, Stuart* (1991): Globalisation. Europe's other self, in: *Marxism Today* August, S.18f
- Haug, Wolfgang Fritz* (1992): Zur Dialektik des Antirassismus, in: *Das Argument* 191, Jg. 34, Heft 1/1992, S.27ff
- Hausmann, Bernd* (1991): Marginalisierung statt multikultureller Gesellschaft? Ausländer in Frankfurt a.M., in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 7/8. 1991, S.439ff
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter* (1987): *Neue Urbanität*, Frankfurt a.M.
- Häußermann, Hartmut* (1991): Lokale Politik und Zentralstaat. Ist auf kommunaler Ebene eine eigenständige oder "alternative" Politik möglich?, in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, Boston, Berlin, S.52ff
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter* (1991): Polarisierung der Städte und Politisierung der Kultur. Einige Vermutungen zur Zukunft der Stadtpolitik, in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, Boston, Berlin, S.353ff
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter* (1993): Lernen von New York?, in: dies. (Hrsg.), *New York. Strukturen einer Metropole*, Frankfurt a.M., S.7ff
- Heckmann, Friedrich* (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminorität, Stuttgart
- Heckmann, Friedrich* (1983): Einwanderung und die Struktur sozialer Ungleichheit in der Bundesrepublik, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*, Sonderband 2 der Sozialen Welt, S.369ff
- Heckmann, Friedrich* (1984): Anwesend, aber nicht zugehörig: Aspekte sozialer Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), *Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Ostfildern, S.644ff
- Heckmann, Friedrich* (1991): Ethnos, demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten?, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?*, Hamburg, S.51ff
- Heckmann, Friedrich* (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen*, Stuttgart
- Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut* (Hrsg.) (1991): *Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, Boston, Berlin
- Heinelt, Hubert/Lohmann, Anne* (1992): *Immigranten im Wohlfahrtsstaat - am Beispiel der Rechtspositionen und Lebensverhältnisse von Aussiedlern*, Oppladen

- Heinrich, Arthur* (1992): Wohin treibt die Bundesrepublik?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 12/92, S.1427ff
- Heisbourg, Françoise* (1991): Population movements in post-Cold War Europe, in: Survival, Jg. 33, Heft 1/1992, S.31ff
- Heitmeyer, Wilhelm* (1992): Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 43, Heft 10/92, S.620ff
- Heitmeyer, Wilhelm* (1993): Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3/93, S.3ff
- Helias, Ewa* (1992): Migrationsbewegungen von und nach Polen, in: IIP, Arbeitspapier Nr. 17, Ost-West-Migration in Europa. Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa, Wuppertal, S.41ff
- Hensche, Detlef* (1992): Gewerkschaften - politischer Auftrag oder Selbstbeschränkung, in: Schikora, Andreas/Fiedler, Angela/Hein, Eckhard (Hrsg.), Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus-Peter Kisker, Marburg, S.351ff
- Hentges, Gudrun* (1992): Asyl in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 5/92, S.519ff
- Hentges, Gudrun* (1992a): Migrationsbewegungen als Folge europäischer Wandlungsprozesse, in: Weiner, Klaus-Peter u.a., Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg, S.40ff
- Hergesell, Burkhard* (1992): Sie sind "faul", "schwul" und "dumm": Zum Alltagsrassismus im Betrieb, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 43, Heft 12/92, S.745ff
- Herkommer, Sebastian* (1988): Das Dilemma der Neokonservativen - eine Chance für die Linke?, in: Sozialismus, Jg. 14, Heft 5/88, S.25ff
- Herkommer, Sebastian* (1991): Individualisierung und Klassenverhältnis, in: Deppe, Frank/Kebir, Sabine u.a., Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg, S.122ff
- Hickel, Rudolf* (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels - Kritik der Marktorthodoxie, Hamburg
- Hippler, Jochen* (1991): Die Neue Weltordnung, Hamburg
- Hirsch, Joachim* (1980): Der Sicherheitsstaat. Das "Modell Deutschland", seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt a.M.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland* (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg
- Hirsch, Joachim* (1990): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg
- Hirsch, Joachim* (1992): Regulation, Staat und Hegemonie, in: Demirovic', Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und als Prozeß, Münster, S.203ff

- Hirsch, Joachim* (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: *Das Argument* 198, Jg. 35, Heft 2/1993, S. 195ff
- Hobsbawm, Eric* (1990): Goodby To All That?, in: *Marxism Today*, October, S.18ff
- Hobsbawm, Eric* (1990a): Der neue Nationalismus, in: *Sozialismus*, Jg. 16, Heft 11/90, S.58ff
- Hobsbawm, Eric* (1992): Zur aktuellen Verunsicherung Europas: Die Wiederkehr der Krise, in: *Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter* (Hrsg.), *Das verunsicherte Europa*, Frankfurt/Main, S.20ff
- Hobsbawm, Eric* (1992a): Nationalismus und Ethnizität, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg. 39, Heft 7/1992, S.612ff
- Hoffmann, Jürgen* (1987): Von der Vollbeschäftigungspolitik zur Politik der Deregulierung, in: *Abromeit, Heidrun/Blanke, Bernard* (Hrsg.), *Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren*, Leviathan Sonderheft 8/87, S.344ff
- Hoffmann, Jürgen/Hoffmann, Rainer/Mückenberger, Ulrich/Lange, Dieter* (Hrsg.) (1990): *Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt*, Köln
- Hoffmann, Jürgen* (1992): Neuer Produktivitätstyp - alte Vertretungsstrukturen. Die industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik zwischen regionaler Dezentralisierung und Internationalisierung, in: *Prokla* 86, Jg. 22, März 1992, S.137ff
- Hoffmann, Jürgen/Hoffmann, Rainer/Mückenberger, Ulrich/Lange, Dieter* (1993): Herausforderungen der Gewerkschaften nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 43, Heft 5/93, S.271ff
- Hoffmann, Lutz* (1990): *Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat*, Köln
- Hoffmann, Lutz* (1991): Die unaufhaltsame Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 36, Heft 12/91, S.1469
- Hoffmann, Lutz* (1991a): Das "Volk". Zur ideologischen Struktur eines unvermeidbaren Begriffs, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 20, Heft 3, April 1991, S.191ff
- Hoffmann, Lutz* (1992): Nicht die gleichen, sondern dieselben Rechte. Einwanderungspolitik und kollektive Identität in Deutschland, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 37, Heft 9/92, S.1090ff
- Hoffmann, Stanley* (1990): A New World and its Troubles, in: *Foreign Affairs*, Jg. 69, Heft 4/1990, S.115ff
- Hoffmann- Nowotny, Hans-Joachim* (1990): Integration, Assimilation und plurale Gesellschaft. Konzeptuelle, Theoretische und praktische Überlegungen, in: *Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B.* (Hrsg.), *Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*, Boppard am Rhein, S.15ff
- Holloway, John* (1993): Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat, in: *Prokla* 90, Jg. 23, März 1993, S.12ff
- Hönekopp, Elmar* (1991): Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen. Bundesrepublik Deutschland und Österreich, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 24, Heft 1/91, S.121ff

- Huber, Bertold* (1992): Das neue Ausländergesetz: Mehr Rechtssicherheit für Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Heft 1/92, S.21
- Hübner, Kurt* (1990): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Berlin
- Hübner, Kurt* (1992): Ein Marshall-Plan für Osteuropa: Pro und Contra. Die Schuldenfrage als Thema der neunziger Jahre, in: Vereinte Nationen 2/1992, S.51ff
- Hübner, Kurt* (1992a): Entwicklungskordinaten der Weltwirtschaft, in: Fuchs, Katrin/Schuster, Joachim (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik. Bausteine für einen neuen Internationalismus, Köln, S.41ff
- Hübner, Kurt* (1992b): Analytische Vorsicht und problembewußter Internationalismus, in: Initial 5/92, S.4ff
- Huffschnid, Jörg* (1989): Binnenmarkt als Kernprojekt, in: Deppe, Frank/Huffschnid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa, Köln, S.39ff
- Huffschnid, Jörg* (1991): Kolos auf tönernen Füßen? Zur These vom Niedergang der USA, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 2, Nr. 8, S.43ff
- Huffschnid, Jörg* (1992): Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 3/92, S.316ff
- Hurtienne, Thomas* (1992): Ein fünfhundertjähriges Reich? Zum Grenznutzen der Dependenztheorie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 1/92, S.35ff
- Imbusch, Peter* (1991): 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG Marburg), Arbeitspapier Nr. 3, Marburg
- Institut für Sozialforschung (Hrsg.)* (1992): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt a.M.
- Jacobitz, Robin* (1991): Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG Marburg), Arbeitspapier Nr. 5, Marburg
- Jäger, Siegfried* (1992): Wie die Deutschen die "Fremden" sehen: Rassismus im Alltagsdiskurs, in: Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hrsg.), Rassismus in Europa, Köln, S.230ff
- Jaschke, Hans-Gerd* (1992): Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 12/92, S.1437ff
- Jessop, Bob* (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: Demirovic', Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und als Prozeß, Münster, S.232ff
- Jordan, Jörg* (1992): Eine Region, die auf Platz 1 in Europa gesetzt wurde. Das Rhein-Main-Gebiet - seine wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, in: FR, vom 9. Mai 1992, S.12

- Jünemann, Britta* (1991): Kultur ist die Form der Hinwendung zum Anderen - Plädoyer für eine demokratische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.), *Minderheiten: Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?*, Baden-Baden, S.95ff
- Just, Wolf-Dieter* (1991): Das neue Ausländergesetz - Überlegungen zu seiner Grundorientierung und den ideologischen Voraussetzungen, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.), *Minderheiten: Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?*, Baden-Baden, S.67ff
- Kaldor, Mary* (1991): War of the Imagination. in: *Marxism Today*, 3/1991, S.18ff
- Kalpalka, Annita/Räthzel Nora* (1990): Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus, in: dies. (Hrsg.), *Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein*, 2., völlig überarbeitete Auflage, Leer, S.12ff
- Keil, Roger* (1992): No Sympathy for the Devil. World-City im Aufstand, in: *links* 7,8/92, S.17f
- Kern, Horst/Sabel, Charles F.* (1990): Gewerkschaften in offenen Arbeitsmärkten, in: *Soziale Welt*, Jg. 41, Heft 2/90, S.144ff
- Keßler, Uwe/Ross, Anna* (1991): Ausländer auf dem Wohnungsmarkt einer Großstadt. Das Beispiel Köln, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 7/8. 1991, S.429ff
- Klauder, Wolfgang* (1986): Technischer Fortschritt und Beschäftigung. Zum Zusammenhang von Technik, Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung, in: *Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 19, Heft 1/86, S.1ff
- Klauder, Wolfgang* (1990): Längerfristige Arbeitsmarktperspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3/90, S.21ff
- Klauder, Wolfgang/Kühlewind, Gerhard* (1991): Arbeitsmarkttendenzen und Arbeitsmarktpolitik in den neunziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-35/91, S.3ff
- Klein, Dieter* (1992): Jahrhundertbilanz: Die Zerrissenheit der Moderne, in: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.), *Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich*, Hamburg, S.20ff
- Kimminich, Otto* (1988): Zum Spannungsverhältnis zwischen Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG und der Genfer Flüchtlingskonvention, in: Rosen, Klaus-Henning (Hrsg.): *Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1988*, Baden-Baden, S.149ff
- Klös, Hans-Peter* (1991): Zuwanderungsbedingter Potentialzuwachs: Substitution Arbeitsloser oder Mehrbeschäftigung, in: *IW-trends* 3/91, S.27ff
- Klose, Jürgen* (1989): Ausländerfeindlichkeit als ein Problemfeld gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben, in: Autrata, Otger u. a. (Hrsg.), *Theorien über Rassismus, Argument Sonderband 164*, 2. Auflage, Hamburg, S.158ff
- Knight, Ute/Kowalsky, Wolfgang* (1991): Deutschland nur den Deutschen? Die Ausländerfrage in Deutschland, Frankreich und den USA, Erlangen; Bonn; Wien
- Koch, Karl* (1992): Armut in Frankfurt. Eine Übersicht, in: *Widersprüche*, Jg. 12, Heft 44 Oktober 1992, S.45ff

- Kontos, Maria* (1988): Migrantinnen zwischen Patriarchat und kapitalistischem Arbeitsverhältnis. Zur sozialen Lage ausländischer Arbeiterinnen in der BRD, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/Ziegler-Schultes, Hildegard (Hrsg.), "Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier..." Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft, Hamburg, S.116ff
- Köhler, Christoph/Grüner, Hans* (1989): Stamm- und Randbelegschaften - Ein überlebtes Konzept, in: Köhler, Christoph/Preisendörfer, Peter (Hrsg.), *Betrieblicher Arbeitsmarkt im Umbruch: Analysen zur Mobilität, Segmentation und Dynamik in einem Großbetrieb*, Frankfurt/Main; New York, S.175ff
- Körner, Heiko* (1986): Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern vom 28. November 1983 - eine kritische Bilanz, in: Körner, Heiko/Mehrländer, Ursula (Hrsg.), *Die "neue" Ausländerpolitik in Europa*, Bonn 1986, S.65ff
- Kostede, Norbert* (1992): Der Ausländer als Verbrecher. Bund und Länder verstärken mit der Polizeilichen Kriminalstatistik die Fremdenfeindlichkeit, in: *Die Zeit*, Nr. 26, 19. Juni
- Krätke, Stefan* (1990): Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung, in: Borst, Renate u.a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte*, Basel, Boston, Berlin, S.7ff
- Krätke, Stefan* (1991): Strukturwandel der Städte: Städtesystem und Grundstücksmarkt in der "post-fordistischen" Ära, Frankfurt/Main; New York
- Kremer, Uwe* (1991): Gezeitenwechsel. Der weltweite Niedergang des Marktliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 36, Heft 12/91, S.1494ff
- Kremer, Uwe* (1992): Entwicklungsagentur Staat. Industriepolitik und Wirtschaftskultur in Westeuropa, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 37, Heft 7/92, S.839ff
- Krüger, Stephan* (1992): Die Schaffung einer neuen Prosperitätskonstellation als Gestaltungsgröße der neunziger Jahre. Eine politisch-ökonomische Skizze des Zustands und der Perspektiven des Kapitalismus, in: Schikora, Andreas/Fiedler, Angela/Hein, Eckhard (Hrsg.), *Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus-Peter Kisker*, Marburg, S. 77ff
- Krupp, Hans-Jürgen* (1986): Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur, in: *Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 19, Heft 3/86, S.145ff
- Kühne, Peter* (1988): Grundzüge gewerkschaftlicher Ausländerpolitik, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/Ziegler-Schultes, Hildegard (Hrsg.), "Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier..." Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft, Hamburg, S.21ff
- Kühne, Peter* (1991): Interessenvertretung von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: eine bleibende Herausforderung an die deutschen Gewerkschaften, in: *WSI Mitteilungen* 1/1991, S.1ff

- Kühne, Peter* (1992): Gewerkschaftliche Asyl- und Einwanderungspolitik. Auf dem Weg zu neuen Konzepten?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 43, Heft 2/92, S.108ff
- Kühnl, Reinhard* (1992): Der Aufstieg der extremen Rechten in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 6/92, S.730ff
- Kurz, Robert* (1992): One World und jüngster Nationalismus, in: FR vom 4.1.1992
- Langguth, Heide* (1989): Festung oder Fluchtburg - zur neueren Entwicklung der Asylpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Rosen, Klaus-Hennig (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1989, S.115ff
- Lecher, Wolfgang* (1987): Deregulierung der Arbeitsbeziehungen. Gesellschaftliche und gewerkschaftliche Entwicklungen in Großbritannien, den USA, Japan und Frankreich, in: Soziale Welt, Jg. 38, Heft 2/87, S.148ff
- Leggewie, Claus* (1992): Der rechte Aufmarsch. Einwanderung: Die Herausforderung der neunziger Jahre, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.52ff
- Leiprecht, Rudolf* (1992): Rassismus und Ethnozentrismus bei Jugendlichen, Diss-Texte Nr. 19, 2. neu gestaltete Auflage, Duisburg
- Leiprecht, Rudolf* (1992a): "...Pech, daß Ausländer mehr auffallen...", in: ders. (Hrsg.), Unter Anderen. Rassismus und Jugendarbeit, Duisburg 1992, S.93ff
- Lipietz, Alain* (1991): Demokratie nach dem Fordismus, in: Das Argument 189, Jg. 33, Heft 5/1991, S.677ff
- Lipietz, Alain* (1992): Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention, in: Demirovic', Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und als Prozeß, Münster, S.182ff
- Lüdemann, Ernst* (1992): Zur gegenwärtigen Situation der Weltwirtschaft, in: IPW-Berichte 1/2 1992, S.3ff
- Lüthje, Boy/Scherrer, Christopf* (1993): Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA, Münster
- Lutz, Burkart* (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/Main; New York
- Lutz, Burkart* (1987): Arbeitsmarktstruktur und betriebliche Arbeitskräftestrategie: eine theoretisch-historische Skizze zur Entstehung betriebszentrierter Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt/Main; New York
- Lutz, Burkart* (1993): Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau. Deutsch-deutsche Herausforderungen an die Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 44, Heft 1/93, S.25ff
- Lutz, Dieter S.* (1991): "Festung Europa" oder: Sind Militär und Rüstung geeignete Mittel gegen die "Angst im Boot"?, in: S+F 4/91, S.202ff
- Mahnkopf, Birgit* (1988): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster

- Mahnkopf, Birgit* (1989): Die dezentrale Unternehmensorganisation - (k)ein Terrain für neue "Produktionsbündnisse"?, in: Prokla 76, Jg. 19, September 1989, S.27ff
- Mahnkopf, Birgit* (1992): Die Gewerkschaften im West-Ost-Spagat, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 5, Heft 3/92, S.33ff
- Mammey, Ulrich* (1990): 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland - die demographische Entwicklung -, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Boppard am Rhein, S.55ff
- Manfrass, Klaus* (1984): Ausländerproblematik in europäischen Industrieländern: ein Vergleich Frankreich - Bundesrepublik Deutschland, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern, S.758ff
- Manteuffel, Leonie von* (1992): "Warum bleibst du nicht zu Hause?", in: Die Mitbestimmung 8/92, S.23f
- Mármora, Leopoldo/Messner, Dirk* (1991): Zur Kritik Eindimensionaler Entwicklungskonzepte. Die Entwicklungsländer im Spannungsfeld zwischen aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise, in: Prokla 82, Jg. 21, März 1991, S.90ff
- Mármora, Leopoldo/Peltzer, Roger* (1992): Europa '92 und der Süden. Neokoloniale Kontinuität oder Chance eines Neuanfangs, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 2/92, S.181ff
- Mayer, Margit* (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Borst, Renate (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel, Boston, Berlin, S.190ff
- Mayer, Margit* (1991): "Postfordismus" und "lokaler Staat", in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hrsg.), Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel, Boston, Berlin, S.31ff
- Mayer, Margit* (1992): Aufstand in Los Angeles, in: Prokla 87, Jg. 22, Juni 1992, S.323ff
- Mehrländer, Ursula* (1986): Auswirkungen der "neuen" Ausländerpolitik auf Situation und Verhalten der ausländischen Wohnbevölkerung im Aufnahmeland - Beispiel Bundesrepublik Deutschland, in: Körner, Heiko/Mehrländer, Ursula (Hrsg.), Die "neue" Ausländerpolitik in Europa, Bonn 1986, S.103ff
- Meinhardt, Uwe* (1992): Wiedergeburt des Leviathan? Zu Uwe Kremers "Entwicklungsagentur Staat", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 10/92, S.1243ff
- Melber, Henning* (1990): Rassismus und eurozentristisches Zivilisationsmodell: Zur Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks, in: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus, Argument Sonderband 164, 2. Auflage, Hamburg, S.29ff
- Melber, Henning* (1992): Linke und Einmischung. Zu den Herausforderungen eines Internationalismus der 90er Jahre, in: IMSF (Hrsg.), Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung, Frankfurt a.M., S.110ff
- Memorandum* (1992): Gegen den Ökonomischen Niedergang - Industriepolitik in Ostdeutschland, Hrsg.: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln

- Messerschmidt, Rolf (1992): Mythos Schmelztiegel! Einige Neuerscheinungen zur "Flüchtlingsforschung" der letzten Jahre, in: Neue Politische Literatur, Jg. 37
- Messner, Dirk/Meyer-Stamer, Jörg (1992): Lateinamerika: Vom "Verlorenen Jahrzehnt" zur "Dekade der Hoffnung"?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 37, Heft 1/92, S.44ff
- MEW (Marx-Engels-Werke): Band 23, Berlin (Ost)
- MEW (Marx-Engels-Werke): Band 32, Berlin (Ost)
- Miegel, Meinhard (1991): Die Rolle Deutschlands und Europas in den Migrationen des 20. Jahrhunderts, in: Merkur, Jg. 45, Heft 2/91, S.111ff
- Miles, Robert (1991): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg
- Mooser, Josef (1984): Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M.
- Müller, Jost (1992): Agonie ohne Ende. Vom unheimlichen Verschwinden der Nationen in Europa, in: Redaktion diskus (Hrsg.), Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland, Berlin, S.153ff
- Müller-Jentsch, Walter (Hrsg.) (1988): Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/Main; New York
- Müller-Tobler, Verena (1988): Fluchtbewegung und Asylpolitik. Fluchtbewegungen in und aus der Dritten Welt. Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Tränhardt, Dietrich/Wolken, Simone (Hrsg.), Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg, S.25ff
- Münch, Ursula (1992): Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen, Opladen 1992
- Murray, Robin (1989): An der Schwelle des postfordistischen Zeitalters? "New Times" und die Auflösung des Industrialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 34, Heft 4/89, S.411ff
- Murray, Robin (1990): Fordismus und sozialistische Entwicklung, in: Prokla 81, Jg. 20, Dezember 1990, S.91ff
- Nanz, Klaus-Peter (1992): Der "3. Pfeiler der Europäischen Union": Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, in: Integration, Jg. 15, Heft 3/92, S.126ff
- Negt, Oskar (1989): Die Herausforderung der Gewerkschaften. Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats, Frankfurt/Main; New York
- Neubauer, Ralf (1992): Fremdenhaß als Konjunkturbremse. "Ohne Ausländer ginge hier nichts mehr", in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.193ff
- Noetzel, Thomas (1992): Einwanderungsland Bundesrepublik, in: Die Mitbestimmung 8/92, S.41ff
- Nuscheler, Franz (1987): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn
- Nuscheler, Franz (1988): Nirgendwo zu Hause. Menschen auf der Flucht, München

- Nuscheler, Franz* (1992): Arbeitsmigranten und Flüchtlinge: "Neue Heloten" und "Treibgut der Weltpolitik", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 43, Heft 2/92, S.81ff
- Oberndörfer, Dieter* (1991): Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg; Basel; Wien 1991
- O'Conner, James* (1992): Kein ausweg? Die Ökonomie der 90er Jahre, in: Prokla 88, Jg. 22, September 1992, S.461ff
- Offe, Claus* (1990): Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: Die Zeit, Nr. 51, 14. Dezember
- Offe, Claus* (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, Jg. 45, Heft 4/1991, S.279ff
- Ohndorf, W.* (1989): Social Effects of Migration in Receiving Countries, in: International Migration, Jg. 27, Nr. 2; June 1989, S.209ff
- Opitz, Peter J.* (1988): Das Weltflüchtlingsproblem. Ursachen und Folgen, München
- Opitz, Peter J.* (1992): Die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Ursachen und Dimensionen, in: Politische Studien, Jg. 43, Sonderheft 1/1992, S.25ff
- Opitz, Peter J.* (1992a): Wenn es in der Heimat lebensgefährlich wird, in: FAZ, vom 16. Dezember 1992, S.12
- Osterkamp, Ute* (1990): Gesellschaftliche Widersprüche und Rassismus, in: Austrata, Otger u.a. (Hrsg.), Theorien über Rassismus, 2. Auflage, Hamburg, S.113ff
- Oswald, Ingrid* (1991): Die Öffnung der osteuropäischen Grenzen - Folgen für Osteuropa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 38, Heft 5/1991, S.423ff
- Otto, Karl A.* (Hrsg.) (1990): Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deutschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld
- Penninx, Rinus/Muus, Philip J.* (1989): No Limits for Migration after 1992? The Lessons of the Past and a Reconnaissance of the Future, in: International Migration, Jg. 27, Nr. 3 September 1989, S.373ff
- Peter, Lothar* (1987): Neue Formen der Rationalisierung. Industriesoziologische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt a.M., S.143ff
- Pfaff, Victor* (1992): Die Scheindebatte. Vom scheinheiligen Streit um das Asylrecht, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.170ff
- Pickshaus, Klaus* (1987): Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt a.M., S.200ff
- Piore, Michael J.* (1983): Internationale Arbeitsmigration und dualer Arbeitsmarkt, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 der Sozialen Welt, S.347ff
- Platzer, Hans-Wolfgang* (1992): Lernprozeß Europa. Die EG und die neue europäische Ordnung, Bonn
- Priewe, Jan/Hickel, Rudolf* (1991): Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt a.M.

- Puskeppeleit, Jürgen* (1990): Zugangsentwicklung, Ungleichverteilung und ihre Auswirkungen auf die Kommunen, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deuschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.161ff
- Radtke, Frank-Olaf* (1990): Reaktiver Nationalismus oder Verfassungschauvinismus? Zur Entstehung aversiven Verhaltens gegen Zuwanderer im Sozialstaat, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deuschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.75ff
- Räthzel, Nora* (1992): Zivilgesellschaft und Einwanderung. Wider das dichotomische Denken, in: Das Argument 195, Jg. 34, Heft 5/1992, S.747ff
- Räthzel, Nora* (1992a): Anmerkungen zur Migrationspolitik, in: Das Argument 191, Jg. 34, Heft 1/1992, S.85ff
- Reese, Hartmut/Weyrather, Irmgard* (1990): "Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft begrüßen vorbehaltlos den Aussiedlerstrom". Anmerkungen zur Haltung der westdeutschen Wirtschaft zur Aussiedlerfrage, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deuschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.133ff
- Rein, Detlev. B.* (1990): Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für die grenzüberschreitende Migration, in: Höhn, Charlotte/Rein, Detlev B. (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Boppard am Rhein, S.83ff
- Reuter, Edzard* (1990): Ein neues Netz für den Frieden, in: Die Zeit, Nr. 12, 16. März
- Riege, Marlo* (1992): Die neue Wohnungsnot. Vorprogrammierte Fehlentwicklungen - neue Lebensformen - Perspektiven, in: Schmitthener, Horst (Hrsg.), Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Hamburg, S.194ff
- Rodenstein, Marianne* (1987): Durchstaatlichung der Städte? Krisenregulierung durch kommunale Selbstverwaltung, in: Prigge, Walter (Hrsg.), Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch, Basel, Boston, Berlin, S.107ff
- Rommelspacher, Birgit* (1992): "Rechtsextremismus und Dominanzkultur", in: Foitzik, Andreas/Leiprecht, Rudi/Marvakis, Athanasios/Seid, Uwe (Hrsg.), "Ein Herrenvolk von Untertanen". Rassismus - Nationalismus - Sexismus, Duisburg, S.81ff
- Rosecrance, Richard* (1987): Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Frankfurt a.M.
- Roth, Claudia* (1992): Menschenwürde darf keine Frage des Geldes sein. Flucht und Migration, in: Appel, Roland/Roth, Claudia (Hrsg.), Die Asyl-Lüge. Ein Handbuch gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Köln, S.59ff
- Rützel, Josef* (1988): Die Randposition ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Beschäftigungssystem aufbrechen! Zu Stand und Perspektiven der Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/Ziegler-Schultes, Hildegard (Hrsg.), "Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier..." Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft, Hamburg, S.104ff

- Sakson, Andrzej* (1991): Die neueren Wanderungsbewegungen polnischer Arbeitskräfte - Eine Dokumentation, in: Prokla 83, Jg. 21, Juni 1991, S.285ff
- Samland, Detlev* (1992): Asylrecht in Europa, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Heft 1/92, S.26ff
- Sassen, Saskia* (1991): Die Mobilität von Arbeit und Kapital: USA und Japan, in: Prokla 83, Jg. 21, Juni 1991, S.222ff
- Sassen, Saskia* (1993): Global City: internationale Verflechtungen und ihre innerstädtischen Effekte, in: Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.), New York. Strukturen einer Metropole, Frankfurt a.M., S. 71ff
- Schäfer, Hermann* (1988): Das Ende der "Gastarbeiterära". Zur Arbeitsmarktsituation ausländischer Arbeitnehmer, in: Kühne, Peter/Öztürk, Nihat/Ziegler-Schultes, Hildegard (Hrsg.), "Wir sind nicht nur zum Arbeiten hier..." Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft, Hamburg, S.35ff
- Scherr, Albert* (1992): Was darf die Moral kosten? Schwierigkeiten einer menschenrechtlich begründeten Einwanderungspolitik, in: Vorgänge 116, Jg. 31, Heft 2/92, S.75ff
- Scherrer, Christoph* (1990): Handelskrieg oder Kooperation. Perspektiven Transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen, in: Das Argument 182, Jg. 32, Heft 4/1990, S.575ff
- Schiffer, Eckart* (1992): Ausländerintegration und/oder multikulturelle Gesellschaft, in: Politische Studien 321, Jg. 43, Heft 1/92, S.56ff
- Schiller, Günther* (1984): Die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Volkswirtschaft, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern, S.625ff
- Schmalstieg, Herbert* (1990): Aussiedlerzuwanderung - eine Chance für die Städte und Gemeinden, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deuschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.151ff
- Schmid, Josef* (1992): Das deutsche Asylrecht angesichts des Umbruchs im Osten und des Weltbevölkerungsproblems, in: Politische Studien 321, Jg. 43, Heft 1/92, S.39ff
- Schmidt, Bernhard Bruno* (1991): Zur Entwicklung der Situation und zur beruflichen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8. 1991, S.405ff
- Schmitthenner, Horst* (1992): Die Renaissance der sozialen Frage. Sozialpolitische Rahmenbedingungen, Konfliktfelder und Perspektiven für Gewerkschaften im vereinigten Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Zwischen Krise und Solidarität. Perspektiven gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Hamburg, S.7ff
- Schneider, Michael* (1991): Die Gewerkschaften im deutsch-deutschen und europäischen Umbruch, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 42, Heft 7/91, S.447ff
- Schneider, Roland/Welsch, Johann* (1991): Technologie, in: Kittner, Michael (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1991. Daten - Fakten - Analysen, Köln, S.245ff

- Schönwälder, Karen* (1992): Multikulturelle Gesellschaft - Dimensionen, Positionen, Probleme, in: Weiner, Klaus-Peter u.a., Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg, S.58ff
- Schulte, Axel* (1990): Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23-24/90, S.3ff
- Schulte, Axel* (1992): Von der Anwerbungs- und Integrationspolitik zur Minderheiten- und Zuwanderungspolitik? Entwicklung, Konzeptionen und Probleme der Ausländer- und Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Heft 2/92, S.26ff
- Schulzen, Thorsten* (1992): Internationalismus von unten. Europäische Betriebsräte in Transnationalen Konzernen, Marburg
- Schultze, Günther* (1992): Väter und Söhne, in: Die Mitbestimmung 8/92, S.18ff
- Schwarz, Thomas* (1992): Ursachen, Entwicklung und Perspektiven von Ost-West-Migration - eine Bestandsaufnahme, in: IIP, Arbeitspapier Nr. 17, Ost-West-Migration in Europa. Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa, Wuppertal, S.11ff
- Schworck, Andreas* (1992): Obdachlosigkeit in Deutschland. Vom Elend des Sozialstaats, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 39, Heft 6/1992, S.530ff
- Segbers, Klaus* (1989): Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt a.M.
- Seifert, Wolfgang* (1993): Die zweite Ausländergeneration in der Bundesrepublik. Längsschnittbeobachtungen in der Berufseinstiegsphase, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 44, Heft 4/1992, S.677ff
- Semlinger, Klaus* (1991): Flexibilität und Autonomie - Zur Verteilung von Verhaltensspielräumen und Anpassungszwängen im Beschäftigungssystem, in: ders. (Hrsg.), Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Interessen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt/Main; New York, S.17ff
- Semlinger, Klaus/Köhler, Christoph/Moldaschel, Manfred* (1991), Neue Produktionstechnologien und Arbeitssysteme in der Industrie, Kontingenzen und Optionen, in: Semlinger, Klaus (Hrsg.), Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: Interessen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt/Main; New York, S.65ff
- Sen, Farruk* (1991): Der Wunsch in die Heimat zurückzukehren schwindet immer mehr, in: FR vom 18. und 19./20. Nov. 1990
- Sengenberger, Werner* (1978): Einführung: Die Segmentation des Arbeitsmarktes als politisches und wissenschaftliches Problem, in: ders. (Hrsg.), Der gespaltene Arbeitsmarkt - Probleme der Arbeitsmarktsegmentation, Frankfurt/Main; New York, S.15ff
- Sengenberger, Werner* (1987): Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Frankfurt/Main; New York
- Senghaas, Dieter* (1986): Die Zukunft Europas. Probleme der Friedensgestaltung, Frankfurt a.M.

- SOST* (1986): Zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus. Politische und populistische Rechtstendenzen in der Bundesrepublik, Hrsg.: Sozialistische Studiengruppen, Hamburg
- Spiegel Spezial* (1991): Die Globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome, Spiegel Spezial 2/91
- Spiegel Spezial* (1992): Europas Pflichten für den Rest der Welt, in: Spiegel Spezial 1/92, S.151ff
- Spiller, Ingrid* (1992): Mit zweierlei Maß. Bevölkerungspolitik in der sog. Dritten Welt, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/92, S.19ff
- Stahl, Karin* (1992): Der Nord-Süd-Konflikt um "Umwelt und Entwicklung", in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/92, S.10ff
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.) (1991): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz
- Statz, Albert* (1991): Dossier Migration. Ausmaß, Ursachen und Chancen der Ost-West-Wanderungsbewegungen in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 36, Heft 9/91, S.1075ff
- Statz, Albert* (1992): Zwischen neuer Machtpolitik und Selbstbeschränkung. Deutsche Außenpolitik am Scheideweg, in: Bruno Schoch (Red.): Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M., S.229ff
- Steglich, Burkhard* (1992): Die Gemeinden gewähren Asyl, in: WSI Mitteilungen 2/1992, S.99ff
- Stölting, Erhard* (1991): Festung Europa. Grenzziehungen in der Ost-West-Migration, in: Prokla 83, Jg. 21, Juni 1991, S.249ff
- Strange, Susan* (1991): New World Order. Conflict And Co-operation, in: Marxism Today 1/91, S.30ff
- Ströbele, Hans-Christian* (1990): Offene Grenzen für Aussiedler und für Flüchtlinge, in: Otto, Karl A. (Hrsg.), Westwärts - Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen "Deuschtümelei" und "Verfassungsauftrag", Bielefeld, S.109ff
- Strubelt, Wendelin* (1991): Der Fremde, die Fremde und das Fremde in uns, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8. 1991, S.383ff
- Taguieff, Pierre-André* (1991): Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg, S.221ff
- Tenbrock, Christian* (1991): Jenseits von schwarz und Weiß. Die liberale Einwanderungspolitik macht das Land zu einer universellen Nation, in: Die Zeit, Nr. 42, 11. Oktober
- Tichy, Roland* (1990): Ausländer rein! Warum es kein "Ausländerproblem" gibt, München
- Tränhardt, Dietrich* (1988): Die Bundesrepublik Deutschland - ein unerklärtes Einwanderungsland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24/88, S.3ff

- Tränhardt, Dietrich* (1991): Die "eine Welt" und die Kommunen. Die Universalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft als Herausforderung lokalen Handelns, in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hrsg.), Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel, Boston, Berlin, S.343ff
- Treibel, Anette* (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit, München
- Vester, Michael* (1993): Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26-27/93, S.3ff
- Vogler-Ludwig, Kurt* (1989): Europäischer Binnenmarkt und Beschäftigung. Ein Problemaufriß, Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung 127, Nürnberg
- Waldschmitt, Marcus* (1989): Flexibilisierung und gewerkschaftliche Gegenwehr, in: Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Roßmann, Wittich (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln, S.147ff
- Weiner, Klaus-Peter* (1992): Welches Europa? Politische Probleme der Ost-West-Integration, in: ders. u.a., Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 6, Marburg, S.7ff
- Werner, Heinz* (1990): Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der EG-Binnenmarkt - Konsequenzen für den Arbeitsmarkt?, in: Buttler, Friedrich/Walwei, Ulrich/Werner, Heinz (Hrsg.), Arbeits- und Sozialraum im Europäischen Binnenmarkt (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 129), Nürnberg
- Wessels, Wolfgang* (1992): Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, in: Integration, Jg. 15, Heft 1/92, S.2ff
- Westlake, Melvyn* (1991): The Third World is no longer a meaningful concept, in: Marxism Today 8/1991, S.14ff
- Widmaier, Ulrich* (1991): Segmentierung und Arbeitsteilung. Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Diskussion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34-35/91, S.14ff
- Winkler, Beate* (Hrsg.) (1992): Zukunftsangst Einwanderung, München
- Winkler, Beate* (1992a): Ganzheitliche Migrations-, Integrations und Minderheitenpolitik, in: dies. (Hrsg.), Zukunftsangst Einwanderung, München, S.91ff
- Winkler Beate* (1992b): Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik, in: dies. (Hrsg.), Zukunftsangst Einwanderung, München, S.33ff
- Wöhlke, Manfred* (1992): Umweltflüchtlinge, in: Aussenpolitik 3/1992, S.287ff
- Wolken, Simone* (1988): Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.
- Zieburg, Gilbert* (1991): Golfkrieg, "neue Weltordnung" und die Folgen für Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 42, Heft 3/91, S.129ff
- Zieburg, Gilbert* (1993): Einwanderungsgesellschaft versus Wohlstandschauvinismus? Über ein Dilemma linker Theorie und Praxis, in: links 5/93, S.26ff

Zolberg, Aristide R. (1991): Die Zukunft der internationalen Migrationsbewegungen, in: Prokla 83, Jg. 21, Juni 1991, S.189ff

Zumach, Andreas (1992): Menschen auf der Flucht, in: Nirumand, Bahman (Hrsg.), Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaates, Reinbek bei Hamburg, S.160ff